NOWAK

DER STURZ DER MITTELMÄCHTE

60 —

DER STURZ DER MITTELMÄCHTE

KARL FRIEDRICH NOWAK

DER STURZ DER MITTELMÄCHTE

1. BIS 10. TAUSEND

MÜNCHEN 1921
GEORG D. W. CALLWEY
VERLAG FÜR KULTURPOLITIK

INHALT

„Der Sturz der Mittelmächte" versucht eine Schilderung des Schicksals Deutschlands, der österreichisch-ungarischen Monarchie und Bulgariens im Niedergange seit der Jahreswende von 1917 zu 1918. Sie reicht bis zu dem Augenblicke, da mit Graf Julius Andrassys Sonderfriedensbitte, über Robert Lansing an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, der Zerfall des Bundes, am 28. Oktober 1918, sichtbar und besiegelt war. Ihr Aufbau ruht auf dem Studium von Geheimakten und Kronratsprotokollen und auf den wiederholten und ausführlichen, intimen und authentischen Darlegungen nahezu sämtlicher führenden Staatsmänner und Militärs, die auf der Seite der drei Mächte aktiv an allen dargestellten Ereignissen beteiligt waren und die Entscheidungen herbeigeführt haben. Ihnen hat, soweit dies wichtig schien oder Material und Daten nicht ohnehin schriftlich gegeben wurden, der endgültige Text zur sachlichen und handschriftlichen Berichtigung vor der Uebergabe an den Druck vorgelegen.

Späterer Zeit ist für historische Forschung eine besondere Ausgabe vorbehalten, die neben allen originalen, für die Arbeit verwendeten Unterlagen ein genaues Quellenverzeichnis sämtlicher gebrachten Daten nachweisen wird.

Berlin, im April 1921

Karl Friedrich Nowak

BREST LITOWSK

Druckfehler-Berichtigung

Es ist zu lesen:

Seite 4, Zeile 13 von unten richtig: „Unterhaltungen" statt: „Unterhandlungen".

Seite 27, Zeile 3 von oben richtig: „Begabungen" statt: „Begabung".

Seite 60, Zeile 15 von oben richtig: „Sie hatte im Kriege" statt: „Hatte im Kriege" (in einem Teil der Auflage).

Seite 62, Zeile 12 von unten richtig: „Reichsrat" statt: „Reichstag".

Seite 158, Zeile 8 von unten richtig: „Der Reichskanzler hatte in einer geheimen Sitzung den Staatssekretär...." statt: „Am 4. November 1917 hatte der Reichskanzler...." (in einem Teil der Auflage).

Im Hauptquartier des Prinzen Leopold von Bayern, des Oberkommandierenden an der deutschen Ostfront, saßen in der vierten Dezemberwoche des Jahres 1917 die Abgesandten der Mittelmächte und des russischen Sowjetreiches versammelt, um über die Möglichkeiten eines Friedens zu beraten. Aus Zarskoje Selo, wo sie die Herrschaft des Zaren abgelöst hatten, war einen Monat zuvor ein Funkspruch „An Alle" von den Volkskommissaren Lenin und Trotzki in die Welt geschickt worden: alle Kriegführenden sollten „vor dem Angesicht ihrer eigenen Völker und vor dem Angesicht der ganzen Welt" kundtun, ob sie „an Friedensverhandlungen heranzutreten" bereit wären. Der Funkspruch hatte die Sprache der Freiheitsträume einer durch Revolution siegreichen, überraschend emporgetragenen und in der Weltordnung neu zu Wort kommenden Klasse geführt. Verbrüderungsgedanken hatten die Radiowellen getragen. Die Volkskommissare hatten von einem „Ehrenfrieden des Einverständnisses" gesprochen:

„Wir beantragen, mit allen Völkern öffentlich einen neuen Vertrag auf der Grundlage des Einverständnisses und der Zusammenarbeit zu schließen."

Schon zwei Tage vorher hatte der Volkskommissar Krylenko als Oberkommandant des russischen Heeres Unterhändler zu den Deutschen geschickt, um den Kampf der Waffen auszusetzen. Bei Dünaburg hatten sie die deutschen Linien überschritten, dann waren in Brest Litowsk

vom Stabschef des Prinzen Leopold — dem Generalmajor Hoffmann — die Waffenstillstandsverhandlungen eigentlich ohne alle Reibungen geführt und abgeschlossen worden. Die Russen durften ihre Waffen behalten. Jeder der beiden Gegner sollte in seinen Stellungen verbleiben. Die russischen Besatzungen kannte man nicht. Ueber die Stellungen hinaus, in denen freilich nur Kommandanten und Stäbe waren, weit ins Innere Rußland konnte man nicht sehen. Das Innere Rußlands blieb vorläufig verschlossen, wie bisher. Aus Kreuznach, aus dem Großen Hauptquartier, hatte der General Ludendorff am Telephon noch zweifelnd den Stabschef des Prinzen gefragt:

„Ja, kann man denn mit den Leuten verhandeln?"

General Hoffmann vertrat einen Standpunkt:

„Ja. Man kann verhandeln. Exzellenz brauchen die Truppen. Und das sind die ersten, die kommen."

Der Waffenstillstand wurde abgeschlossen. Nicht an allen Fronten und zwischen allen Gegnern, wie es der Gedanke jenes Funkspruches gemeint hatte. Aber doch zwischen den Russen und den Mittelmächten. Inzwischen war freilich auch schon der Anfang der diplomatischen Unterhandlungen gemacht worden. Nach allen vorangegangenen Versuchen, offen und versteckt unternommen, ob man überhaupt zu Verhandlungen über eine Friedensbasis gelangen könnte, war jetzt durch die Russen der erste Ruf an alle Welt ergangen, sich an den Verhandlungstisch unter Voraussetzungen zu setzen, die vielleicht zu einer Lösung des Friedensproblems zu führen vermochten. Noch war es nicht durchaus sichtbar, ob Deutschland unbedingt einen Frieden haben mußte. Noch waren sich die Lenker der deutschen Politik nicht völlig darüber klar. Noch liefen die Maschinen in Deutschland, die ganze Arbeit des Volkes eigentlich willig und gut. Im Westen trug General Ludendorff sich mit großen Plänen. Italien lag

nach furchtbaren Schlägen, die es bei Flitsch und Tolmein im Herbste 1917 empfangen hatte, halb zerschmettert auf dem Boden. Verstimmter konnte — trotz russischer Waffenstreckung und trotz des Vormarsches in Italien — die Lage mancher Dinge in Oesterreich-Ungarn betrachtet werden. Vielleicht war man sich dort schon klarer über die Frage des Erwünschtseins oder der Not eines Friedens. Gleichviel: der Ruf zu Verhandlungen, zum erstenmal von den Lippen des Gegners, war ergangen, — man wollte die Gelegenheit nützen, sie war eine ethische Verpflichtung, vielleicht war sie mehr. Der deutsche Kanzler hatte vor dem Reichstag seine Bereitwilligkeit ein wenig kühl, der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Ottokar Czernin seine Bereitschaft ungleich wärmer den Russen selbst versichert. Und nunmehr, vier Wochen nach dem Alarm von Zarskoje Selo, traf man einander in Brest Litowsk.

Sogleich begannen die Besprechungen. Sie trugen feierlichen und unfeierlichen Charakter, die Abgesandten der einzelnen Staaten besprachen sich zwischen den Vollsitzungen und Konferenzen zwanglos „à trois“ und „à quatre“. General Hoffmann, der die „Oberste Heeresleitung“ in Brest vertrat, da Ludendorff von dem ursprünglichen Plane, selbst der Friedenskonferenz anzuwohnen, wieder abgekommen war, General Hoffmann, der übrigens trotz seines Amtes dem Führer der deutschen Abgesandten, dem Staatssekretär von Kühlmann, unterstellt war, machte für alle den Hausherrn. Der Stab von technischen Mitarbeitern, den die diplomatischen Chefs mitgebracht hatten — die Russen, wie die Türken und Bulgaren, die Deutschen und die Oesterreicher — war groß. Es schien von Anbeginn, daß der gewandte, geistreiche, nervöse Graf Czernin, ein Grandseigneur von vieler Weltübung, die Linienführung der Verhandlungen vielleicht würde bestimmen können.

Neben seiner unruhigen, stets von neuen Einfällen vorwärts getriebenen und in neuen Wendungen überraschend abbiegenden Art wirkte die nicht ganz durchsichtige, immer leidenschaftslose und häufig fast unbeteiligte Haltung des Staatssekretärs von Kühlmann als fatalistische korrekte Kälte mit Betonung ausgezeichneter, verbindlicher Manieren. Gegenüber beiden waren die Russen Joffe und Kamenew, die im alten Rußland verfemten Sträflinge, die aus sibirischen Gefängnissen an die Macht gelangt waren, die Repräsentanten der Kehrseite der Welt, und der Eindruck der vereinigten Wortführer wurde nicht abgeschwächt, wenn General Hoffmann, der riesenhafte Soldat mit dem Bismarckschädel, die stacheligen Brauen unter hoher Stirn unbewegt zusammengezogen, nahezu in alles eingeweiht, nahezu von allen unterrichtet, mit den Honneurs zugleich Vermittlerdienste tat. Selbstverständlich war, daß sich Graf Czernin sogleich mit dem Staatssekretär von Kühlmann ins Einvernehmen setzte. Die Russen hatten ihr Friedensprogramm verlesen, sechs Punkte, von denen nur zwei bedenklich, also eine Konfliktmöglichkeit waren: auf jede Annexion von Gebieten, die im Kriege erobert waren, sollte verzichtet und allen Völkern das Selbstbestimmungsrecht ihrer staatlichen Zukunft und Zugehörigkeit gewährt werden. Staatssekretär von Kühlmann und Graf Czernin berieten die Antwort.

Die Russen hatten einen allgemeinen Frieden vorgeschlagen. Zunächst mußte die Antwort der Mittelmächte also eine Paraphrase der russischen Note sein, um die Verhandlungen überhaupt in Gang zu setzen. In Wahrheit glaubte der Staatssekretär von Kühlmann nicht an eine allgemeine Friedensberatung. In Wahrheit war er im ganzen skeptisch. Wenn die Gegner der Mittelmächte sich wirklich an den Beratungstisch setzen wollten, unter dem Einverständnis, daß keiner der Kriegführenden annektieren

dürfe, so war ihm dies sicherlich recht. Der Konflikt zwischen Rußland und Deutschland konnte, mußte der Besitz der von den deutschen Truppen besetzten, einst russischen Randstaaten Kurland und Litauen werden. In Kurland und Litauen wohnten deutsche Menschen. In Kurland und Litauen würden die Bolschewiken propagandistische Arbeit um jeden Preis tun wollen. Daß Deutschland ein Recht, vielleicht sogar eine Pflicht hatte, dort die deutschen Menschen vor Terror in jeder Form zu schützen, überdies an seinen Grenzen keinen Bolschewikenherd sich entzünden zu lassen, leugnete sich selbst der Staatssekretär nicht. Aber die ganze Frage wog ihm leicht, wenn die Gegner der Mittelmächte wirklich verhandeln wollten: denn war Rußland an der deutschen Ostgrenze, so war Deutschland an seiner Westgrenze von Annexionen bedroht. Der Staatssekretär war sich darüber klar, daß alle Entscheidung im Westen lag. Blieb Deutschland im Westen unversehrt, so konnte über alles andere gesprochen werden. Der Staatssekretär trat sofort für die Formulierung eines allgemeinen Friedensangebotes als Antwort an die Russen ein: obgleich er die Verwirklichung des Vorschlages nicht erwartete. Mißlang das Angebot, so war der nächste Schritt leichter: zum Sonderfrieden mit den Russen. Das allgemeine Friedensangebot war ein Lockruf; aber abgesehen von jeder damit verbundenen, geringen Hoffnung war erst nach seiner Ablehnung die Tür zu Sonderverhandlungen offen. Wenn die Russen sahen, daß die Mittelmächte mit allen verhandeln wollten, ihre Gegner aber nicht, so blieb nichts als der Separatfrieden. Wie die Verhandlungen über den Separatfrieden dann geführt werden mußten, war für den Staatssekretär erst die Sorge von morgen. Jetzt formulierte er, da auch die Russen es so wollten, das Friedensangebot an alle.

Ungehemmter kam zu seiner Formulierung der Graf

Czernin. Er wußte, daß das Londoner Abkommen von 1915, das Italien für den Krieg endgültig gewonnen hatte und dessen Abschrift in seinem Schreibpult lag, die Vernichtung der österreichisch-ungarischen Monarchie beschlossen hatte. Kamen die Gegner der Mittelmächte wahrhaftig an den Verhandlungstisch, verzichteten sie auf Annexionen, so hieß dies, daß das Londoner Abkommen umgestoßen war und somit alles für Oesterreich-Ungarn gerettet. War aber das allgemeine Friedensangebot nur die Tür zum Sonderfrieden, so konnten seine Entschließungen immer noch leichter sein, als die des Staatssekretärs von Kühlmann. Oesterreich-Ungarn suchte gegenüber Rußland gar keine Eroberungen. Wie die Verhandlungen über Grenzberichtigungen mit Rumänien geführt werden mußten, war für den Minister des Aeußeren Czernin erst die Sorge von weiter als morgen. Die rumänische Frage gehörte nicht in die russische Frage. Umso selbstverständlicher konnte Oesterreich-Ungarn auf Osteroberungen verzichten, als mit dem Grafen Czernin der Staatssekretär für die „austro-polnische Lösung" des Polenstreites war. In solcher Rücksicht konnte dem Grafen Czernin auch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes nur genehm sein, wenngleich ihm gerade das Selbstbestimmungsrecht im Hinblick auf das Völkerwirrsal in Kaiser Karls Monarchie besonders heikel schien. In einer der ersten Unterhaltungen „à trois", mit dem Staatssekretär von Kühlmann und General Hoffmann, hatte er seufzend ausgerufen:

„Ich darf das Wort Selbstbestimmung gar nicht in die Debatte werfen. Sonst kommen mir die Tschechen, die Ruthenen, die Jugoslawen und wollen Selbstbestimmung über Selbstbestimmung." —

Das Wort und der Begriff galt für ihn nur außerhalb der Monarchie der Habsburger. Wenn Polen zu Oester-

reich wollte, so sollte es seine Selbstbestimmung haben. Uebrigens war die ganze, über ein Jahr verschleppte polnische Frage noch fern jeder endgültigen Lösung. Dem russischen Wortführer Joffe hatte der Graf erklärt, daß er sich jede Einmengung in Oesterreich-Ungarns interne Angelegenheiten verbitte. Außerhalb der Grenzen der Monarchie konnte ihm jede Austragung russisch-deutscher Standpunkte gleich sein, wenn es nur eine Austragung war. Kam es zu allgemeinen Verhandlungen, so war auch für Czernin alles in Ordnung. Andernfalls mußten die Sonderverhandlungen mit den Russen zu irgendeinem Friedensergebnis führen. Er wollte dafür schon sorgen: man wartete in Wien auf den Frieden, auf den ersten Frieden, der wenigstens eine Beruhigung und eine Aussicht war. Auch Graf Czernin paraphrasierte den russischen Vorschlag über einen Frieden ohne Annexionen, der zugleich den Völkern die selbständige Begründung ihrer staatlichen Zukunft beließ. Auch Graf Czernin formulierte als Antwort an die Russen das allgemeine Friedensangebot. Der Staatssekretär von Kühlmann und Graf Czernin stimmten in ihrer Meinung über Form und Inhalt ihrer Antwort durchaus überein.

Schwierigkeiten kamen freilich, kaum daß die Mittelmächte ihren Vorschlag ausgearbeitet hatten, von den Abgesandten der Türkei und Bulgariens. Die Türken begehrten die augenblickliche Zurückziehung der russischen Truppen aus dem Kaukasus. Was aber die Türken von den Russen verlangten, konnten die Russen von den Deutschen in den Randstaaten verlangen. So weit indes war man noch nicht. Vorerst gab es ein einziges Ziel: die ganze Welt an den Friedenstisch zu rufen. Die Türken begriffen die Schwierigkeit, sie gaben nach. Bedenken für ihr Reich hatten sie auch in Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht

der Völker. Aber wenn Oesterreich-Ungarns Abgesandter sich auf so gefährliche Themen einlassen konnte, so durfte Messimi Bei, der türkische Außenminister, noch geringere Sorge hegen. Die österreichisch-ungarische Völkerzersplitterung wurde von der Türkei nicht annähernd erreicht. Messimi Bei gab sich, ein wenig ironisch im Ton, mit solcher Begründung bald zufrieden. Vielleicht wußte er, daß er mit seinen beiden Einwänden das Schicksal der ganzen Konferenz in ihren Kernpunkten zu früh beschworen hatte.

Hartnäckiger waren die Bulgaren. Sie dächten nicht daran, das Friedensangebot so zu unterschreiben. Bulgarien werde und müsse annektieren. Versprechungen, die ihm noch der General Falkenhayn gemacht hatte, als er Bulgarien für den Krieg gewann, sicherten ihm die Dobrudscha und gewisse serbische Gebiete. Um ihretwillen war das Königreich in den Krieg gezogen. Graf Czernin glaubte, daß er sich ins Mittel legen müßte. Er sprach vor allem mit Popow, einem der Abgesandten des Zaren Ferdinand, so aufgebracht der Bulgare auch war. Popow könnte ruhig unterschreiben, versicherte der Wiener Außenminister, der Vorschlag, der auf Annexionen verzichte, bestünde nur zu Recht, wenn es zum allgemeinen Frieden käme. Nichts würde also von ihm und Gantschew, nichts von ihnen beiden für Bulgarien riskiert, wenn sie unterschrieben — — Aber nur Gantschew, nicht Popow wollte die Logik des Grafen Czernin begreifen. General Gantschew entschloß sich, mit dem Vorschlag zur Nachgiebigkeit an den Zaren nach Sofia zu berichten. Der Telegrammwechsel war ausführlich und umständlich. Zum Schlusse zeigte sich, daß der Zar nachgiebiger war, als sein Unterhändler Popow. Ein Befehl zwang die Bulgaren zur Unterschrift. Sie unterschrieben.

Alles schien jetzt in Ordnung. Der Staatssekretär von

Kühlmann glaubte nicht an den Erfolg. Die Sorge um die Randstaatenfrage hatte er zurückgestellt. Czernin glaubte weder an den Erfolg, noch bei einem kommenden Sonderfrieden an einen Verzicht auf Annexionen. Deutlicher als in seinem Gespräch mit den Bulgaren konnte man nicht sein. Die Bulgaren selbst hofften, daß kein Erfolg sich einstellen werde, und der Außenminister Messimi Bei machte mit dem ihm zugeteilten Botschafter Hakki Pascha den skeptischen Zuschauer. Endlich war alles bereit. Da protestierte Einer: der General Hoffmann.

General Hoffmann protestierte, denn er wunderte sich über das ganze Instrument des Friedensvorschlages. Seine Auffassung bis jetzt war, daß über das Schicksal von Kurland und Litauen die Entscheidung längst gefallen sei. Kurland und Litauen hätten beschlossen, sich von Rußland abzutrennen. Ihr deutlicher Wunsch wäre, durch Personalunion mit dem Hause Hohenzollern verbunden zu sein. Von all dem stand nichts im Friedensangebot. Offenbar hatte man in Kreuznach, wo sich der Kaiser und die Generäle mit dem Kanzler und dem Staatssekretär zu einer Beratung am 18. Dezember zusammengefunden hatten, die Beschlüsse geändert. Der Staatssekretär war von Kreuznach nach Brest gekommen. Offenbar war alles, was in Brest geschah, in Kreuznach mit dem Kaiser und Ludendorff durchgesprochen worden. Gleichwohl protestierte General Hoffmann. Er sah Verwicklungen voraus. Er protestierte gegen Form und Inhalt. Die Fassung des Vorschlages schien ihm allzu demütig. Was die Form betraf, so kam der Staatssekretär dem General entgegen. Einige Wendungen wurden gestrichen. Aber der Inhalt blieb bestehen, gleichwie der Protest des Generals. Alle nötigen Unterschriften füllten das Dokument. Der Friedensvorschlag wurde überreicht.

Die Genugtuung der Russen war ehrlich. Sie schienen

zufrieden und geradezu glücklich zu sein. Ihre Depeschen trugen den Erfolg jubelnd nach Petersburg. Alles hatten sie erreicht. Zehn Tage wollte die Konferenz abwarten, wie der Rest der Kriegführenden sich zur Verhandlungsaufforderung stelle. Zeit brauchte man darum aber nicht verlieren: der Graf Czernin schlug vor, sofort mit der Beratung jener Angelegenheiten zu beginnen, die doch zwischen Rußland und den Mittelmächten auf alle Fälle zu regeln wären. Zunächst mußten die territorialen Fragen besprochen werden. Der Staatssekretär und der österreichisch-ungarische Außenminister hatten sich in ihrem Vorschlage zwar auf eine Formel geeinigt, die auf „gewaltsame“ Annexionen verzichtete. Aber irgendwie mußten einmal die Schwierigkeit und die Ordnung der Gebietsfragen angegangen werden. Da mischte sich abermals der General Hoffmann ein.

General Hoffmann machte mehr den Eindruck eines Entrüsteten, als eines Verstimmten. Er fand, daß etwas in der ganzen Haltung der Diplomaten nicht ganz in Ordnung wäre. Sie hatten ein Friedensangebot überreicht, das von Gebietsaneignungen nichts wissen wollte, aber nunmehr bereiteten sie dennoch die Regelung der territorialen Fragen vor. Es ging also doch um die Randprovinzen und ihre Zukunft. Die Russen mußte die plötzliche Aufwerfung dieses Problems nach der soeben überreichten Note aufs peinlichste überraschen. Nicht ein einziger unter den russischen Abgesandten konnte anderes annehmen, als daß alles, was einst zu Rußland gehört hatte, nunmehr Rußland wieder zufallen müsse. Natürlich hatte auch schon der russische Oberst Fokke in einem beiläufigen Gespräch mit General Hoffmanns erstem Generalstabsoffizier die Selbstverständlichkeit ausgesprochen, daß also Deutschland in Bälde hinter die Grenzen von 1914 zurückgehen werde. Der General vertrat immer mehr die Auf-

fassung, daß das Friedensangebot der Mittelmächte, ob dies nun so in Kreuznach besprochen war oder nicht, in jedem Falle mit einer Reservatio mentalis gemacht war: keine Annexionen — „sofern auch die übrigen Gegner der Mittelmächte verhandeln". Ueberdies versteckte sich noch etwas hinter dem Worte „gewaltsame Aneignung". Die Russen mußten sich bald überrumpelt, überlistet, betrogen fühlen, wenn man ihnen nicht reinen Wein darüber einschenke, daß die russischen Randstaaten, die selbst über ihre Zukunft bereits abgestimmt hätten, kein Annexionsgebiet darstellen. Er sei dagegen, daß der Vorwurf unehrlichen Spiels von den Russen erhoben werden könne, er bestehe darauf und mache sich selbst erbötig, den Abgesandten vor ihrer bevorstehenden Abreise zur Berichterstattung nach Petersburg die wahre Situation zu sagen. Der Staatssekretär schien nicht abgeneigt, den Wünschen des Generals beizupflichten. Aber er drückte sich nicht ganz deutlich aus. Dem Grafen Czernin lag nichts daran, daß die Russen so abreisten: ohne Aufschlüsse. Er betonte, daß er vor allem darauf Wert lege, daß sie unbedingt aus Petersburg an den Verhandlungstisch zurückkehrten. Unbedingt wolle er die Russen nach Brest zurückhaben. Die Verhandlungen, ob allgemeiner Frieden, ob Sonderfrieden, durften nicht abreißen. General Hoffmann beschloß die Aufklärung der Russen.

Unter den Abgesandten in Brest Litowsk hatte der Umgang liebenswürdige, fast freundschaftliche Formen. Man traf einander auf Spaziergängen, man plauderte in den Nischen der Beratungssäle und vor der Tafel, an die man sich gemeinsam setzte. General Hoffmann wählte die Augenblicke vor einem Frühstück, um die Russen aufzuklären. Sie müssten dies nur richtig verstehen: man wolle den Frieden „ohne gewaltsame Annexionen" schließen. Daß die Randstaaten zu Deutschland wollten, könne als Anne-

xion nicht betrachtet werden. Die Russen schienen sogleich wie vor den Kopf geschlagen. Mit dem Staatssekretär, mit dem Grafen Czernin und General Hoffmann setzten sich die Sowjetvertreter Joffe, Kamenew und Professor Prokrowski unmittelbar nach dem Frühstück zu einer Beratung zusammen, die voll Aufregung verlief. Der Staatssekretär und der österreichisch-ungarische Außenminister sprachen über das Thema des Selbstbestimmungsrechtes, wobei der Staatssekretär die Verhältnisse in Kurland und Litauen behandelte, indes der Außenminister Ansprüche der Polen vertrat. Aber Professor Prokrowski stellte in größter Aufregung fest, daß die Mittelmächte in Wahrheit die Abtretung von siebzehn bis achtzehn Gouvernements verlangten. Die Ausführungen des Professors endeten mit einem Weinkrampf. Es gab keinen Ausgleich zwischen den Parteien. Die Russen fühlten sich verraten. Sie wollten unverzüglich abreisen.

Der Staatssekretär war in schwerer Lage. Der Zusammenstoß war wesentlich früher gekommen, als er ihn erwartet hatte. Er wollte die Möglichkeit russischer Agitation in den Randstaaten ausschalten. Er wollte dort den Deutschen Schutz gewähren. Für eine „Annexion" im Sinne von Landerweiterung und Machtzuwachs war er gar nicht: er hielt alle Beschlüsse über die Ostfragen für ein Provisorium und suchte nach einer staatsmännischen Formel, die aus eben diesen Gründen den deutschen Einfluß an der Ostgrenze sicherstellte. Ihm schwebten selbständige Randstaaten vor, in deren Wirtschaft und Verwaltung Deutschland ein gewichtiges Wort mitzureden hätte; ein Randstaatenverhältnis zu Deutschland konnte er sich denken, wie etwa Aegyptens zu England. Es sollte nicht für alle Zeit festgelegt sein. Wenn Kurland und Litauen später einmal wollten, sollte ihre Rückkehr zu Rußland kein Ding der Unmöglichkeit bleiben. Allerdings griff

jetzt, von Kreuznach her, auch die „Oberste Heeresleitung“ in die Verhandlungen ein. Sie tat es nicht unmittelbar, aber sie drängte und überschüttete die Verhandlungsleiter mit Vorwürfen. Der „Obersten Heeresleitung“ schien das Friedensangebot völlig verfehlt, denn jede Anspruchsbetonung auf den Besitz der Randstaaten fehlte für sie darin. Der Staatssekretär sah ein, daß er jetzt Rußland keineswegs die Randstaaten wiedergeben könne, vor allem nicht im Kriege, denn ein großer Teil der deutschen Rüststätten lag dort. Auf die „Oberste Deutsche Heeresleitung“ mußte er daher Rücksicht nehmen. Heimlich dachte er auch an den Lärm der annexionistischen Parteien daheim, den er gern wollte vermieden sehen. Dabei wünschte er aufrichtig, sich den Russen zu nähern. Von Ludendorff allein wollte er sich nicht kommandieren lassen. Er suchte nach einer ausgleichenden staatsmännischen Formel.

Indes bemühte sich Graf Czernin, die Dinge zu beschleunigen. Er gab nicht zu, daß das Zustandekommen des Friedens an den Ansprüchen der deutschen Generale scheitern dürfe. Im Notfalle werde er zu Sonderverhandlungen mit den Russen schreiten, im Notfalle auch vor einem Sonderfrieden für Oesterreich-Ungarn nicht zurückschrecken. Er berief sich auf geheime Instruktionen Kaiser Karls. Er hatte sie bereits mitgebracht. Der Kaiser hatte seinen Abgesandten mit dem Befehl nach Brest geschickt, einen Frieden auf jeden Fall heimzubringen. Der Staatssekretär verstand die Drohung, aber er empfand sie nicht einmal unangenehm. Sie war ein Schachzug in der diplomatischen Technik des Grafen Czernin, der dem Staatssekretär eine festere Haltung gegenüber der „Obersten Heeresleitung“ erlaubte. Auch wenn der General Hoffmann dem Abgesandten Czernins, dem Feldmarschalleutnant Csiscericz, mit gänzlich unerwarteter Auffassung auf seinem Bureau entgegnete:

„Aber das ist ja reizend! Ich bekomme 25 Divisionen frei. Oesterreich-Ungarn deckt mir nach einem Sonderfrieden die Flanke: und ich kann die 25 Divisionen anders verwenden" — —

Nebenbei hatte der Staatssekretär von Kühlmann den Eindruck, daß Oesterreich-Ungarn überhaupt einen Anfang damit mache, vom Bündnis mit Deutschland loszukommen. Es schien ihm, daß die Geheiminstruktion Kaiser Karls an seinen Minister noch durch Briefe des Kaisers nach Brest unterstrichen werde. Jedenfalls bat er sich den Standpunkt des Grafen schriftlich aus. Auch Ludendorff mußte ihn ohne Zweifel in seine Rechnung stellen; umso mehr als Kaiser Wilhelm, dem der Staatssekretär sogleich den Czerninschen Standpunkt gemeldet hatte, sichtlich mehr den Vermittlungswünschen des Staatssekretärs zustimmte, als den entrüsteten Forderungen des „Großen Hauptquartiers".

Vorläufig kamen aber die Verhandlungen mit den Russen darum doch nicht vorwärts. Selbst wenn der Staatssekretär mit einem Nachgeben schließlich die Auffassung gelten ließ, daß die schon erfolgte Abstimmung der Bevölkerung in den Randstaaten ungültig sei — sich selbst gab er zu, daß dabei die kurländischen Barone recht eng mit den deutschen Militärs gearbeitet hatten —, so blieb die Selbstbestimmungsfrage, die also noch zu lösen und mit der Räumungsfrage in den beiden Provinzen verstrickt war, doch ein Problem mit tausend Tücken. Die Russen wollten sich zu Hause beraten. Auch müßte die zehntägige Frist abgewartet werden, die man der allgemeinen Friedenseinladung gegeben hatte. Czernin fuhr zum Kaiser nach Wien. In Berlin stand eine allgemeine Aussprache bevor. Dem Staatssekretär schloß sich auf der Reise der General Hoffmann an. Alle Abgesandten reisten ab.

In der Tat mußten jetzt in Berlin Beschlüsse gefaßt werden, die wichtiger waren, als die Beschlüsse Petersburgs oder Wiens. Kaiser Wilhelm wartete in Berlin. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg war mit General Ludendorff eingetroffen, um sich mit dem Staatssekretär von Kühlmann und mit General Hoffmann zu begegnen. Ein Generalstabsrat trat zusammen. General Ludendorff verbarg seine Erbitterung nicht. Er kam sogleich auf General Hoffmann zu, erregt, aufgebracht, mit entrüsteter Stimme:

„Wie haben Sie das zulassen können, daß diese Note herauskam?“

General Hoffmann pflegte selten die Fassung zu verlieren. Aber jetzt verstand er Ludendorffs Frage nicht, noch weniger die ganze Situation, aus der die Note geschaffen schien.

„Die Herren sind ja aus Kreuznach gekommen, Exzellenz. Ich habe annehmen müssen, daß das dort vereinbart worden ist.“

General Ludendorff bestritt auf das bestimmteste:

„Nein, es ist gar nichts vereinbart worden.“

Die Feststellung traf zu. Denn in Kreuznach war am 18. Dezember in der Anwesenheit des Kaisers zwar über die meisten Themen gesprochen, aber es war nichts vereinbart worden. Keine Forderung und keine Haltung. Auch über Kurland, Litauen und Polen war gesprochen, aber auch darüber nichts verabredet worden. Zwar machte Ludendorff kein Hehl aus seinem Wunsch und dem Wunsch weiter Kreise, der nach einem Besitz der Randstaaten ziele und auch den Besitz eines breiten polnischen Grenzstreifens für wichtig zum Schutze der Grenze halte, indes der Wunsch war nicht als Forderung gegeben. Ueberhaupt hatte die Besprechung den Charakter loser, unverbindlicher Unterhaltung getragen, und es hatte sogar geschie-

nen, als wollten die Generale den Diplomaten nicht vorgreifen. Sonst pflegte die Art des Generals Ludendorff freilich bestimmter und klarer zu sein. Aber gerade zur Randstaatenfrage war der Standpunkt des Staatssekretärs von Kühlmann, als Kurlands und Litauens Zukunft gestreift wurde, noch am klarsten gewesen.

„Ich kann meine Bedenken zurückstellen", hatte er betont, „gegen ein Aufziehen der deutschen Fahne in den östlichen Randstaaten, aber ich würde energisch abraten, jemals die Fahne dort an den Mast zu nageln."

Damit war seine Politik in Brest bestimmt. Er lavierte. Er wartete ab. Er wollte alle Türen offenhalten. Er hatte sich in Kreuznach nicht gebunden. Niemand hatte ihm widersprochen. Der Kaiser ihm zugestimmt. Er konnte also das allgemeine Friedensangebot, was Kreuznach anlangte, zunächst ruhig aussprechen. Aber kaum war es ausgesprochen, meldete sich Ludendorff mit Protest. Als trotz des Friedensangebotes der Zusammenstoß mit den Russen kam, sah der Staatssekretär ein, daß er militärische und politische Notwendigkeiten in den Randstaaten nicht ganz übersehen könne. Er suchte nach der Formel. Irgendwie konnte man sich vielleicht doch nach beiden Seiten einigen. Aber jetzt verlangte General Ludendorff unzweideutig den Randstaatenbesitz. Nur der Weg dazu war die Sache des Staatssekretärs. Er verlangte, daß die Fahne an den Mast genagelt werde.

Der ersten Aussprache der Generalstabsberatung folgte am Abend des 2. Januars 1918 ein Kronrat in Schloß Bellevue. Völlig einig war man noch immer nicht, namentlich was den breiten polnischen Grenzstreifen betraf, den General Ludendorff verlangte. Er war ein Gegner der „austro-polnischen Lösung" der Polenfrage, andererseits legte er auf die gleichfalls oft erwogene „germano-polnische Lösung", die Polen an Deutschland angliedern

wollte, nicht sehr großen Wert. Er verlangte „einen breiten polnischen Grenzstreifen", der freilich Polen halb verstümmelte — 1¾ Millionen Polen wohnten auf dem Streifen —, wobei es dem General gleichgültig war, was der polnische Rest unternahm. Der Kaiser ging hier nicht mit dem General Ludendorff. Er hatte am Neujahrstage den General Hoffmann zum Frühstück geladen und danach einen eingehenden Vortrag über die Auffassungen des Generals zur Polenfrage erbeten. Hoffmann wünschte keinen polnischen Zuwachs für Deutschland. Wenn es nach ihm ginge, nähme er nicht einen einzigen Polen. Er selbst wäre, wenn man ihn frage, nicht nur gegen eine „germano-polnische Lösung", sondern auch gegen einen „breiten polnischen Grenzstreifen". Man solle genau nur so viel oder so wenig polnischen Bodens nehmen, daß moderne Geschütze nicht den Thorner Bahnhof beschießen könnten. Die gleiche Vorsorge müsse man im Bendziner Kohlengebiet in Oberschlesien, von den Höhen von Mlawa her und bei Ostrowiec treffen. Es handle sich um wenige Quadratkilometer. Rund 100 000 Polen bewohnten sie. Mehr Polentum wäre nur Unheil. . . . Da nunmehr der General Ludendorff abends in Bellevue wieder auf den breiten Grenzstreifen zurückkam, war Kaiser Wilhelm anderer Meinung. Auch der Staatssekretär hatte den Kaiser bestärkt. Er wollte auf den Polenzuwachs nunmehr endgültig verzichten, wollte sich überdies für die „austropolnische Lösung" entscheiden, die ihm gleichfalls der Staatssekretär empfahl. Der Kaiser hatte eine Karte in den Kronrat mitgebracht, in die eine Linie eingezeichnet war; die Karte breitete er jetzt vor den Generalen und Staatsmännern auf den Tisch.

„Meine Herren, Sie finden in dieser Karte die künftige Grenze zwischen Preußen und Polen eingezeichnet, wie ich sie als oberster politischer Leiter und als Oberfeldherr für richtig halte."

Dann motivierte der Kaiser noch:

„Ich beziehe mich dabei auf das Urteil eines ausgezeichneten und berufenen Fachmannes. Nämlich hier, des Generals Hoffmann."

Die Grenzlinie stammte von der Hand des Generals. Der Staatssekretär hatte ihr namentlich im Hinblick auf die mögliche „austro-polnische Lösung" der Polenfrage zugestimmt, die er, um Deutschland die bessere Stimmung des Bundesgenossen zu erhalten, für Oesterreich-Ungarn wünschte.

Aber plötzlich ergab sich ein Zwischenfall. General Ludendorff verlor ein paar Augenblicke gänzlich Form, Haltung und Ton. Eigentlich murrte er mit dem Kaiser. Oder er schrie. Seine Nerven zeigten sich unbeherrscht. Ueber seinen Kopf hinweg dürfe der Kaiser Vortrag von keinem General begehren. Die Grenzlinie des Kaisers könne nichts Endgültiges sein. Er müsse sich dies noch sehr überlegen. Auch der Generalfeldmarschall murrte.

„Wir müssen die Angelegenheit wohl noch studieren."

Darauf der Kaiser:

„Also erwarte ich noch Vortrag" — —

Der Kronrat saß vor dem obersten Kriegsherrn peinlich berührt.

Allerdings hatte der Staatssekretär, selbst in offener Differenz mit Ludendorff wegen des Grenzstreifens, dem Kaiser widerraten, sich auf General Hoffmann zu berufen. Dem Ersten Generalquartiermeister schlug der Kaiser vor, doch selbst für eine Weile nach Brest Litowsk zu gehen, um all die verwickelten Probleme an Ort und Stelle zu studieren. Der Generalquartiermeister glaubte, schroff ablehnen zu sollen. Der Kronrat ging auseinander.

Der Zwischenfall hatte zur Erledigung des Grenzstreifenproblems somit nicht wesentlich beigetragen. Freilich war die Entscheidung in der ganzen Frage Polens, dessen

Ministerpräsident gerade in diesen Augenblicken den Grafen Czernin in Wien um die Erwirkung bat, daß auch polnische Abgesandte in Brest gehört würden, nicht von brennender Not. Sie blieb weiter in Schwebe. Aber wenigstens, was die Randstaaten betraf, so hatte sich doch jetzt gezeigt, daß im Tatsächlichen der General Ludendorff und der Staatssekretär eigentlich gar nicht völlig gegeneinander stehen mußten. Der Staatssekretär, der mit dem allgemeinen kaiserlichen Befehl nach Brest zurückfuhr, auf dem von ihm eingeschlagenen Wege weiterzuarbeiten, wollte eine deutsche Einflußsphäre und Sicherung in den Randstaaten erreichen. Er wollte dies, nicht weil der General es wollte, sondern, weil er selbst den Zwang dazu einsah. Das Mittel zur Zielerreichung schien ihm das Selbstbestimmungsrecht. Er hoffte, den Russen dialektisch beizukommen, sie auf ihre eigenen Grundsätze festzulegen, bis sie selbst gegen den Anschluß der strittigen Gebiete nichts zu sagen vermöchten. Der Staatssekretär hatte im Friedensangebot den Verzicht auf „gewaltsame Annexionen" ausgesprochen; aber er hoffte doch — auch wenn er einen rein russischen Brester Frieden für ein Provisorium hielt — durch Diplomatie schließlich zu einer deutschen Schicksalsbestimmung der Ostländer zu kommen. Den Schein der Annexion wollte, mußte er dabei vermeiden. Denn er sah Deutschland im Westen von Annexionsgefahr bedroht. General Ludendorff legte auf Diplomatie weniger Wert. Ihm lag eine ohne Empfindsamkeiten ausgesprochene Annexion zweifellos besser. Er glaubte an den unbedingten Sieg. Der Staatssekretär glaubte an ihn nicht. Trotzdem näherten er und der General sich hier von verschiedener Richtung gleichwohl einer verwandten Grundlage. Nur daß der General Eile hatte, der Staatssekretär aber Zeit benötigte. Eigentlich stand man, wenn die Gegner der Mittelmächte die Friedensein-

ladung verschmähten, jetzt erst am Eingang der Verhandlungen.

Die Friedensunterhändler der Mittelmächte und ihrer Verbündeten trafen in der ersten Januarwoche des Jahres 1918 abermals in Brest Litowsk ein. Ein unerwarteter Vorschlag der Russen, den Ort der weiteren Verhandlungen in ein neutrales Land zu verlegen, war abgelehnt worden. Die Russen gaben nach und kamen wieder nach Brest. Die zehntägige Frist für das Friedensangebot an alle war abgelaufen. Kein neuer Teilnehmer aus den Reihen der Mittelmächtegegner hatte sich zum Konferenztisch gemeldet. Nunmehr handelte es sich lediglich um einen Frieden mit Rußland.

Um einen neuen Teilnehmer sah sich die Konferenz gleichwohl bereichert. Aber er kam nicht aus dem Westen: Abgesandte der Ukraine meldeten sich in Brest. Die Ukrainische Volksrepublik hatte sich unter Berufung auf das von den Russen verkündete Selbstbestimmungsrecht von Sowjetrußland losgelöst und wollte nunmehr auch ihren Frieden schließen.

Mit den Russen kam Joffe, der bisherige Führer der Sowjetabgesandten, zwar nach Brest zurück. Aber Trotzki, der russische Außenminister, hielt die kommenden Verhandlungen für so wichtig, daß er selbst sie leiten wollte. Vielleicht glaubte er, daß Joffe der Arglist der Mittelmächte, die für ihn im Unterschied zwischen Friedensangebot und realer Forderung bestand, nicht ganz gewachsen sei. Und wenn sein Plan, die Konferenz nach Stockholm zu verlegen, weil er von einem Podium in neutralem Lande seine besonderen Ideen besser der Welt darlegen konnte, schon gescheitert war, so wollte er wenigstens in eigener Person das Podium in Brest betreten. War Joffe ein Mann gutmütigen Anscheins gewesen, der

mit sanftem Blick und sanftem Ton dem Grafen Czernin die Hoffnung aussprach, die ganze Welt bald in Revolutionsstürmen zu sehen, so schien Trotzki ein Mann von schwermütig blasser, selbstverzehrter, dennoch fanatisch zäher Prophetie. Und nicht nur die Männer hatten gewechselt. Auch die Methoden und die Atmosphäre waren jetzt bei den Russen anders. Sie hatten sich fortan abzuschließen. Die zwanglosen Zwischenunterhaltungen, die, „à trois" und „à quatre", nicht ins Protokoll gekommen waren, hatten aufzuhören. Der Staatssekretär von Kühlmann meinte: „Er steckt sie alle ins Kloster." Selbst während der Sitzungen durfte kein Russe sprechen, dem Trotzki es nicht hieß.

Trotzki selbst zeigte sichtlich den größten Eifer. Er arbeitete unablässig und kam zu jeder Beratung nach sorgfältigster Vorbereitung. Dennoch kam man im Programm nicht vorwärts. Mehr als die Anerkennung, daß auch die Ukrainer als selbständige Abordnung an den Verhandlungen teilnehmen könnten, war vom russischen Außenminister nicht zu erreichen. Obzwar gerade Trotzki nicht wenig sprach. Er spannte seine Themen ins Allgemeine. Das Selbstbestimmungsrecht war ihm zunächst noch nicht der Boden, auf dem mit den Mittelmächten gearbeitet werden sollte; zunächst war das Selbstbestimmungsrecht nur ein Motiv zu allgemeinen Ausführungen, die die neue Weltordnung der Sowjetideale weithin eindringlich machen sollten und sich in der Kritik der alten Ordnung über alle Länder und über Jahrhunderte verlor. Es wurde stets unverkennbarer, daß der russische Außenminister vorläufig überhaupt noch nicht zur Sache des Sonderfriedens sprechen wollte: er sprach, mit großem Schwung und im Innersten durchglüht, der überzeugte Heiland eines erst von ihm begriffenen, nahenden Zeitalters zur ganzen Welt, die er horchen machen wollte.

Er sprach dabei, da ihm die breitere, Stockholmer Rednertribüne versagt blieb, eben aus dem Fenster von Brest Litowsk. Aber die Verhandlungen kamen nicht weiter. Für ihren Gang besagte die Ordnung von Zwischenfällen nichts, wenn etwa aus Rußland aufreizende Funksprüche an die deutschen Truppen geschickt wurden, die General Hoffmann sich verbat und die Trotzki selbst nicht zu billigen schien. Die Diplomaten sahen der neuen Art Trotzkis mit Nachsicht zu. Ohne daß sie selber wußten, wie dies zuging, war er der Mittelpunkt von Brest Litowsk geworden, um den alles sich drehte. Eine Reihe von Tagen verging. Man war nicht um einen Schritt weitergelangt. Jetzt fand General Hoffmann, daß endlich in wirkliche Verhandlungen eingetreten werden müsse, und die Diplomaten gaben ihm recht. Der General erbot sich, die Russen darauf hinzuweisen, daß man nunmehr tatsächlich verhandeln wolle. Daß es keinen Zweck hätte, die Zeit mit allgemeinen Aussprachen zu vergeuden. Der General wollte positive Wege schaffen, er war ein nüchterner Rechner des Tatsächlichen und er sah, daß die Diplomaten mit dem russischen Außenminister noch zaghafter umgingen als mit einem weichen Ei, und, daß sie nichts damit erreichten. Der Staatssekretär und Graf Czernin waren völlig einverstanden, daß der General mit einem deutlichen Hinweis auf die Verhältnisse zur Arbeit dränge; abgesehen von der Zweckmäßigkeit einer solchen Intervention vermeinte der Staatssekretär, auch noch die Stellung des Generals festigen zu können, dessen Beziehungen zu General Ludendorff er seit dem Kronrat in Bellevue gespannt sah. In Wahrheit konnte man sie nicht mehr als gespannt bezeichnen, denn die Beziehungen zwischen General Ludendorff und General Hoffmann waren seither abgerissen. General Ludendorff hatte von Hoffmann, da er, ohne vorher seine Genehmigung nachzusuchen, auf

kaiserlichen Befehl aus dem Stegreif jenen Vortrag über Polen gehalten, die Demission verlangt. Der Wille des Generals Ludendorff war, daß General Hoffmann eine Division an der Front übernehme. Ein Befehl des Kaisers hatte dann aber den Verbleib Hoffmanns auf seinem wichtigen Posten verfügt, auf dem er tatsächlich unentbehrlich schien. Allerdings brach Ludendorff jeden unmittelbaren Verkehr mit Hoffmann ab, seine Weisungen kamen von da ab dem General durch Ludendorffs Generalstabsoffizier zu. Der Staatssekretär hatte den Eindruck, daß General Ludendorff dem Stabschef des Prinzen Leopold keineswegs gewogen sei, daß er wohl auch die allgemeine Kenntnis davon besorge, wie wesentlich, wie groß, wie entscheidend die schöpferischen militärischen Anteile des Generals Hoffmann im Kriege an der ganzen deutschen Ostfront wären, vom Tage von Tannenberg an gerechnet, und daß General Ludendorff in diesem vielleicht begabtesten, unzweifelhaft bedeutenden deutschen General seinen eigenen, möglichen Nachfolger fürchtete. Aus all diesen Gründen wollte der Staatssekretär seinen Mitarbeiter stützen, dem dann das Verdienst zufiele, die Verhandlungen vorwärts gebracht zu haben; indes der General, der die Macht des Kaisers hinter sich wußte, gerade nichts für sich fürchtete und den Diplomaten helfen wollte.

„Werfen Sie mir doch morgen den Ball zu,“ forderte der General den Staatssekretär auf, „so kann das doch nicht weitergehen! Erklären Sie: der General Hoffmann hat das Wort.“

Das Stichwort war vereinbart. Auch Czernin stimmte zu. Der General ließ für seine Ausführungen allerlei Belege von seinen Offizieren zurechtlegen. Er wollte sachlich, höflich, indes entschieden sein. Am nächsten Tag hielt Kamenew, einer der russischen Abgesandten, eine

unerwartet von Trotzki anbefohlene Rede. Allerdings sprach sie mit den Mittelmächten in etwas hochfahrendem Ton und ungefähr so, als stünden Sowjetheere vor den Toren Berlins. Die Vertreter der Mittelmächte schwiegen in ziemlicher Verstimmung. Endlich erklärte der Staatssekretär von Kühlmann:

„Der General Hoffmann hat das Wort."

Der General hatte unzweifelhaft einen roten Kopf bekommen. Was er jetzt sagte, war weniger sanft, als deutlich. Er vertrat den Standpunkt, daß die Russen schließlich doch die Situation verwechselten. Daß diese Situation doch so sei, daß die Heere Deutschlands tief in Rußland stünden. Daß gerade sie über brutale Macht sich nicht gut beklagen könnten, die ihre Gegner mit Maschinengewehren eben in Minsk auseinanderjagten. Und es keinen Zweck hätte, die Zeit nutzlos zu vergeuden. Daß es anders besser wäre, Schluß zu machen, statt, wie bisher, fortzufahren.

Die Rede des Generals war um einige Grade härter ausgefallen, als von ihm, der sich von Kamenews Rede gereizt sah, beabsichtigt war. Aeußerlich wurde sie in ruhigster Form vorgebracht, es fehlte ihr jede unterstreichende Geste, es fehlte ihr auch völlig der historische Faustschlag auf den Tisch, der schon am Tage nach der Rede des Generals ein Mythos, wie die Sümpfe von Tannenberg, als eine Begleiterscheinung von unbekannter Erfindung die Runde durch die Welt machte. Praktisch war der Wert der Rede Hoffmanns geringer, als er selbst gedacht hatte. Der Staatssekretär hatte bemerkt, wie Trotzkis dunkle Augen aufleuchteten, als der General sprach: auf alle Fälle konnte er versuchen, die Generalsrede agitatorisch auszumünzen. Es war schwer, dem russischen Außenminister beizukommen. Die Hoffnung des Staatssekretärs, dialektische Erfolge zu erzielen, bot vorder-

hand wenig Aussicht. Trotzki sprach entweder als Dichter, als Idealist, kam es zur Debatte überhaupt, so entwickelte er rabulistische Begabung, von der sich die bisherige Technik diplomatischer Schulen nichts träumen ließ. Der österreichisch-ungarische Außenminister, dessen Nerven sich nicht in einem wünschenswert ruhigen Zustande befanden, vermochte gleichfalls nicht ein Mittel zu finden, um das Rad vorwärtszudrehen. Er machte dem Staatssekretär noch einmal kein Hehl daraus, daß er sich im Notfalle Sonderverhandlungen für Oesterreich-Ungarn vorbehalte. Und ohne den Staatssekretär oder den General zu verständigen, versuchte er in seiner Nervosität wirklich einmal eine heimliche Aussprache mit Trotzki unter vier Augen. Der Grandseigneur Czernin glaubte im Ernst, daß er, in Anlehnung an überholte, herkömmliche diplomatische Mittel, von Antlitz zu Antlitz mit dem Russen, der die Welt umstürzen wollte, etwas erreichen könne. Aber Trotzki lächelte über den Grafen Czernin, den er als einen Staatsmann von „sekundärer Bedeutung" ansah, er lächelte über ihn mit der gleichen Genugtuung, wie über das Auftreten des Generals, den er möglichst zu reizen versuchte, um aus seinen Antworten für sich Tendenzwaffen vor aller Welt zu schmieden. Dem russischen Außenminister war schwer beizukommen.

Die Verhandlungen gingen, trotz Hoffmanns Rede, weiter als reine Theorie. Dem General hatte Ludendorff sagen lassen, daß er die Rede billige. Offenbar versuchte Ludendorff Annäherungen. Ihm ließ der General Hoffmann sagen, „es ginge nicht, daß ihn, der in Brest als Fels im Sturm stehen müsse, der Generalquartiermeister schneide". Die Situation in Brest Litowsk war so, daß der Staatssekretär mit seiner Dialektik noch immer keine Fortschritte zu machen vermochte und daß das Große Hauptquartier, das Eile hatte, um Truppen freizubekommen, über das schlep-

pende Tempo ergrimmt war; daß zwischen dem Vertreter des Großen Hauptquartiers in Brest und den Maßgebenden im Hauptquartier selbst keine unmittelbare Verbindung bestand; daß Graf Czernin mit der russischen Seite Besprechungen anbahnte, wovon die deutsche Seite nichts wußte; daß die Rede des Generals Hoffmann und ihr Appell an die realen Verhältnisse nichts genutzt hatte; und daß endlich Trotzki als Beherrscher des Plans mit seinen Methoden fortfuhr. Dem General Hoffmann verschleierte Ludendorffs Anerkennung nicht die Situation. Er selbst sah ein, daß sein Eingreifen keinen Fortschritt erzwungen hatte. Schon vor der Rede hatte er den Grafen Czernin auf die Möglichkeit hingewiesen, daß man vielleicht mit den Ukrainern zu gesonderten Friedensergebnissen gelangen, daß man die Ukrainer vielleicht gegen die Russen auszuspielen vermöchte. Er hatte dem Grafen Czernin seinen Mittlerdienst bei den Ukrainern angeboten. Er bot ihn noch einmal an. Die Anwendung der Macht war selbst für den General erst die Ultima ratio in Brest. Zunächst wollte er jetzt zusehen, ob der Gegner nicht durch Spaltung zu besiegen war.

Dem Grafen Czernin waren von allen Abgesandten, mit denen er zu verhandeln hatte, die Ukrainer am wenigsten sympathisch. Er fand die überaus jungen Leute, die über die ersten Studentenjahre kaum hinaus sein konnten und dennoch als Beauftragte der Kiewer Zentralrada sich vorstellen durften, in ihren Manieren schlecht und im ganzen Gebaren anmaßend und hochmütig. Er verhandelte mit ihnen, die ihre Stellung zu den russischen Bolschewiken vorerst nicht zeigten, gar nicht oder nur sehr wenig, was nicht dazu beitrug, aus den an sich verschlossenen Menschen herauszubekommen, was sie sich als Friedensbasis für die Ukraine eigentlich dachten. Czernin war

ohne weiteres einverstanden, daß General Hoffmann die Verhandlungen mit ihnen einleite, damit ihr Standpunkt kenntlich werde. Zögernd gestanden sie endlich dem General, daß die ukrainischen Forderungen auf den Besitz des Cholmer Gebietes, Ostgaliziens und der ruthenischen Bukowina zielten. Von sich aus sagte ihnen General Hoffmann seine Unterstützung in bezug auf eine Zusprechung Cholms an die Ukraine zu. Der General hielt nichts von der Möglichkeit eines selbständigen polnischen Staates, hatte nie etwas davon gehalten und glaubte auch für keine Zukunft daran. In bezug auf Ostgalizien und die ruthenische Bukowina war seine Antwort kategorisch, derber im Ton, als ihn sonst der eher malitiöse, in seinen Charakteristiken boshafte, dabei geistreiche General liebte. Sie wären verrückt, ließ er durch Major Hey den Ukrainern verdolmetschen, wenn sie glaubten, daß man auf einer Basis Frieden schließen könne, die österreichisch-ungarisches Gebiet abtrete. Die Ukrainer brachen die Unterredung ab. Sie müßten sich Weisungen aus Kiew holen.

Der österreichisch-ungarische Außenminister aber saß um die gleiche Zeit über Depeschen und Briefe gebeugt, die er aus Wien empfing und nach Wien gehen ließ. Mitten in den Brester Verhandlungen traf ihn die Nachricht, daß die österreichisch-ungarische Hauptstadt vor einer Lebensmittelkatastrophe stehe, überdies wurden ausgedehnte Streiks gemeldet. Der Minister müsse Hilfe schaffen. Da Ungarn nur wenig abgeben könne, aus Rumänien nur ein beschränktes Maß an Mais zu erwarten sei, vermöchte nur Deutschland das Schlimmste abzuwenden. Der Minister tat, was er konnte: er sprach mit dem Staatssekretär, der selbst voll guten Willens und voll Hilfsbereitschaft war, aber pessimistisch auf die verfügbaren Lebensmittelmengen Deutschlands sah. Graf Czernin depeschierte Kaiser Karl den Rat, Kaiser Wilhelm

selbst um die Veranlassung deutscher Aushilfe zu bitten, nicht ohne bittere Worte über die verantwortlichen Stellen der Wiener Ernährungsbehörden. In seiner Brester Arbeit fühlte der Minister sich durch den Zwischenfall empfindlich gestört.

Wenn Oesterreich-Ungarn deutsche Aushilfe so dringender Art brauchte, so konnte sein Vertreter keinesfalls mehr mit Sonderverhandlungen und allenfalls einem Sonderfrieden der Monarchie mit den Russen drohen, um die Ansprüche des Großen Hauptquartiers herunterzudrücken. Damit war es jetzt vorbei. War aber die Schwierigkeit daheim wirklich so groß, mußte das ukrainische Getreide, das man vom Friedensschluß mit der Rada erhoffte, wirklich schon in nächster Zeit eingebracht werden, so mußte der Frieden um jeden Preis beinahe geschlossen werden. Kaiser Karl hatte dem Minister zwar eine Instruktion in solchem Sinne ohnedies mitgegeben: aber als Waffe gegen deutsches Uebermaß. Fast seit Jahresfrist hatte Graf Czernin, mündlich und schon im April 1917 in einer Denkschrift, dem Kaiser immer wieder vorgestellt, „daß im Spätsommer oder Herbst um jeden Preis Schluß gemacht werden müsse“. Ihm war die kaiserliche Instruktion für Brest zum wenigsten recht, wenn er, der sich sein Amt nicht ohne eine Gesamtvormundschaft über den Kaiser dachte, sie nicht selbst angeregt hatte, um sich auf höheren Befehl nach außen berufen zu können. Jetzt aber standen die Dinge so, daß der Minister mit seinem Schachzug auf die Deutschen keinen Eindruck machte, daß er ihn überhaupt nicht führen konnte, daß die ukrainischen Abgesandten von den Wiener Verlegenheiten und Unruhen erfuhren, überdies vielleicht, da nichts in der Umgebung Kaiser Karls ganz geheim zu bleiben pflegte, Kenntnis von dem kaiserlichen Friedenswillen um jeden Preis bekamen. All dies in dem Augenblicke, da der

Minister wirklich den ukrainischen Frieden haben zu müssen glaubte.

An der Haltung der Ukrainer merkte er bald ihren Ueberblick über die Umstände. In ihren Forderungen hatte sie erst General Hoffmann wankend gemacht, dann kamen sie mit dem Kiewer Bescheid zurück, daß außer dem Besitz von Cholm die Schaffung eines selbständigen ruthenischen Kronlandes unter den Habsburgern die Friedensbedingung sei, von der sie nicht mehr weichen wollten. Graf Czernin stand vor bittersten Entschlüssen. Wenn er Cholm an die Ukraine gab, so hatte er nicht nur die Polen gegen sich, deren Rolle sicher nie die kleinste war in Oesterreich. Auch das Selbstbestimmungsrecht war gewaltsam durchrissen. Gerade mit der Zustimmung zu einem Selbstbestimmungsrecht aller außerhalb der Monarchie war er nach Brest gekommen. Dadurch hätten später eben die Polen für Habsburg gewonnen werden sollen, denen er die Selbstbestimmung jetzt zerriß. Wenn er aber in die Schaffung eines ruthenischen Kronlandes über Forderung der Rada einwilligte, so trug er als erster die Selbstbestimmungsfrage unmittelbar unter die Völker Oesterreichs, obzwar er schon in dem Augenblicke, da er Joffe kennen lernte, dem Russen bedeutet hatte, daß die Selbstbestimmung der Völker Oesterreichs ein Kapitel sei, an dem er keinesfalls rühren lasse. Wenn er die ukrainischen Forderungen erfüllte, so konnten die Folgen unabsehbar sein. Alles, womit er nach Brest gekommen war, sah der Minister wanken. Alles um ihn stürzte. Der Staatssekretär von Kühlmann hielt sich, da er die zwiespältigen Zukunftsergebnisse einer solchen Befriedigung der Ukrainer erkannte, den Gesprächen mit Betonung fern. Ratgeberschaft lehnte er hier ab. Mit dem genauen Gegenteil dessen, was er erstrebt hatte, mußte Czernin nach Hause kommen. Er sah sich hundert-

fach verstrickt. Die Nerven warfen ihn zwei Tage lang aufs Krankenlager. Dann wählte er, indem er sich zwang, nur das sprechen zu lassen, was jetzt Realität und wichtigste Lebensbedürfnisse ihm zu diktieren schienen, unter den vielen Uebeln nicht das Kleinste. Er kapitulierte. Er autorisierte den General Hoffmann, mit den Ukrainern auf der Basis ihrer Forderungen zu einem Abkommen zu gelangen.

Mit dem russischen Außenminister aber gingen die Verhandlungen fort, wie sie bisher gegangen waren. In den Randstaaten sollte die Bevölkerung selbst abstimmen. Die Russen wollten nicht zugeben, daß das Selbstbestimmungsrecht dort geübt werde, so lange die beeinflussenden deutschen Truppen im Lande wären; die Deutschen gaben nicht zu, daß nach einem Abzug der Truppen die Bolschewiken wirksam sein sollten, wie es ihnen behagte. Ueber den Ausweg, Vertreter der Randstaaten nach Brest zu holen und sie selbst zu befragen, konnten die Parteien sich nicht einigen. Dem russischen Außenminister paßten die Vertreter nicht, an die Deutschland glaubte, sich halten zu müssen, den Deutschen aber paßten Trotzkis Männer nicht. Auch war der russische Außenminister, obwohl er die Selbständigkeit der ukrainischen Abgesandten bereits anerkannt hatte, doch plötzlich der Meinung, daß sie in der Frage der von Oesterreich-Ungarns Truppen besetzten, ehemals russischen Gebiete nicht selbständig mit den Mittelmächten verhandeln dürften, da die Grenzen zwischen der neuen Ukraine und Sowjetrußland noch nicht genau genug festgelegt wären. Eine Auffassung, die die Abgesandten der Ukraine bestritten. Jedenfalls hielt Trotzki abermals eine Beratung der russischen Regierung in Petersburg für nötig. Er teilte mit, daß innerpolitische Angelegenheiten ihn nach Hause riefen. Und reiste

ab. Der Staatssekretär von Kühlmann benutzte die neue Pause, um dem Reichstag in Berlin über den Stand der Dinge zu berichten. Graf Czernin fuhr nach Wien.

Je länger Czernin seine Situation überdachte: die Verantwortung für Beschlüsse von solcher Tragweite, wie sie der Zusage an die Ukrainer für Oesterreich-Ungarn zukam, wollte er allein nicht übernehmen. Zwar hatte er den General Hoffmann zu Verhandlungen auf der bezeichneten Basis bereits autorisiert, aber er legte nach einer Wiener Ministerratssitzung, in der Oesterreichs Ministerpräsident die Notwendigkeit sofortigen Friedensschlusses mit der Ukraine betont und Graf Czernin, vom Beifall des Ministerpräsidenten begleitet, vom Widerspruch des ungarischen Premiers und des Finanzministers unbeirrt. selbst noch einmal jeden andern Ausweg bestritten hatte, doch Wert auf eine Selbstsicherung: „Die österreichische Regierung war daher von dem mit der Ukraine projektierten Abkommen nicht nur rechtzeitig verständigt; es erfolgte dasselbe vielmehr auf ihren direkten Wunsch, auf ihre Ingerenz und unter ihrer Verantwortung.“ Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußeren kehrte nach Brest Litowsk mit dem festen Vorsatz zurück, wenigstens den Frieden mit der Ukraine jetzt zu unterschreiben.

Allerdings wartete in Brest Litowsk bereits eine neue Schwierigkeit. Mit dem russischen Außenminister, und zwar in seinem Gefolge, waren zwei weitere ukrainische Abgesandte eingetroffen, Medwiediew und Schachrei, deren Auftraggeber nicht die Kiewer Zentralrada, vielmehr die bisher ungenannte, ungekannte und nicht vertretene „Regierung der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten der ukrainischen Volksrepublik“ war. Volkskommissar Satonski, der dritte Beauftragte der Räte, sei, unter die russischen Volkskommissare aufgenommen, in

Petersburg zurückgeblieben. Ueberhaupt vertrat der russische Außenminister die Auffassung, daß die Selbständigkeit der Abgesandten der Rada eingeschränkt werden müsse, denn die wirkliche Macht in der Ukraine sei keineswegs mehr bei der Rada, vielmehr bei den Räten, deren Sprecher daher vor allem gehört werden müßten. Sowrjuk und Lubjinski, die beiden ukrainischen Sozialrevolutionäre, beide unversöhnliche Gegner Trotzkis, erhoben sofort, als die Bevollmächtigten der Rada, Widerspruch gegen eine solche Darstellung angeblich verschobener Situation. Aber ganz abgesehen davon hatte weder der Staatssekretär von Kühlmann, noch Graf Czernin große Neigung, die bereits gerettet geglaubte ukrainische Angelegenheit neuerlich durch Trotzkis Schachzug matt setzen zu lassen. Der russische Außenminister hätte ja selbst am 12. Januar die ukrainische Abordnung anerkannt.

„Sie schließen einen Frieden", erwiderte jetzt Trotzki, „mit Delegierten ohne Land. Denn das einzige Gebiet, über das sie noch verfügen, sind die Zimmer, die sie in Brest Litowsk bewohnen."

Aber sowohl der Staatssekretär von Kühlmann, als auch der Graf Czernin hielten an der von Trotzki einmal gegebenen Anerkennung der Radabevollmächtigten fest und somit auch an der Anerkennung der Rada als der wirklichen Macht in der Ukraine. Und wenn Rußland als Ganzes, wie der russische Außenminister darstellte, sich inzwischen zu einem Bund föderativer Republiken entwickelte, deren jede ihre Grenzen nur mit Zustimmung auch Sowjetrußlands regeln könne, so stand dagegen wieder der soeben vorgebrachte Vorschlag der Radabevollmächtigten, „die ukrainische Republik als einen durchaus selbständigen und von niemand abhängigen Staat formell anzuerkennen". Die Abgesandten der Mittelmächte beschlossen, den Frieden mit der Ukraine auf alle Fälle zum

Ende zu bringen. Nur über die Taktik, die dann weiterhin gegenüber den Russen einzuschlagen war, wollten der Staatssekretär und Graf Czernin sich noch in Berlin mit Ludendorff besprechen. Aber die Taktik des Generals war die alte: zu einem Ziele mit Trotzki zu kommen. Von seinem „Entweder — Oder" brachte ihn jetzt weder der Staatssekretär, noch ein Zusammenstoß mit Czernin ab, der fortan für Oesterreich-Ungarn verbriefte Freiheit forderte, nicht mehr für Erwerbungen weiterkämpfen zu müssen, die Deutschland vor dem Kriege nicht besessen hätte. Ludendorff glaubte weder an die Dialektik des Staatssekretärs, noch an die diplomatische Kunst des Grafen Czernin. Er wollte ein Ende sehen. Er brauchte Truppen für Frankreich. Drei Tage sollte Trotzki noch Zeit gelassen sein.

Aber die Frist war doch noch kürzer. Alles in Brest Litowsk drängte, jetzt im ersten Drittel des Februar, dramatischer Entladung zu. Die Diplomaten waren aus Berlin noch nicht recht zurück, als der Staatssekretär eine Depesche Kaiser Wilhelms erhielt. Ein russischer Funkspruch an die deutschen Truppen sei soeben wieder aufgefangen worden, sie würden darin zur Ermordung ihrer Offiziere aufgehetzt. Der Staatssekretär solle Trotzki ein vierundzwanzigstündiges Ultimatum stellen. Ueberdies müßten die Russen, von Kurland und Litauen abgesehen, auf Livland und Estland verzichten.

Aus Livland und Estland waren Abordnungen vor dem deutschen Kaiser erschienen. Sie hatten um Schutz vor bolschewikischem Schreckensregiment gebeten. Der Kaiser wollte sich ihrer annehmen. Aber die Selbständigkeit des Staatssekretärs hatten die Ratgeber, die den Kaiser zu der neuen Forderung bewogen hatten, doch völlig unterschätzt. Der Staatssekretär ließ das Ultimatum des Kaisers

liegen. Er gab es nicht ab. Er ging sogar um einen Schritt weiter und depeschierte an Kaiser Wilhelm in unzweideutiger Sprache zurück, daß er, wenn man auf dem neuen Standpunkt beharre, einen neuen Staatssekretär berufen müßte. Er warte am gleichen Tage auf Entscheidung bis halb fünf Uhr. Die Entscheidung kam nicht. Der Staatssekretär ging über das Ultimatum zur Tagesordnung über.

Gleich darauf kam der endgültige Friedensschluß mit der Ukraine zustande. Er schien die Russen als ein schwerer Schlag zu treffen. Obgleich Trotzki sich weigerte, ihn anzuerkennen, obgleich er dem Grafen Czernin gegenüber nochmals und immer wieder betonte, daß ihre Methode, eine Abstimmung in den Randstaaten durch Vertreter herbeiführen zu lassen, denen sowohl deutsche, als auch bolschewistische Anhänger beigemischt sein könnten, „brutale Annexion" bedeute: so hatte der Staatssekretär von Kühlmann dennoch unmittelbar nach der Unterzeichnung mit den Ukrainern das Gefühl, daß auch mit der russischen Abordnung noch eine Einigung erzielt werden könnte. Den Staatssekretär ließ der russische Außenminister anfragen, ob es denn keine Möglichkeit gebe, Riga und die vorgelagerten Inseln, deren beider Besitz den unerläßlichen Schutz von Petersburg ausmache, für Rußland zu erhalten. Admiral Altvater, einer der militärischen Sachverständigen der Russen, fragte in Trotzkis Auftrag dezidiert:

„Läßt sich denn kein Mittel finden, um diese Frage auszuschalten?"

Er meinte: aus den Ansprüchen Deutschlands. Der Admiral und alle russischen Sachverständigen, die für das Thema in Frage kamen, verhandelten auf Trotzkis Befehl mit den deutschen Fachleuten einen ganzen Tag. Der

russische Außenminister hatte plötzlich Eile und plötzlich schien es ihm Ernst. Der Staatssekretär aber, der den Gang aller Verhandlungen bisher und die ganzen Verhältnisse, unter denen sie sich abspielten, bei allen Parteien mit Bismarcks Ausdruck als „zwangsläufig“ betrachtet hatte, der Staatssekretär von Kühlmann faßte den Entschluß, wenn irgendwann, so jetzt die „Zwangsläufigkeit“ zu durchbrechen. Er wollte Riga und die Inseln den Russen gegen die Generale durchsetzen — oder wenigstens an eine Neutralisierung des Gebietes dachte er —, wenn Trotzki Frieden machte. Durch den Gesandten von Rosenberg bat er sich von ihm die Friedensbereitschaft schriftlich aus, wenn sein Wunsch erfüllt würde. Auf Trotzkis Schriftstück wollte er sich stützen, mit Trotzkis Schriftstück wollte er seine Haltung in all den Fragen festigen, stärker, als kürzlich durch die schriftliche Versicherung Czernins, daß Oesterreich-Ungarn auch abseits gehen könne. Der Gesandte von Rosenberg gab seine Aufforderung weiter. Aber Trotzki schwankte schon wieder. Trotzki zögerte. Riga war eine deutsche Stadt. Auch wenn die Sowjetherrschaft sie brauchte: Trotzki selbst verletzte jetzt das Selbstbestimmungsrecht zugunsten sowjetherrlicher, militärischer Ziele. Er hatte sich schon zu weit gewagt. Er schreckte davor zurück, den Preis auch noch schriftlich zu nennen. Besser war es für ihn, abermals zu entschlüpfen. Zum Fenster hinausgesprochen hatte er genug. Er mußte loskommen und irgendwie herauskommen aus der Situation, in die ihn, indem sein Einfluß und seine Macht versagt hatten, der Sonderfrieden der Ukraine gebracht hatte. Und seinen Reden und Gesten am Fenster von Brest Litowsk, vor dem sich, so lange er auch wartete, die Weltrevolution des idealistischen Fanatikers nicht einstellen wollte, entsprach nur ein blendender, unerwarteter, weithin sichtbarer Coup. Einen Friedensvertrag un-

terzeichnete Trotzki nicht. Aber am 10. Februar verkündete er in Brest: „Rußland gebe den Krieg auf und benachrichtige hiervon alle Völker und ihre Regierungen". Er schicke die russischen Armeen nach Hause. Der Krieg sei zu Ende — —

Die Verblüffung war allgemein. Die Diplomaten berieten untereinander. Schließlich war ihre Auffassung, sich auch mit solchem Abschluß abzufinden. General Hoffmann protestierte. Von einem Friedensschluß wäre hier auch nicht die Spur. Die Kündigung des Waffenstillstandes erfolge automatisch. In acht Tagen gehe der Krieg weiter. Der General drang nicht durch. Der Gesandte von Wiesner, einer der Mitarbeiter des Grafen Czernin, der schon einmal — in Serajewo 1914 — ein Telegramm von seltener Unorientiertheit und voll von Widersprüchen in die Welt gesetzt hatte, depeschierte nach Wien in überstürzter Eile, der Friede mit Rußland sei geschlossen. Die Depesche mußte widerrufen werden. Selbst die Radiostationen der Russen sprachen nach allen Richtungen: „Achtung. Die Verbreitung des Funkspruches von Krylenkow über den Frieden ist sofort einzustellen". Der Staatssekretär von Kühlmann wurde nach Homburg gerufen. General Ludendorff verlangte dort die Waffenstillstandskündigung vor Kaiser, Kanzler und Vizekanzler, die schließlich dem General beistimmten, indes der Staatssekretär schon aus der Auffassung dagegen blieb, daß jeder militärische Aufwand für den Osten künftig zu sparen sei. Er blieb dagegen auch noch mehr mit Rücksicht auf Oesterreich-Ungarn, als auf eigene innerpolitische Stimmungen, er fürchtete von dem Fortgang des russischen Krieges ungünstige Rückwirkung auf den Bundesgenossen, dessen Haltung zu Deutschland er schwankend sah. Ohne Oesterreich-Ungarn oder, wenn dort die

Situation unhaltbar wurde, sah er Deutschlands Sache hoffnungslos. Und Oesterreich-Ungarn wollte vom russischen Kriege nichts mehr wissen. Aber der Staatssekretär wurde überstimmt. General Ludendorff erhoffte jetzt den Rücktritt des ihm längst unbequemen Gegners, dessen Ansicht über die Wichtigkeit der österreichisch-ungarischen Dinge er gleichfalls nicht teilte, aber der Staatssekretär, der sich an sein Amt nicht herangedrängt hatte, der, pessimistisch über die Verwicklung der Mittelmächte und ihren Ausgang, dem Rufe nur gefolgt war, als die ausgesprochene Bitte des Kaisers ihn unterstrich, der Staatssekretär, der wohl die Kabinettsfrage aufzuwerfen verstand, wenn er — er hatte das in Brest vor einer Woche bewiesen — die eigene Verantwortlichkeit zu wahren hatte: der Staatssekretär fand in der Kündigungsfrage keinen Anlaß, seine Arbeit fortzuwerfen, die er für das Reich noch nützlich erachtete.

„Ich opponiere, aber ich halte die Frage für nicht wichtig genug, um daraus für mich Konsequenzen zu ziehen" — —

Kanzler und Vizekanzler saßen da. Ihre Verantwortung war die Entscheidung. Der neue Krieg mit Rußland ging weiter. In zwei Tagen standen die deutschen Truppen am Peipussee. Dann brach der Vormarsch ab, denn Rußland unterzeichnete den Friedensvertrag bedingungslos. Noch einmal fuhren die Russen nach Brest. Der Kriegszustand zwischen Vierbund und Rußland war beendet. Die Randstaatenfrage war jetzt erledigt: die Gebiete würden „der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen . . . Rußland verzichte auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete. Deutschland und Oesterreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen". Der Krieg mit Rußland war wirklich aus. Nur der Frieden

jetzt ein Diktat geworden, über das die Russen jede weitere Verhandlung ablehnten. Die Konferenz von Brest Litowsk ging endgültig auseinander.

Drei Gruppen hatten an ihrem Tisch gesessen, jede ohne Brücke nach rechts und links, jede beschäftigt und benommen nur von ihrer Welt. Die Russen hatten ein Weltprogramm gebracht: der Friede selbst war ihnen nur halb so wichtig. Die Russen kamen nach Brest als Sprecher und Künder neugeborener Idee. Die Realität übersahen sie mit Absicht in einem Kampf, den sie lediglich mit geistigem Einsatz und für geistigen Erwerb führten. Die Deutschen sprachen zu ihnen zuletzt als Träger von Sieg und Macht. Gerade dem geistigen Programm des neuen Rußlands sagten sie übrigens besondere Fehde an. Es waren zwei Welten, fremd und feind; sie haßten einander in Unversöhnlichkeit. Dann war noch ein Dritter da: Oesterreich-Ungarn. Bekümmert hörte es, beängstigt den neuen Evangelien zu, die die Russen kündeten. Bekümmert sah es auf den Bundesgenossen, der noch von Waffenglanz verschollener Stile träumte. Bekümmert und beängstigt stand, erregt zwischen fanatisierten Idealisten und zugreifenden Soldaten, Oesterreich-Ungarn inmitten trüber Wirklichkeiten. Jeder verhandelte. Aber jeder stand für sich, jeder wollte oder konnte nur für sich stehen. So wurden die Verhandlungen nach dem Bismarckzitat des Staatssekretärs von Kühlmann „zwangsläufig“. Und als die Konferenzteilnehmer nach Hause fuhren, wußte vielleicht keiner ganz genau, wie sehr symbolisch diese Verhandlungen doch gewesen waren: ein Zeichen — ein Warnruf — eine Ansage — —.

Den Russen wollte die Weltrevolution nicht als der erwartete Helfer kommen. Sie sahen nach berauschtem Aufstieg jetzt Dämme, die ihre Ideen doch nicht überstiegen.

Zum Schlusse unterschrieben sie, um vor der Welteroberung wenigstens daheim bestehen zu dürfen, durchaus reale, sachliche Dinge. Um Riga und die Vorinseln hatten sie heimlich sogar nationalistischen Wünschen die Zügel gelassen, sie waren sich — flammende Selbstbestimmungsverfechter — selbst treulos geworden. Am Tor der Völkerfreiheit, die sie bringen wollten, riefen sie zum Schluß ein Wort der Militärs. Am Tor der Völkerfreiheit, an dem sie Ideen zeigen wollten, begehrten sie zuletzt die Freiheit von Forts und Kanonen zu Petersburgs Schutz. Sie kamen mit einer Niederlage heim. Nicht weil sie hatten unterzeichnen müssen. Aber weil die neuen Ideen flügellahm wurden zum erstenmal. Sie eroberten nicht im Flug: Grenzen spürten sie. Und mußten heimkehren, um sich selbst zu schützen. Unklar zeigte sich die Zukunft. Vielleicht kam einmal für die Bolschewiken Sieg. Soviel aber stand fest: Hindernisse gab es auch für geistige Waffen. Vielleicht konnte es einmal auch Niederbruch geben. Ein reiner Triumph war Brest nicht für sie gewesen. Sie zogen in Zukunft, die dunkel blieb.

Aber Grenzen waren auch für die Deutschen da. General Ludendorff übte jetzt die Macht. Indes, er hatte Eile. Er brauchte Truppen. Im Westen wollte er Entscheidung suchen: durch die Macht. Da er Eile hatte, da er drängte und drängte, so wußte er, daß der Augenblick nahen konnte, da seine Macht nicht mehr stark genug war. Noch war er seiner Ueberlegenheit sicher. Aber nur bei größter Schnelligkeit. Er diktierte im Osten darum mit reiner Macht, um sie im Westen stärken zu können. Auch für General Ludendorff gab es also Grenzen der Gewalt. Daß er sich dies eingestand, brachte ihn nur nicht aus der Richtung seines Denkens. Die Richtung war der zweifellose Sieg. Ein Sieg mit Zeitbemessung. Die Uhr hatte in Brest Litowsk die Stunde angesagt, da Deutschland seine

Riesenkräfte nicht mehr erhöhen, sondern nur mehr spielen lassen konnte.

Daran dachte sein Bundesgenosse keinesfalls mehr. Oesterreich-Ungarn glaubte nur noch ein Rechner zwischen bittern Wirklichkeiten sein zu dürfen. Den Ukrainer Frieden hatte der Graf Czernin geschlossen, um Brot zu bekommen. Das Schlagwort vom „Brotfrieden“ ging lärmend um. Aber der Graf Czernin wußte nicht — oder wollte es nicht wissen —, daß die Kiewer Regierung, mit der er seinen Frieden geschlossen hatte, in dem Augenblick vor den Bolschewiken auf der Flucht war, da er seinen Frieden schloß. Gleichgültig wäre übrigens gewesen, hätte der nervöse Minister noch vierundzwanzig Stunden gewartet. Auch ein billigerer Frieden mit der Ukraine wäre wertlos geblieben. Das Brot für die Monarchie mußten jetzt auf alle Fälle erst wieder die Soldaten holen. Alle Mühsal von Brest Litowsk, im Endziel vorgezeichnet durch übereilten kaiserlichen Befehl, war mit einem Mal sinnlos und vergeudet für Oesterreich-Ungarn. Czernin hatte nur die Polen aufgebracht. Czernin hatte den Ruthenen die Selbstbestimmung geschenkt. Solchen Sinn hatte plötzlich der Frieden von Brest Litowsk bekommen. Die Selbstbestimmung der Völker klopfte an das Habsburger Tor. Der Graf hatte Hungerschreie gehört. Hunger war das Primitivste, das Gefährlichste. Um Brot zu bekommen, hatte der Graf mit Politik bezahlt. Hatte Prinzipien, Reden und Ideen vergessen. Er wirtschaftete jetzt mit den Forderungen der Not. Sie wollte er noch einmal niederschlagen. Er gab alles auf, was er aufgebaut hatte, die Anlagen seiner Technik, die ihn nur verstrickt hatte, zugleich sich selbst. Das Totschlagen der Not: dies war das Erste. Aber immer deutlicher glaubte er zu spüren: dies war der Anfang vom Letzten.

Der Hunger schrie auf in Oesterreich. Von Wien bis Brest Litowsk. Man wollte fort von Macht und Krieg, von Bündnis und Zerfleischung. Die Selbstbestimmung war eingezogen. Das war die Zersetzung. Der Friede war geschlossen. Aber im Eingang des Jahres 1918 flammte der Name Brest Litowsk als wetterleuchtendes Fanal.

KRISEN

Hungerschreie aus Oesterreich hatten den Grafen Czernin dazu gedrängt, in großer Hast den Frieden mit den Ukrainern zu unterzeichnen. Aber bald zeigte sich, daß die Nerven des Ministers, der schon in den ersten Brester Tagen stets aufs neue erklärt hatte: „Ohne Frieden darf ich überhaupt nicht nach Hause kommen", durch die Unterschriften auf dem Friedensdokument lediglich eine äußere Beruhigung erfahren konnten. Die ukrainischen Abgesandten, deren „eiserne Haltung" für den Staatssekretär von Kühlmann ein Motiv restloser Bewunderung gewesen war, hatten nahezu alles erreicht, was von ihren Wünschen erstrebt war. Indes blieb die Gegenleistung aus: das ukrainische Brot.

Die Mittelmächte schritten zwar sogleich daran, die Vorräte des Ostens sich dienstbar zu machen. Aber es stellte sich nicht bloß heraus, daß man die Vorratsmengen des Landes überschätzt zu haben schien; auch war das Mittel, durch das man die Erfüllung des abgeschlossenen Friedens durchzusetzen genötigt war, ein neuerlicher militärischer Vormarsch. Ihn hatte der General Ludendorff mit der Richtung auf Kiew schneller angeordnet, als Oesterreich-Ungarn seine Truppen abermals marschieren zu lassen sich entschloß. Allerlei Verhandlungen mit den ukrainischen Behörden, die durch Wochen sich hinzogen, auch der Versuch, eine „deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftszentrale" zu schaffen, hatten den Nährstrom der Ukraine nicht fließen gemacht. Ueberdies

saß dort längst die Regierung nicht mehr, die den Frieden mit den Mittelmächten unterzeichnet hatte: die Bolschewiken hatten jetzt die Macht. Der Krieg ging darum auch in der Ukraine weiter. Verstimmungen dabei zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die zunächst jeder auf eigene Faust marschierten, wurden wieder überbrückt, man drang — stets an den Bahnlinien — endlich gemeinsam vor. Die Deutschen waren im Gebiet von Kiew die Herren, im Gebiet von Odessa wurden es Oesterreicher und Ungarn. Die ukrainische Ausbeute begann. Sie ergab in acht Monaten, wie der Graf Czernin selbst feststellte, für alle Vertragsstaaten ungefähr 42 000 Waggons Lebensmittel. Oesterreich darbte vor allem an Getreide. Die Ukraine brachte ihm von dem Gesamterträgnis 42¼ Millionen Kilogramm. Jedem Haupt in Oesterreich kamen in acht Monaten etwa 1½ Laib ukrainischen Brotes, überdies etwa 2 Kilogramm anderer Lebensmittel zu. Dies war die Ziffer, die der großen Allgemeinheit nützen sollte. Soldaten, die in der Ukraine standen, vermochten ihren Angehörigen durch Feldpostpakete zu helfen. Im übrigen spürte vor allem das Frühjahr 1918 vom „Brotfrieden" überhaupt noch nichts. Im Frühjahr 1918 ging der Hunger um.

Nicht nur um die Januarmitte in Wien, als die Mittelmächte in Brest Litowsk in schwerem Verhandeln waren, schrien die längst Unterernährten auf. In Berlin lief im gleichen Monat der erste große Streik durch die Straßen. Und ein Bund meldete sich zum Wort, der sich zum erstenmal für die Welt, nach dem Befreier römischer Sklaven, mit Namen nannte und bekannte: „Spartakusbund". Zwar wurde der Wiener Ausstand, wie der Berliner Streik, bald beigelegt. Halb drohte der deutsche Staatssekretär für Inneres mit Gewalt, halb gelang die Ordnung des Zwischen-

falls gütlich. In Oesterreich freilich mehrten sich die Schwierigkeiten mit beängstigenden Ansagen. Kaiser Karl sah auf einer nordböhmischen Reise nur bleiche, ausgemergelte Gesichter. Jetzt drängte er selbst die Truppen in der Ukraine zu schnellem Marschieren. Dem Wiener Januarausstand folgten in der Nähe der österreichischen Hauptstadt, in Wiener Neustadt, in Neunkirchen neue Streiks. Sie verliefen in ungestümer Tonart, der Lärm drang bis ans Wasserschlößchen in Laxenburg, wo der Kaiser hofhielt. Unruhig horchte er den nahen Revolten.

„Der Kaiser gehört in die Wiener Burg", entschied der Graf Czernin.

„Ich lasse mich in der Burg nicht fangen", widerstrebte der Kaiser zum Generalstabschef Baron Arz.

„Bei mir sind Sie sicher, Majestät", beruhigte der General. „Kommen Sie zu mir nach Baden."

Nach dem Armeeoberkommando in Baden bei Wien rief zu solchem Zwecke der Chef des Generalstabs die dritte Edelweißdivision, beste, zuverlässige, deutschtirolische Truppen, zwei Regimenter zum Schutze des Monarchen, die aus der Front gezogen wurden. Auf ihre Verpflegung wurde sorgsam geachtet. Ihr neuer Dienst war leicht. Der Kaiser fühlte sich in Baden sicher und wohl. Aber die Unruhe, neue, häufige Fieberzeichen flogen weiter durchs Land. In den Pulverfabriken mehrten sich die Sabotagen. Die wichtigen Skodawerke in Pilsen hatten ihren Ausstand. Die Untersuchung ergab Lebensmittelverhältnisse als Ursache. Indes stellte sie gleichzeitig fest, daß der Streik — wie fast alle Ausstände jener Zeit — ungewöhnlich gut organisiert gewesen war. Bei den vereinzelten, ähnlichen Anlässen bisher hatten zwei, höchstens drei Tage genügt, um die Ordnung wiederherzustellen. Nunmehr pflegte dies in zehn Tagen schwer zu gelingen: überdies war härteste Drohung nötig. Alles geschah mit

ängstlicher Hast, die Ernährung der Arbeiter nach Möglichkeit sicherzustellen. In den Munitionswerkstätten und in den Bergwerken, die der Aufsicht eines besonderen Generals anvertraut waren, mußten alle Beschwerden unmittelbar an die Militärs geleitet werden. Der General hatte die Bergwerksdirektoren, die Fabrikleiter zur Verantwortung zu ziehen. Aber die Ausstände wurden darum nicht seltener. Und die Ernährungstumulte wurden Tagesordnung. Hatte die Wiener Bevölkerung in Niedergeschlagenheit sich eben erst beruhigt, so ließ der Kaiser, wenn er zur Front fuhr und das Elend während der Reise sah, etwa in Laibach zwei Waggons von den Vorratszügen abkoppeln, die zu den Kampftruppen rollten. Während er den Hungernden in Krain nur wenig damit half, brach eine Ernährungsrevolte in Krakau aus. Militär mußte die Sicherheitswache in der Stadt übernehmen, aber die Revolte steigerte sich zu Mord und Totschlag. Judenkrawalle wurden endlich das Ventil. Hunger zog durch Oesterreich von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf. Denn jetzt begann die Blockade zu sprechen, die furchtbarste Waffe gegen die Mittelmächte. Die Kinder starben, die Totenziffern wuchsen. Die Erschöpfung riß am Volk, am Körper, an den Nerven. Sie riß an der Disziplin der Truppen, die im Hinterland standen. Und die Kraft der Männer sank, die in den Schützengräben wachten.

Manchmal verwies der Graf Czernin erregt auf die Ukraine. Der „Brotfrieden“ war ja geschlossen. Am Dnjepr läge Getreide. Den Chef des Generalstabes machte er aufmerksam, in seiner antreibenden, temperamentvollen Art:

„In Tschepetowka stehen 200 Waggons. An der Bahn.“

Der Generalstabschef bestritt solche Einzelheit nicht. Er wußte auch, daß am Dnjepr Getreide läge. Und Kohle im Donezgebiet. Aber er brauchte einen Monat allein

dazu, um die Kohle aus dem Donezgebiet an den Dnjepr zu schaffen. Dann erst konnten, wenn sonst keine Hindernisse waren, die ersten Ladungen am Dnjepr flott werden. Die Einzelentdeckungen des Grafen Czernin bedeuteten kaum einen Tropfen. Der Generalstabschef brauchte allein 220 Waggons Getreide täglich für die Armee. Ungarn lieferte wenig; einzelne Gegenden hatten zwar selbst Knappheit; aber aus keiner der anderen Gegenden war etwas herauszubekommen. Ungarn teilte nicht. Wenn Verhungerte an den Grenzen einige wenige Kartoffeln im Rucksack schmuggelten, lieferte die ungarische Gendarmerie Feuergefechte gegen Knaben und Greisenweiber. Oesterreich-Ungarn hatte auch keine Lokomotiven mehr. Selbst in Deutschland begannen die Bahnen an Leistungsfähigkeit stark nachzulassen, das rollende Material war abgenutzt auch dort, der deutsche Nachschub verlief gleichfalls nicht mehr ohne Reibung. Oesterreich-Ungarn besaß im ganzen noch 14 000 Lokomotiven. Aber nur 5000 davon vermochten — mit stöhnendem Räderwerk — noch zu fahren. Oft waren die Lokomotiven für die Ukrainetransporte bereitgestellt. Aber dann fehlten die Waggons. Oft standen die Waggonparks mit den Lokomotiven da. Dann fehlten die Kohlen, um das Getreide zu den Mühlen zu fahren. In Oesterreich fehlte das Brot, nirgends gab es Fleisch. Den Kampftruppen waren 200 Gramm für die Woche und den Mann zugebilligt, die Grammzahl für das Hinterland betrug 100. Aber nicht immer bestand die Sicherheit, daß die Ziffer eingehalten werden konnte. Die Minister gaben der Heeresleitung alle Zusagen. Nie wurden die Zusagen über die Hälfte, über ein Drittel, nie zur rechten Zeit erfüllt. Bei den Ministern beschwerte sich der Chef des Generalstabes Baron Arz bisweilen unverblümt:

„Wenn Sie es nicht leisten können, müssen andere Leute her“ — —

Aber die Dinge verschleppten sich dennoch. Die Minister arbeiteten lässiger, als der Ernst der Umstände entschuldigte. Vorläufig lebten sie von der Hoffnung auf die Ukraine. Auch Baron Arz hatte die Anfälle von Energie nur als gelegentliche Anwandlung. Uebrigens begann er aus der Ueberzeugung kein Hehl mehr zu machen, daß der Krieg im ganzen nur Unsinn darstelle.

Die Fronten standen noch fest; nahezu überall weit vorgeschoben in feindliches Gebiet. Im Hinterlande wurde die Herausschaffung des Ersatzes an Mannschaften und die Ausbildung der Truppen noch eifriger, als sonst betrieben, aber auch hier zeigten sich Reibungen und Schwierigkeiten größer, als irgendwann zuvor. Es wurden nicht nur in Oesterreich-Ungarn, das selbst schwächere Männer von der Dienstleistung nicht mehr ausschalten konnte, jäh die Grenzen sichtbar, bis zu denen überhaupt die „Menschenreservoirs“, die der Kampf verbrauchte, auf absehbare Zeit noch nachgefüllt werden konnten. In Deutschland hatte der General Ludendorff schon dem Reichskanzler Michaelis erklärt: „Ersatz fängt an, knapp zu werden.“ Und Ende 1917 hatte der Generalquartiermeister bekannt, daß er nach Weihnachten und zum Frühjahr 1918 mit ausgesprochenen Schwierigkeiten im Ersatz der Truppen rechnen müsse. Vom bayerischen Kriegsminister war das Bild, das von Ludendorff entworfen war, noch dahin ergänzt worden, „daß er vom Frühjahr an gewisse Formationen aus Mangel an Ersatz nicht komplettieren könne“. Dem Könige von Bayern aber meldete, kaum daß der Frühling um war, ein Flügeladjutant: „die Frontstärken seien geschwunden; die Divisionen wiesen nur mehr die Ziffern von kriegsstarken Brigaden auf. Es handle sich um Papierdivisionen.“ Lücken wurden spürbar; vier Jahre hatten furchtbar in der Menschenmasse der Mittelmächte ge-

wüstet. Alles mußte, alles wollte man jetzt tun, um durch Ausbildung zu ersetzen, was durch Zahlen nicht mehr zu erbringen war.

General Ludendorff hatte selbst freilich, was Deutschland betraf, mit seinen lebhaften Bestrebungen, „die Stimmung für Kriegsfreudigkeit zu heben“, allmählich einen Geist unter den jungen und jüngsten Nachwuchs des deutschen Volkes getragen, der den Absichten des Generals so ziemlich unmittelbar widersprach. Sein Stimmungsprogramm war, der Industrie und der Arbeiterschaft möglichst viele Gewinne zuzuführen. Aber gerade die jungen Arbeiter der Munitionswerkstätten, deren Einkünfte ihnen im Gegensatze zum vielentbehrenden Mittelstande jeden ungewohnten Luxus und eine für alle bisherigen Begriffe beispiellose Lebenshaltung gestattete, gerade die jungen Arbeiter hatten für Staat und Staatswohl nichts mehr übrig. Sie zogen dem Frontdienst die Arbeitszeit in den Fabriken vor, denen die Zeit der Zechgelage folgte, die Jüngsten unter den Jungen schätzten die Abenteuer mit gutgespickter Börse mehr als die ruhmreichsten Abenteuer vor dem Feind. Sie murrten, als Ludendorffs Ersatzsorgen sie aufstörten. Sie zogen in Bayern schon im Frühjahr 1918 nur mehr unter Tumulten zur Front. Sie trugen die Unzufriedenheit zu den Kameraden hinaus. Und noch mehr als die Unzufriedenheit. Heimkehrer aus dem bolschewikischen Rußland hatten die neuen Ideen des Ostens mitgebracht. In Brest Litowsk waren Trotzki sowohl, als auch Joffe, Tag um Tag, wenn der Berliner Schnellzug einlief, zu den Kiosken nach Zeitungen geeilt: dem Staatssekretär von Kühlmann gab Joffe zu, daß er und der Außenminister den Ausbruch der Revolution täglich erwarteten. Jetzt aber saß der Sowjetabgesandte Joffe, der überdies dem Grafen Czernin mitgeteilt hatte: „Ich hoffe doch, daß es uns gelingen wird, auch bei Ihnen die Revo-

lution zu entfesseln", als Botschafter der Sowjetregierung in Berlin. General Hoffmann hatte auf die Gefahr hingewiesen, hatte den Vorschlag gemacht, dem neuen, nicht ganz sicheren Botschafter den Sitz zunächst im Hauptquartier anzuweisen. Ein Ausweg war gewiß schwierig. Der Sitz des russischen Vertreters wurde Berlin: jetzt hatte die russische Propaganda freien Kanal. Vielfach ging die deutsche Arbeiterschaft, von reicherem Heimatstisch, als sie je gewohnt, bolschewistisch in Gefahr und Drangsal der Front. Verstimmt hörte schon im Frühjahr 1918 der Staatssekretär die Versicherung eines höheren Artilleriekommandeurs: „Die Armee ist absolut rot" — —

Immerhin hielt die Truppen im deutschen Hinterlande noch eine unerbittliche, eiserne Zucht, die Auflehnungen nicht nur niederzuschlagen, vielmehr auch zu verbergen wußte. Vielleicht waren eine Revolte in Brest, deren Anführer dem Tode verfiel, ein Aufruhr mit mehr äußerem Lärm, bei dem die Mannschaften ziellos aus den Fenstern ihrer Züge schossen, zugleich mit Unruhen bei einem Tilsiter Transport, dessen Leute dort die Läden plünderten, überhaupt die einzigen Zwischenfälle von einigem Ernst gewesen. Noch bedeutete Auflehnung seltensten Einzelfall. Indes mühte sich der Kommandant der Hinterlandstruppen in Oesterreich-Ungarn, neue, vernünftige Erziehungssysteme auszuarbeiten, die den Wert der Rekrutenmannschaften steigern konnten. Unstimmigkeiten mit der Obersten Deutschen Heeresleitung hatten noch im Ablauf der Brussilowoffensive im Jahre 1916 dazu geführt, daß der Generaloberst von Pflanzer-Baltin — im Kriege mit den Russen einer der tüchtigsten Heerführer — von seinem Posten als Armeekommandant zurücktrat. Jetzt sollte er, der im Kriegsanfang sein großes Organisationstalent in der Bukowina bewiesen hatte, die Truppenausbildung überall im Hinterlande leiten. Er bestimmte jedem Mann, ehe

er an die Front sollte, eine Schulzeit von zwölf Wochen. Er schickte die Lehrer heim, die bisher den Offizieren des Ruhestandes entnommen waren, er ersetzte sie durch Stabsoffiziere, die selbst den Krieg im Feuer erlebt und Wunden davongetragen hatten. Von vier zu vier Wochen sollten in drei Kursen die Fähigkeiten der Rekruten sich steigern. Sie sollten sich vom zweiten Kurse an von ihren Offizieren nicht mehr trennen, die mit den Mannschaften an die Front gehen würden. Aber das System des Generalobersten Pflanzer-Baltin, der Erfolge erst nach geraumer Zeit hätte feststellen können, zeigte nur die Werte einer Theorie. Indes er erzog, indes er die Hinterlandstruppen in Zucht halten wollte, schlugen unter ihnen die Meutereien wie Brände empor.

An vielen Stellen der österreichisch-ungarischen Monarchie flammten sie im Frühjahr 1918 schon. Slowenische Mannschaft schoß im steierischen Judenburg ihre Offiziere nieder. Bolschewikische Exzesse rasten durch die alte Stadt. Die Slowenen zogen sich dann in die Berge der Umgebung zurück. Sie warfen Schützengräben auf. Verläßliche Infanterie rang endlich die Meuterer nieder. In Steiermark griff die Auflehnung wirklich wie Feuer um sich. Rebellierende Soldaten stürmten in Murau und Radkersburg fast um die gleiche Zeit die Bahnhöfe, die sie nicht wieder herausgeben wollten. Die Maschinengewehre arbeiteten gnadenlos. Den Fünfkirchener Bahnhof in Ungarn stürmte, wieder unter Maschinengewehrschlachten, ein Regiment aus ungarländischen Serben. Tschechen aus der Pilsener Gegend verweigerten im böhmischen Rumburg den Gehorsam, ihre Entwaffnung gelang schwer, viele flüchteten mit den Waffen schließlich über die nahe sächsische Grenze. In Budapest wollte Infanterie — das ungarische 32. Regiment — nicht mehr an die Front. Sie gehorchte spät: unter Eskorte. Bis tief in den Südosten

des Reiches griff der Wille des Aufruhrs. „Grüne Kaders“, verheerende Horden, die dort durch Land und Wälder zogen, bedrohten die Eisenbahnschwellen, über die der Hofzug Kaiser Karls auf der Rückfahrt von Konstantinopel mit anbefohlener, beängstigender Schnelligkeit raste, um nur so einem Anschlag auf den Zug zu entgehen. Hunger peitschte die Soldaten auf. Sie wollten nicht mehr hinaus, um zu sterben. Selbst im fernen Mostar in der Herzegowina meuterte ein Bataillon. Und plünderte.

Heimkehrer aus Rußland wiegelten indes die Rekruten auf. In schwergetroffenen Gebieten, durch die der Krieg mit Rückmarsch und Vormarsch, mit Russen und Deutschen, mit Oesterreichern und Ungarn dreimal und viermal gegangen war, fanden sie nur die Trümmerstätten ihrer Dörfer. Ihre Häuser standen nicht mehr. Sie fanden ihre Weiber nicht mehr. Irgendwann, als die Völkerhorde vorüberstampfte, waren sie erschossen oder vergewaltigt worden. Die Weiber hatten die Männer in Sibirien, im Ural, im Kaukasus wohl auch vergessen, sie lebten mit fremden Männern, als die Heimkehrer kamen. Im Rest der Monarchie hungerten jetzt die Ankömmlinge. Sie waren aus der Gefangenschaft zwar eben erst zu Hause angelangt, aber neuer Dienst forderte sie schon wieder ein. Sie gaben aus Enttäuschung, aus Entbehrung, aus Haß gegen das Zuständliche, das um sie her war, erbittert unter die Kameraden weiter, was sie in Rußland an Ideen aufgenommen. Die Ausbildungsoffiziere und Reorganisationsoffiziere versagten. Sie wußten die Widerspenstigen nicht mehr zu behandeln. Die Mehrzahl der Truppen im Hinterlande gehorchte immerhin noch. Berichte der Truppeninspektoren aus Südostungarn und Siebenbürgen, aus Oberungarn, selbst aus Mähren und Böhmen, natürlich aber aus Tirol und Salzburg sprachen noch im Mai von Eindrücken der Zufriedenheit. Aber schon war es eine Zu-

friedenheit, die sich mit dem Fehlen tatkräftigen Widerstandes begnügte. Gegen den lautlosen Widerstand, der häufig war, wagten die Offiziere kein Wort mehr. Die Truppen folgten den Befehlenden, wenn nicht allzu große Zumutung an sie gestellt wurde, denn sie fanden keinen Sinn darin, etwas jetzt dagegen zu tun. Aber sie begannen, keine Soldaten mehr zu sein. Die russischen Heimkehrer, von denen man sich in ungelöstem Zweifel fragte, ob man sie besser gleich an die Front schicken oder erst im Hinterlande zur alten Disziplin bringen sollte: die Heimkehrer predigten in jedem Falle von bolschewikischer Zukunft.

Und die Zeit der zügellosen Desertion war in jenem Abschnitt des großen Krieges angebrochen. Leute, die auf Urlaub aus den Kampflinien gekommen waren, fanden den Weg zur Front nicht mehr zurück. Das Hinterland veränderte ihnen in wenig Wochen Art und Weltauffassung. Sie fanden die merkwürdigsten Auskünfte, um sich der Front zu entziehen, sie fälschten ihre Urlaubsscheine und suchten mit den falschen Scheinen, wenn der Urlaub um war, draußen im Kampfbereich Regimenter, von denen sie genau wußten, daß sie an andere, weitentfernte Kampfabschnitte geschickt worden waren. Jetzt reisten sie dem Regiment nach, das sie durch Monate nicht anzutreffen verstanden. Sie fuhren kreuz und quer durch die Etappenräume, in denen sie allerlei geldbringende Geschäfte mit den Offizieren zu vermitteln wußten. So griffen die Offiziere selbst nur selten ein. Sie schickten in Deutschland an den Ersten Generalquartiermeister Ludendorff, in Oesterreich-Ungarn an das Armeeoberkommando gefärbte, unwahre Berichte. Die Oberste Deutsche Heeresleitung, der man sonst Mangel an Tatkraft nicht nachsagen konnte, vermochte hier so wenig Ordnung zu schaffen, wie die Badener Oberleitung. Zwischen Westfront und Ostfront

fuhren schließlich viele Zehntausende von Urlaubern hin und her, zielvoll nur in den Richtungen ihres neuen, geschäftlichen Erwerbs; im Raume der Monarchie gingen die Reisen unablässig zwischen Ukraine und Italien, zwischen Italien und Balkan. Rekruten, die man zur Fahne gerufen hatte, zogen hundert Verstecke vor, die allmählich eine gewisse Sicherheit boten. Die Polizeibehörden begannen sie widerwillig zu suchen. Fast alle Patrouillen kamen von ihren Pürschgängen unverrichteter Dinge zurück. Einmal riß den Kommandanten die Geduld. Sie setzten in Galizien weitläufige Streifen an, quer durch die Felder. Beträchtlich wurde nur der Feldschaden; die Deserteure hatte die Bevölkerung verborgen. Vielleicht war nach Böhmen, wo die Großgrundbesitzer nach der Arbeitskraft von Erntekompagnien riefen, weil sie sonst nichts liefern könnten, die Erntekompagnien aber sich lichteten, weil sozialistische Mahnungen den Mannschaften abrieten, für den Großgrundbesitz zu arbeiten, — die Soldaten entliefen also auch hier —, vielleicht war Galizien damals nach Böhmen der bedenklichste Raum der Monarchie. In Krakau hatte die Bevölkerung im Januar 1918 einen deutschen Offizier auf der Straße geschlagen. Sie hatte die Bilder des deutschen Kaisers und des Kaisers von Oesterreich verbrannt und Jubelrufe auf die Siege der Gegner ausgebracht. Von Wien war Weisung gekommen, über die Vorgänge Vergebung zu breiten. Zwei Monate später, als neue Unruhe in Krakau aufschlug, kam an die Militärpolizei gleiche Wiener Weisung. Jedermann in Galizien begann zu spüren, jeder gab es dem andern zu verstehen, daß dies Land zu Oesterreich-Ungarn gar nicht mehr gehöre. Das neue Königreich Polen spukte in aller Köpfe. Die Rekruten dachten nicht mehr an Dienste für die Monarchie, die polnischen Behörden halfen ihnen, die Streifkompagnien kamen leer in die Kasernen

zurück. Zehntausende von Deserteuren fuhren auch in Oesterreich-Ungarn umher, Zehntausende versteckten sich.

Selbst das Landsknechttum, das noch am Ende des rumänischen Feldzuges, noch im Vormarsch durch die italienische Ebene die Art und Farbe des deutschen, des österreichischen und ungarischen Soldaten dargestellt hatte, das wilde Fahren durch alle Welt mit lärmenden Sitten, Nacht um Nacht anderwärts, vorbei an verlassenen, gefüllten Kellern, deren Fässer man in Uebermut verströmen ließ, vorbei an verlassenen, reichen Villen, deren Hausrat die Siegertrupps, da sie ihn doch nicht mitschleppen konnten, im Uebermut auf die Straße warfen: selbst das verwilderte, landsknechtische Selbstbewußtsein, das immer gewohnt war, den Feind vor sich herzujagen und in Beute zu wühlen, begann sich rasch in Abmattung, Müdigkeit, in Gereiztheit oder Zersetzung umzufärben, wenn die Urlauber ins Hinterland gekommen waren. Dort traf sie nicht nur die Stimmung der Verzweiflung, die den Krieg nicht länger ertragen zu können glaubte; dort trafen sie nicht nur die Kameraden, die aus solcher Stimmung zu neuen, kommenden Kämpfen ausgehoben waren, weil ihnen Geschicklichkeit im Sichverstecken versagt blieb; dort wartete nicht nur mit Armut und Entbehrung ein Hausstand, der mitten unter übermäßig reichen Gewinnern am Kriege an allen Gliedern bitter litt; und dort riefen sie nicht nur die freier gewordenen Stimmen an, die ihre Kritik der Zustände herber, gefahrloser und aufreizender übten, als bisher, wobei sie, vorerst freilich heimlich, auch von der neuen Weltordnung der Klassen sprachen, die in Rußland schon gekommen war und irgendwie auch anderwärts kommen müßte: im Hinterlande wartete vor allem ihrer auch die Politik — —

Es war schon im Frühsommer 1917 gewesen, daß Kaiser Karl von Oesterreich in einer Zeit der militärischen Erfolge, als das Reich sicher stand, als die Hoffnung auf nicht allzu schlechten Kriegsausgang noch bei vielen war, seine Völker mit dem Erlaß einer Amnestie für politische Vergehen bedacht hatte. Die Milde des Kaisers, dessen verantwortliche Ratgeber zum Teil von dem Schritte nichts zu wissen behaupteten, war kein spontaner Drang gewesen: drohende Bedrängnis und Sorge vor anklägerischen Stimmen der eigenen Völker, zum Schlusse ein wilder, verzweifelter Versuch, angesagte, schwere Stürme vielleicht doch durch Sanftmut zu beschwören, hatte den Akt geboren.

Im Reichsrat waren die österreichischen Volksboten wieder versammelt worden. Ihn hatte im Kriege der konstitutionelle Kaiser Franz Joseph zur Mitarbeit überhaupt nicht zu rufen gewagt; er hatte radikale Forderer der einzelnen Gruppen gefürchtet, auf die er nicht hören durfte; und wenn er selbst auf die Anhänglichkeit und Verläßlichkeit der breiten Massen, wenigstens bis zu bestimmten Grenzen, sich verlassen zu können glaubte, so fürchtete er doch allzu unüberlegte Rufer, Mahner und Richter, fürchtete Verlegenheiten durch sie, die im Kriege — da einmal Krieg war — nur Unheil stiften konnten. Von Kaiser Franz Joseph war der Reichsrat nicht gerufen worden. Allerdings hatte der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgh sich mit der Zeit aus der Besorgnis des alten Kaisers und aus seiner Scheu, mit dem Reichsrat die Geschicke der Monarchie zu beraten, ein Gewaltregiment zurechtgezimmert, das kaum das Metternichsche Oesterreich gekannt hatte. Als der Ministerpräsident von der Kugel des Sozialisten und Schriftstellers Friedrich Adler fiel, trat unwillkürlich überall im Lande eine Entspannung ein, die selbst dem Mörder das

Leben rettete. Diese noch nach Franz Josephs Tod anhaltende Entspannung hatten der junge Kaiser oder seine Ratgeber benützen zu sollen geglaubt: vielleicht war jetzt der Augenblick gekommen, da die Völker des Reichs über ihr Schicksal im Volkshause trotz Kriegszustandes wieder mitreden durften.

Die Verworrenheit des Völkerproblems durchschaute Kaiser Karl kaum; oder kaum ganz. Die Not einer Lösung war da. Konnte aber die nationale Erfüllung und Befriedigung nicht ganz und nicht mit unbedingter Gewißheit des Glückens, nicht mit unbeirrten, festen Griffen durchgesetzt werden, die jedem sein Recht gaben, so war es gleichwohl besser, das Problem überhaupt nicht anzurühren.

„Spielen Sie nicht mit den Kroaten, Majestät" — —

Marschall Conrad von Hötzendorf, außer Stephan Tisza der einzige, der, was er für Wahrheit hielt, auch vor dem Kaiser nicht umfärbte, hatte ihn oft und oft gewarnt. Die südslawische Frage, um die der Krieg entbrannt war, die südslawische Frage, die Oesterreich sicherte oder gefährdete — je nachdem —, sie drängte vor allem, sie mußte vor allem geordnet werden. Auch gegen Ungarn, das für sich keine Nationalitätenfrage zu kennen vorgab, die Zerrungen der österreichischen Völker ungerührt mit ansah, höchstens die Niederzwingung der unbequemen Tschechen durch das deutsche Element in Oesterreich verlangte und Tag um Tag nur von der „Integrität" des Königreiches sprach: auch gegen Ungarn und den Magyarenapostel Stephan Tisza. Der Kaiser sah dieses Problem und seine Gefahr im wirklichen Kern. Oder er sprach richtig nach, da er im Juli 1917 einem seiner Minister zurief:

„Wir werden die Südslawenfrage lösen; oder wir werden zugrunde gehen" — —

Aber er fand dennoch keine Lösungen, die rechtzeitig

sein konnten. Er dachte vor allem an menschlich gute Wirkung und an Volkstümlichkeit, er gab statt der Lösungen Scheintaten, die bedenklich waren: der Reichsrat sollte wieder tagen. Wenn er die wahrhaften, großen Probleme der Monarchie nicht ganz und gründlich ins Reine zu bringen wagte, dann mußte freilich auch jede Möglichkeit ihrer Aufrollung vermieden werden: und gerade der Reichsrat rollte sie natürlich auf. Vielleicht war darum jetzt erst recht die Zeit, mit „Oktroys“ weiterzuregieren, mit milderen, sinnvolleren „Oktroys“, als bisher. Mit „Oktroys“ ohne Reichsrat: wenn man schon dem großen österreichisch-ungarischen Umbau, der einmal unvermeidlich war, jetzt scheu aus dem Wege ging. Allerdings stand gegen jedes „Oktroy“ ein verantwortlicher Berater auf: der Graf Czernin. Die Stockholmer Sozialistenkonferenz, die für den Frieden arbeitete — im Frühjahr 1917 — werde von Wien aus mitbeschickt; sie könnte sogar von Wien aus geleitet werden. Auf die Kriegführenden vermöchte ein Druck von unten geübt werden, und dies sei nicht der Augenblick für innerpolitische Regelung durch „Oktroys“. Zum 30. Mai wurde durch kaiserliches Patent vom 26. April 1917 — der Reichstag gerufen — —

Drei Jahre lang hatten, seit dem 13. März 1914, die Führer der Völker Oesterreichs schweigen müssen. Nunmehr gab der Kaiser ihre Stimme frei: sie dankten ihm nicht, sie haßten ihn und sein Haus, sie wollten fort von Oesterreich, in dem sie die letzte Selbständigkeit ihres Volkes nur unterdrückt nannten. Längst hatten sie, soweit sie es vermochten, das habsburgfeindliche Tschechentum organisiert, mit vorsichtigem Spähen nach einer Wahrscheinlichkeit des Kriegsausganges, der den Tag der Freiheit auf jeden Fall bringen mußte, aber die Freiheit selbst auf verschiedene Art bestimmen konnte. Nichts

Nützliches hatten sie versäumt. Tschechische Komitees saßen in neutralen Ländern, ständig in heimlicher Verbindung mit dem Gegner, unterirdisch liefen, nie nachweisbar, die Fäden bis zu den neuauftauchenden „tschecho-slowakischen" Truppen, die nach und nach bei den Russen, wie bei den Italienern fochten. Vielfach war die Spionage, die harmlose Wege über die Schweiz fand. In London und beim Präsidenten der Vereinigten Staaten, der auf solche Art seine Hauptkenntnisse über das ferne, fremde Land Tschechien, wie überhaupt über die Zusammenhänge des abgelegenen Oesterreich-Ungarn schöpfte — man wußte darüber selbst im benachbarten Deutschen Reich nicht gerade genau Bescheid —, überall im Auslande warb der leidenschaftliche, an Bildung tiefe Professor Massaryk, stets genau unterrichtet über die Vorgänge in der Heimat, stets mit geheimem und offenem Zuruf an die Heimat, um Gunst und Zukunft für seine Landsleute. Die zu verwegener Hoffnung Ermunterten blieben indes bei kluger Vorsicht. Mit ihren Parteigängern besprachen, berieten sie, da sie im kaiserlichen Ruf nach Konstitutionalismus nicht Milde oder Güte, sondern Schwäche sahen, das Mindestmaß an Forderung und Sprache, mit dem sie, als Kaiser Karl wirklich die Volksvertreter in den Wiener Reichsrat holte, öffentlich dort sich zeigen konnten. „Im Namen des tschechischen Verbandes" rief in der Deklaration vom 30. Mai 1917 der Tschechenführer Stanek bei der Reichsratseröffnung den Herrscher und Staat, den Kaiser-König und Oesterreich-Ungarn an:

„Die Delegation des böhmischen Volkes ist von der tiefen Ueberzeugung durchdrungen, daß die gegenwärtige dualistische Form, zum offenbaren Nachteil der Gesamtinteressen, herrschende und unterdrückte Völker geschaffen hat und daß behufs Beseitigung jedweden nationalen

Vorrechts und Sicherung einer allseitigen Entwicklung eines jeden Volkes im Interesse des ganzen Reiches, sowie der Dynastie die Umgestaltung der habsburg-lothringischen Monarchie in einen Bundesstaat von freien und gleichberechtigten nationalen Staaten unbedingt notwendig ist. Indem wir uns daher in diesem geschichtlichen Moment auf das natürliche Recht der Völker auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung stützen, ein Recht, das zu alledem bei uns noch bekräftigt ist durch unverzichtbare, historisch, durch Staatsakte voll anerkannte Rechte, werden wir an der Spitze unseres Volkes die Verbindung aller Stämme des tschecho-slowakischen Volks zu einem demokratischen Staat anstreben, wobei nicht jener tschecho-slowakische Stamm außer acht gelassen werden kann, der zusammenhängend an den historischen Grenzen unseres böhmischen Vaterlandes lebt."

Noch war der Sieg der Waffen unentschieden, vielmehr die Waffen noch unkenntlich, denen zum Schluß der Sieg sich neigen konnte. Noch hielt die Deklaration an gemeinsamem Reichsboden, an gemeinsamer Dynastie nach außen fest. Die Forderung war: der habsburgische Föderativstaat. Aber wer die Worte der tschechischen Deklaration genau las, auch im Sinn und Wollen genau, sah trotz der Loyalitätsversicherung für Reich und Herrscherhaus doch die Unmöglichkeit ihrer Erfüllung. Die Deklaration sagte der dualistischen Grundlage der österreichisch-ungarischen Monarchie den Kampf an. Sie forderte für den kommenden tschechischen Bundesstaat „jenen tschecho-slowakischen Stamm", „der zusammenhängend an den historischen Grenzen" Böhmens wohnte: die ungarischen Slowaken. Die Forderung war der Kampf mit Ungarn bis aufs Messer. Die „Krone des heiligen Wenzel", auf die sich die ersten Sätze der Deklaration beriefen, stand gegen die „Krone des heiligen Stefan", die beide der

Kaiser Karl trug. Die Deklaration sprach vom „tschechoslowakischen Volk“ und von den „historischen Grenzen unseres böhmischen Vaterlandes“: sie forderte für den kommenden Bundesstaat also auch den Stamm der Deutschböhmen ein. Die Worte der Erklärung wahrten noch Aeußerlichkeiten eines Staatszusammenhanges. Ihr Inhalt war in den abgezeichneten Grenzen eine Utopie. Es war der Kampf der Tschechen, Ungarn, Deutschen gegeneinander. Vielleicht wurden auch noch die Polen darein verwickelt. Die Führer der Tschechen gaben ihr Programm mit Vorsicht. Dennoch deutlich.

Sie nicht allein. Der tschechischen Deklaration schloß sich eine jugoslawische Deklaration mit gleicher Bundesstaatsforderung an. Der „Südslawische Klub“ sprach selbständig, er brauchte die Tschechen nicht. Mit den Habsburgern, mit dem Gesamtstaat meinte er es ehrlich. Aber auch hier wirkte die Reichsratseinberufung mit unerwarteter Richtung. Mutig gemacht, verlangten auch die Südslawen „die Vereinigung aller von Slowenen, Kroaten und Serben bewohnten Gebiete der Monarchie zu einem selbständigen, von jeder nationalen Fremdherrschaft freien, auf demokratischer Grundlage aufgebauten Staatskörper unter dem Zepter der habsburgisch-lothringischen Dynastie“. Die Polen konnten die Deklarationen kühl aufnehmen. Sie sahen ihr selbständiges Königreich gesichert. Aber mit nationalen Ansprüchen meldeten sich auch die Ukrainer. Eben die Selbständigkeitserklärung der Polen hatte eigentlich den Anfang für mögliche Wünsche aller gemacht. Jetzt regierte man — dies sahen alle — in einem Zeitalter der Sanftmut und Vergebung. So meldeten sich auch alle: das war das überraschende Ergebnis des neuen Parlamentarismus. Die Völker antworteten dem gewährenden Kaiser mit fordernden Deklarationen. Sie antworteten offen im Reichsrat — —

Der Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz hatte ihn überdies allzu schnell, in den Vorbereitungen übereilt, mit den Formen parlamentarischer Regierungsarbeit kaum vertraut, dem Kaiser einrichten geholfen. Graf Clam hatte sich weder mit den Parteien besprochen, noch sich um eine Mehrheit bekümmert, mit der er hätte regieren können, und auch der Protest der Tschechen, der ihm den Kampf ansagte, wurde ihm erst eine Dreiviertelstunde vor der Reichsrateröffnung bekannt. Er hatte vor seiner Eröffnungsrede in fast literarischem Studium gesessen, das selbst die dringendsten technischen Notwendigkeiten jedes Regierungsapparates übersah. Er war mehr über seine Weltfremdheit, die er im Weltkriege vom Präsidendenstuhl seines Kabinetts zeigen durfte, mehr über die ungenügenden Vorarbeiten zur Reichsratseinberufung gestürzt, als über sein patriotisch gedachtes Programm, dem nicht ausnahmslos alle lebensfähigen Keime damals schon erstorben waren. So löste ihn der Ackerbauminister seines Kabinetts, Ernest von Seidler, am 26. Juni 1917 ab.

Wenige Tage nach dem Ministerwechsel trat der Kaiser eine Reise an. Er hatte dem Könige von Bayern nach München, wo er am letzten Junitag auch eintraf, überdies dem König von Württemberg seinen Besuch angesagt. Fast unmittelbar vor der Abreise des Kaisers, den sein Minister des Aeußern Graf Czernin und sein Kabinettsdirektor Ritter von Polzer begleiteten, eröffnete bestürzt der neue Ministerpräsident, daß die Parlamentsmehrheit beschlossen hätte, den in der reichsratlosen Zeit durch das absolutistische Auskunftsmittel des „Paragraphen 14“ in kaiserlichem Namen erlassenen Regierungsverfügungen die übliche, nachträgliche „Indemnitätserklärung“ zu verweigern. Stürme zogen wirklich herauf: allen in der Kriegszeit gefällten Strafurteilen, ihnen vor allem, sollte damit

die nachholende Bestätigung durch den Reichsrat versagt werden. Zahlreich waren die Kriegsurteile. Viele saßen hinter Kerkermauern; auf der Richtstätte hatten viele geendet. Bisweilen mochte die harte Justiz der Kriegsjahre geirrt haben. Aber selbst wenn sie niemals geirrt hatte: von vernichtender Wirkung mußte sein, was die Prozesse anrüchigen Materials, wenn sie abermals aufgerollt würden, in jedem Fall vor aller Oeffentlichkeit, für Inland und Ausland gleich sichtbar, an die Oberfläche tragen mußten.

Der Kaiser reiste in schwerer Erregung. Ratschlag wußte im Augenblick niemand, auch begehrte ihn der Kaiser nicht. Den Beschluß zu weitreichender Amnestie faßte er in seinem Salonwagen allein. Nur ein Gnadenakt schien ihm offene Möglichkeit, all das Unerwünschte, all das Bloßstellende ertrotzter Prozeßaufrollungen durch Vergebung in Versunkenheit zu belassen. Er rief seinen Kabinettsdirektor Ritter von Polzer. Dem als Befreiung gedachten und vorgebrachten Gedanken stimmte der Graf sofort ohne Einwand zu. Der Kaiser befahl den Entwurf eines Amnestieerlasses. Noch im Hofzuge bearbeitete ihn der Kabinettsdirektor. Dem fragenden Grafen Czernin, der während der Niederschrift im Zuge vorbeikam, verweigerte er Auskunft über Thema und Arbeit. Für sie sei er als erster kaiserlicher Hofsekretär dem Herrscher allein verantwortlich — —

Ueber die Idee der Amnestie zeigte sich nach der Rückkehr des Kaisers der Ministerpräsident nicht weniger entzückt als der Kabinettsdirektor. Er wußte keinen anderen Einwand als etwa die mögliche Mißstimmung der Armee. Aber der Kaiser wehrte ab: „Dem Militär habe ich zu befehlen — —“ Er ordnete an, nunmehr auch alle juristischen Vorbereitungen für den Akt zu treffen. Sodann

wurde — in Laxenburg am 2. Juli 1917 — das Schriftstück unterzeichnet.

Von dem Akte politischer Vergebung hatte der Minister des Aeußern vorher nichts gewußt. Der Pflicht, das Schriftstück an das Ministerium des Aeußeren rechtzeitig weiterzugeben, hatte das Ministerpräsidium sich entweder entzogen oder ein Versäumnis war geschehen. Aber daß der Reichsrat einberufen werden sollte, der dann als erste Frucht neugewährter Daseinsrechte die Amnestie erzwang, hatte der Graf Czernin nicht bloß gewußt: er hatte nach dem Reichsrat ausdrücklich verlangt. Vielleicht sah oder ahnte der Graf Czernin, auch als sie erlassen war, keine Zusammenhänge zwischen Amnestie und Reichsrat. Vielleicht auch erhoffte er von der Stockholmer Sozialistenkonferenz mehr, als er vom Anrühren oder von möglichem Anrühren der Nationalitätenfrage fürchtete. Aber Amnestie, wie Reichsratseinberufung, übten beide ihre Ausstrahlungen sofort.

Urteilskraft in Bezug auf die wahren Verhältnisse des Reiches, denen Kaiser Franz Joseph immer ein mißtrauischer Beobachter gewesen war, hatte freilich weder aus dem zu schnell und ohne Gegenleistung preisgegebenen Inhalt der Amnestie gesprochen, noch aus ihrer Form, die sich in kindlichen Worten an leidgeprüfte und im Leid erwachsene Völker wandte. Der Kaiser hatte unter den Männern, die der Verdacht des Hochverrates oder schon erwiesene Schuld ins Gefängnis geführt hatte, vor allem auch den Tschechen ihre revolutionären Führer wiedergegeben. Weltfremd und noch ein absoluter Herrscher mit volkstümlich lächelndem Antlitz inmitten widerspruchslos sich beugender Umgebung, weltfremd hoffte er, daß er ein so widerspenstiges Volk, wie die Tschechen, wahrhaftig wieder fester an sein Reich und seine Dynastie binden könne, wenn er es durch Großmut rührte. Durch

tatsächliche Zusagen der führenden Politiker und Parteihäupter solche Bindung vorher zu befestigen, den als Notmittel geborenen Gnadenakt auf solche Art politisch und schöpferisch auszuwerten, überlegten weder er, noch sein Premier. In Wahrheit hatte der Kaiser versucht, Auswege aus politischer Bedrängnis durch den Akt der Verzeihung zu finden. Für die Oeffentlichkeit hatte er „Reuige“ zu Besserung und ins gemeinsame Vaterhaus „an eines Kindes Hand“ zurückführen wollen; an des Kronprinzen Geburtstag; vergessen hatte er, Gegenwerte von den Beschenkten zu verlangen. So einfach sah er die Struktur seines Reiches, so einfach die Handlungen eines modernen Herrschers. Aber Karl Krammarsch, „der ungekrönte König von Böhmen“, dachte so wenig, wie der Rest der Befreiten, daran, nunmehr die Rolle des in Reue Zerknirschten zu spielen, den die Gnade überwältigte. Er und seine Gefährten im Gefängnis arbeiteten, nach Böhmen zurückgekehrt, ungehemmt, jetzt in kaiserlich beglaubigter Freiheit, dort weiter, wo sie aufgehört hatten, als Haft ihren Eifer abschnitt — —

Die Tatsache, daß man den Reichsrat nach dreijähriger Verabschiedung gerufen hatte, blieb fortan unabänderlich. Zunächst hatte sie Deklarationen und Amnestie geboren. Dem Außenminister erschien sie als Großtat und nicht anders erschien sie dem Kaiser. Aber die Lösung der großen Völkerfragen des Kaisertums war mit Chören von Volksboten nicht angebahnt. Vorläufig waren die Folge bloß Verstrickung und in der Durchführung übereilte Zwangsakte, die die Verstrickung noch verdichteten. Und nur die Verworrenheit des nationalen Streites hatte begonnen — —

All das lag eigentlich schon weit zurück. Ueber ein Halbjahr und mehr: Frühjahr und Frühsommer 1917. Aber die Politik war und blieb seither entfesselt. Das Recht aller auf Politik war freigegeben, — da die Staatskunst versagte.

Die Tschechen warteten nicht lange, um mit ihrer Sprache noch deutlicher zu werden. Erschreckt hatte Kaiser Karl, als die Maideklarationen von allen Seiten auf ihn eindrangen, allerlei Zusagen in einer Thronrede als Antwort gegeben: „daß das segensvolle Aufblühen des Verfassungslebens nach der Unfruchtbarkeit früherer Jahre und nach den politischen Ausnahmsverhältnissen des Krieges nicht möglich wäre ohne eine Ausgestaltung der verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Grundlagen des gesamten öffentlichen Lebens, sowohl im Staate, als in den einzelnen Königreichen und Ländern, insbesondere in Böhmen“. Es war, obgleich man selbst die Völker gerufen hatte, damit sie sich meldeten, nunmehr dennoch eine allgemeine Vertröstung auf irgendwann gewesen; eine Vertröstung mit Worten aus altmodischen Kanzleien, gegen die der Ton der Forderer grell abstach. Die Vertröstung verpflichtete zu nichts, denn sie nannte keinen Zeitpunkt. Man glaubte, auch abwarten zu können. Schritt der Krieg günstig zum Ende, hatte man es dann schon selbst in der Hand, so viel oder so wenig zu gewähren, wie man wollte. Man konnte dann die Zwischenfälle der Deklarationen auch ganz vergessen. Genau so dachten die Tschechen: sie warteten den Gang der Ereignisse ab. Und als die Wirkung von Amerikas Eintritt in den Krieg sich immer deutlicher malte, als die Ungunst der Kraftverhältnisse für die Mittelmächte immer klarer hervortrat, als das Hungergespenst durch Oesterreich schlich, als die Versprechungen seiner Gegner an die trotz Amnestie konspirierenden Tschechen sich von Woche zu Woche erhöhten, als die Ueberzeugung endlich für sie wuchs, daß der Sieg auf die andere Seite fallen müßte, als aus dem Fenster von Brest Litowsk die neuen russischen Ideen in alle Welt gerufen wurden: im Anfang 1918 warfen die Tschechen endgültig die Maske ab. Die tschechische „Drei-

königsdeklaration“ vom 6. Januar 1918 verkündete ihren „Standpunkt zur neuen Regelung der internationalen Verhältnisse“. Der Standpunkt des österreichisch-ungarischen Vertreters bei den Friedensverhandlungen von Brest Litowsk — Graf Czernin hatte sich jede Einmischung in die Verhältnisse der Monarchie verbeten — wäre nicht die Auffassung der Tschechen. Sie lehnten es ab, „daß die Frage der Selbstbestimmung jener Völker, die bisher keine staatliche Selbständigkeit haben, in einem jeden Staate auf verfassungsmäßigem Wege gelöst werden soll“. Sie hätten sich auf solchem Wege bisher nur verraten gesehen; sie verdammten die Unterdrückung ihres Volks durch die Deutschen Oesterreichs und durch „die Oligarchie einiger magyarischer Adelsgeschlechter“. Sie riefen jetzt offen und für jeden Fall nach internationalem Forum zur Bestimmung ihrer Staatszukunft. Sie sprachen nicht mehr von einem Bundesstaat, der Name Habsburg fehlte in dieser Deklaration. Die Tonart war „bestimmt und klar im Namen des tschechischen Volkes und dessen geknechteten und politisch mundtot gemachten slowakischen Zweiges in Ungarn“. Slowaken und Deutschböhmen wurden nochmals eingefordert. Der „Tschecho-Slowakische Staat“ war geboren und bezeichnet; die Absage an das Haus Habsburg war da, der letzte Schiedsspruch der Alliierten angerufen. Zwei Tage später, am 8. Januar 1918, sagte der Präsident der Vereinigten Staaten seine „14 Punkte“ an.

„Zehnter Punkt: Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, soll die erste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden“.

Unmittelbare Zusammenhänge waren nicht festzustellen. Aber die Tschechen wußten jetzt, daß die „Dreikönigsdeklaration“ gebilligt war.

Der österreichische Ministerpräsident Seidler stand jäh in Alarm. Jetzt hatte er mit offenen Rebellen zu tun. Sie riefen schrill ihre Lossage von Oesterreich mitten in die Friedensverhandlungen von Brest. Graf Czernin beachtete sie nicht. Ueberdies hatte er sie, verstrickt in seine Stockholmer Hoffnungen, die keine „Oktroys" vertrugen, nicht anders vorbereitet, als der Kaiser durch die Amnestie. Der Außenminister hatte auch Sorgen, die ihm — Hungersorgen — dringenderer Art schienen, und hatte er, im Sommer 1917, die nationalen Fragen der Monarchie schon in Wien angerührt, so glaubte er, jetzt auch von Brest her, um wenigstens zu einem Frieden zu kommen, den Ukrainern die erste, tatsächliche Selbstbestimmung bringen zu müssen. Der Ministerpräsident sah den Zwang zu ukrainischer Selbständigkeit ein. Aber über die Tschechen führte er Klage: „Während die Erklärung vom 30. Mai vorigen Jahres einen Charakter trug, der mit den dynastischen und patriotischen Grundbegriffen der Oesterreicher noch in Einklang zu bringen war, sucht man in der Prager Entscheidung vergeblich auch nur einen entfernten Anklang an die dynastisch-gesamtstaatliche Zugehörigkeit. Sie stellt sich gewissermaßen auf den internationalen Standpunkt und ist bereit, zum mindesten am Friedensschluß die internationale Forderung anzunehmen, um die Anerkennung der auswärtigen Staaten zu erlangen. Unsere Feinde können aus ihr die Ermunterung herauslesen, in der Verfolgung der gegen den Zusammenhang unseres Staatswesens gerichteten Grundsätze nicht zu erlahmen. Die Resolution verlangt das Selbstbestimmungsrecht, um entgegen dem gleichwertigen Recht des deutschen Volkes den Sudetenländern unter Auflösung des bisherigen Staatsverbandes volle Unabhängigkeit und Souveränität zu sichern, sei es bei Oesterreich oder nicht. Die Entschließung läßt eine Auffassung in geradezu staatsfeindlichem Sinne zu." Er

fügte hinzu, solch eine Auffassung „wäre verwerflich". Und „dafür bürge" — daß sie verwerflich wäre — „der Wille des Kaisers". Die Tschechen hatten sich vom Reiche losgesagt, von der Dynastie, vom Bündnis mit Deutschland. Aber die Antwort des Ministerpräsidenten war nur eine verbrauchte Terminologie. Am gleichen Tage, da er die Klagerede über die Tschechen führte — am 22. Januar —, stimmte er mit dem Grafen Czernin der Autonomie der Ruthenen Ostgaliziens zu. Die Gewährung sollte „geheim" geschehen, obgleich es nicht viel mehr gab, das in jenem Stadium des Weltkrieges in der Monarchie noch geheim gehalten werden konnte. Verworren, ratlos war Oesterreichs innere Situation. Sie drohte dem Abgrund zuzutreiben. Und jedermann wähnte den Abgrund bereits zu sehen. Man sprach von ihm. Politik des Hohnes, Politik der Verzweiflung war in allen Gassen. Auf die Kraft und Besonnenheit des Kaisers, der kaiserlichen Ratgeber kam alles an. Sie sahen aus Hunger und Innenzwiespalt einen einzigen Ausweg: den Frieden. Aber auch, was mit Oesterreich-Ungarns Außenpolitik zusammenhing, war nicht glücklich im Frühjahr 1918.

Verdruß und Reibung brachten zunächst die schon in Brest Litowsk angetasteten und unmittelbar darauf eingeleiteten Friedensverhandlungen mit Rumänien. Wie ihr Anfang gemacht wurde, konnte für Deutschland nur ein Zwischenspiel des Aergers sein. Deutschland hatte vor allem die Entfernung König Ferdinands vom Throne erwogen. Sein Ueberfall auf die Mittelmächte war gewiß trüber Verrat gewesen. Aber Graf Czernin, der keine Moral, sondern bloß Politik und keine „weiteren Könige auf den Markt werfen" wollte, weil er den dynastischen Gedanken in Europa schon reichlich erschüttert sah: Graf Czernin hatte eine heimliche Verständigung mit König Ferdinand

gesucht. Indem er sich das Recht selbständigen Vorgehens nicht bestreiten ließ, weshalb er ihm also vorher nichts davon sagte, stellte er Deutschland einfach vor die vollzogene Tatsache. Dies war der erste Verdruß.

Aber auch in den Verhandlungen gingen, wie sehr sich der Staatssekretär von Kühlmann bemühte, vermittelnd einzugreifen, die Meinungen und Wünsche der Mittelmächte, aller vier Mächte des Vierbundes völlig auseinander. Zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestand immer noch, da alle Revisionsversuche des deutschen Staatssekretärs an militärischen Forderungen des Großen Hauptquartiers bisher gescheitert waren, das „Kreuznacher Abkommen" zu Recht. Es gewährte der Monarchie, wenn es in Polen die wichtigeren militärischen Notwendigkeiten des Bundesgenossen berücksichtigte, freie Hand in Rumänien. Erst im Salonwagen, der sie nach Bukarest brachte, hatten sich der Staatssekretär und Graf Czernin noch einmal ihre Brester Verabredung bestätigt, daß der Staatssekretär, für entgegenkommende und ihn stützende Haltung durch den Grafen in Brest, dem österreichisch-ungarischen Außenminister ehrliche Mittlerdienste tun wolle: namentlich in den Grenzberichtigungsfragen für die den Grafen heftig drängenden Ungarn. Eigentlich hatte der Staatssekretär, um zu den zweiten Friedensverhandlungen mit den Russen reisen zu können, in Bukarest um einige Tage später eintreffen wollen. Aber seine Absicht hatte die große Eile abgeändert, mit der die „Oberste Heeresleitung" den rumänischen Friedensabschluß wünschte, indem sie auf die völlige Machtlosigkeit des besiegten Königreiches hinwies. Jedes Ultimatum müßte von Rumänien angenommen werden. Die deutschen Truppen, die auf seinem Boden stünden, brauche man rasch gegen Frankreich. So wichtig schien der „Obersten Heeresleitung" der schnelle Friedensschluß, daß der Generalfeld-

marschall von Hindenburg durch Freiherrn von Lersner, den Vertreter des Auswärtigen Amtes im „Großen Hauptquartier", dem Staatssekretär mitteilte, daß er dem Kaiser seinen Abschied einreichen wolle, wenn der Staatssekretär auch nur um drei, vier Tage später in Bukarest eintreffe.

In Bukarest selbst wurde den Staatsmännern der Kräftezustand und die Stimmung der Rumänen von Generalfeldmarschall von Mackensen und seinem Generalstabschef Hell dann wesentlich anders dargestellt. Das rumänische Heer stehe mit vieler Artillerie in starken Bergstellungen. Französische Instruktoren befänden sich dort seit langer Zeit. Die Erinnerung an Maracesti, an die letzte Schlacht, wäre für Rumänien die Erinnerung an einen ausgesprochenen Sieg. Der Generalfeldmarschall von Mackensen erwarte, wenn die Gegner nochmals zu den Waffen griffen, schwere, im Ausgang sogar zweifelhafte Kämpfe.

Die Nachrichten aus dem „Großen Hauptquartier" und die Gesamtsituation hatten die beiden Minister noch auf der Reise zu dem Entschluß eines Ultimatums gegen Rumänien bestimmt. In Buftea wurde es auch gestellt: mit merkwürdigem militärischen Hintergrund, da Kaiser Karl von Oesterreich gleich darauf seinem Außenminister depeschierte, daß er seinen Truppen unter keiner Bedingung neuen Vormarsch gestatte, und General Hell dazu erklärte, daß die deutschen Truppen allein als zu schwach keinen Vormarsch wagen könnten. Dennoch hatten die Staatsmänner den Erfolg, ihre Forderungen angenommen zu sehen. Ein neues Kabinett, an der Spitze der deutschfreundliche Premier Marghiloman, löste die alte rumänische Regierung ab. Das neue Kabinett wurde aus oppositionellen Mitgliedern gebildet, die dem König bei seiner Flucht nach Jassy nicht hatten folgen wollen. Zwischen Marghiloman und dem Grafen Czernin ging der Staatssekretär von Kühlmann als Vermittler unablässig hin und

her, bis er die Karpathenlinie endlich fand, die beide als Grenze gelten ließen, bis für den Grafen Czernin auch jene Grenzberichtigungen durchgesetzt waren, mit denen sich Graf Stephan Tisza begnügen wollte. Die ungarischen Ansprüche hatte die „Oberste Heeresleitung“ zu hoch gefunden, der Staatssekretär aber die Stimme der deutschen Regierung für die Monarchie eingesetzt.

Die schwerste Regelung blieb freilich noch übrig: die Befriedigung von Türken und Bulgaren. Bulgarien hatte sich zum Kriegseintritt 1915 nur nach einer Grenzverbesserung im Gebiete von Adrianopel und an der Maritza entschlossen. Im Londoner Vertrag von 1912 war den Bulgaren das im Balkankrieg genommene Adrianopel und noch ein Streifen an der Maritza zugesprochen worden. Im bulgarischen Unglücksjahr 1913 hatten sich die Türken Adrianopel dann plötzlich und eigenmächtig wiedergeholt. Auf deutsches Drängen hatten sie 1915 einen sechs Kilometer breiten Saum vom ägäischen Meer herauf an der Maritza, überdies Dimotica und Adrianopels Weststadt Karagatsch, an die Bulgaren zurückgegeben, um ihre Bundesschaft den Mittelmächten zu gewinnen. Die Türken verließen sich dabei auf stark betonte, mündliche Berliner Versprechungen: sie würden nicht nur die Abtretung bei Eintritt einer bulgarischen Vergrößerung abermals erhalten; sie würden vielleicht darüber hinaus noch anders entschädigt werden. Und im Winter 1916 hatten sie den Bulgaren mit ihren Soldaten geholfen, die Dobrudscha zu erobern.

Bulgarien begehrte die ganze Dobrudscha. Bulgarien berief sich auf die deutsche Zusage der Wiedererstattung seiner Verluste im Bukarester Frieden 1913. In Potsdam hatte Kaiser Wilhelm, wenn auch der Unterstaatssekretär Zimmermann gleich nach der Unterredung ihre politische Verwertung in Sofia als unzulässig bezeichnete, dem Mi-

nisterpräsidenten Radoslawow die ganze Dobrudscha als selbstverständlich versprochen. Dem Ministerpräsidenten schien das Kaiserwort noch wichtiger, als eine Zusage der verantwortlichen deutschen Politik. Auf alle Fälle begehrte das Königreich jetzt die gesamte Dobrudscha, die Türkei aber außer der Wiedererstattung von Karagatsch und des Maritzatales noch eine ganze Reihe von türkisch bevölkerten Küstenorten am Schwarzen Meer. Bulgarien wußte nichts von den deutschen Versprechungen an die Türkei. Es erkannte sie nicht an. Ihm fühlte sich die deutsche Regierung verpflichteter als den Türken. Mit den Türken indes sympathisierte der Erste Generalquartiermeister. Von dem Chef seiner bulgarischen Abteilung Oberst Mertz in bulgarenfeindlicher Stimmung noch befeuert, stärkte er in Konstantinopel den Widerstand. Dem General hatte Oberst Mertz über Bulgarien schon geraume Weile nur Ungünstiges gemeldet. Zar Ferdinand hatte den deutschen Oberst die Kenntnis davon fühlen lassen. Jetzt sprachen sich die Berichte des Offiziers noch ungünstiger aus. Mit seiner gewichtigen Stimme stand General Ludendorff jedenfalls auf türkischer Seite. Ueberdies meldete er, was die ganzen Verhältnisse noch schwieriger gestaltete, zum rumänischen Friedensschluß zugleich deutsche Lösungen und Wünsche seiner Auffassung an. Die „Oberste Deutsche Heeresleitung“ verlangte Besetzung des rumänischen Bodens auf Jahre hinaus. Ludendorff „schwebte“ am Donau-Ausgang „ein Wirtschaftsgebiet unter deutscher Verwaltung vor“. Als indirekte Kriegsentschädigung sollte der Löwenanteil aus allen Bodenerträgnissen, an Oel und Erzen Deutschland zufallen. Auch an eine Finanzkontrolle wurde gedacht.

Auf den Vermittlungsvorschlag des Staatssekretärs von Kühlmann, daß Bulgarien sich mit der Süddobrudscha allein begnüge, wenn Rumänien eine größere Barsumme

hinzufüge, vermochte Zar Ferdinand nicht einzugehen. Nichts anderes blieb, als den ganzen Streit zu vertagen. Denn der Konflikt zwischen Türken und Bulgaren begann rauh zu werden. Er drohte dem ganzen Bund der Vier. Eine Weile sah es aus, als müßte er zerfallen. Aber die Angst schuf endlich Auswege. Für alle. Die deutschen Wirtschaftsforderungen wurden energisch herabgedrückt. Von sechsjähriger Besetzung Rumäniens nach dem Plane Ludendorffs war weiter nicht die Rede. Die Ungarn erhielten die gute Hälfte der Grenzberichtigungen. Die Bulgaren die Dobrudscha bis zur Donau. Die Türken, die sich auf eine von Hakki Pascha und dem deutschen Unterhändler von Rosenberg ausgearbeitete Linie schließlich doch fast schon geeinigt hatten, erhielten nichts. Aus Konstantinopel meldete der deutsche Botschafter an das Berliner Auswärtige Amt, daß plötzlich die Türken, in neuer Nackenstärkung durch die „Oberste Heeresleitung", auch von der „Hakki-Rosenberg-Linie" wieder nichts wissen wollten. Vorläufig sollte die alte Dobrudscha Gemeingut aller Verbündeten bleiben. Den Bulgaren wurde von Deutschland schriftlich bestätigt, daß sie sofort auch dies Gebiet erhalten sollten, sowie die Türkei zustimme. Für alles wollte man endgültige Regelung später schaffen.

Nur die Angst hatte alle zu vorläufiger Nachgiebigkeit bewogen. Aber aus Buftea, wo die Grundsätze des am 7. Mai 1918 ratifizierten Bukarester Friedens festgelegt wurden, gingen in Wahrheit die Bundesgenossen — das wichtigste Problem blieb ungelöst: die türkisch-bulgarische Verständigung — in schwerer, in den Folgen noch gar nicht absehbarer Verstimmung heim. Rumänien erhielt Beßarabien. Der Graf Czernin gab es als Schmerzensgeld. Weder in Beßarabien, noch in den an Ungarn abgetretenen Streifen, noch in der Dobrudscha war dabei freilich irgendwer um Selbstbestimmungswünsche befragt worden. Als

Verdienst oder als Entschuldigung konnte der Graf Czernin es sich anrechnen, daß er unter Verzicht auf derlei Hemmung und unterstützt von des Staatssekretärs starker, einsichtiger Mittlerschaft den Bund der Vier gerettet zu haben schien. Ihm mochte vor allem wichtig sein, daß nunmehr aus Rumänien jene Getreidezufuhren einsetzen konnten, die aus der Ukraine immer noch nicht rollten. Rumänien war wirklich imstande, das Aergste an Not abzuwenden. Die Wunden am Körper der Vier konnte die Zeit noch heilen. Da trat der k. u. k. Minister des Aeußeren Graf Ottokar Czernin von seinem Amte plötzlich zurück.

Eine merkwürdige Angelegenheit, wie sie der an überraschenden Zwischenfällen gewiß reiche Weltkrieg bisher noch nicht gekannt hatte, unterbrach jäh die Czerninsche Laufbahn, deren Gefährtin die Volkstümlichkeit gewesen war.

Der Minister hatte das Bedürfnis gehabt, den deutschen Bundesgenossen in einer Wiener Rede am 2. April ostentativ der österreichisch-ungarischen Verläßlichkeit zu versichern. Manches Verstimmende, noch von Brest Litowsk her, war da. Der Vorfrieden von Buftea war vier Wochen alt: einiges schmerzte noch vom rumänischen Verhandeln. Die Erinnerung konnte vielleicht gesänftigt und überhaupt der Vierbund neugenietet scheinen. Aber der Minister, mehr ein Temperament, als ein Denker, mehr nervöser Impuls als ein Wille oder eine Kraft, hatte eine Ungeschicklichkeit begangen: die erste, die sichtbar war an Czernins Tätigkeit. Er hatte eigentlich ohne Not den französischen Ministerpräsidenten Georges Clémenceau schwer gereizt.

„Herr Clémenceau“, hieß es in Czernins Rede vom 2. April, „hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei

mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Berlin geantwortet, daß ich hiezu bereit sei und gegenüber Frankreich kein Friedenshindernis erblicken könne, als den Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen. Es wurde aus Paris erwidert, auf dieser Basis sei nicht zu verhandeln." Der französische Ministerpräsident ließ sich nicht ungestraft herausfordern. Er bestritt, Verhandlungen gewünscht oder angebahnt zu haben. Sein entrüsteter, heftig angreifender Ton dabei hatte die Rechtfertigung für sich, daß Graf Czernin, ganz gegen jedes Herkommen auch zwischen kriegführenden Staaten, die Vertraulichkeit geheimer Lösungsversuche — gleichviel, wie sie verliefen, — aller Welt preisgegeben hatte. Zwischen Clémenceau und Graf Czernin spitzte sich die Auseinandersetzung, wer denn als Erster jene Schweizer Unterhaltungen über eine Friedensmöglichkeit angeregt habe, sehr rasch zu. Eine Woche schwirrten die Noten der beiden Gegner mit Anspielungen Clémenceaus noch auf einen zweiten Friedensschritt der österreichisch-ungarischen Seite, den der k. u. k. Minister des Aeußeren — natürlich wäre ihm der Schritt bekannt — nicht leugnen zu müssen vorgab. Worauf von Frankreich her die völlig unerwartete, sensationelle Schlußfeststellung folgte:

„Kaiser Karl ist es, welcher in einem Briefe vom Monat März 1917 mit eigener Hand seine Zustimmung ‚zu den gerechten Rückforderungsansprüchen Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen' bestätigt hat. Ein zweiter kaiserlicher Brief stellt fest, daß der Kaiser ‚mit seinem Minister einig' sei."

Die Oeffentlichkeit in den Mittelmächten, die Oeffentlichkeit der ganzen Welt war sprachlos. Stimmte die französische Feststellung, so konnte dies das Ende des deutsch-österreichisch-ungarischen Bundes, die völlige

Entfremdung, das Ende der ganzen Koalition der Mittelmächte sein. Solch eine Wendung, wie durch die Mitteilungen Clémenceaus, hatte der Graf Czernin keinesfalls voraussehen können. Ein „Oesterreichisch-Ungarisches Communiqué vom 10. April 1918“ erklärte in Abwehr:

„Zum Ueberfluß sei ausdrücklich festgestellt, daß die Angaben Herrn Clémenceaus über die brieflichen Aeußerungen Kaiser Karls vom Anfang bis zum Ende erlogen sind.“

Jetzt ließ der französische Ministerpräsident den angeblichen Kaiserbrief ganz veröffentlichen. Er nannte den Ueberbringer der Briefe: den Prinzen Sixtus von Bourbon, den Schwager des Kaisers. Der Absatz über Elsaß-Lothringen lautete:

„Zu diesem Zwecke“ (um für alle Zukunft die Wiederkehr des Kriegszustandes zu verhüten) „und um die Wirklichkeit dieser Gefühle genau auszudrücken, bitte ich Dich, geheim und inoffiziell Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, zur Kenntnis zu bringen, daß ich mit allen Mitteln und unter Anwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde.“

Ueber Belgien erklärte ein Passus im kaiserlichen Schreiben:

„Was Belgien betrifft, so muß seine Souveränität wiederhergestellt werden; es muß seine gesamten afrikanischen Besitzungen behalten. Hiermit soll der Frage der Entschädigung nicht vorgegriffen werden.“

Ein „Oesterreichisch-ungarisches Communiqué vom 12. April 1918“ nannte Clémenceaus Kaiserbrief „verfälscht“. Kaiser Karl hätte „seinem Schwager, dem Prinzen Sixtus von Bourbon, im Frühjahr 1917 einen rein persönlichen Privatbrief geschrieben, der keinen Auftrag an den Prinzen enthielt.“ Und über Elsaß-Lothringen habe die Stelle gelautet:

„Ich hätte meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären; sie sind es jedoch nicht.“

„Es gibt verrottete Gewissen“, antwortete im „Französischen Communiqué vom 14. April 1918“ der Ministerpräsident Clémenceau. „Das Original, dessen Text von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist, war in Gegenwart des vom französischen Ministerpräsidenten delegierten Generalsekretärs im Ministerium des Aeußeren, Jules Cambon, mitgeteilt worden, der eine Kopie desselben mit Ermächtigung des Prinzen dem Ministerpräsidenten übergeben hat.“

Clémenceau berief sich noch auf eine Unterhaltung des Prinzen mit dem Außenminister Ribot, überdies auf zwei seiner Freunde, die ohne weiteres „die Authentizität des Briefes“ bestätigen konnten. Das „Oesterreichisch-Ungarische Communiqué“ antwortete kurz:

„Prinz Sixtus von Bourbon, dessen Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät bekannter Charakter eine Fälschung ausschließt, wurde derselben ebensowenig beschuldigt, wie irgendeine spezielle Persönlichkeit, da vom k. u. k. Ministerium des Aeußeren nicht festgestellt werden konnte, wo die Unterschiebung des falschen Briefes erfolgt ist. Hiermit wird die Angelegenheit als beendet erklärt.“

Dies war am 15. April 1918. Am Tage vorher hatte Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm depeschiert:

„Die Anschuldigungen Clémenceaus gegen mich sind so niedrig, daß ich nicht gesonnen bin, mit Frankreich über die Sache ferner zu diskutieren. Unsere weitere Antwort sind meine Kanonen im Westen. In treuer Freundschaft Karl.“

Am gleichen Tage schied Graf Czernin aus seinem Amte.

Niemand in Oesterreich-Ungarn, niemand in Deutschland glaubte, daß der Präsident Clémenceau Unwahres behaup-

tet hätte. Den einen war der Rücktritt des Außenministers nur Bestätigung, trotz der Erklärungen des Wiener Ministeriums; eine kleinere Gruppe meinte, daß der Sturz des Grafen Czernin über die Ungelegenheit erfolgt sei, die er dem Kaiser unnötig verschafft hatte. Aber alle glaubten zu sehen, daß am Hofe des Kaisers Einflüsse spielten, die bisweilen die Arbeit des Außenministers gekreuzt hatten, ohne daß er, der verantwortlich war für die Politik der Monarchie, die Einflüsternden hätte verantwortlich machen können. Im Kampf mit den „Unverantwortlichen“ war Czernin gefallen. Nur er selbst konnte wissen, wie dramatisch der Ausgang seiner Ministerschaft und wie groß oder klein der Anteil der Schuld war, die ihn selbst bei seinem Sturze traf.

Er hatte von der Berufung des Prinzen Sixtus, der, obwohl ein Bruder der Kaiserin von Oesterreich, in der belgischen Armee stand, natürlich gewußt. Wer es hören wollte, erfuhr von dem Grafen Czernin zwar jederzeit:

„Ich habe mich um die Frauen um den Kaiser nie gekümmert. Sie existierten für mich nicht.“

Aber in einem Schreiben des Ministers an Kaiserin Zita vom 17. Februar 1917 hieß es:

„Bei genauer Ueberlegung der Argumente Euer Majestät in meiner heutigen Audienz würde ich den größten Wert darauf legen, wenn der Prinz Sixtus selbst zu Eurer Majestät käme.“

In Laxenburg waren Kaiser Karls Schwäger, die Prinzen Sixtus und Xavier von Bourbon, unerkannt, nach Einbruch der Dunkelheit am 23. März 1917 eingetroffen. Wiederholte, vertrauliche Besprechungen, über Monate verteilt, waren dem Prinzenbesuche in der Schweiz vorangegangen. Mit der Herzogin von Parma, der Kaiserin-Mutter, hatte der Prinz sich dort getroffen. Die Kaiserin selbst hatte die Anregung gegeben. Der Wunsch der Herzogin, daß sie nach langer Trennung ihre Söhne wiedersehen

wollte, der Brief der Kaiserin-Mutter, der an den Prinzen Sixtus mit der Bitte nach dem Wiedersehen abgegangen war, konnte vielleicht wirklich und sollte rein menschlich und unverfänglich erscheinen. Und mit dem Prinzen hatte sich dann im Verlaufe der Verwandtenbegegnung Thomas Graf Erdödy schon im Dezember 1916 über Möglichkeiten von Friedensverhandlungen in Neuchâtel unterhalten. Er sprach schon damals im Auftrage Kaiser Karls, unverbindlich, dennoch als Dolmetsch warmer kaiserlicher Wünsche, dem Krieg ein Ziel zu setzen. Der Prinz war von Neuchâtel nach Paris gegangen, er kehrte in die Schweiz im Januar 1917 zurück, um abermals eine Begegnung mit dem Grafen Erdödy zu haben. Sie erschöpfte sich aufs neue in Gesprächen, die zwar guten Willen im allgemeinen, dennoch weder genauere Richtlinien, noch bestimmte Ergebnisse brachten, um einem Frieden näher zu kommen. Jetzt fand — in der Mitte des Februar — der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern, Graf Czernin, daß allerdings eine Aussprache mit dem Prinzen Sixtus wesentlich erleichtert würde, käme er selbst zu Kaiser Karl. Prinz Sixtus diente in der königlich belgischen Armee. Aber das französische Ministerium selbst erwirkte für ihn Urlaub beim König der Belgier. Der Prinz reiste sofort. Mit Pässen von Frankreichs Auswärtigem Amt, das überdies alle Weisungen an die Grenze hatte ergehen lassen, um den Grenzübertritt keinen Zufälligkeiten preiszugeben. Im Automobil, das beide Prinzen an der Vorarlberger Grenze erwartete, trafen sie in der österreichischen Hauptstadt ein, versteckte Gäste im Palais des Grafen Erdödy.

Die Unterhaltung zwischen dem Kaiser und den Schwägern, der fünf Viertelstunden auch der Außenminister beiwohnte, zog sich vom Abend bis gegen Mitternacht hin. Prinz Sixtus von Bourbon überbrachte den Standpunkt der fran-

zösischen Regierung, Verhandlungen überhaupt erst dann aufnehmen zu wollen, wenn Kaiser Karl an eine Unterstützung der französischen Auffassung über Elsaß-Lothringen sich gebunden hätte. Auch sollten alle Besprechungen auf besonderes Verlangen des Präsidenten Poincaré geheimsten Charakter fortbehalten. Beide Parteien möchten sich gebunden erachten, die Annäherung in jedem Falle kategorisch zu bestreiten, falls sie — jetzt oder später — durchsickerte.

Indes verlief die Laxenburger Unterhaltung trotz breiten Hin und Hers zwar bewegt, doch im Grunde ergebnislos. Kaiser und Minister waren einig, daß Verhandlungen über Wege zum Frieden unerläßlich nötig seien. Kaiser und Minister waren einig, daß Elsaß-Lothringen, um den Frieden Wahrheit werden zu lassen, als Opfer an Frankreich unvermeidlich gebracht werden müsse. Nicht einig waren Kaiser und Minister über das taktische Vorgehen: Kaiser Karl wollte sich entschließen, die Unterstützung Frankreichs sofort zuzusagen, um zu den gewünschten Verhandlungen zu kommen, — Minister Graf Czernin stimmte für eine dilatorische Zusage. Er wünschte erst das Einsetzen der Verhandlungen: dann konnte man über Elsaß-Lothringen sprechen.

Endgültiges ergab die Abendbesprechung nicht. Prinz Sixtus, der offen gestand, daß er den Inhalt der Gespräche von Kaiser und Minister in einem einzigen Satze klar nicht wiederzugeben vermöchte, stellte in Aussicht, daß nunmehr die französische Regierung das Friedensthema kaum werde fortspinnen wollen. Der Minister des Aeußeren verabschiedete sich mit dem Votum, daß die Versuche, als deren Vorbedingung von Frankreich die österreichisch-ungarische Förderung in bezug auf die deutschen Reichslande stets aufs neue von dem Prinzen betont wurde, fortgesetzt werden sollten. Am nächsten Tage besprach

sich der Kaiser mit Prinz Sixtus allein. Zwecklos wäre alles, versicherte der Prinz, wenn er nicht mit schriftlicher, glaubwürdiger Unterlage über die Auffassungen des Kaisers vor den Präsidenten der Republik hintreten könnte. Der Kaiser faßte den schwerwiegenden Entschluß: in thematischer Uebereinstimmung mit dem Grafen Czernin trennte er sich taktisch von seinem Minister. Er setzte selbst ein Schreiben auf. Er gab die Zusage. Prinz Sixtus reiste mit dem Briefe ab.

Die ganze Politik des Grafen Czernin war um jene Zeit auf das Bestreben gerichtet, den deutschen Bundesgenossen wirklich zur Preisgabe von Elsaß-Lothringen zu bestimmen, ohne die der Frieden nicht mehr zu bekommen wäre. Er war bereit, das Opfer Deutschlands mit einem Opfer der Monarchie an Deutschland zu bezahlen: Galizien sollte zu Polen, das neue Königreich Polen den Hohenzollern gegeben werden. In Homburg, wo sich wenige Tage nach der Laxenburger Unterhaltung Kaiser Wilhelm und Kaiser Karl trafen, trug der jüngere Monarch den Plan jedenfalls vor. Und auch der Graf Czernin setzte seinen Gedankengang auseinander. Der Tausch wurde von deutscher Seite abgelehnt, aber die Idee vom Grafen Czernin nicht aufgegeben.

Er sah in ihr damals die einzige Friedensbrücke. Er suchte nach der Möglichkeit eines Druckes auf Deutschland. In der Denkschrift vom 12. April 1917 entwickelte er die unabänderliche Notwendigkeit eines Friedensschlusses noch vor dem Winter. Die Monarchie war darin am Ende ihrer Kräfte gezeigt. Mit Kaiser Karl war der Gedankengang des Mémoires besprochen. Der Kaiser behielt ein Exemplar der Denkschrift. Eine Abschrift war dem Geheimen Staatsarchiv bestimmt, ein drittes Exemplar erfüllte den eigentlichen Zweck: es wurde dem deutschen Kaiser geschickt. Aber die Wirkung entsprach den Wünschen

nicht. Der Druck der Denkschrift schuf keinen anderen deutschen Standpunkt über Elsaß-Lothringen. Merkwürdig war es bald darauf, daß der Inhalt der Geheimschrift über die Eingeweihten hinaus sich verbreiten konnte. Der Reichstagsabgeordnete Mathias Erzberger, ein Führer der Zentrumspartei, sprach von ihr, verlas sie sogar vor ein paar hundert Wählern in Frankfurt a. M. Der Staatssekretär v. Kühlmann geriet in höchste Erregung, denn von Frankfurt mußte die Schilderung der österreichisch-ungarischen Verhältnisse, die eine Schilderung der Depression war, den Weg nach Frankreich, zu allen Gegnern finden. Es wurde festgestellt, daß keinen der wenigen Beamten, durch deren Hände die Denkschrift gegangen war, der Vorwurf von Pflichtverletzung traf. Klar wurde, daß der Druck, der auf Kaiser Wilhelm, auf Reichsleitung und Generale versagt hatte, jetzt zu einem Drucke, zumindest einer Beeinflussung des Reichstages oder noch weiterer Gruppen werden sollte, unter denen ein nach Berlin entsandter Freund des Grafen Czernin für die Ideen des Ministers warb. Im Dunkel lag nur, wer den Kanal über Mathias Erzberger erschlossen hatte.

Von der feststehenden Indiskretion unterrichtete der Außenminister Graf Czernin den Kaiser sofort. Der süddeutsche Katholikenführer Erzberger besaß Beziehungen zum Wiener Hofe. Er war von den Damen von Parma, der Kaiserin und der Kaiserin-Mutter, gerne empfangen worden. Aber Frauen hatten mit Staatsakten, mit Staatsgeschäften nichts zu tun. Und unterirdische Vermittler, die sich so alles verschaffen und solches Unheil anrichten konnten — auch wenn der Reichstagsabgeordnete in gutem Glauben vermeint hatte, dem katholischen Hof, dem katholischen Oesterreich in Frankfurt zu nützen —, solch ungebetene Zwischenträger geheimster Bekenntnisse mußten ausgeschaltet werden.

Offen zur Rede gestellt, verweigerte es der Zentrumsführer, den Ueberbringer der Denkschrift zu nennen. Deutsche Diplomaten, deutsche führende Generale vertraten die seltsame Auffassung, daß der Vermittler an Erzberger der Außenminister Graf Czernin selbst gewesen wäre. Die Auffassung trifft nicht zu. Der Außenminister hatte lediglich die Verbindung zwischen Kaiser und Abgeordneten hergestellt.

Mathias Erzberger galt dem Grafen Czernin als ein Politiker von größtem Gewicht, dessen Einfluß in der Richtung der staatsmännischen Ziele des Ministers vielleicht gewonnen und genutzt werden konnte. Dem Zentrumsführer, der im Zusammenhange mit allerlei kirchenstaatlichen Plänen sich Zutritt zum Papste in Rom verschafft hatte, auch er mitten im Kriege in Italien, dem Zentrumsführer mochte es schmeicheln und ihn willfähriger machen, wenn den Katholiken auch der katholische Kaiser und apostolische König mit besonderer Auszeichnung behandelte. Der Außenminister hatte ihn nach Wien gebeten, indes, der Kaiser lehnte den Empfang ab. Auch als ihn auf der Rückfahrt von einem seiner Tiroler Frontbesuche in Franzensfeste eine eindringliche, lange Hughesdepesche aufhielt, durch die Graf Czernin abermals auf die Notwendigkeit und Eile hinwies, Erzberger dennoch vorzustellen, erst als der Minister unmittelbar nach der Ankunft des Kaisers in Wien zum drittenmal am Fernsprecher die Gewährung der Audienz begehrte, wurde sie gewährt. Aufmerksamkeit gegenüber einer als einflußreich bezeichneten Persönlichkeit war ihr Sinn. Der Zentrumsführer berichtete von römischen Erlebnissen, von allerlei Denkschriften, die mit der römischen Reise zusammenhingen. Er stellte die Schriften, obgleich er sie am gleichen Tage, dem Tage seiner Abreise aus Wien, gerne noch zurückwünschte, der Durchsicht des Kaisers zur Ver-

fügung. Ein Gardereiter brachte sie abends dem Eigentümer zurück, zu dessen Verwunderung nicht in einem Umschlag, vielmehr in zwei Briefhüllen. Noch verwunderter war der Abgeordnete, da er den einen Umschlag geöffnet hatte und die Denkschrift des Grafen Czernin darin fand — worüber der Gardereiter später Erzbergers Ausruf meldete:

„Was bringen Sie mir denn da? Das kenn ich ja schon“ —

Der Abschrift des Czerninschen Mémoires war andere Bestimmung von dem Kaiser zugedacht. Unermittelt blieb, ob der Gardereiter unklaren kaiserlichen Befehl erhalten hatte, ob aus Versehen überhaupt nur den Befehl, dem Abgeordneten die Briefschaften zu übergeben. Das Ueberraschendste mochte an der Verwechslung der Ausruf des Empfängers sein. Nach Deutschland war die Denkschrift lediglich an den Deutschen Kaiser mit einem Handschreiben Kaiser Karls geschickt worden, das der kaiserliche Flügeladjutant Graf Ledochowsky ohne Kenntnis des Inhaltes in Spa zu überreichen hatte. Von Kaiser Wilhelm war der Flügeladjutant mit größter Liebenswürdigkeit empfangen worden, ohne daß der Kaiser in seiner Gegenwart das Handschreiben öffnete. Vor seiner Abreise wurde der Graf dann der kaiserlichen Tafel zugezogen, die um den Monarchen die übliche Runde des Hauptquartiers vereinte, wobei allerdings der Flügeladjutant in einige Verwirrung geriet; denn die gesamte Tafel warf, wie auf Verabredung, ein Thema über Oesterreich-Ungarns angeblichen Niederbruch auf und schien das Thema gegen den Grafen entkräften zu wollen, der es weder angesponnen hatte, noch angeregt, noch begriff, noch Zusammenhänge fand. Sein befremdeter Bericht in Wien brachte allerdings unliebsame Erkenntnis. Die Tafel in Spa hatte die Eröffnungen der Denkschrift mit überraschender Sorglosigkeit durchgesprochen — —

Der Druck auf Deutschland, den Graf Czernin hatte üben wollen, war jetzt, wenn auch nicht ganz so, wie er sich's gedacht hatte, durch Mathias Erzberger und durch Beeinflussung des Reichstags ausgespielt. Aber der Druck versagte. Anderes mußte versucht werden. Und der Minister wollte die Versuche erneuern. Denn tiefernst war es ihm immer noch mit dem Verzicht auf Elsaß-Lothringen, mit dem galizischen Tausch, mit der Friedensbrücke. Durch Monate seiner Politik.

Indes war Prinz Sixtus von Bourbon nach Frankreich zurückgekehrt. Er hatte dem Präsidenten Poincaré über seine Laxenburger Zusammenkunft Bericht erstattet, hatte den kaiserlichen Brief vorgelegt, und der Präsident, der dem Prinzen gegenüber das Schreiben sofort als „einen gewaltigen Schritt zum Frieden" bezeichnete, hielt es für dringend nötig, daß der Ueberbringer der Botschaft unverweilt mit ihr zum König von England weiterreise. In London las Lloyd George das Schriftstück mit höchstem Erstaunen.

„Wenn das so ist," erklärte er dem Prinzen, „dann ist es das beste, daß ich überhaupt selbst gleich nach der Schweiz reise" — —

England, wie Frankreich nahmen den Zwischenfall ernst. Sie sahen ihn als eine wirkliche Wendung zum Kriegsende hin. Dem Prinzen Sixtus war überdies ein „Aide-Mémoire" des Grafen Czernin im Mai 1917 übergeben worden, darin es hieß:

„Immerhin ist Oesterreich-Ungarn bereit, die Besprechungen fortzusetzen und ist nach wie vor geneigt, für einen ehrenvollen Frieden zu arbeiten, um damit auch den allgemeinen Frieden anzubahnen."

Ungünstiger Ausgang konnte nur noch durch den Dritten herbeigeführt werden, der in dem Handel gleichfalls

mitzusprechen hatte: durch Italien. In Saint Jean de Maurien trafen noch im gleichen Mai 1917 die Staatsmänner Lloyd George und Ribot mit Baron Sonnino zusammen. Aber die Begegnung scheiterte in ihren Zielen, vielleicht bloß deshalb, weil der französische Minister des Aeußern Ribot nicht übermäßige Energien der Ueberredung gegenüber dem italienischen Staatsmanne aufbot. Lloyd Georges Anfrage, ob Baron Sonnino die Abmachungen des Londoner Protokolls vom Jahre 1915 als Minimalforderung des Königreichs Italien aus dem Kriege noch immer ansehe, bekräftigte der Baron. Man trat die Rückreise aus Saint Jean an. Unklar war damals die Kriegspolitik Italiens. Denn als der Prinz den Ausgang der Begegnung dem Wiener Hof berichtete, konnte man ihm dort erwidern, daß um die gleiche Zeit ein Sonderfriedensangebot Italiens, in die Schweiz durch Vertraute seiner Heeresleitung überbracht, an Oesterreich-Ungarn vorgelegen hätte. Ueber Zürich hätte es der angesprochene deutsche Diplomat nach Wien geleitet. Das Königreich wolle sich mit der Hälfte jener Abtretungen begnügen, die ihm die Monarchie bei Kriegsbeginn aus freien Stücken angeboten hatte. Aber der Kaiser hätte sich durch die Verhandlungen mit Frankreich gebunden erachtet, nicht anderwärts Sonderverhandlungen zu führen. Beide Friedenswege schienen jetzt verschüttet. Auch wenn Jules Cambon, der Generalsekretär im Pariser Auswärtigen Amt, dem Prinzen am Ende sein Bedauern über das Scheitern mit der Erwartung aussprach, die gleichen Fäden bei gelegener Zeit noch einmal aufnehmen zu können.

Immer pessimistischer über den Kriegsausgang, hatte freilich der Graf Czernin, ruhelos wie er zwischen tausend Einfällen immer war, noch einmal versucht, die Verständigung über der elsässisch-lothringischen Frage aufzubauen. Seine Bemühungen hatte Kaiser Karl durch

ein Schreiben an den Kronprinzen Wilhelm unterstrichen, darin er den Thronerben bat, zugunsten eines Verzichtes auf die Reichslande bei seinem kaiserlichen Vater zu sprechen. Die Enttäuschung über Rußlands erwarteten völligen Niederbruch, das erneute Aufflammen seiner Kräfte unter der Herrschaft Kerenskis, ihr unverhoffter, von raschen Erfolgen vorgetragener Angriff bei Kalusz schien endlich für die Pläne des Ministers günstige Stimmung zu schaffen. In der kurzen Spanne zwischen dem russischen Vorstoß und dem Gegenstoß bei Zborow konnte er, im Sommer 1917, ein Mémoire dem Kaiser überreichen, darin der schwerwiegende Entschluß verzeichnet war, daß der Reichskanzler Opfer in Elsaß-Lothringen bringen wolle. Allerdings standen zu solchem Zugeständnis die Beschlüsse einer in Anwesenheit des Grafen Czernin im Reichskanzlerpalais im August abgehaltenen Sitzung in schroffem Gegensatz. Dort unternahm es der österreichisch-ungarische Außenminister, die elsässisch-lothringische Frage von jenen unformulierten und schwebenden Bethmann-Hollweg'schen Absichten her aufzurollen, mit denen sich der Reichskanzler Bethmann über ein Entgegenkommen gegenüber Frankreich in den Grenzgebieten, namentlich um Metz, eine Zeitlang getragen hatte. Staatssekretär von Kühlmann ergriff im Reichskanzlerpalais zu der Angelegenheit das Wort. Er ließ keinen Zweifel, daß er über das Thema überhaupt nicht verhandeln lasse. Und einigte sich, in vertraulicher Aussprache noch nach der Beratung, mit dem Grafen Czernin, daß fortan die belgische und elsaß-lothringische Angelegenheit lediglich ein Thema deutscher Beschlüsse, die italienische Regelung eine Sache lediglich der Monarchie, alles übrige ein Gebiet gemeinsamer Erwägung für die Bundesgenossen darstellen werde. Uebrigens ließen schon die Erfolge des Gegenangriffes von Zborow, der die

russischen Anstrengungen doch bloß als Scheinkräfte gekennzeichnet hatte, jede beim Kanzler Michaelis vielleicht mögliche Stimmung der Nachgiebigkeit von selbst sich wieder verflüchtigen. Und in Frankreich stürzte das versöhnlichere Kabinett Briands. Im Stuhle des Ministerpräsidenten saß sein fanatischer Nachfolger Clémenceau. Ihn stachelte noch die Erinnerung an den Racheschwur von Bordeaux 1871; und was noch wichtiger war: die Zusicherung amerikanischer Truppensendungen trug er in der Tasche. Ministerpräsident Clémenceau wollte von Verhandlungen überhaupt nichts wissen. Der Friedensschritt Kaiser Karls war mißglückt, wie alle Bemühungen des Grafen Czernin in gleicher Richtung. Und die Vermittlerdienste des Prinzen von Bourbon waren längst in Vergessenheit gesunken.

Aber jetzt stellte sich, ein Jahr später, plötzlich unerwünscht für alle Oeffentlichkeit heraus, daß der Kaiser Erklärungen an den Prinzen oder eigentlich an Frankreich ohne deutsches Wissen hatte gelangen lassen. Er hatte darin nicht nur von sich aus über die Abtretung des Elsaß gesprochen. Er hatte sich auch auf die Politik seines Ministers berufen. Die Situation war jetzt unangenehm für den Kaiser, wie für den Minister. Aber zunächst bestritt Kaiser Karl überhaupt das Vorhandensein der Briefe. Nichts hätte er unternommen, das der Außenminister nicht „sowieso schon“ wüßte. Von Bukarest aus sprach Graf Czernin mit dem Kaiser erregt durch den Hughesapparat. Und fuhr, als der französische Ministerpräsident alles gesagt hatte, Hals über Kopf nach Wien. Hier gab Kaiser Karl zu, daß er dennoch einen Brief an Sixtus gegeben habe: allerdings ohne den Passus über Elsaß-Lothringen — vielmehr genau das Gegenteil hätte er darüber gesagt — und ohne ein Wort über Belgien. Für den Grafen Czernin konnte es

gleichgültig sein, welche Meinung er selbst im Jahre 1917 über das deutsche Reichsland hatte. Ihm konnte es gleichgültig sein, was er in der Nacht in Laxenburg gesprochen hatte. Gleichgültig, ob den Kaiser, als der Minister sich verabschiedet hatte, der Prinz zu einer Niederschrift verführte, oder, wie man gleichfalls glauben konnte, die Kaiserin, vielleicht auch eine andere Dame von Parma. Zwei Dinge standen fest: der Kaiser hatte Briefe oder doch einen Brief geschrieben, — von ihm selbst, dem Außenminister, war nichts Schriftliches da, außer dem „Aide-Mémoire", das allgemeine Wendungen von vielfacher Deutungsmöglichkeit, aber nicht die kaiserliche Auffassung enthielt. Trotzdem mußte die Wirkung, auch wenn er bloß den in den Communiqués wiedergegebenen Mitteilungen folgte, auf den deutschen Bundesgenossen niederschmetternd sein. Er konnte dem Kaiser glauben, ebenso auch dem französischen Ministerpräsidenten. Da erklärte der Kaiser den Text des ersten Briefes als Fälschung. Er wolle den Entwurf beibringen, wie er war; der zweite Brief, der vom Einverständnis des Außenministers sprach, sei apokryph. Bedingungslos griff Graf Czernin die kaiserliche Darstellung auf. Denn sie war Lösung und Rettung zugleich, wenn der Kaiser den Sachverhalt unter Ehrenwort verbürgte. Das bisher nicht übliche Experiment, den Kaiser von Oesterreich, apostolischen König von Ungarn, eine Angelegenheit durch Ehrenwort ordnen zu lassen, konnte hier nur Zögerungen und weitere Verwicklung vermeiden — —

Der Kaiser sah sich endlich in unentwirrbarer Verstrickung. Mit dem Präsidenten Poincaré lag die Abmachung vor, alle Verhandlungsversuche aus dem Frühjahr 1917 der Oeffentlichkeit gegenüber in jedem Falle zu bestreiten. Er wußte nicht, wie der Präsident der Republik in Wahrheit mit dem Ministerpräsidenten Clémenceau

stand, wie viel oder wie wenig der Minister im ganzen von den prinzlichen Bemühungen wußte. Bestritt er die Briefe, so hielt er sich an seine Vereinbarung mit Poincaré. Klärte der Präsident der Republik den Chef der Regierung über die Abmachung nicht auf, so konnte es dem Schwager des Kaisers, auch wenn er sich jetzt in Afrika aufhielt, bei Clémenceaus Neigung zu Taten des Affekts übel ergehen. Das Klügste war, wenn der Kaiser, der sich allerdings zugeben mußte, die Briefe ohne Mitwissen nicht bloß Deutschlands, sondern auch des Grafen Czernin geschrieben zu haben, im Schweigen verharrte. Der Austausch der österreichisch-ungarischen und französischen Erklärungen war ohnehin zu Ende.

Zu einem leidenschaftlichen Auftritt aber gestaltete sich die Auseinandersetzung zwischen Kaiser und Minister. Seit den Tagen von Brest Litowsk durch seine Nerven schwer bedrängt, nicht immer mehr ihrer Herr, verlor jetzt der Minister vor dem Kaiser, den er über eine Stunde lang nicht zu Worte kommen ließ, alle Ruhe, Haltung und Besinnung. Der Kaiser müsse eine Erklärung abgeben. Die deutsche Stimmung verdichte sich zu drohender Gefahr: Oesterreich-Ungarn stünde nunmehr durch die Angelegenheit auch noch vor dem Kriege mit Deutschland. Der Minister riß ein Briefblatt aus der Tasche. Er hätte eine Erklärung im Konzepte mitgebracht. Was den schriftlichen Charakter der Erklärung betreffe, so bedürfe er ihrer „lediglich zu seiner eigenen, geschichtlichen Rechtfertigung". Die Erklärung wäre kein politischer Akt. Sie werde in seinem Schreibtische verschwinden. Er könne an das Bestehen der Briefe nicht glauben. Seien sie Wahrheit, vermöchte der Kaiser darum die Erklärung nicht zu unterschreiben, so bleibe ihm, dem Minister, nichts als der Selbstmord — —

Nicht nur die Nerven des Grafen Czernin versagten: auch der Kaiser brach zusammen. Von dem Minister hatte er sich nicht trennen können, ohne ein Eingeständnis seiner Schuld zu geben. Ueber die in der Oeffentlichkeit entstandene Krise mußte er den Grafen Czernin um jeden Preis zu halten versuchen. Im Gedanken hatten Kaiser und Minister vor Jahresfrist beide das gleiche gewollt: nunmehr stand der Minister, dem nichts nachzuweisen war, kein Brief und keine formale Bindung, unerbittlich gegen den Herrscher und begehrte abenteuerliche Dinge. Im Gedanken konnte sich der Kaiser bestes Wollen zugestehen; in Form und Mitteln hatte er sich vollkommen vergriffen. Seine Friedenssehnsucht hatte nach der Inanspruchnahme des Prinzen Sixtus mit der gleichen bitteren Enttäuschung geendet, wie eben jetzt im Frühjahr 1918 auch ein Versuch, durch ein neutrales Staatsoberhaupt den Präsidenten Wilson für den Weltfrieden zu gewinnen. Den Schritt hatte der Präsident günstig beurteilt. Er erbat von Kaiser Karl schließlich eine Auffassung darüber, wie die Balkanfragen und namentlich die adriatische Frage geregelt werden könnte. Die Antwort, von ihm selbst geheim in die Maschine geschrieben, ließ er, zunächst ohne Benachrichtigung seiner Verbündeten, an das vermittelnde Staatsoberhaupt gelangen. Das Staatsoberhaupt drückte dem Kaiser seine Ueberzeugung aus, daß die Verhandlungen rasch vorwärts kommen müßten, wenn nunmehr der Kaiser — man halte sich zur Weiterübermittlung zur Verfügung — konkrete Vorschläge biete. Die neue kaiserliche Antwort, ein großes Programm österreichisch-ungarischen Umbaues, sehr ausführlich, sehr diplomatisch im Ton, wurde telegraphisch für das Staatsoberhaupt fortgegeben, aber jetzt meldete der mit der Ueberreichung betraute Botschafter die Kompromittierung der neutralen Chiffre. Unsicher wurden um jene Zeit überdies die hier nötigen

Wege eines Kuriers. Es war um den 20. März 1917. Die Zeit verstrich. Man wartete. Dann setzte plötzlich das Duell des Grafen Czernin und des französischen Ministerpräsidenten ein: der Präsident der Vereinigten Staaten hatte sich zurückgezogen — —

Allen Friedensbestrebungen war bisher der Erfolg versagt. Nur eines war erreicht: der Bundesgenosse, der über die Vermittlung des Prinzen Sixtus nichts, über die Dialoge mit Amerika nur Ungenaues wußte, war schwer verstimmt. Von ihm kündigte der Graf Czernin unter Umständen sogar Krieg an. Keinen Ratgeber hatte der Kaiser für seine wichtigsten, keinen für die folgenschwersten Handlungen im Frühjahr 1917 gesucht, keinen seiner besten Pairs hatte er um Richtlinien befragt. Jetzt sah er sich in völliger Einsamkeit, verstrickt in Schuld und Nichtschuld, abermals ohne Vertrauen in Ratgeber, die er zu suchen verschmähte, mit dem von maßloser Erregung erfüllten, ihm überlegenen Minister allein, dem er die ganze Wahrheit nicht mehr zu sagen wagte. Er unterschrieb das Ehrenwort. Das Schriftstück war kein Akt. Der Minister begehrte es für seinen Schreibtisch. Der Kaiser unterschrieb, selbst in Erregung ohne Grenzen und endlich völlig kopflos, ohne zu lesen:

„1. daß er an seinen Schwager nur den einen Brief geschrieben habe,

2. daß der Prinz keine Ermächtigung erhielt, den Brief der französischen Regierung zu zeigen,

3. daß Belgien in dem Briefe nicht erwähnt wurde und

4. daß der Absatz über Elsaß-Lothringen in der Clémenceauschen Veröffentlichung gefälscht sei.“

Alles schien äußerlich nunmehr in Ordnung. Der Minister konnte nach allen Versicherungen des Kaisers die deutsche Unruhe beschwichtigen. Freilich bekam der deutsche Botschafter in Wien auch das kaiserliche Ehren-

wort auf den Schreibtisch gelegt; und da dies einmal geschehen war, wider die Abrede, sprach sodann zu dem bevollmächtigten deutschen General von Cramon der Kaiser selbst davon. Der Minister des Aeußeren konnte sich sagen, daß ihn das Ehrenwort in jedem Falle deckte, gegenüber Deutschland und vor aller Welt, ob es nun ein falsches oder wahres Ehrenwort war. Blieb es bekräftigt, so war nicht bloß über Elsaß-Lothringen nichts geschrieben worden; hinfällig war dann auch der seine Außenpolitik kompromittierende Brief über sein Einverständnis. Zerbrach das kaiserliche Ehrenwort, so sah alle Welt, daß der Kaiser wirklich Unwahres sagte. Nicht nur über Elsaß-Lothringen. Sondern auch über das Einverständnis mit Czernin.

Um alles zu klären, endgültig und wie es dem Minister nötig schien, sollte der authentische Brief veröffentlicht werden. Aber jetzt verlangte der Kaiser, stets rettungsloser umdrängt von der Verwirrung, in die er sich gestürzt, daß der Außenminister — sein einziger, innerlicher Mitwisser im Wollen von 1917 — ihm helfe. Daß er die Schwierigkeiten mitbeende. Daß er erkläre, von dieser Fassung des Briefes gewußt zu haben. Aber der Minister fand keine Veranlassung, um gleicher innerer Wünsche willen eine Verantwortung auch für schriftliche Aeußerungen des Kaisers zu übernehmen. Bewußter Mitspieler der Gedanken war er damals gewesen; von Formulierungen auf festem Papier wußte er nichts. Er wollte seine Hände jetzt aus wirklich fatalem Spiel gelassen sehen. Zweifel an der Echtheit des kaiserlichen Wortes, die für seine Stellung in der Angelegenheit belanglos war, stiegen immer stärker in ihm auf. Der Kaiser hatte das Schriftstück mit sichtlichem Widerstreben unterzeichnet. Aber die Motive des Zögerns hatte der Minister nicht zu untersuchen. Formal hatte er das Recht auf jeden Fall auf seiner Seite. Es war etwas anderes,

ob er im ehrlichen Willen, Frieden zu schaffen, etwas aussann und davon, soweit er sich vorwagen durfte, auch sprach oder, ob es der Kaiser über intimem Rat schriftlich nach Frankreich weitergab. Es war ein Unterschied, ob sich Minister und Kaiser über Möglichkeiten in Bezug auf Elsaß-Lothringen unterhielten; oder ob der Kaiser daraus — in einem Brief nach Frankreich — ein „Einverständnis mit seinem Minister" machte. Das Ehrenwort, ob wahr, ob falsch, war für Czernin die Sicherung in jedem Fall. Die Situation aber bot ihm zwei Möglichkeiten: entweder er mußte sich, da ihm der Kaiser doch jetzt eine gewisse Verantwortung aus inneren Zusammenhängen aufbürden wollte, ganz aus dem Handel reißen und auf die Ministerschaft verzichten — oder der Kaiser mußte Schuld zugeben. Dann war freilich die Empörung in Deutschland da. Dann konnte Deutschland das Unmöglichste von Oesterreich-Ungarn verlangen, um sich vor Aehnlichem in Zukunft zu schützen. Sich selbst zu opfern, selbst eine Mitwisserschaft nachträglich zuzugeben, die nirgends verbrieft war, selbst aus der durch das Ehrenwort gewährleisteten Sicherheit ohne Not herauszugehen, konnte niemand dem Minister zumuten. Er beschloß einen Augenblick lang, zu gehen. Oder eines konnte noch erwogen werden: die Absetzung des Kaisers Karl.

Sie hätte, wie all die Vorfälle und Dinge sich den Deutschen zeigen mußten, nicht bloß die Rehabilitierung Oesterreich-Ungarns und die Gewitterreinigung, Aussöhnung und Wiederherstellung des Vertrauens bedeutet. Sie hätte nicht bloß erwiesen, daß der Außenminister mit reinen Händen dastand. Dem Grafen Czernin mußte sich unwillkürlich noch eine andere Aussicht dartun: Aufstieg zu noch freierer, eigener Macht. Wenn der Kaiser sich zurückzog, so stürzte auch alle Hauspolitik der Frauen von Parma, über die der Minister mit Recht und Bitterkeit bei vielen

Anlässen hatte klagen können. Die „Unverantwortlichen", die immer unsichtbar waren und doch im Einwirken sichtlich spürbar, die ganze Schar der Niegenannten im kaiserlichen Boudoir, deren Einfälle, Vorschläge und tausend Nebenschritte die gesetzmäßige Ministerarbeit kreuzten: sie alle waren mit einem Schlage ausgeschaltet, wenn der Thronverweser ein Anderer würde, den das Haus Parma nicht kümmerte. So abenteuerlich war der Gedanke gar nicht; auch General Ludendorff sah, als der Kronrat von Bellevue ihn erbittert hatte, Abdankungsmöglichkeiten für Kaiser Wilhelm II. In dem Ausblick, eine anders unabschaffbare Nebenregierung durch den Sturz des Kaisers selbst für alle Zeit zu vernichten, mußte dem Grafen Czernin ein falsches kaiserliches Wort fast noch lieber sein, als des Ehrenwortes Echtheit. Und der Minister tat den Vorschlag. Erzherzog Eugen oder Erzherzog Friedrich könnte die Regentschaft für den Kaiser führen, dessen Nerven, allzu angegriffen von den Vorfällen der Zeit, der Ruhe bedürften. Der Vorschlag wurde am Fernsprecher getan. Kaiser Karl wich aus. Ein Ministerrat wurde berufen, der das Thema erwägen sollte. Aber schon der Anfang der Beratung ergab die Undurchführbarkeit der Absicht, die im dualistischen Reich nur dazu geführt hätte, Oesterreich völlig unter Ungarn zu stellen, das keinen anderen Regenten anerkannt hätte, als den ungarischen Erzherzog Joseph. Der Ministerrat brach das Thema ab. Graf Czernin eilte in Audienz. Für den auf Stunden völlig zusammengebrochenen Kaiser, der den Minister nicht empfangen konnte, sprach ihn jetzt die Kaiserin. Der Staatsmann war am Ende schwächer, als das, was er die Hauspolitik nannte. Er mußte sich darauf beschränken, auf reine Hände sich der Oeffentlichkeit gegenüber berufen zu können. Auch dies war viel. Der Kaiser blieb. Und die Ministerschaft Czernins war zu Ende.

Trüb war die Außenpolitik der Phase. Risse im Bund der Mittelmächte — Zerwürfnisse zwischen Bulgaren und Türken — Risse und Wunden am Körper der Vier. Von materiellen Zufuhren und wirtschaftlicher Erleichterung war noch nichts zu spüren. Und im Innern klaffte der Zusammenhalt der Völker. Von Rußland her leuchtete rot und grell die Revolution. Das Land überschwemmt von Deserteuren. In Deutschland arbeitete Nachschub und Ersatz nur schwer. Meuterherde in vielen Garnisonskasernen. Streikansage und Sabotagen. Schon klang alles offiziell Gesprochene, für dessen Wahrhaftigkeit die Angelegenheit der kaiserlichen Briefe an Sixtus eine bedenkliche Belastung war, wie der Stil verschollener Epochen. Es suchte laut und mit Uebertreibungen Gehör in einem hohlgewordenen Raum, in dem er fast gespenstisch hallte, Ausdrücke einer krampfhaft festgehaltenen Tradition, die selbst noch lebte und Leben einflößen wollte, indes ihre Zeit im Sinken war. Noch sprach der Ministerpräsident Seidler von „patriotischen Grundbegriffen der Oesterreicher“ zu den Tschechen. Und Kaiser Karl von „segensvollem Aufblühen des Verfassungslebens“ in den „einzelnen Königreichen und Ländern“, von „seinen“ Kanonen andererseits und, wie der junge Monarch sich in der Unterhaltung am Hughesapparat mit Czernin ausgedrückt hatte, „von einem Kerl als Clémenceau“, mit dem er nicht mehr diskutieren wolle, da er sich „als Souverän viel zu hoch“ fühle — —. Noch war es die Sprache einer Welt, die gegen das Sterben sich wehrte oder den drohenden Tod nicht erkannte und doch eine Sprache dulden mußte, neben sich, unter sich, im Parlament, in der Presse, in allen Gassen, eine andere Sprache mit anderen Inhalten, die irgend Neues, sich Vorbereitendes, Beängstigendes ansagte. Es war in dieser Phase des Krieges, daß alles im Widerstreit zu liegen schien, die Völker und die Fürsten,

die Bundesgenossen, ihr Willen und ihre Mittel, die Nerven und die Hoffnungen, die Weltideen und selbst die Terminologien. Niemand wußte noch genau, ob die Schale aufwärts oder abwärts neigte. Ob Bestehendes blieb oder Umsturz kam von unten her.

An der Westfront ging ein schweres Kämpfen. General Ludendorffs große Offensive hatte begonnen. Wieder flogen Worte auf aus alten Sprachschätzen, der Generalfeldmarschall von Hindenburg rief sie ins Land, dem er tatsächliche, wenn auch bescheidene Erfolge meldete. Vielleicht hob noch einmal das Deuten auf Truppen und Todesmut und Sieg daheim die Stimmung. Und hob sie auch in Oesterreich. Selbst Kaiser Karl, der den Bundesgenossen nicht liebte, beugte sich im Anblick der Westfrontkämpfer: „Die Deutschen sind doch Mordskerle" — — Sicher war, daß nur das Bewußtsein der ungeschlagenen Fronten Erleichterung brachte von Hinterlandsqual und Zerfahrenheit. In Oesterreich-Ungarn noch mehr als in Deutschland. Eifriger, als die ganze Zeit über, wandte darum der Kaiser seine Aufmerksamkeit jetzt der kämpfenden Front zu. Nach den Erlebnissen im April wußte er, daß nunmehr sein Kurs die deutsche Richtung lebhafter nehmen müsse, als bisher. Er verwischte fatale Erinnerungen am besten, wenn er statt der Versuche, unvorsichtige Briefe im Hinterdrein zu entkräften, und noch vor einem Aussöhnungsbesuch bei Kaiser Wilhelm lieber wirklich mit den Deutschen und für die Deutschen kämpfte. Wenn er sie im Westen entlastete. Schwerfällig im Begreifen, im Bilden und Umbilden von Stimmungen war der Kaiser eigentlich nie gewesen. Und Marschall Conrad hatte ihm — nicht nur aus Entlastungsgründen: auch weil die Truppen keinen vierten Winter in den Hochbergen vertrugen und überhaupt der Versuch eines Endes erzwungen werden mußte — einen Angriff an der Brenta gegen Italien bereits vor-

geschlagen. Noch an dem Tage, da der französische Ministerpräsident den ganzen Sixtusbrief der Welt zeigte, da aller kommende Verdruß sich schon erkennen ließ, rief der Kaiser den Marschall aus Bozen. Er sollte dem Chef des Generalstabes und dem Chef der Operationsabteilung die Operationen entwickeln. Am 11. April sprach der Marschall in Baden. Der Glanz der neuen Offensive konnte bald alles vergessen machen. Das ferne Heer im feindlichen Land, das ungebrochene Heer in den Bergen, war doch das Einzige, das in Kümmernis und Wirrnis allein Trost und Klarheit, vielleicht sogar Zukunftslösung gab.

GRANATEN UND TANKS

Noch waren damals alle sicheren Mutes und gesund, die feindwärts in den Gräben standen, unter freiem Himmel hinter Fels oder Drahtverhau: vom Hinterlande wußten die Soldaten draußen an der Front nicht viel. In ihren Reihen war bisher noch nie gemeutert worden. Von der Flotte hatten sie nichts gehört. Es war ein fremder Körper, mit dem keine Berührung war. Bei der Flotte, auf den deutschen, wie auf den österreichisch-ungarischen Schiffen, hatten freilich abenteuerliche Vorfälle sich zugetragen. Im Herbst 1917 war der Unterstaatssekretär im Reichsmarineamt, Admiral von Capelle, von seinem Amte zurückgetreten, nach kurzer, nicht ganz klarer Aussprache im Reichstage über einen Aufruhr in Kiel, dessen Einzelheiten im Dunkel blieben. Die Matrosen der Hochseeflotte hatten den Gehorsam verweigert. Sie wollten plötzlich und mit stürmischer Erbitterung Frieden. „Einige, wenige ehr- und pflichtvergessene Leute haben sich schwer vergangen", hatte der Unterstaatssekretär zugegeben, „und sind der verdienten Strafe zugeführt worden". Die Schlagfertigkeit der Flotte sei unberührt. Herausgestellt hatte sich, daß die Anführer der Revolte mit Führern der „Unabhängigen Sozialdemokraten" in Verbindung und Besprechung gewesen waren. Den „Unabhängigen Sozialdemokraten" warf der Reichskanzler Michaelis Tatsache und Vorwurf ins Gesicht, ohne indes das Feuerzeichen ganz zu erkennen, das eigentlich der Abfall eines so wichtigen Teiles der Wehrmacht, wie der Flotte, für ihn hätte darstellen müs-

sen. Die Matrosen hatten die Schiffe in die Luft sprengen wollen, um so vielleicht den Frieden zu erzwingen. Der Umfang der Verschwörung war groß gewesen: 600 Mann sollten zu lebenslänglicher Kerkerhaft verurteilt werden — der Schuldspruch umspannte viele tausend Jahre Zuchthaus —, 40 Matrosen sollten erschossen werden. Der Kanzler nahm das Ereignis als Episode. Nichts von der Bewegung griff auf das Landheer über.

Aehnliches ereignete sich, nicht viel kleiner im Umfang und an abgelegenerem Ort, bei der k. u. k. Flotte am 1. Februar 1918. Die Unruhe hatte bei den Arsenalarbeitern im Kriegshafen Pola eingesetzt. Sie empfanden verschiedene disziplinarische Maßregeln als allzu hart und forderten ihre Auflassung. Man gab ihnen nach, die Unruhe in Pola beschwichtigte sich, aber aus dem Arsenal war sie sofort auf die Schiffe gesprungen. Sie griff nach Cattaro über, Torpedojäger hißten dort die rote Flagge. Die Schiffe trugen Radiostationen: vielleicht hatten auch die Funksprüche, mit denen die Russen damals, unbeschadet der Brest Litowsker Verhandlungen, die Armeen der Mittelmächte aufzustacheln dachten, ihren Mitanteil an der Matrosenauflehnung. Da die deutschen und magyarischen Mannschaften nicht mittaten, kam es zwischen den Meuterern und den Treugebliebenen zu Zusammenstößen. Zwei Schlachtschiffe richteten die Geschütze von Bord zu Bord. Viele blieben auf dem Schlachtfeld im Hafen der Bocche di Cattaro, nach drei Tagen waren die Meuterer die Herren des Hafens. Sie setzten Admirale und Offiziere auf den Schiffen gefangen. Sie gaben Befehle, die „der Ausschuß der Mannschaften“ zeichnete. Die Funkenapparate, die in ihrer Gewalt waren, trugen die Friedensforderung nach Wien. Jetzt aber dampfte eine k. u. k. Flottendivision von Pola nach Cattaro. Verhandlungen gingen hin und her; Straflosigkeit wollten die Aufrührer

schriftlich zugesichert haben; schließlich kapitulierten sie. Die Hauptanstifter kamen vors Kriegsgericht: die Zahl der Beschuldigten war beträchtlich auch hier. 4 Mann drohte Todesstrafe, 379 das Gefängnis. Der Prozeß zog sich in die Länge. Auch aus Cattaro sprang nichts, kaum flüchtige und überdies bezweifelte Kunde auf das Landheer über.

Die Landarmee kannte nur die Zwischenfälle aller Millionenheere. Ueberläufer liefen dem Gegner zu, Ueberläufer verrieten — an der deutschen Front, an der österreichisch-ungarischen Front — gelegentlich bevorstehende Absicht. Wie nicht anders Franzosen oder mehr noch Italiener der Todesgefahr des Kampfes durch Ueberlaufen sich zu entziehen suchten. Noch war das deutsche Heer — die Frontsoldaten — im Frühjahr 1918 in Zucht und Zuverlässigkeit intakt. Beim österreichisch-ungarischen Heer machte sicher vielfache Mischung und auch die Erinnerung an die kaiserliche Amnestie, die unzweifelhafte Hochverräter freigesprochen hatte, die Einzelfälle des Ueberlaufens häufiger, als anderwärts. Kaiser Karl hatte die Abschaffung der Disziplinarstrafen im Heer verfügt, er selbst hatte damit eine bis dahin eiserne Zucht angetastet. Ueber die Versuche von Soldaten, zum Feinde überzugehen, wunderte sich der Kaiser bloß im Anfang.

„Ich möchte nur wissen, was die Leute sich eigentlich denken?“ hatte er, als er im Frühjahr die Tiroler Front besuchte und gerade wieder ein Vorfall gemeldet wurde, mehr rhetorisch, als mit dem Wunsche nach Aufklärung gefragt.

„Daß sie amnestiert werden, Majestät“, hatte Marschall Conrad vor den Offizieren geantwortet, herb und unbequem, wie es die Art des Marschalls war.

Aber von Krankheit im Heer, von Schäden im Organismus, oder noch besser im Geist dieser Armee durfte im

Ernste doch keiner reden. Für die deutschen und kroatisch-slovenischen Truppen stand drüben der Erbfeind, den sie alle haßten, der italienische Erbfeind, der zehnmal und immer wieder von ihnen die Berge hinabgeworfen und durch die Ebene gejagt worden war. Die ungarischen Regimenter hatten sich fast immer gut geschlagen, sie waren prachtvolle Soldaten und ausgezeichnet hielten sich selbst die Tschechen. Ihnen hatte die Geschwätzigkeit des Krieges, die Anekdotensucht des Hinterlandes, die ungerechte Ueberheblichkeit des deutschen Bundesgenossen besonders während der ersten Kriegsjahre, ihnen auch die Unklugheit oder der Eigensinn der eigenen Oberleitung viel bitteres Unrecht getan. Der Verrat tschechischer Truppenteile stand landläufig fest seit dem Ueberlaufen des 28. Infanterieregiments, des Prager Hausregiments an der russischen Front. Kaiser Franz Joseph hatte ihm die Fahne genommen: das Regiment, soweit noch Mannschaften zurückgeblieben waren, wurde aufgelöst. Spät erst stellte sich heraus, daß der Vorfall der Flucht zum Feinde sich nicht ganz so zugetragen hatte, wie er dem Armeeoberkommando gemeldet worden war. Im Gegenteil: das 28. Infanterieregiment hatte sich, von vielfacher Ueberlegenheit angegriffen, länger als vierundzwanzig Stunden verzweifelt gewehrt. Dann hatten die Russen einen Teil der Truppe überwältigt, der Rest schlug sich durch und riegelte sich in neuer Stellung ab. Der Regimentsoberst hatte weit von der Truppe gesessen. Er war geflohen, als ihm der Durchbruch bei seinem Regiment gemeldet war, das noch im Kampfe stand. Dann hatte er eine Rechtfertigung für sich zu ersinnen. Er riß grundlos seiner Truppe, die ihre Pflicht so gut getan hatte, wie Steierer oder Ungarn oder Kroaten, die Ehre entzwei: der Kaiser nahm dem Regiment die Fahne. Das Urteil ging durchs Land. Die tschechischen Truppen

wurden typisiert. Kaiser Franz Joseph hatte nie, seit er auf dem Throne saß, bereits ausgesprochenen Befehl zurückgenommen. Er tat's auch nicht — kaiserliches Wort war ihm in jedem Falle kaiserliches Wort —, als der wahre Sachverhalt ihm gemeldet wurde. Das Regiment blieb kassiert. Nur ein Bataillon davon durfte neu aufgestellt werden. Als es sich bei Görz ungewöhnlich auszeichnete, erhielt es auch die Fahne wieder. Niemand wußte, daß das Regiment sie immer in Ehren getragen hatte. Im Lande war auch dem neuen Bataillon nur der Spott gefolgt: die Tschechen wären natürlich Ungarn. . . Der ganze Vorfall war Symptom. Gewiß gab es unter den Tschechen Verrat, gewiß liefen auch ganze Einheiten bisweilen zum Feinde. Oder ließen sich wenigstens leichter vom Gegner umkreisen. Unzuverlässig, haßerfüllt gegen die Monarchie, ausnahmslos auf Verrat bedacht waren alle, die aus den Kohlengebieten, aus den Industriegebieten zur Fahne kamen. Aber die überwiegende Mehrzahl der tschechischen Truppen hielt doch zur Armee. Sie war im ganzen ohne Hinterhalt und — die Isonzoschlachten, deren eine sie entschieden hatten, bewiesen es — tapfer im Kampf. Tschechische Truppe und tschechisches Hinterland mit tschechischen Führern waren keineswegs kongruente Dinge. Noch war ein Geist in der k. u. k. Armee, der sie als Ganzes umspannte. Episoden verflatterten. Noch war, wenn man den Geist bedachte, ein Angriff gegen Italien kein Wagnis, sondern selbstverständlicher Erfolg.

Dennoch zerbrach am 15. Juni 1918 die Offensive der ganzen k. u. k. Armee.

Keinesfalls waren die Ursachen bei den Truppen. Keinesfalls bei dem Schöpfer des ersten Offensivplanes Feldmarschall Conrad von Hötzendorf. Aber der Angriff schei-

terte in Tirol, er scheiterte auch an der Piave. Das Armeeoberkommando hatte Conrads Absichten ohne sein Wissen abgeändert, hatte aus seinem Angriff an der Brenta, der vor allem auf Asiago strebte, einen vierfachen Vorstoß gemacht, der sich über die Front von der Schweizer Grenze bis an das Meer verteilte. Ueber die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer Sommeroffensive hatte der Chef des Generalstabes Baron Arz besondere Ansichten gehabt. Seinen Ansprüchen hätte es genügt, die eigenen Linien nur um ein gewisses Stück vorzuschieben, das unbequeme Bergmassiv des Montello an der Piavefront zu nehmen und auch durch solche Kampfhandlung den Gegner an der Absendung von Truppen an die Westfront zu hindern. Den Kampf um das Montellomassiv hatte sich der Chef des Generalstabs ohne übergroße Opfer gedacht. Im Norden und Süden, nicht auf dem Massiv selbst sollte angegriffen, also der Block selbst umgangen werden, hinter dem dann die beiden vormarschierenden Angriffskolonnen sich vereinigen sollten. Durch einen schwächeren Stoß auf Treviso, sowie zwischen Brenta und Piave beabsichtigte er dabei sein Hauptziel zu verschleiern. Ursprünglich hatte der Generalmajor Baron Waldstätten, der Chef der Operationsabteilung, zwischen Brenta und Piave mit der Hauptkraft vorstoßen wollen, und gleichgültig war diesem General gewesen, wo Demonstrationen zur Unterstützung übernommen würden. Feldmarschall Boroevic aber hatte wieder einen andern Hauptangriff verlangt: in der Richtung auf Treviso. Freiherr von Arz entschied nicht durch sein Machtwort als Chef des Generalstabes, wo nunmehr der wirkliche Hauptstoß endgültig angesetzt werden sollte. Er war für eine Mischung der Angriffsgrundgedanken. Er ließ Marschall Conrad beiderseits der Brenta eingreifen. In Tirol setzte Generalmajor Waldstätten als einen Lieblingsgedanken noch einen Nebenangriff am Tonalepaß

durch, der sich ihm besonders günstig zeigte. Versucht wurde gleichzeitig der Arzsche Gedanke einer Umgehung des Montello. Allerdings wurde auch auf dem Montellomassiv selbst, wo die sechste italienische Armee dem Gegner nachgab, ohne daß er den Erfolg ausnutzen konnte, entgegen den Absichten des Chefs des Generalstabs hart gerungen. Auf Treviso schickte Marschall Boroevic seine Truppen vor. Hart am Meer drang auch noch das Korps des Feldmarschalleutnants Csiscericz über San Dona auf den Gegner ein. Zersplittert waren alle Kräfte. Für den Tiroler Kampfplatz hatten schon darum die Truppen gefehlt, die Marschall Conrad für das Unternehmen begehrt und von Kaiser Karl, wie auch von Baron Arz ursprünglich zugesprochen erhalten hatte. Verrat hatte dann bei der Offensive mitgespielt und Fahrlässigkeit von Unterführern. Vor allem aber hatten die materiellen Hauptmittel die Kämpfer im Stich gelassen: Artilleriemunition und Gasmunition.

Jetzt erst stellte sich heraus, daß im Hinterlande allzu schlechte Munition erzeugt worden war. An Infanteriepatronen hatte man Mangel nie verspürt. Vom „Hindenburg-Programm", das für Deutschland die Herstellung von „vier Millionen Schuß" Artilleriemunition, für Oesterreich-Ungarn von „zwei Millionen Schuß" für jeden Monat vorgesehen hatte, war in Oesterreich-Ungarn allerdings nicht die Hälfte erfüllt worden. Die Monarchie hatte all die Monate über nur „800 000 Schuß" bereitstellen können. Die Kampflinien hatten für die Offensive schließlich doch sechs Millionen Granaten und Schrapnells erhalten. Als der Angriff abgebrochen wurde, fand sich sogar ein Restbestand von drei Millionen Schuß vor, also der Hälfte der Munition. Dennoch hatten zahlreiche Batterien in den Kampftagen sehr rasch ohne Munition im Gefecht gestanden, oder sie feuerten mit Granaten, die eben erst

aus den Fabriken des Hinterlandes angerollt waren: Verteilung und Zuschub hatten sichtlich versagt. Noch folgenschwerer als die Unregelmäßigkeiten der Verteilung wurde die Beschaffenheit der Munition. Das Eisen hatte Deutschland geliefert. Aber andere Bestandteile fehlten. Wirksames Gas wurde in der Monarchie überhaupt kaum gewonnen; für „Gelbkreuz“ fehlten die Rohstoffe. Und die Schlagkraft der neuen Munition, deren Ueberprüfung nicht die Aufgabe der Heerführer im Felde war, hatte man im Hinterlande nicht sorgfältig genug erprobt.

Der Apparat im Hinterlande klappte nicht mehr. Selbst die Ernährung der Kampftruppen hatte im Grunde nur knapp, nie ausgiebig genug durchgeführt werden können. Trotz beschwerdeführender und drohender Depeschen des Marschalls Conrad an das Hauptquartier. Die Soldaten hatten, bevor sie ihren Angriff vortrugen, noch Trägerdienste im Gebirge zu tun, um das nötigste Material in die Kampflinien heranzuschaffen, eine sonst von Tragtieren besorgte Arbeit, die jetzt schon lange fehlten. Immerhin waren die Truppen am Morgen des Vorstoßes rasch vorgebrochen: da eben ließ sie, als sie tief in feindlichem Gelände standen, die Artillerie ohne Schutz und Hilfe.

Das Armeeoberkommando kannte offenbar die Schwächen, die den Angriff begleiten mußten. Denn man schwankte im Badener Hauptquartier auch im entscheidenden Augenblicke noch, ob unter all diesen Umständen ein Angriff überhaupt, zumal ein Generalangriff zu wagen war. An seinem Vorabend bedachte sich plötzlich wieder der Chef des Generalstabes. Er war dafür, doch noch einmal die Marschälle zu befragen. Und auch der Kaiser zeigte sich geneigt, daß der Generalstabschef noch einmal mit dem Marschall Boroevic spreche. Aber Baron Arz wünschte, daß Kaiser Karl selbst ihn höre.

„Nein, Euer Majestät werden das machen."

Der Generalstabschef wünschte, daß die Verantwortung geteilt werde. Gleich darauf sprach der Kaiser mit Boroevic, dem Befehlshaber der Piavefront.

„Die Vorbereitungen in Tirol sind so weit," war die Antwort des Feldmarschalls, „daß sie nicht mehr gestoppt werden können."

Die Unternehmung wurde jetzt endgültig befohlen. Sie hatte zwei Vorzeichen gleich bei Beginn: bei Gloggnitz an der Südbahn, dem Haupteisenbahnstrang zur Piavefront, machte unerwartete Explosion eines Munitionstransportes die Bahnlinie unbrauchbar, und der Dreadnought „Szent Istvan", der die Angriffe der Landtruppen durch wichtige Unternehmung an der Küste unterstützen sollte, sank kurz nach der Ausfahrt durch Verrat, der einem italienischen Torpedo den Weg gewiesen hatte. Ueberall tat das Landheer willig schwerste Pflicht. Aber der Apparat daheim war rissig geworden.

An der deutschen Westfront begann um jene gleiche Zeit der große Angriff stillzustehen, der nach Ludendorffs Ansage die Entscheidung des Ringens werden sollte. Noch hart vor dem ersten Frühjahr war der Erste Generalquartiermeister uneins mit sich selbst gewesen, auf welche Art er seinen Gegner vernichten wollte. Er hatte an Truppen und Material zusammengezogen, was irgend möglich gewesen war. Von den italienischen Schlachtfeldern, auf denen Ludendorff so wenig, wie General Falkenhayn vor ihm, eine endgültige Entscheidung sich vorstellen konnte, waren die deutschen Kräfte längst nach dem Westen gezogen. Aus dem Osten dampften die ersten Züge nach Frankreich noch vor dem Waffenstillstand mit den Russen. Aus dem Osten waren im Februar und März genau eine Million Truppen im Westen versammelt. General Ludendorff war seinem Gegner an Kräften nicht

nur nicht unterlegen; er konnte den Angriff sogar mit Ueberlegenheit führen. Nur über die Art der Ausführung schwankte er noch.

Er konnte alles auf eine Karte setzen und den Versuch eines Durchbruchs mit Anspannung aller Mittel zu einem einzigen ungeheuren Schlage wagen. Glückte der Schlag, so stand man vielleicht am Ziel. Mißglückte der Versuch, so war die deutsche Offensivkraft vielleicht auf lange Zeit verbraucht. Zu General Hoffmann sprach General Ludendorff von seinen Zweifeln, ob nicht ein Abtasten der feindlichen Front und das Aufspüren schwacher Stellen vielleicht das Richtigere wäre. Dann konnten die Mittel geteilt, das Ganze konnte nicht auf einmal verloren werden. Allen taktischen Ueberlieferungen war mit der Spaltung des Angriffs zwar ins Gesicht geschlagen, noch hatte sie bisher niemand unternommen. Das Wesen der Entscheidung war darum so, daß nicht das gewaltige Ausspielen aller Mittel zu einem Stoß, vielmehr gerade die vorsichtige Teilung und die Besorgnis, allzu viel an ein einziges Unternehmen zu geben, eigentlich ein neues Hazardspiel bedeutete. Endlich aber war General Ludendorff sich über seine Absichten klar. Der Angriff begann. Er hatte Erfolg. Aber, mit Teilmitteln unternommen, nur Teilerfolg.

Vor Amiens brannte der Vorstoß sich aus. Die erste, feindwärts rasch in alter Vormarschlust vorgekommene Division begriff nicht, warum plötzlich ohne sichtbaren Grund der Vormarsch stehen sollte. Aber nichts war hinter den Sturmdivisionen. Die Massen waren eben geteilt. Amiens blieb unerreicht. Noch geringeren Raumerfolg, als man im März erreicht hatte, brachte dann der Maiangriff. Aber General Ludendorff wollte weiter nach den schwachen Stellen des Gegners spüren. Er holte im Juli zum dritten Schlage aus.

Schon am zweiten Tage stockte im Juli der Vorbruch.

Merkwürdig war diesmal der Hergang: mancherlei Dinge schienen anders, als sonst bei deutschen Offensiven. Nicht nur, daß da und dort eine Vorbereitung im Gefühle selbstverständlicher Ueberlegenheit sorgloser von den Unterführern getroffen war, als bisher. Auch die Truppen zeigten sich nicht ganz so, wie sonst. An manchen Stellen versagten sie jetzt mit deutlich erkennbaren Zeichen. Uebrigens hatte der Gegner auch mit einer überraschenden Wendung die Verteidigung geführt. Er versuchte neuen taktischen Einfall. Bei Reims hatte er die beiden ersten Linien geräumt. Die dritte Linie dünn mit drei abgesessenen Kavalleriedivisionen besetzt. Die Artillerie hatte er so weit zurückgenommen, daß die deutschen Batterien sie nicht mehr erreichten. Der Gegner konnte solch neues Einrichten mit Ruhe betreiben: Verrat hatte ihm genaue Kenntnis alles Kommenden gegeben. Bei Reims stieß General Ludendorff in die Luft. Und die deutschen Truppen in eroberter, leerer Stellung überfiel aus feindlicher Tiefe jetzt schwerstes Artilleriefeuer, das, unbekämpft, wehrlose Opfer vernichten konnte. Rechts von Reims war man bis über die Marne gedrungen. Aber die Truppen mußten, nicht nur wegen des Reimser Fehlstoßes, über den Fluß wieder zurückgenommen werden. Sie waren auch gegen den hartnäckigen Widerstand dort nicht mehr vorwärts gekommen. General Ludendorff nahm das Mißgeschick weniger schwer, als die Führer der Kämpfe, die zum erstenmal in bedrückter Stimmung vor sichtbarem Versagen standen. Aber weder die Führer, noch der Generalquartiermeister hatten den Eindruck, daß ein Wendepunkt erreicht oder gar überschritten sei. Auch rechneten sie das Ereignis nur als Episode in den Gang eines Gesamtangriffs, keineswegs aber in die Bestimmung einer Kriegsentscheidung ein. Zwischenfälle waren immer möglich. Diesmal zeigte ein Zwischenfall eben Gunst für den

Feind. Aber Marschall Foch schritt jetzt zum Gegenangriff. Er wollte das gleiche, wie Ludendorff im Ganzen: die Kriegsentscheidung. Er sah den Rückzug über die Marne nicht als Zwischenfall. Er sah ihn als Wendepunkt. Und eigentlich begann jetzt erst die wirkliche Auseinandersetzung zwischen Ludendorff und Foch. Und der Generalquartiermeister, der Angreifer, sah sich, noch ehe er dies recht begriff, der letzten Verteidigung zugedrängt.

Marschall Foch spielte das endlich geschärfte — und restlos geschärfte — Rüstzeug der Westmächte aus: die Technik gegen die Menschen. Er schlug die Schlachten Schlag um Schlag. Die Pausen füllten der Schlachten Ausstrahlung. Seine Massen hatten, obgleich die Hilfe der amerikanischen Hilfstruppen sich immer deutlicher verstärkte, selten bedeutende Ueberzahl. Dennoch ließ sich seit der jähen Wende um die Junimitte, die wie ein unentrinnbarer Griff über das deutsche Rad im Vorwärtsrollen gekommen war, um es anzuhalten und zurückzudrehen, als tatsächliches Ergebnis das Zurückweichen der deutschen Heere Zug um Zug nicht mehr verkennen. Die Technik schlug die Menschen. Im mitleidlosen, kalten Kampf der Industrien, Blutströme zwischen Rad und Eisen, erlag die deutsche Industrie.

Die deutschen Heere schlugen sich mit Artillerie, mit Schienensträngen und Flugmotoren, sie schlugen sich auch mit Autokolonnen. Eisenbahnen und Kraftwagenkolonnen trugen Menschen und Munition ins Gefecht. Sie warfen die Reserven herum. Die Stränge führten die Eisenbahngeschütze, die nunmehr schon so leicht wendbar waren, daß sie in kaum acht Minuten die Drehung um 180 Grade bewältigten, führten Eisenbahngeschütze und Drehscheibengeschütze weit nach vorn. Sie feuerten, fuhren wieder fort und feuerten nach kürzester Zeit aus entgegen-

gesetzter neuer Batteriestellung. Die Geschosse suchten Straßen, Bahnkreuzungen und Stapelplätze fremder Granaten. Um alle Batterien häufte sich die Munition: Munition vor allem hatten die Automobile vorzufahren. Hoch oben über Artillerie und Infanterie maß sich die Qualität der Flugzeuge. Sie trugen oft acht Maschinengewehre. Was immer die deutschen Rüststätten zwei Jahre lang zu leisten imstande gewesen waren, hatten sie dem Heer gegeben. Feldartillerie, Fußartillerie und schwerste Artillerie. Ihrer Erzeugung hatte der General von Falkenhayn noch als Chef des Generalstabes nicht den Nachdruck gegeben, den General Ludendorff erzwang. Die deutschen Munitionsfabriken bewältigten die Zweimillionenziffer des Hindenburg-Programms. Sie bewältigten auch die Zahl der Autokolonnen, die der Kriegsminister von Stein in Auftrag gegeben hatte. Vor die Wahl gestellt, ob zu wichtigerem Zwecke Automobile gebaut werden sollten oder Tanks, hatte der General von Stein für das Munitionsauto sich entschieden. Tanks waren zwar schon gebaut worden, nach erbeuteten Mustern, die der Gegner unter siegreichen deutschen Angriffen hatte liegen lassen. Aber als die nachgebildeten deutschen Tanks dem Kriegsminister vorgezeigt wurden, waren sie unförmlich und schwer beweglich. Nicht nur Rohstoffe fehlten für den Bau. Auch Technisches reichte nicht aus. Ueberdies vermochte die deutsche Industrie nur eines: entweder Tanks oder die Automobile zu bauen. Der Kriegsminister entschied sich für die Kraftfahrkolonnen.

Aber die Rüststätten der Gegner leisteten mehr. Amerika und England allein bauten Automobile, Geschütze, Flugzeuge und Tanks in beliebigen Massen zugleich. Im Herbst 1917 hatten die Engländer schon an der Aisne Tanks in den Kampf geschickt. Sie waren bei Cambrai durch die deutschen Linien gebrochen, aber ihr Stoß war

dennoch zum Stehen gekommen. Seither hatten feindliche Tanks sich selten gezeigt. Die Tanktrophäen, die während des Winters auf den Kampffeldern und noch im ersten Frühjahr liegen geblieben waren, waren so plumpe und bewegungsschwere Modelle gewesen, daß ihr Wert zweifelhaft schien. Immerhin hielt man Kampfmittel gegen die Ungetüme bereit, die langsam über die Straßen krochen und in den Trichterfeldern hängen blieben. Dort schlug man sie mit gebündelten Handgranaten tot, acht Stück Granaten oder zehn in jedem Wurf. Minenwerfer schleuderten sie in den Trichtern und Tankfallen unter den schnappenden Rollen hoch, die nimmermehr das ebene Feld erreichten. Ruhig konnte man Sprengröhren an die Kolosse legen: man schlug sie tot, wie die wehrlos gewordenen Urwaldungetüme in den Gruben.

Aber jetzt brachen plötzlich zwei völlig neue Arten der Furchtbaren in die Schlacht. Kleine, unendlich bewegliche Tanks liefen durch die Kornfelder. Sie liefen nicht auf Rollen, ihre Vorderräder konnten rechts oder links, die Hinterräder zur gleichen Zeit links oder rechts drehen. Maschinengewehre überstrichen das Korn aus erhöhter Lage. So klein die Tanks waren: sie führten Schnellfeuergeschütze mit. Die Sprengröhren fingen sie nicht, die Artillerie traf sie nicht, die Granatenbündel pufften vorbei und die Trichter überkletterten sie. Sie waren kaum verwundbar, wie die neuen großen Tanks, die, mathematisch in der Rechnung ihrer Richtung und Geschwindigkeit, die deutschen Schwarmlinien überstampften, ganze Maschinengewehrzüge weit im Rücken der deutschen Front absetzten und umkehrten, unbeirrt und unaufhaltsam, um neue Züge heranzuholen. Die deutschen Schwarmlinien faßte das Grauen. Die Tanks tauchten auf aus Nebel und Dampf, den von drüben die Feldartillerien mit Phosphor schossen, den die Minenwerfer

in die nach heißen Tagen ohnehin nebeldunstige Landschaft schütteten und den krepierende Nebeltöpfe noch verstärkten. Sie tauchten auf, gespenstisch in Zweimeterentfernung, unerwartet als graues Entsetzen. Artillerie schoß die Schlacht ein, wie immer bisher, wenn Marschall Foch nicht vorzog, auch den gewaltigsten Angriff erst drei Stunden vor dem Losbruch seinen Truppen anzusagen, aber dann kam keine Infanterie, dann kamen die Tanks, in deren Rücken erst die Infanterie nachfolgte. Und es kamen nicht zehn Tanks oder zwölf, Prunkstücke einer erlesenen Rüstkunst, die sparsam mit kostbaren Wunderwerken und seltenen Konstruktionen sein mußte, es stürmten die Tankbataillone in die Schlacht, furchtbar wie die Elefantenphalanx der antiken Heere, nur daß sie lautlos und aus Dunkelheit über Menschenleiber rollten. Moloch neben Moloch brach vor, wahrgeworden in der Gräßlichkeit des Menschenfraßes, deren Schrecken die Divisionen packte. Heimlich hatten die feindlichen Rüststätten gearbeitet. Die letzten Sieger hatten alte Muster erbeutet, die neuen Eisentiere blieben hinter der Front. Sie blieben dort, bis sie ganze Horden waren. Dann stampften sie alle zugleich in das Feld. Die Autokolonnen häuften auch um die feindlichen Ferngeschütze die Munition so reichlich und so gut, wie dies in den deutschen Artilleriestellungen geschah. Feldartillerie, Fußartillerie und schwerste Artillerie stand auch in den Geschützparks Marschall Fochs den deutschen Leistungen nicht nach. Die Flugmotoren waren nicht schlechter. Auch sie starrten von Maschinengewehren. All dies hatten die fremden Rüststätten auch hergegeben. Aber noch als Ueberschuß die Tanks. Die Tanks waren nicht nur Vorsprung. Sie wurden Entscheidung.

General Ludendorff stand vor gewendeter Situation. Aber er erkannte sie nicht. Oder erkannte sie nur nach

Divisionsabschnitten, die gefährdet waren und neu abgegrenzt werden mußten. General Ludendorff arbeitete im Hauptquartier der „Obersten Heeresleitung“ täglich vierzehn Stunden. Seine Ausdauer unterschied sich nicht von seiner Energie im Ausmaß, die Fülle des Stoffes, den dieser eine muskelstarke, auf Rücksicht weder gegen sich, noch andere je bedachte Mann von Tag zu Tag erledigte, war kaum übersehbar.

Noch ehe er das Bett verließ, morgens um 7 Uhr, sprach er mit den Führern der Armeen. Eine Stunde später saß er am Arbeitstisch. Die Stabschefs der Armeen und Korps hatten am Fernsprecher Rede und Antwort zu stehen. An die Front fuhr er, sowie der Kampf wieder in Bewegung übergegangen war, nur selten. Er konnte nicht abkommen. Sein Vortrag währte, wenn der Generalfeldmarschall in den Vormittagsstunden erschien, nie länger als eine Dreiviertelstunde. An ihn schloß sich, wenn der Kaiser im Hauptquartier weilte, die Meldung an den Obersten Kriegsherrn. General Ludendorff arbeitete bis nachts um eins und halb zwei Uhr. Untertags gönnte er sich kaum viel mehr als einstündige Unterbrechung. Er ging nur wenig spazieren, dann ruhte er kurze Zeit. Die Vorträge der Ressortchefs liefen ohne Pause. Zwischendurch fielen ihm tausend kleine und kleinste Anregungen ein, die er an die Befehlshaber der Front sofort durch das Telephon gab. Alle Einzelheiten wollte er wissen, alle Einzelheiten befolgt wissen. Er fragte nach den Stellungen der Artillerie, obwohl es seines Amtes vielleicht gar nicht war, vergewisserte sich, ob die Unterkommandanten für bestimmte Flankierungen auch wirklich vorgesorgt hatten, er erkundigte sich nach dem Einsatz der Maschinengewehre. Er war ein Antrieb ohne Rast, alle seine Muskeln waren stets in Bewegung, von allen Muskeln im Heer verlangte er, daß sie sich

ständig straff hielten. Von Ressort zu Ressort sorgte er durch immer wachen Willen, der immer allen nahe war, für Musterinstitute niedagewesener Organisation und Ordnung. Von Heer und Hauptquartier wollte er endlich die Zucht auch auf all die lässig unmilitärischen Zivilbehörden, mit denen die Heeresleitung zu arbeiten hatte, zurück in die Heimat verpflanzen.

Der erste Generalquartiermeister hatte kurze und bestimmte Art, häufig von jähem Aufbrausen begleitet, oft Anfälle herrisch gewordener und zerschmetternder Wut. Umgebung vermochte ihn zu beeinflussen: auch unterirdischer, nicht unmittelbar berufener Zustrom. Er hörte nicht immer nur den Chef seiner Operationsabteilung, wenn es Beschlüsse zu wichtiger Wendung galt, bisweilen sprach zu ihm auch der Geist seines Stabes, der ihm den Ton der Sprache schärfte. Und Macht war dem Generalquartiermeister allmählich Gewohnheit der Allmacht geworden, so daß er Widerspruch überhaupt nicht mehr duldete. Er hatte über alle Dinge dieses Krieges ein unbedingtes Herrschertum für sich errichtet, in das der Kaiser selbst nicht einreden sollte, ihm wurde die Beherrschung schließlich ein vieltausendfältiger Komplex von Einzelheiten, die nur er allein täglich alle aufs neue, täglich mit brutaler Energie nicht ohne Größe bezwang. Er war als Feldherr nicht ein Denker voll Phantasie. Er war als Feldherr ein Rechner mit Ziffern und Mechaniken, ein Beweger riesenhaften Apparats. Vor dem Gegner glaubte er die Entscheidung, die er so gut suchte, wie Marschall Foch, durch volle Apparatentfaltung gesichert und gruppierte mit gewaltiger Nüchternheit die Tafeln und Karten, nach denen er Menschen und Material in den Kampf stellte.

Aber noch erschöpften sich die Grenzen seiner Arbeit nicht. Unablässig war das Kommen und Gehen

im Hauptquartier, keine Unterbrechung kannten die Beratungen mit Diplomaten und Ministern, die Besuche verbündeter Herrscher oder die Vorstellungen von Ukrainern, Livländern, Esthländern, die Deputationen und Sondergesandten. Unter Einzelheiten, Sonderfragen und frontabgewandten Fragen, zwischen Karten und Tafeln im Rauschen dieses Apparats, der zuletzt alle Soldaten und alle Kanzleien, jede Tat und jeden Gedanken über einen Kontinent umspannen wollte, in einem Kosmos von Details gedieh nur schwer die reine Idee. Gliederung und Fach war alles, doch wurde unerkannt die Gliederung die Hauptsache. Es war nicht die Verzettelung großer Pläne, die um die gleiche Zeit das k. u. k. Armeeoberkommando in Baden übte. Dort sah der Chef des Generalstabs Arz mit einer schmiegsam stets nachgiebigen Bereitschaft an jedem Ding zwei Seiten und konnte dennoch zu jedem der beiden Dinge sich entschließen. Dort schuf sein Operationschef Freiherr von Waldstätten im Ehrgeiz noch nicht anerkannter Genialität und mit betonten Posen generalstäblerischer Ueberlegenheit phantasievolle Mischungen und kühne Gebäude auf unglückliche Art aus bereits gegebenen Ideen. Aber in General Ludendorffs Hauptquartier war es das tragische Brachliegen der vollendeten Organisation, aus der sich der Geist nicht rechtzeitig und nicht schöpferisch erhob. Es wurde mit Zahlen, mit Abschnitten, mit Divisionen, mit Geschützziffern gerechnet. Als eine Million Truppen aus dem Osten nach dem Westen gerollt war, verlangte der Major Bockelberg, der Leiter der Ersatzabteilung, von drüben abermals Ersatz. Er gab neue Ziffern an. Die Mannschaften sollten einzeln aus den Verbänden herausgeholt werden. Gleichgültig war Zucht und Geist des Materials. Psychologie wurde weder vom Generalquartiermeister, noch von seinen Ressortchefs getrieben. Alles verlor sich in Teilung und Taktik, in Scha-

blone der Tüchtigkeit und Arithmetik. Bei gründlichster Arbeit. Strategische Möglichkeiten im weitesten Sinn — die Niederwerfung Italiens — waren unbemerkt verstrichen. Und so entsprach es im Grunde durchaus der Struktur des Ersten Generalquartiermeisters, daß er, wie alles um sich, wohlgeordnet und vorsichtig auch den Entscheidungsangriff geteilt hatte. An vorsichtigen Einzelheiten war er zersplittert. Jetzt drehte das Rad sich zurück. Aber General Ludendorff sah es noch nicht.

Marschall Foch hatte am 18. Juli die deutschen Linien im Gegenangriff zurückgedrängt. Bald beschoß er südwestlich von Soissons aus weittragenden Geschützen die Bahnhöfe der Zufahrtsstränge zum Marnebogen. Und der Bogen verschwand. Eine Weile hatte der Generalquartiermeister noch geschwankt: Umgebungseinflüsse, die von Prestigegründen gesprochen hatten, machten ihn selbst gegen seinen Operationschef zögern, der sich auf Zufahrtsverhältnisse berief. Merkwürdig war dabei, daß General Ludendorff, der sonst alle Einzelheiten kannte, sich gerade mit solchem Umstand, der eigentlich über das Wesen des Details hinausging, nicht vertraut zeigte. Der Operationschef setzte seinen Willen durch. Aber am 8. August schickte der Marschall an der Ancre hinter wallenden Nebelschwaden die Tankbataillone noch einmal vor. Der Angriff wurde zu schwerstem Durchbruch. Tiefgestaffelte englische Tanks rollten noch am 20. August gegen Bapaume, wiederum englische Tanks stürmten am 2. September über die Hindernisse und Gräben der deutschen Wotanstellung. Aber hatte der Marneübergang und der Rückzug über den Strom schon den Wendepunkt dargestellt: der Einbruch am 8. August wurde zur Peripetie des Ringens.

Bedeutend waren die Verluste schon durch den ersten Gegenangriff Marschall Fochs gewesen. So bedeutend an

Toten, Verwundeten, Gefangenen, daß der Erste Generalquartiermeister zehn Divisionen auflöste, um durch ihre Regimenter anderwärts Lücken zu schließen. Die Schlacht an der Ancre zertrümmerte sieben Divisionen. Im Abrollen der Tankschlachten Marschall Fochs wurde es schließlich nötig, aus neunundzwanzig Divisionen Ersatz für die mitgenommenen Armeen zu schaffen. Aber noch drei Wochen nach dem Schlag an der Marne blieb General Ludendorff unbewegt. Der Anfang möglichen Endes blieb ihm verschleiert. Ernster betrachtete er erst das Ereignis der zweiten Augustwoche. Auf keine Weise mehr konnten die Riesenverluste wieder ersetzt werden. Er sah den zweifellosen Sieg, den allen sichtbaren Triumph der deutschen Waffen verschweben. Er konnte nicht mehr Siegfried sein. Schwer mochte die Erkenntnis sein . . . Aber war dies auch vorbei, so wollte er sich doch, in der Siegfriedstellung, vor Hermannstellung und Hunding-Brundhildstellung — um zwischen all den tönenden Mythologien zu bleiben, die so wenig zur Nüchternheit seines Hauptquartiers paßten —, grimmig wehren, wie Hagen. Manches mißfiel ihm, wenn er sein ohne Zweifel geschlagenes Heer betrachtete und die Psychologie war trübe, die sich ihm jetzt doch zwischen Tafeln und Karten einschlich. Das deutsche Heer hatte sich, wie sonst, noch vor Amiens, hatte sich gut noch im Maiangriff geschlagen. Bislang wußte es nichts von den desertierten Hinterlandsfahrern, von der Etappenfäulnis, von dem Mißmut von Welt und Mensch hinter der Front. Vielleicht tat es in Uebermutsstimmung zuviel zwischen Sektkellerien und erbeuteten englischen Vorratslagern. Aber jetzt hatte, da der Hochsommer da war, Verfall mit erschreckender Stufung von Woche zu Woche eingesetzt. An der Marne hatten nach des Generalquartiermeisters bitterem Wort einzelne Truppen nicht mehr die alte „Schwungkraft“ gezeigt. An der Ancre murr-

ten schon Reserven gegen Kameraden, die ins Gefecht zogen. Die Zahlen, die sich die Tabellen des „Großen Hauptquartiers“ ohne alle Psychologie aus dem Osten verschrieben hatten, begannen Fehlposten statt Mehrposten in der Rechnung des Generalquartiermeisters zu werden. Aber die ganze Rechnung wollte er sich doch nicht umstoßen lassen. Die ganze Front verschob sich, ohne daß vorläufig wesentlich viel Gelände verloren wurde: ein Kulissenumbau der Szene begann. Einmal mußte die Bewegung auch wieder zum Stehen kommen. Der Erste Generalquartiermeister dachte bestimmt an feste Abwehrsituation wie etwa 1917. Die Schlachten hörten den Sommer über nicht mehr auf. Aber einmal mußte auch für sie das Verbranden kommen. Der Generalquartiermeister zweifelte nicht an einem Wall, an dem selbst Tankanstürme zerschellen müßten.

Die Schlachten rollten den ganzen Sommer lang. Aber die Waffenkraft der Mittelmächte hatte an der Südwestfront wie an der Westfront zum erstenmal völlig versagt: die Waffenkraft — die Industrie. Im Südwesten wie im Westen taten die Heere noch in dem Augenblick ihre Pflicht, da die Sturmsignale riefen. Aber die k. u. k. Armee verlor zum erstenmal die Ueberlegenheit gegenüber Italien, da die Granaten ihrer Artillerie versagten. Verwirrt von solchem Erlebnis, noch nicht mehr als verwirrt, fluteten die Angriffsdivisionen zurück in die Ausgangsstellung. Die deutschen Truppen verfielen, im Kampfablauf auch schon seelisch infiziert, der Panik durch Tanks. Weder in Oesterreich-Ungarn, noch im stärkeren Deutschland waren die Industrien mitgekommen. Und an der Westfront hatte General Ludendorff den Einheitsschlag verworfen: er hatte sich zu einem Kompromiß von Angriffen entschlossen. Für ein Kompromiß hatte auch das k. u. k. Armeeober-

kommando sich entschieden, das Marschall Conrads Grundgedanken für eine letzte Brentaoffensive verletzte. Was die Industrien nicht leisteten, ersetzte der geistige Zuschuß der Führung nicht. Unter Granaten und Tanks sanken die militärischen Kompromisse. Der Apparat war überall schadhaft geworden, in Oesterreich-Ungarn schlimmer noch im Material, als im reicheren Deutschland. Ueberall erwies er sich als unzulänglich bei den Mittelmächten — —

Kompromisse der Politik suchten noch einmal die Rettung der Mittelmächte.

KOMPROMISSVERSUCHE

Offen und erregt trat, als das Mißgeschick auf den italienischen Schlachtfeldern allen deutlich und von niemand geleugnet wurde, in Oesterreich-Ungarn die Kritik hervor. Zum erstenmal erbittert und ohne Vorbehalt, Kritik an militärischen Dingen, die bisher unantastbar gewesen waren. Vorwürfe wurden Anklagen, Anklagen wurden Aufruhr und Racheschrei. Kaiser, Armeeoberkommando und Minister standen verwirrt vor der Oeffentlichkeit, die vier Jahre lang kein Recht der Frage über die Kriegführung besessen hatte, jetzt aber so aufgebracht, so sehr voll Aufregung schien, daß die Führenden nach wirksamem Beschwichtigungsmittel suchten. Keine Beschwichtigung war es, daß bald nach dem Junifehlschlag der Generalfeldmarschall von Hindenburg das Scheitern einer Offensive als belanglos unter den unvermeidlichen Zwischenfällen jedes Krieges bezeichnete. Die erbitterte Stimmung forderte sichtbare Opfer. Für die Julimitte sollte der österreichische Ministerpräsident Seidler den Reichsrat einberufen. Kaiser, Armeeoberkommando und Minister wußten, daß die Völker durch ihre Abgeordneten nach der Absetzung schuldiger Generale rufen würden. An Sündenböcken vermochte die Ueberlieferung der Monarchie eine ganze Reihe aufzuzählen: nur Schulbeispiele brauchten wiederholt zu werden. Der Chef des Generalstabes Baron Arz hatte seinen Rücktritt angeboten. Hastig ernannte der Kaiser, der den Feldmarschall Böhm-Ermolli zur Untersuchung der Vorfälle nach Tirol geschickt hatte, diesen

Marschall zum Generalstabschef. Indeß tat er es nur mündlich, und der Marschall, der in der Audienz eine Oberführung des Kaisers lediglich als Repräsentation vorgeschlagen, aber Nichteinmischung in die wirkliche Kriegsleitung als Bedingung seiner Berufung ausgesprochen hatte, wartete vergeblich in Wien auf das Ernennungsschreiben. Der Kaiser besann sich wieder: Freiherr von Arz verblieb in seiner Stellung. Auch die Absetzung des Marschalls von Boroevic wurde erwogen. Indes hatte der Kaiser eigentlich auch ihn als kommenden Chef des Generalstabes ausersehen. So blieb überhaupt die Wahl eines einzigen Opfers: des Marschalls Conrad von Hötzendorf. In Eckartsau erhielt Graf Conrad, der bedeutendste Staatsmann und General der Monarchie und einer der überragendsten Köpfe seiner Zeit, den der junge Kaiser vor Jahresfrist schon von der Gestaltung der Gesamtereignisse ausgeschaltet hatte, kurz den endgültigen Abschied. Conrads Schuldlosigkeit ahnte niemand. Aber von seiner Maßregelung erhoffte man Beruhigung. Ein Zugeständnis an wahllos strafgierige Volksstimmung war gewährt. Der Reichsrat trat zusammen.

Vier Monate hatte er nicht getagt: so war seit Monatsfrist schon, wenn man die Verfassung bedachte, ohne die Volksvertreter, nur mit dem „Paragraphen 14“ in Oesterreich regiert worden, mit einem absolutistischen Notbehelf, der an die Stelle der Gesetze, die verfassungsgemäß Herrenhaus und Reichsrat zu beschließen, der Kaiser zu sanktionieren hatte, die einfache Verfügung der Regierung als vorläufiges legislatorisches Auskunftsmittel setzte. Der „Ex-Lex“-Zustand hatte seit Monatsfrist geherrscht, wie so oft schon vorher, wie drei Jahre lang schon im Kriege bis zum Tode des Grafen Stürgkh, der den Zustand mißbraucht hatte, und noch darüber hinaus.

Alle Parteien, alle Politiker, die Deutschen, wie die Tschechen oder Südslawen wußten, daß die kriegführende Monarchie, sollten ihre Völker nicht unvermeidlich zusammenstoßen, gar nicht anders regiert werden konnte, alle mußten dies innerlich auch zugeben, sowie sie den Standpunkt einer Regierung gelten lassen wollten, die sich zu grundlegenden Aenderungen im Kriege nicht entschließen konnte und die Macht behalten wollte. Aber sie ließen eine solche Regierung nicht gelten; sie ließen zum Teil auch Oesterreich gar nicht gelten. Gerade grundlegende Aenderungen in der Struktur des Reiches strebten sie an. Hatte die Regierung sie einmal gerufen, so mußte die Regierung selbst sich sagen, daß sie in einer Zeit, die überall von Selbstbestimmung sprach, auf halbem Wege nicht stehen bleiben würden. Daß früher oder später die Schuldscheine des Tages von ihnen präsentiert würden, an dem man sie zu hören beschlossen. Oder man erwartete ein Scheinparlament. Den gesetzlos oktroierenden Ministerpräsidenten begriff jeder; aber da er dem Regieren ohne Gesetz selbst ein Ende machte, griff jeder — um seiner Sonderwünsche willen, aus politischem Widerspruchszwang seiner Interessen — den Ministerpräsidenten an, der allen Fordernden, wenn er sich den losgelassenen Wünschen nicht willfährig zeigte, jetzt als erste Waffe gegen sich die Tatsache darbot, daß auch er gegen das Gesetz regiert hatte.

Nie war der Ministerpräsident Seidler — einer der Erzieher Kaiser Karls — ein Staatsmann gewesen. Er hatte keine Auskunft mit den Tschechen gefunden, gegen die er sich schwach und von rhetorischer Mattigkeit zeigte, als die Auskunft — nach der Resolution vom Dreikönigstage 1918 — schon entschiedene Abwehr hätte sein müssen. Er hatte, vielleicht nur, weil die Südslawen nicht

ganz so ungebärdig schienen, wie die Tschechen, dem Problem dieses mächtigen Volksstammes keine weitere Aufmerksamkeit gewidmet, was ohne Zweifel den Beifall der ungarischen Politik hatte, ohne daß der Minister daraus eine lebhaftere Anteilnahme der Ungarn — namentlich in den Ernährungsfragen — an den österreichischen Interessen herzuleiten verstanden hätte. Die Polen hatte er durch Zustimmung zu den Brester Beschlüssen, das Cholmer Land an die Ukraine zu geben, empfindlich verstimmt und die Sozialdemokraten, die ihre Auffassungen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker in Brest Litowsk gleichfalls verletzt sahen, hatte er durch nichts zu gewinnen gewußt. Aber der Zwischenfall mit den kaiserlichen Briefen an den Prinzen von Bourbon, der Aussöhnungsbesuch Kaiser Karls im Mai bei Kaiser Wilhelm in Spa, die wirtschaftliche Abhängigkeit von dem kräftigeren Deutschland, zugleich die Halsstarrigkeit der österreichischen Slawen im Ganzen, die kaum mehr verhüllte Auflehnung der Tschechen im besonderen: all das hatte den staatskunstfremden Minister allmählich nachdenklich gemacht und schließlich sogar zu einem Entschlusse bestimmt. Jetzt wollte er, da die Slawen zu keiner Gefolgschaft zu bewegen waren, den offenen Bruch mit ihnen wagen und vor allem mit den Deutschen Oesterreichs arbeiten. Vor Jahresfrist hatte der Vorgänger des Ministerpräsidenten, der vom tschechischen Großgrundbesitz getragene, von Radetzkytraditionen umsponnene Graf Clam-Martinitz, noch einen grillparzerisch angewehten Aufruf an die gleichen Volksboten für möglich gehalten:

„Das Programm der Regierung heißt Oesterreich", hatte er mit abwesender Kavalierstimme, die sich nicht einmal die Mühe gab, richtig gehört zu werden, von seinem Blatte abgelesen. Und: „Seien wir vor allem Oesterreicher."

Damals im Juni 1917 hatte solch eine Parole vielleicht

noch die Hoffnung auf Verwirklichung in irgendeiner Art. Auch wenn die Tschechen zur allergrößten Ueberraschung gegen die Reichsratsberufung einen Protest einlegten, der sich mehr gegen die ihnen unsympathische Persönlichkeit des hochfeudalen, konservativ altösterreichischen Grafen Clam richtete, als gegen seine Absichten. Ein rundes Jahr war seinem Erben, dem Ministerpräsidenten Doktor Seidler, Zeit gelassen, noch lebensfähige österreichische Keime hochzuholen und sie zu hegen. Aber jetzt zeigten sich die Ergebnisse seiner Jahresarbeit so, daß er, der mit Amnestie und deutlicher Tschechenfreundlichkeit begonnen hatte, nunmehr doch noch das Wagnis unternehmen zu können glaubte, in polyglotter Monarchie mit ganzer Rücksichtslosigkeit und mit der Brüskierung aller fremdsprachigen und längst fremdfühlenden Parteien den neuen „deutschen Kurs“ zu verkünden. An seinen Worten war nicht viel zu mäkeln. Er rief nicht mehr emphatisch: „Seien wir alle Oesterreicher.“ Er sprach von jenem selbstverständlichen deutschen Uebergewicht in Oesterreich, das ihm selbst bisher gar nicht selbstverständlich erschienen war:

„In Oesterreich läßt sich nicht ohne die Deutschen, ebensowenig gegen die Deutschen regieren.“

Seinen Gedankengang begründete er:

„Rückgrat dieses vielgestaltigen Staates ist nun einmal das deutsche Volk und wird es immer bleiben. Die Regierung ist entschlossen, an dem eingeschlagenen Kurse festzuhalten und sich in seiner Verfolgung nicht beirren zu lassen.“

Ministerpräsident Seidler war der politischen Wirklichkeit noch abgewandter, als Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz vor ihm. Sein Bekenntnis zum deutschen Bündnis war im Kampf der Mittelmächte gegen alle Lockerungsgelüste notwendig und natürlich; die betonte Her-

ausforderung aller Völker Oesterreichs mit deutschem innerpolitischem Kampfruf mußte von verheerender Wirkung sein. Und vielleicht glaubte nur er selbst daran, daß die Gegner der Monarchie auch noch seine zum Ueberfluß gerade jetzt vorgebrachte Beteuerung ernst nahmen:

„Was die innere Propaganda anbelangt, so sind die diesbezüglichen Mittel unserer Gegner so absurd, daß sie nur von einer tiefen Verkennung unserer Verhältnisse zeugen."

Aber der Reichsrat strafte ihn Lügen. Er gab an das Ausland das vollendete Spiegelbild durchaus anderer Gesinnung. Den deutschen Radikalparteien paßte das Programm des Ministerpräsidenten. Sie sahen die Möglichkeiten deutscher Vorherrschaft in einem Staate, in dem es gar keine nationale Vorherrschaft geben durfte, so kurzsichtig wie der Minister. In ihre Zurufe sangen die Tschechen in offener Sitzung die breite Slawenmelodie: „Kde domow muj." Der tschechische Sozialist Tusar wetterte gegen die Unterdrückung. Der polnische Sozialist Daszynski gegen die Abhängigkeit von Deutschland. Der Polenklub verharrte in Opposition. Die deutsch-österreichischen Sozialisten begründeten ihre ablehnende Haltung mit ihrem Widerspruch gegen den Plan einer „austropolnischen Lösung". Und der Ministerpräsident hatte gesetzlos durch den „Paragraphen 14" regiert. Jetzt stellten ihm die Tschechen wegen Verfassungsbruch, wegen unerlaubter Vertagung des Reichsrates die Ministeranklage in Aussicht. Die Untersuchung über die Generalsverfehlungen während der Junischlachten, als hoffende Konzession an die Eitelkeit aller Abgeordneten gedacht, die ihre Sprache austoben lassen sollten: die Untersuchung vor der Geheimkommission interessierte sie nicht. Sie nahmen sie nicht zur Kenntnis. Und ebensowenig die Vorlage des Untersuchungsprotokolls an den Kaiser. Sie

dachten nicht daran, die Notwendigkeiten für den Staatshaushalt zu bewilligen. Keiner von allen, die verletzt und vor den Kopf gestoßen waren, dachte daran, dem Ministerpräsidenten zu einer Mehrheit zu verhelfen. Wenn der Kabinettschef das „Budgetprovisorium“ — die Bewilligung der Staatsnotwendigkeiten — nicht durchbrachte, war er ein gefallener Mann. Er stützte sich auf die Deutschen, auf einige indifferente, kleinere Gruppen, auf die Christlich-Soziale Partei, die allein allezeit verläßlich war, solange der Regierungsgeist neben nationalen Schattierungen nur klerikal blieb. Aber die Abstimmung über das „Budgetprovisorium“ ergab für den Ministerpräsidenten eine Stimmenminderheit. Er stürzte. Er richtete sich in ruhigerer Hofstellung ein, erholungsbedürftig und staatskunstfernen Aufgaben besser gewachsen. Indes konferierte Professor Freiherr von Hussarek, der von der Lehrkanzel für Kirchenrecht an der Wiener Universität zu solcher Aufgabe herunterstieg, eifrig mit allen Parteien, unter denen er sich als Ministerpräsident eine Mehrheit schaffen mußte.

Achtundvierzig Stunden konferierte der Professor mit allen Parteien. Ministerpräsident Seidler hatte mit einer verwegenen Kursansage geschlossen, die eine Attacke gewesen war: die Kursansage wollte jetzt der Professor umbiegen, ohne sie ganz aufzugeben, und die Attacke wollte er in Kompromisse wandeln. Das Bündnis mit Deutschland betonte auch er. Und anzustreben sei nur „ein ehrenvoller Frieden“. Aber der Kampfruf vom „deutschen Kurse“ fehlte: der Professor sprach von „stetigem verfassungsmäßigen Zusammenwirken mit den gesetzlich berufenen Vertretungskörpern“. Die Deutschen im Volkshause versicherte er ihrer „hervorragenden Stellung“. Der Ministerpräsident erging sich noch über soziale Fürsorge;

er wies auf die nötige Regelung der Finanzen hin. Und bat schließlich, ihm das „Budgetprovisorium“ durchzubringen.

Es gelang dem Freiherrn, eine Mehrheit für sich zu schaffen. Er hatte nicht alle deutschen Parteien durch ein Abschwenken von Seidlers plötzlichen Fanfaren verloren; den Polenklub wenigstens hatte er durch die Ankündigung einer neuen Kompromißpolitik sich unter den slawischen Parteien angenähert; die Christlich-Sozialen blieben dem Kirchenlehrer. Jetzt konnte er mit der Verstärkung kleiner Gruppen die Staatsnotwendigkeiten retten. Im Grunde war sein Programm so farblos und biedermännisch ohne bestimmte Linie, wie das ganze äußere Auftreten des starken, füllig, dennoch ohne allzu viele Sehnen in seinen Riesengehrock gewachsenen Mannes, der für jeden eine joviale, fast herzliche Verbindlichkeit hatte, die dennoch niemals festen Kern, stets allgemeine Umrisse umspannte. So wirksam war immerhin sein erstes Bemühen um eine Politik der Vermittlung gewesen, daß die knappe Majorität der Abgeordneten ihm gegenüber das Abwarten vor das Mißtrauen stellen wollte, obwohl die Biederkeit und das Joviale den Professor nicht abgehalten hatte, dem Ex Lex-Kabinett des Grafen Stürgkh vor Zeiten als Unterrichtsminister anzugehören. Der erste Schritt des neuen Ministerpräsidenten war ein matter Erfolg gewesen: nunmehr ging er daran, sich im Ernste mit den Parteien zu verständigen. Von seinem Vorgänger hatte er ein Beamtenministerium übernommen. Er wollte es umbauen. Er dachte an eine Koalition der Parteien für sein Kabinett. Es sollte starken parlamentarischen Einschlag zeigen. Er dachte an ein Ministerium, halb aus Beamten, halb aus Volksvertretern. Natürlich war dabei, daß er sich zunächst an die Partei der Christlich-Sozialen wandte. Aber selbst dem Kirchenlehrer erklärten die Christlich-Sozialen, daß sie ohne Sozialdemokraten nicht in ein Ka-

binett eintreten wollten. Mit dem Sozialistenführer Viktor Adler verhandelte der Minister umsonst. Keine Partei schätzte einen Ministersessel. Dem Kabinettschef blieb nichts anderes, als unverändert die überkommenen Beamtenminister vorläufig beizubehalten. Und zunächst durch allerlei Reden und Erklärungen für bessere Stimmung zu sorgen. Wenn er den deutschen Parteien auch keinen ausgesprochenen „Kurs“ mehr bescheren konnte, so hoffte er unter ihnen wenigstens jene Gruppen, die mit ihm — die deutsche Agrarpartei, die Deutsch-Freiheitlichen — bloß mit Vorbehalten gegangen waren, allmählich fester um sich zu scharen und selbst die grollenden Radikalen versöhnlicher zu machen, wenn er, abgesehen vom „deutschen Kurs“, der „Vertiefung des Bündnisses“ möglichst das Wort redete. Vom Herrenhaus herüber sprach er zu ihnen:

„Das Bündnis mit dem Deutschen Reiche, von der Einsicht erleuchteter Herrscher und Staatsmänner geschaffen, eine wahre Herzenssache für beide Teile, und im Weltkriege bewährt, wird im Sinne einer dauernden Friedensgemeinschaft vertieft werden.“

Der Ministerpräsident Freiherr von Hussarek war ein Mann der weitesten Kompromisse. Jede Verständigung hielt er für möglich, wenn man darüber verhandelte. Und die Grundlage aller Verhandlungen sollte Milde, Nachgiebigkeit, Versöhnlichkeit sein. Er hatte die Amnestie Kaiser Karls gutgeheißen, und als Professor Heinrich Lammasch, vertraut mit dem Geiste am Hofe des Kaisers, mit dem begeisterten Ausruf: „Dies ist der erste edle Akt!“ zu ihm gekommen war, hatte er sich die Grundlinien österreichischer Innenpolitik endgültig zurechtgepaßt. Im Studium der großen Kirchenpolitiker hatte er freilich gelernt, daß man auch den wahren Geist der Milde nicht ausspielte, ohne dafür reale Vorteile einzutauschen. Auch

als Versöhnungsbringer war er für das Kompromiß: der Freiherr hatte sich inmitten von Rührung und Güte doch darüber gewundert, daß die Amnestie ohne vorher geleistete Bürgschaften der Volksführer gewährt worden war. Im Geiste der Versöhnlichkeit wollte Freiherr von Hussarek als Ministerpräsident jetzt fortfahren. Niemand wollte er fortstoßen, für alle ein Zugeständnis bereit haben. Aber alle sollten auch zu Verhandlungen bereit sein. Den Deutschen tat er wohl mit dem Hinweis auf die Bündnisvertiefung. Aber schon mit dem nächsten Atemzuge erinnerte er sich auch gleich wieder aller anderen Völker Oesterreichs. Er klang dabei nicht mehr Grillparzersche Erinnerungen an; gewisse Salbung eines guten Priesters, das Wohlwollen des erfahrenen Vaters zwischen vielen Brüdern lag ihm besser. Feierlich fügte er im Herrenhaus dem Satze über das Bündnis bei:

„Oesterreich wird seine Mission nur erreichen, wenn es allen Stämmen seiner Völkerfamilie das wahrhaft gemeinsame Vaterland ist.“

Mit den Deutschen, mit den Polen, mit den Südslawen, mit Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten: mit allen wollte er verhandeln, wollte nichts weiter sein, als eine Art „homo regius“, der bestellte Sachwalter über kaiserlichen Auftrag, der alle Kinder doch noch zusammenführen wollte, — selbst mit den Hartnäckigsten unter allen, mit den Tschechen, sah er noch nicht restlos alles verdorben. Freilich störte ihm in der abwartenden, leidlichen Stille der ersten Augusthälfte ein völlig unerwarteter Schachzug der Gegner plötzlich alle Zukunftspläne: die englische Regierung sprach anfangs August die Anerkennung der „Tschecho-Slowakischen Nation“ als einer kriegführenden Nation aus. Daß die Tschechen im Hochsommer 1918 längst nicht mehr die Tschechen der Maideklaration 1917 waren, hatte der Ministerpräsident schon verspürt: sie

hatten in der Schweiz einen „Nationalrat", den jetzt das feindliche Ausland auch noch offiziell und ausdrücklich anerkannte, und daheim hatten sie längst auch schon die Südslawen zu taktischem Mitgehen, zu taktischem Einheitswiderstand gegen die Regierung zu bewegen gewußt, indes beide vorher ihres eigenen Weges gegangen waren. Aber immer noch hatte der Minister die Hoffnung auf Verhandlungsergebnisse, Annäherungsmöglichkeiten nicht sinken lassen wollen: jetzt war mit der Staatsanerkennung der Tschecho-Slowakei durch Fngland — Amerika tat das gleiche — jede Aussprache mit irgendeinem Tschechen verschüttet. Der Ministerpräsident hatte unmittelbar nach dem Eintreffen der Nachricht die tschechischen Führer bei sich zu sehen gewünscht. Da sie sich gerade in Laibach aufhielten, wo sie mit den südslawischen Politikern über längst gemeinsame Fragen berieten, bat er den Grafen Attems, sie auf der Rückreise von dem Wunsche des Ministerpräsidenten zu verständigen. Ueberaus geschickt entledigte sich der Sendbote des Ministers seines Auftrages gerade nicht: er hielt es für das Klügste, den Tschechenführer Stanek einfach aus dem Zuge zu holen. Ein wenig verdutzt folgte der in seiner Reise Ueberrumpelte zwar der Einladung, und der Freiherr vertrat den Standpunkt, daß er die Absage an die englische und ähnliche Erklärungen durch die Tschechen selbst verlangen müsse. Aber der Parteiführer verhielt sich kühl und ablehnend, die Forderung des Ministers überhörte er; für Oesterreich war kein positives tschechisches Bekenntnis mehr zu erreichen. Und die Südslawen gewöhnten sich, auf jegliche Vorstellung mit der Klage zu erwidern, daß für sie besonders Oesterreich keine Verwaltungsfreiheit hätte. Klagen und Beschwerden steigerten sich mit den Rückzügen in Frankreich, die in Oesterreich die Deutschen entmutigten, die Slawen entfachten, die Tschechen völlig verhärteten. Viel-

leicht konnte aus all dem innerpolitischen Wirrsal, in das im Hochsommer 1918 die Monarchie trotz aller Kompromißversuche geraten war, ein Ausweg in friedlichen Zeiten gefunden werden. Auch Ministerpräsident Hussarek, wenn schon er nicht verzweifelte, ersehnte heiß den „ehrenvollen Frieden". Allzu lang währte der Krieg — —

Um die Mitte des Augusts fuhr Kaiser Karl ins „Große Hauptquartier" nach Spa. Er wollte mit Kaiser Wilhelm über den Frieden sprechen.

Kurz vorher war in Spa der Staatssekretär von Hintze eingetroffen, um auf Grund von Darstellungen, die er von der „Obersten Heeresleitung" erbat, seine nächste Politik klären zu können. Er kam als Nachfolger des Staatssekretärs von Kühlmann, der im Juli, der „Obersten Heeresleitung" von Anbeginn unbequem und von General Ludendorff heftig befehdet, über eine vor dem Reichstag gehaltene und gleich darauf vor dem Reichstag widerrufene Rede gestürzt war. Er ging unter kaum verhehlter Genugtuung des Ersten Generalquartiermeisters, fallengelassen vom Reichskanzler Grafen Hertling, der sich eines Sinnes mit General Ludendorff zeigte, als ein Mann, dessen Grundsätze innerhalb von achtundvierzig Stunden die Begriffe schwarz und weiß offenbar für vereinbar hielt, als ein Mann, dessen Nerven beliebig auf Impulse von außen schwankend gemacht werden konnten, als ein Staatsmann, den der Generalquartiermeister in Kürze ohne Hemmung als den „Typ des deutschen Diplomaten nachbismarckischer Zeit" bezeichnete, und den die Oeffentlichkeit vor allem als schwächlich empfinden mußte, weil sie seine wirkliche Haltung und die geistigen Unterlagen seiner Politik weder in Brest Litowsk, noch in Bukarest kannte, so wenig, wie die inneren Vorgänge bei des Staatssekretärs Reichstagsrede und Widerrede.

Vor den Reichstagsabgeordneten hatte er eine Ueberzeugung ausgesprochen: daß er nicht daran glaube, der Krieg könne nur durch Waffengewalt entschieden werden. Er hatte damit nichts ausgesprochen, das als Glaubensbekenntnis neu für ihn gewesen wäre; nichts, was als Entmutigung für ein denkreifes, hart von vierjährigem Ringen unter schwersten Bedingungen betroffenes Volk betrachtet werden mußte, und wer die Vergangenheit des Staatssekretärs von Kühlmann kannte, mußte sogar wissen, an wessen Adresse das Aussprechen seiner Ueberzeugung gerichtet war. Er suchte noch einmal, vielleicht zum letzten Mal: England.

Kurz vor Kriegsausbruch war der Botschaftsrat von Kühlmann aus dem Auslande nach Deutschland zurückgekehrt. Er war von London heimgekehrt, in der Hand einen staatsmännischen Triumph, der ihm größer, wichtiger, folgenschwerer schien als irgendein staatsmännisches Abkommen oder irgendein Ereignis, dessen er sich überhaupt in der Geschichte des deutschen Volkes besinnen konnte. Vielleicht stellte das Ergebnis seines Londoner Aufenthaltes sogar den bisher denkwürdigsten Wendepunkt der Geschichte Europas und aller Staaten dar. Der Botschaftsrat hatte im Frühjahr und bis in den Frühsommer 1914 mit Sir Edward Grey über eine Verständigungsmöglichkeit zwischen England und Deutschland gearbeitet: zwei Staatsmänner erster Ordnung hatten am Tische der Vernunft miteinander beraten, ohne daß das Klirren der Waffen wichtigere Weltwirtschaftspläne verwirren und beirren sollte. Sir Edward Grey sah einen Krieg mit Deutschland, in den ganz von selbst durch ihre Bündnispflichten alle Völker gerissen werden müßten, als das gleiche, schlechte, englische Geschäft, das ihm der Botschaftsrat selbst für den Siegesfall als wenig aussichtsreiche deutsche Zukunft vorrechnete. Und sowohl

der englische, wie der deutsche Staatsmann fanden sich in der Ueberzeugung schnell, daß die aussichtsreichere Möglichkeit in jedem Falle in der Verständigung läge.

In England hatte es immer schon eine Schule von Politikern gegeben, die es für weiser hielt, dem rasch emporgekommenen Gebilde in Mitteleuropa befriedigenden weltpolitischen Spielraum zu gewähren, statt auf Unterdrükkungsmöglichkeiten oder Krieg zu hoffen, durch die Deutschland wieder zurückgeworfen werden könnte. Die Schule begriff die Notwendigkeit deutscher Expansion und stimmte darin bei, daß ihr geeignetstes Gebiet Afrika darstellen müßte, der einzige Kontinent, auf dem die Frage der europäischen Machtsphären vorläufig nur in verschwommenen Umrissen eingezeichnet war. Uebrigens besaß dort Deutschland bereits eine Reihe von Stützpunkten, in der kurzen Zeit bismarckischer Kolonialpolitik allerdings mehr nach dem Zufall sich bietender Gelegenheiten, als nach einem einheitlichen Plane erworben. Kommenden Generationen verhieß Afrika eine Quelle ungeheurer Reichtümer. England galt jener verständigungsbereiten politischen Schule als annähernd gesättigt: der jüngeren Macht konnten Ausstrahlungsgebiete und Reichtumsquellen, sobald dies auf gemeinsam mit England beschlossenen Grundlinien geschah, ohne Gefahr überlassen werden. Schon mit dem Grafen Hatzfeld, Deutschlands bedeutendstem Botschafter am englischen Hofe, hatte Lord Salisbury zur Zeit des Burenkrieges aus solchem Gedankengange heraus ein Eventualabkommen geheimer Art geschlossen. Für den Fall, daß Portugal seinen gewaltigen, vollkommen unentwickelten afrikanischen Kolonialbesitz, für dessen Ausgestaltung es weder Mittel noch Menschen besaß, in finanziellen Bedrängnissen zu verpfänden genötigt sein sollte, war die Teilung in eine deutsche und englische Interessensphäre festgelegt worden. Graf Hatz-

feld hatte bei dem „Delagoa-Bai-Abkommen“ von 1898 mit der Möglichkeit gerechnet, daß Portugal in Schwierigkeiten und damit in die Zwangslage geraten werde, Anleihen aufnehmen zu müssen. Für das Reich, für das er arbeitete, hoffte er aus solcher Situation reales Kapital zu schlagen. Zwar verstand es 1904 der portugiesische Gesandte in London, den Besuch seines jungen Souveräns am englischen Hofe so geschickt auszunützen, daß König Manuel die formale Erneuerung des noch aus dem sechzehnten Jahrhundert stammenden „Vertrages von Windsor“ zugestanden wurde. England wiederholte Portugal noch einmal die Garantie seines kolonialen Besitzstandes. Aber was Lord Salisbury und Graf Hatzfeld geheim verhandelt und beschlossen hatten, blieb darum dennoch unberührt. Die Schwierigkeiten des portugiesischen Königreiches wurden nicht schwächer, wenn England einen uralten Vertrag bestätigte. Schlimmer war, daß die deutsche und englische Politik im Anfang des neuen Jahrhunderts allmählich begannen, voneinander fortzustreben. Daß die Entfernung mit der ersten Marokkokrise sichtlich immer größer wurde. Und daß so das ganze Zukunftsabkommen des Botschafters Hatzfeld schließlich nichts weiter mehr bedeutete, als tote Buchstaben.

Dann hatte die Marokkokrise von 1911 am Kriege unmittelbar und haarscharf vorbeigeführt. Im Aufatmen über die Entspannung verspürte Englands liberales Kabinett wieder stärker den Wunsch, auf alle Fälle endlich, um ähnliche jähe Kriegsgefahr nicht mehr aufkommen zu lassen, das Verhältnis zu Deutschland zu verbessern. Auch gewährte ein geändertes und gepflegtes Verhältnis zum Deutschen Reiche der englischen Politik weitgehende Bewegungsfreiheit gegenüber französisch-russischen Absichten, die England anfing in bedenklicher Beleuchtung zu sehen. Die in traditioneller Arbeit erzogene englische

Diplomatie schien jetzt durchaus geneigt, mit Lord Salisburys Wegzeichen die Weltordnung noch einmal abstecken zu lassen.

Im Herbst 1911 wurden die ersten erneuten Tastversuche von beiden Seiten mit großer Behutsamkeit unternommen. Es entsprach dem Wesen der englischen Diplomatie, daß sie erst in unverbindlichen, persönlichen Unterhaltungen aus gesellschaftlichem Anlaß, hauptsächlich mit dem als Geschäftsträger fungierenden Botschaftsrat von Kühlmann, vorsichtig sondierte, auf welchen Gebieten englische Zugeständnisse möglich wären, um zu einem besseren Verhältnis mit Deutschland zu gelangen. Die Antworten des gefragten Diplomaten, die nichts als seine Privatmeinung kennzeichneten, wiesen nach Kleinasien und Afrika. Es bot sich Gelegenheit, den Umfang deutscher Wünsche genauer zu umschreiben; einflußreiche Mitglieder des Kabinetts nahmen den Gedanken einer deutsch-englischen Annäherung lebhaft auf, doch nie verließen die Gespräche die Grundlage unverbindlichen Gedankenaustausches bei gelegentlicher, gesellschaftlicher Zusammenkunft. Freiherr von Eckardtstein hat die meisterhaft präludierende, dem kontinentalen Staatsmanne nicht durchwegs geläufige Art der englischen Diplomatie, die sich nie bis zum Anstoßen vorwagte, nie sich band und nichts aufzurichten begann, ehe sie sich nicht der Vorbedingungen überall vertraulich versichert hatte, als Kunst in seinen Erinnerungen überliefert. Endlich befaßte sich so auch das Kabinett mit dem angesponnenen Gedanken. Lord Haldane reiste nach Berlin.

Zunächst bedeutete seine Sendung einen Fehlschlag. Denn gleich an den Eingang der Berliner Unterhaltung waren die Fragen der Flottenrüstung und eines Neutralitätsbündnisses zwischen England und Deutschland gestellt. Es zeigte sich der Einfluß des Admirals Tirpitz und seines

Anhangs zu stark, um den Gedanken einer Verständigung über die Flotten nicht zum Scheitern zu bringen. Und die Rücksichten, die England immer noch auf Frankreich zu üben hatte, erlaubten die Formulierung eines Neutralitätsbündnisses nicht so, daß die deutschen Wünsche sich befriedigt sahen. Klar trat bei den freundschaftlichen und streng vertraulichen Unterhaltungen die unbedingte Entschlossenheit Englands hervor, in allen Fällen sich neutral zu halten, außer in dem einzigen Falle, daß Deutschland einen Angriff auf Frankreich unternehme. Die große Angst der englischen Staatsmänner war: gerade eine allzu weit gespannte Neutralitätsformel könne Angriffslustige in Deutschland zu einem Ueberfall auf den Nachbarstaat verleiten. Die Mission des Lords war so zwar in den beiden Hauptpunkten gescheitert. Dennoch blieb die englische Annäherungsbereitschaft. Ihre geistigen Träger, denen die Fehlerquellen des ersten Versagens schon damals offen lagen, beschlossen nunmehr, den von ihnen schon ursprünglich für richtig gehaltenen Weg zu beschreiten: alle wirklichen Reibungspunkte zwischen den beiden Staaten durch diplomatische Verhandlungen auszuschalten, eine Reihe gemeinsamer Interessen zu schaffen und aus der ehrlichen Ausführung des Vertragswerkes eben jene Besserung des Verhältnisses erwachsen zu lassen, die von den Verständigungsfreunden gesucht wurde. Auf gleiche Art war die englisch-französische Annäherung zustande gekommen. Der Botschaftsrat von Kühlmann sah nicht ein, warum nicht auch eine deutsch-englische Annäherung Wahrheit werden könnte.

Seine Ueberzeugung blieb dabei, daß Deutschlands wichtigste Zukunft Afrika hieß. Allmählich wußte er die Dinge so zu lenken, daß das alte Abkommen zwischen Lord Salisbury und Graf Hatzfeld wieder hervorgeholt wurde. Das Abkommen sollte revidiert, sollte dem Zeitpunkt an-

gepaßt werden. In außerordentlich langwierigen, von beiden Seiten mit größter Zähigkeit geführten Verhandlungen gelang es schließlich, das Vertragswerk tatsächlich bis zur Paraphierung durchzuführen. Seinen Grundgedanken machte es aus, daß jede der Vertragsparteien sich aus dem Einflußkreise zurückziehe, den sie der anderen Partei eingeräumt hatte; daß beide Parteien die wirtschaftliche, vor allem die verkehrspolitische Expansion wechselseitig mit wirklichem Wohlwollen begünstigten; daß die verabredeten Grenzen der Einflußsphären sich daher so weit, wie irgendmöglich, mit dem ökonomisch-politischen Wirtschaftsgebiet der Vertragschließer decken sollten. Deutschland wurde in Afrika vor große zusammenhängenden Ländereien mit gewaltigen, schlummernden Reichtümern gestellt. Vom Oranje sollte im Westen in der Hauptsache sein neues Wirtschaftsgebiet in ungebrochener Linie bis zum Kongoflusse reichen; vom Sambesi im Osten des Kontinents die deutsche Wirtschaftsshpäre bis an die Grenze von Englisch-Ostafrika. Der wirtschaftliche Aufstieg konnte an der Zukunft des Kongoproblems nicht vorbeigehen. Die unvermeidliche Entwicklung des großen, portugiesischen Kolonialbesitzes wurde von einer Quelle möglicher deutsch-englischer Reibungen zu einem Grund für die Beziehungen beider Länder. Es sollten um diese Gebiete keine Waffen fechten. Der Botschaftsrat von Kühlmann dachte überhaupt nicht allzu viel von militärischen Entscheidungen allein. Diplomatische Verhandlungen schienen ihm wichtiger und aussichtsreicher. Und gerade auf kolonialpolitischem Boden hielt er die erobernde Macht der Wirtschaft und Kultur für wirksamer, als die Macht der Flinten und Kanonen.

Ihm ging es um Bahnen und Schiffe. Um Shares und Aktien. In London hatte er sich angewöhnt, bei den Kaufherrn der City so häufig Gast zu sein, wie im Foreign

Office. Jetzt wollte er seine in England vertiefte Staatswissenschaft praktisch versuchen. Die Börsen, die Banken sollten die neuen, anderen Waffen staatsmännischer Austragung werden. Solch moderner Anschauung der Dinge und Mittel konnte die Frage der Flagge als sekundär gelten, — die Kräfte, die dort wirkten, die Kräfte, die Reichtümer heimbrachten, sollten fortan vor allem deutsch sein. In Portugiesisch-Afrika wirtschafteten noch immer „Konzessionsgesellschaften", deren größte die „Compania di Mozambique" war, mit alten, verbrieften Privilegien. Ihre Shares waren meist in englischen Händen. Nach dem Geiste des Vertragswerkes konnte der Uebergang in deutschen Besitz geschehen. Die Konzessionsgesellschaften hatten das Recht, Polizeitruppen zu ihrem Schutz zu halten. Waren die Aktien der Gesellschaften deutsch, waren so die Gesellschaften deutsch, so vermochte man wohl, auch leistungsfähige Polizei aufzustellen. Sie wahrte dann Sicherheit und Schutz von Menschen und Aktien und Arbeit, auch unter portugiesischer Flagge. Uebrigens verbürgten sich die Vertragschließenden gegenseitig „das Recht, für Sicherheit und Schutz des Eigentums zu sorgen". Die Einmischung einer dritten Macht in die durch das Abkommen geschaffenen Verhältnisse müßte beide Vertragspartner zu gemeinsamer Abwehr aufrufen, und so war es denkbar, daß Deutschland und England auf Grund der Abmachungen Schulter an Schulter gegen Dritte gestanden hätten — —

Die neue Londoner Arbeit rastete nicht. Unmittelbar nach der Verständigung über die afrikanischen Kolonien schritten die beiden Verhandlungspartner an das zweite Problem, das sie jetzt zu lösen gedachten: an die Verständigung über Vorderasien. Dort hatte das Deutsche Reich den Bau der Bagdadbahn, deren erster Ansatz und Plan auf englische Unternehmungslust und englisches Kapital

zurückzuführen war, zwar mit türkischer Bewilligung, aber ohne Fühlung mit der britischen Regierung, später gegen deren heftigen diplomatischen Widerstand unternommen. Ihr Endpunkt war Kuweit am Persischen Golf, die Residenz eines nach englischer Behauptung unabhängigen arabischen Sultanats, auf das die im Golf kreuzenden englischen Kriegsschiffe zweifellos größeren Eindruck übten, als alle dort etwa in Frage kommenden deutschen Interessen. Ihnen verlegte die britische Herrschaft im Golf vollends die Entfaltung. Aber nunmehr versuchten — seit dem Frühjahr 1914 — Sir Edward Grey und der Botschaftsrat von Kühlmann, zwischen England und Deutschland eine Klärung herbeizuführen, die beide Teile befriedigen konnte.

Die vorbereitenden Arbeiten endeten damit, daß die Verständigung auch über Kleinasien beschlossen wurde. Sie blieben auch hier nicht bei allgemeinen Grundrissen stehen, die auf leichte Art sich wieder verwischen ließen. Sie arbeiteten große Linien und kleinste Einzelheiten. Das Tor des Ostens sprang vor Deutschland auf. Mesopotamien wurde ein neues deutsches Weltwirtschaftsland. Sein Petroleumreichtum, durch Kombinationen auf dem Aktiengebiete, zwischen Deutschland und England aufgeteilt, der deutsche Einfluß im Vorstande gesichert. Mit bestimmten Aktienanteilen wurde Großbritannien, das nunmehr auch zur Finanzierung herangezogen wurde, an der Bagdadbahn selbst beteiligt. Basra wurde der neue deutsche Endpunkt am Persischen Golf mit Englands Einverständnis. Die Tigrisschiffahrt, die Schiffahrt auf dem Euphrat hörten auf, ein englisches Monopol zu sein. Das Deutsche Reich hatte auch an ihnen fortan seinen Anteil. Drei Häfen verfrachteten ihm asiatische Güter: Konstantinopel, Alexandrette, Basra. Die Anschlüsse der Bagdadbahn mit Frankreichs Häfen und Bahnen in Syrien, mit Adalia, wo

die Italiener ihre Hafenkonzession besaßen: das ganze Netz wurde geregelt und geordnet, Masche um Masche, — die englischen Bahnen wollten Mittlerdienste im Zubringen tun. Und indes der Botschaftsrat von Kühlmann, von Berlin her durch den gründlichen Orientkenner Legationsrat von Rosenberg unterstützt, mit Sir Edward Grey über dem Hauptvertrag arbeitete, gingen rastlos die Nebenverhandlungen mit französischen, türkischen, italienischen Sonderkommissionen in London, Berlin, Paris. So weit dies möglich war, sollte für die Zukunft Mißhelligkeit und Eifersucht um der türkischen Frage willen zwischen Deutschland und England ausgeschaltet sein: die letzte Aktiengesellschaft, wo und wie sie Deutschland jenseits der fernsten Meere, in den verstecktesten Winkeln und an den offenen Plätzen der Welt sollte errichten können, wurde jetzt festgestellt.

Kamen aber England und Deutschland zum ersten Male, seit Geschichte gemacht wurde, wirklich zu einander, so war im Grunde damit die ganze Welt bereinigt. Es konnte sein, daß der Kriegsgedanke darüber zwischen den Staaten überhaupt starb. Vielleicht war die krieglose Zeit, ganz auf Gedeihen und Wirtschaft gestellt, auf Menschheitsalter angebrochen: Deutschland und England Hand in Hand — sie hielten beide eine Welt, die zum Ruhehalten verurteilt war, wenn sie die Ruhe selbst nicht halten wollte. Und der Augenblick nie mehr geglaubter Erfüllung war jetzt wirklich gekommen: England erbot sich, nicht mehr allein eine Welt besitzen zu wollen, deren Reichtum auch andere noch ertrug — ein ferner, nie mehr gewagter Traum war Morgenrot und wahrhaftiges Erwachen geworden: die deutsche, weite Weltfreiheit war da. Und alle Waffen sollten schweigen — —

Die beiden Staatsmänner wurden einig in allen Punkten. Ihren Abreden folgten die Niederschriften. Sie füllten

Pergamente um Pergamente. Die Genauigkeit der Einzelheiten füllte schließlich pergamentene Bände. Sir Edward Grey und der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky setzten ihre Paraphe auch unter den kleinasiatischen Vertrag. In bewußter Uebereinkunft diplomatischer Ueberlieferung galt der Vertrag als geschlossen. Der Botschaftsrat von Kühlmann atmete tief auf. In mündlichen Verabredungen hatte er mit dem Foreign Office auch noch die Möglichkeit von Zusatzabkommen über indische und ostasiatische Fragen vorgesorgt. Zu hoffen war, daß überdies, was an Lord Haldanes Mission als übereilige Forderung drei Jahre zuvor gescheitert war, in vielleicht naher Zeit das große Verständigungswerk krönen konnte: das Neutralitätsabkommen — —

Das Gesamtwerk der deutsch-englischen Verständigung, das Abkommen über Afrika und Vorderasien, lag fertiggestellt am 8. Juli 1914. Der Botschaftsrat verließ London zwei Tage später. Er eilte über Holland in schwerer Anspannung in die bayrischen Berge. Denn gegen Augustbeginn pflegte der Botschafter längeren Sommerurlaub anzutreten. Monate anstrengender Arbeiten standen bevor. Mit Sir Edward Grey war für die Verträge, deren Reinschriften gleichfalls bei der Abreise des Botschaftsrates schon fertig lagen, als Tag der Ratifikation der 4. August 1914 vereinbart worden. Das Schriftstück, das die Zustimmung des deutschen Auswärtigen Amtes zu der Ratifikation aussprach, traf aus Berlin am 31. Juli in London ein. Es wurde in der deutschen Botschaft zugleich mit der Berliner Depesche überreicht, daß „der Zustand drohender Kriegsgefahr" in Deutschland verkündet worden sei.

Am 4. August 1914 flog die Kriegserklärung in die Welt. Das Werk des großen deutsch-englischen Ausgleiches war vernichtet.

An sein Amt hatte sich der Botschafter von Kühl-

mann später im Kriege nicht gedrängt. Und er hatte es erst auf sich genommen, als Kaiser Wilhelm ihn den ausdrücklichen Wunsch dazu durch den Reichskanzler Michaelis wissen ließ. Pessimistisch kam er: pessimistisch hatte er von Anbeginn die Aussichten des ganzen kriegerischen Unternehmens gesehen. Noch dem Kanzler Bethmann hatte er durch den Chef der Reichskanzlei in den kritischen Tagen 1914 sagen lassen:

„Was wir heute versuchen, hat ein Größerer versucht und ist daran gescheitert, — Napoleon."

Er warnte aus historischen, strategischen, politischen Erwägungen. Sie waren längst vertieft durch Studienergebnisse auf weiten, dienstlichen und selbstunternommenen Reisen, durch eine genaue Kenntnis Englands, Oesterreich-Ungarns und der Türkei, wo er mancherlei verwandtschaftliche Beziehung und viele Freundschaften durch Jahre gepflegt hatte. Admiral Mahans Buch über den „Einfluß der Seemacht auf die Geschichte" hatte er mit den Folgerungen, die er für Deutschland ableitete, zum Ende weltpolitisch durchgedacht: noch nie hatte eine Macht mit starkem Landheer in dauerndem Krieg gegen eine Macht mit starken Flotten triumphiert. Nicht nur der Botschafter von Kühlmann war von dem Werke des amerikanischen Admirals beeinflußt, Kaiser Wilhelm selbst teilte, so schien es dem Diplomaten, Mahans Auffassungen. Nur daß der Kaiser dabei dennoch in einen offenbaren Gegensatz zwischen seiner eigenen internationalen Politik und den Beruf geriet, den er seiner Flotte zuwies. Er vermochte es nicht, die deutsche Flottenstärke so zu steigern, daß sie die Beherrscherin der Meere oder eine Seemacht würde, mit der niemand einen Zweikampf wagte. Aber obgleich dies Ziel nicht erreicht werden konnte, überschritt Wilhelm II., von Männern der Marine so beraten, die Grenzen einer Seemacht, wie sie etwa Frankreich gezogen waren

und von England noch ertragen wurden. Der Kaiser verkannte die natürlichen und von niemand mißdeuteten Aufgaben jeder Flotte für ihr Land, er überschätzte den ihr von selbst bestimmten Rahmen. Ehrlich war sein Wille, den Frieden mit aller Welt zu halten. Aber indem er die deutsche Seemacht zu jener Stärke führte, die für England bereits spürbare Rivalität wurde, vermochte er nach allen Anstrengungen maritimer Rüstungen dann im Jahre 1914 doch nur ein schwächeres Deutschland gegen ein immer noch allgewaltiges England aufzubieten. Die Landheere der Mittelmächte waren freilich groß und sie schienen kaum besiegbar. Ihre Führer trauten sich die Entscheidung durch die Heere zu. Aber den weltpolitischen Problemen Mahanscher Färbung stand der deutsche Generalstab, wenn er sie überhaupt durchdacht hatte, zuletzt doch nur mit dem Gedanken und Thema des Zweifrontenkrieges gegenüber. Erst im Kriege selbst bemühte er sich um die vernachlässigte Weltperspektive: die Generale von Falkenhayn und Ludendorff rangen beide, zu spät, nicht glücklich und selbst bei ertrotztem Erfolg ohne Hoffnung auf England vernichtende Wirkung, wenigstens um den Besitz von Suez. Unklar war sogar, wie weit die deutsche Marine im Durchdenken der Weltperspektiven gekommen war. Soweit die Kenntnisse des Botschafters von Kühlmann reichten, fand sich kein fertiger Operationsplan gegen England vor. Die Generale glaubten an die Landmacht. Sie hofften auf ihre unbedingt überlegene Führung. Sie rechneten überdies mit der Stärke der deutschen Koalition. Der Botschafter von Kühlmann warnte den Kanzler noch in anderer Rechnung. Fiel der eine Bundesgenosse aus, so war die Entwicklung so, daß Deutschland überhaupt einen „Solokrieg“ führte. Im September 1914 mußten dann, inmitten der Erlebnisse an der Marne, unterrichtete, kühle Beurteiler sich auch noch eingestehen, daß die stra-

tegischen Leistungen der obersten deutschen Feldherrn den Ruf nicht rechtfertigten, der für sie in den Stimmungen des deutschen Volkes angebahnt war. All dies hatte dem Botschafter, der 1916 in Konstantinopel die Schwäche der Türkei bestätigt fand und die österreichisch-ungarische Monarchie noch brüchiger glaubte, als sie vielleicht war, noch vor dem kaiserlichen Ruf den schweren Pessimismus bestärkt. Vom Unterseebootkriege hatte er dem Kaiser abgeraten. Reichskanzler Bethmann-Hollweg hatte ihn, obwohl er als Botschafter damals gar nicht dazu berufen war, zugleich mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau dem Kaiser zum Vortrag vorgeschlagen. Gerade der Staatssekretär von Kühlmann, der die Bedeutung der Seemacht so hoch einschätzte, hatte keinen Grund, da auch noch die Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg eingetreten waren, seinen Pessimismus mit Optimismus zu vertauschen.

Er glaubte nicht an den deutschen Sieg, gegen den alle Voraussetzungen deutlich zu sprechen schienen. Er glaubte nicht an eine günstige Entscheidung durch die Waffen, wie oft sie auch der Erste Generalquartiermeister ansagte, schon in dem Augenblicke nicht mehr, da er die Leitung der auswärtigen Geschäfte an sich nahm. Wenn es überhaupt einen Weg gab, heil aus dem Kriegsunternehmen herauszukommen, so konnte es nur der Weg der Verhandlungen sein. Behielten die Generale recht, um so besser. Aber der Staatssekretär wollte um den „diplomatischen Frieden" von der ersten Minute an kämpfen.

Er überrechnete die Karten, die er im Spiel mit Deutschlands Gegnern besaß. Er war sich darüber klar, daß die Vereinigten Staaten keinesfalls Vertrauen zu einer Macht fassen würden, die nach ihrer Meinung alle Schlichtungsversuche durchkreuzt und mit dem U-Bootkrieg beantwortet hatte. Er war sich darüber klar, daß er sich über-

haupt nur mit England oder Frankreich auseinandersetzen könne und fand dabei, daß von den beiden Karten in seiner Hand — Elsaß-Lothringen und Belgien — nur die eine Karte beim Ausspielen von wirklichem Wert sein konnte: der belgische Besitz. An Versuchen in der elsässisch-lothringischen Frage hatte er es nicht fehlen lassen. Noch dem Reichskanzler Michaelis hatte er die Gewährung der Autonomie an Elsaß-Lothringen vorgeschlagen und der Kanzler war auch gewonnen worden, obgleich die „Oberste Heeresleitung“ sich leidenschaftlich dem Plan widersetzte. Der Elsässer Schwander trat damals in die Regierung ein. Als Graf Hertling indes die Kanzlerschaft Michaelis ablöste, war es mit wesentlichen Zugeständnissen an Elsaß-Lothringen auch schon wieder vorbei. Sie wurden von allen Seiten abgelehnt, wobei sich die Sozialdemokraten vor allem gegen die Möglichkeit verwahrten, daß bei solchen Zugeständnissen für die Reichslande an Frankreich gedacht werden könnte. Und der neue Kanzler war dem Autonomiegedanken um so abgeneigter, als er sich vor König Ludwig von Bayern sehr für dessen Wünsche eingesetzt hatte, mit den beiden Ländern die Hausmacht der Wittelsbacher zu vergrößern. Nunmehr verließ auch der Elsässer wieder die Regierung. Der Staatssekretär von Kühlmann nahm die Enttäuschung an dem ganzen Projekt nicht schwer. Präsident Poincaré verlangte den Wiederbesitz von Elsaß-Lothringen restlos. Kaum wäre eine wirkliche Einigung zustande gekommen. Der Staatssekretär besaß in Wahrheit überhaupt nur eine einzige Karte: Belgien.

Er mußte die Verständigung mit England suchen. Immer hatte sich ihm die englische Politik so gespiegelt, daß das Inselreich nie Freunde oder Feinde, daß es immer nur ungefährliche Nachbarn oder augenblickliche Gegner hatte. Nordamerika, Japan und Rußland

waren zuletzt auf dem Wege gewesen, der englischen Weltmachtstellung als schwerste Gegner zu erstehen. Um niemand allzu stark werden zu lassen, trieb England seine Politik des Weltgleichgewichtes, die es vor Weltzusammenstößen so lange schützen konnte, bis einer seiner Rivalen solche Macht auf den Meeren anstrebte oder erreicht hatte, daß sie an Englands Lebensnerv rührte. Dann schuf England die große Koalition, mit der es den Gegner vernichtete. Jetzt war Rußland aus Englands Machtkreis ausgeschaltet, höchstens bedeutete es einen für England unbequemen Revolutionsherd. Die deutschen Seemachtgelüste waren ausgelöscht auf lange Zeit. Die deutsche Erholung wurde in späten Jahrzehnten erst vielleicht wieder eine Weltmachtziffer. Es war der englischen Politik noch mehr, als zu der Zeit, da sie um russischer Entwicklungen willen den Dreibund freundlich angesehen hatte, vermutlich gerade jetzt erwünscht, nach Osten zu eine gemäßigt konservative, nicht zu schwache, nicht zu angriffslustige, auf den Meeren nichtssagende Macht auf Wache zu wissen. Ihr lag nichts an der Machtstärkung der Franzosen; noch weniger konnte ihr daran gelegen sein, daß das Ende des Krieges als eigentlichen und unbedingten Sieger die Vereinigten Staaten von Nordamerika zeigte. Der Staatssekretär von Kühlmann hatte die Empfindung, daß nicht alle Versuche einer Aussprache mit England aus all diesen Gründen aussichtslos sein müßten. Was Belgien betraf, so war das Unrecht von 1914 England wesentlich unwichtiger als die Ueberlieferung, keine starke Landmacht an den ihm gegenüberliegenden Küsten dulden zu wollen. Und selbst die Frage der deutschen Kolonien, über die es hart vor dem Kriege mit sich hatte reden lassen wollen, konnte kein entscheidendes Hindernis sein. Ueberzeugt war der Staatssekretär, daß er zu England nicht in breiter Oeffentlichkeit sprechen dürfte: nicht vor aller

Welt und namentlich nicht vor Frankreich, das durch englisch-deutsche Aussöhnung die Erlangung von Elsaß-Lothringen gefährdet sah. Für England war Elsaß-Lothringen kein Grund, zu keinem Frieden mit Deutschland zu kommen, wenn sonst nur alles stimmte. Unterhielt sich der Staatssekretär mit England vor aller Welt, band er vor aller Welt die deutsche Politik an die Zusage, daß er Belgien freigeben und wiederherstellen wolle, spielte er das Einzige, das er zu geben vermochte, öffentlich und als beschlossen aus, so war es vielleicht umsonst ausgespielt. Nicht nur, weil dann Frankreich alles zu hintertreiben gute Gründe hatte. Auch weil England nichts dann zuzugestehen brauchte, da es selbst nichts mehr an deutschen Zugeständnissen zu wünschen hatte. Der Staatssekretär beschloß, vertrauliche Wege zu gehen. Und vor allem Wege persönlicher Beziehungen. Er spann, rasch nach der Uebernahme seines Amtes, die ersten Fäden.

Belgien war des Staatssekretärs einzige Karte. Er mußte sie so besitzen, daß er sie ganz und in jedem Augenblick ausspielen konnte, der die Entscheidung war. Er wollte über Belgien unbedingtes Verfügungsrecht: über Belgien verlangte er einen „Blankoscheck". Ueber die Bedeutung seiner Forderung war er sich klar. Ueber den Beschluß ihrer Gewährung führte er einen Kronrat im Schloß Bellevue herbei.

Der Reichskanzler hatte in einer geheimen Sitzung den Staatsekretär des Reichsmarineamtes über die Ansicht der Flottenleitung befragt, zu welchem Zeitpunkt die Wirkung der Tauchboote sich aussprechen müßte. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes vermochte dem Kanzler keinen Zeitpunkt zu nennen. Die Frage wurde dringlicher: „ob in drei Monaten, in sechs Monaten, in einem Jahr" — — Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes erklärte sich

außerstande, Sicherheiten durch seine Antwort zu geben. Und nunmehr beschloß, nachdem er vorher in geheimer Sitzung zur Vorbereitung alle Staatssekretäre unterrichtet, der Leiter der auswärtigen Politik sich volle Freiheit des Handelns in Bezug auf Belgien um jeden Preis zu verschaffen.

Die Verfassung bestimmte als verantwortlichen Ratgeber des Kaisers den Kanzler. Aber der verstrickte Apparat des Krieges, der Krieg selbst, die notwendige Anerkennung, daß die Armee naturgemäß das wichtigste Instrument des kämpfenden Reiches darstelle, hatte neben dem Rat des Kanzlers die Stimme der „Obersten Heeresleitung“ mächtig, häufig übermächtig vor dem Kaiser werden lassen. Die ungeheuren Ausmaße des Weltkrieges, das Ineinandergreifen unendlich vieler Fragen, vor denen schon der Reichskanzler Bethmann-Hollweg sich eingestanden hatte, daß sie ein Einzelner weder bewältigen, noch entscheiden könnte, begründeten oft den Mitspruch der ersten Generale. Aber noch öfter hatten sie das natürliche und sogar unerläßliche Maß des Mitspruchs überschritten. In der Abwehr war die Reichsregierung immer schwächer geworden. Der Kaiser hatte die Machtsphären nicht streng genug geschieden. Allmählich hatte die „Oberste Heeresleitung“ sich daran gewöhnt, in vielen Fragen selbständig vorzugehen und selbständige Programme aufzustellen. Ueber Belgien verfügte sie annexionistisch. In feierlichem Kronrat oder eigentlich, da nur die preussische Verfassung, nicht aber das Reich die Einrichtung von Kronräten kannte: in feierlichem „Geheimem Immediatvortrag bei Seiner Majestät“ wollte der Staatssekretär von Kühlmann jetzt alle Einflüsse, alle Entscheidungen mit der kaiserlichen Entscheidung auf die ihm besiegelte Zusage vereinigen, daß die auswärtige Politik allein und selbständig zu richtigem Zeitpunkt die belgische Frage

in einer Form aufrollen dürfe, die dem Staatssekretär richtig scheine. Er forderte über Belgien den „Blankoscheck".

In Schloß Bellevue harrte Kaiser Wilhelm mit dem Kronprinzen seiner ersten Ratgeber am 11. September 1917. Der Kronrat über Belgien zeigte den Kanzler neben dem Staatssekretär von Kühlmann, den Ersten Generalquartiermeister neben dem Generalfeldmarschall von Hindenburg. Es erhob sich Graf Hertling zu kurzer Ansprache. Er gab das Bild der deutschen und internationalen Lage und stellte den Antrag, daß die Auswärtige Politik bei möglichen Verhandlungen mit dem Gegner „die Souveränität und Integrität Belgiens als Kompensationsobjekt verwerten dürfe". Der Erste Generalquartiermeister sprach nach dem Kanzler. Mit mäßigen Ansprüchen, die in der Hauptsache ein deutsches Lüttich und wirtschaftliche Vorteile forderten, stimmte er dem Antrage des Grafen Hertling zu. General Ludendorff wünschte eine Klausel, die seine Forderungen schriftlich festlegte, der Vollmacht für den Staatssekretär von Kühlmann beigefügt. Im Kriegsanfang hatte sich der Gesandte von Kühlmann die Wichtigkeit der Grenzfestung Lüttich von dem Generalstabschef des Lütticher Reviers an Ort und Stelle einmal erklären lassen. Belgien war der Aufmarschraum für Frankreich. Der Staatssekretär verstand, daß es immer an einem Haar hängen müßte, ob vorstoßende deutsche Heeressäulen rechtzeitig die Festung nahmen; daß die Zufälle tausendfach sein konnten, die solch einen Handstreich leicht verhinderten; daß aber der ganze Ausgang eines Krieges mit Frankreich und die Wahl des Kriegsschauplatzes vom Besitze Lüttichs abhängig waren. Hier stimmte er in strategischer Erwägung mit dem Ersten Generalquartiermeister überein. Dennoch hemmte ihn die Klausel. Den Kaiser hatte er als Mittler zwischen Kanzler und Heeresleitung durch den „Immediatvortrag" in besonders be-

tonter Feierlichkeit auf seine eigene Politik verpflichten wollen. Der Kaiser entschied auch die Vollmacht an den Staatssekretär: mit der Ludendorffschen Klausel, — der Staatssekretär verfügte über den „Blankoscheck“, wenn er die Zugeständnisse über Belgien als Ganzes ausspielen wollte. Auf letzte Einzelheiten durfte er sich bei möglichen Verhandlungen noch nicht einlassen. Dennoch glaubte er, viel erreicht zu haben. Von einem Briefwechsel zwischen Kanzler und Generalfeldmarschall von Hindenburg, der unmittelbar nach dem Kronrat ausgetauscht wurde und den Reichskanzler wieder in vertraulicher Annäherung an die Auffassung der Obersten Heeresleitung zeigte, wußte der Staatssekretär nichts. Er hoffte, wenn er eines Tages vor den Kaiser mit der Friedensgewißheit gegen Belgiens Freigabe hinzutreten vermöchte, wenn er dann dem Kaiser von der Verantwortung spräche, die Gelegenheit zu versäumen, auch noch mehr und alles durchzusetzen. Aus Schloß Bellevue mußte er jedenfalls mit dem Bewußtsein großer Fortschritte aufbrechen.

Die ersten Fäden nach England hatte er längst gesponnen. Behutsam hatte er sondieren lassen, vertraulich auf Umwegen, dennoch verläßlich an entscheidenden Stellen, ob ein vollkommen freies Belgien ihm den „Status quo ante bellum“ für sich und seine Verbündeten verbürge. Verdeckt ging das Gespräch unter persönlichen und allerlei sozialen Vorwänden hin und her, durch sorgsam vorbereiteten Apparat. Er hielt auf die Stunde genau auch die technischen Schritte bereits geregelt, die bei Uebereinstimmung im Grundsätzlichen sofort zu unternehmen wären.

Mitten in die ersten, leisen deutsch-englischen Annäherungsversuche fiel die Friedensnote des Papstes. Ihrer Beantwortung sah England — Nachrichten aus einer feindlichen Hauptstadt gaben Gewißheit — nicht un-

freundlich entgegen. Gleichwohl schien dem Staatssekretär das ganze Gewebe noch zu dünn, um seiner Tragfähigkeit Entscheidendes zuzumuten. Ihm schien es im Augenblick noch allzu gewagt, ehe er auf Sicherheiten bauen konnte, die Beantwortung der Papstnote trotz des Drängens eines „Siebenerausschusses“ im Reichstag, dem er mit einer Demission drohte, zum Rahmen der öffentlichen Erklärung zu nehmen, daß Belgien frei sein sollte. Die Antwort an den Papst hielt der Staatssekretär dilatorisch. Wenn England Sicherheiten gab, konnte die öffentliche Erklärung sehr bald folgen. Aber da rissen die Geheimfäden plötzlich ab. Man wollte in London plötzlich nicht mehr anhören, was aus der Ferne die Stimme des deutschen Staatssekretärs über den Kanal sagen ließ. Er selbst hörte noch irgendwie, daß man als Ausgang aller Versuche zum Näherrücken zunächst doch nichts als Enttäuschung und Bloßstellung besorge. Frankreich betonte plötzlich seine Ansprüche auf Elsaß-Lothringen mit bemerkenswerter Schärfe. Die Fäden rissen ab. Die Erklärung über Belgien hatte der Staatssekretär sich zu seiner Genugtuung nicht entringen lassen. Er mußte wieder warten. Er wollte warten. Noch besaß er seine einzige Karte: den „Blankoscheck“.

Ihm selbst schien die Vollmacht täglich wertvoller. Und täglich mehr der letzte Einsatz. Der Erste Generalquartiermeister machte seine Eröffnungen über die Schwierigkeiten des Ersatzes an Material und Menschen, die der Krieg verbrauchte. Für das kommende Jahr 1918 nannte er sie kritisch, und nur aus seiner Ueberzeugung heraus, daß er rechtzeitig den deutschen Sieg mit den Waffen aufrichten werde, war seine unerwartete Abkehr von dem Standpunkt zu verstehen, den er am 5. November in Schloß Bellevue vertreten hatte. Die Abkehr kam jäh, nach wenigen Wochen schon im Dezember: der Erste

Generalquartiermeister sprach sich wieder gegen die Freigabe Belgiens aus. Aber seine Mitteilungen nahm jetzt der Staatssekretär lediglich als die persönliche Auffassung des Generals zur Kenntnis. Seine Vollmacht betrachtete er als unangetastet, solange der Kaiser, der sie gewährt hatte, nicht selbst sie aufkündigte. Er wollte sie unbedenklich nutzen, trotz des Generals, wenn der nächste Augenblick es gestattete.

Die Tage von Brest Litowsk waren darüber herangekommen. Vielleicht hatte dort die ganze Haltung des Staatssekretärs von dem tragischen Bewußtsein jener ersten, verschütteten Weltbereinigung und des so schweren Wiederknüpfens auch bescheidener Fäden die kühle, in größter Sachlichkeit melancholische und fast fatalistische Färbung bekommen, mit der er, keineswegs als ein Mann der „Obersten Heeresleitung“, vielmehr nur seiner Ueberzeugungen und Erlebnisse, zwischen allen „zwangsläufigen“ Dingen stand. Seine Erinnerung an das ungeheure Kompromiß, zu dem England kurz vor Ausbruch des alles vernichtenden Weltbrandes sich bereit erklärt hatte, der seelische Druck, der von seinem niederschmetternden Erlebnis blieb, mußte den Staatssekretär, ganz abgesehen von seinen nüchternen, realpolitischen Erwägungen, auch psychologisch immer wieder der Bahn zudrängen, die einmal gangbar gewesen war: der Aussprache mit England. Er selbst war im August 1914, da er nach London zurückkehren sollte, um seine Unterschrift unter die inzwischen gleichfalls fertig gestellten Ratifizierungsurkunden zu setzen, fast zusammengebrochen darüber, daß das Tor ins Land der deutschen Seligkeit hatte zugeworfen werden können. England hatte es — zumal es die ganze Kriegsschuldverstrickung, den schweren serbischen, den noch schwereren russischen Anteil nicht durchdrang — vielleicht überhaupt nicht begriffen. War aber Eng-

land, bevor die Kriegsschrecken die Welt durchstürmten, zur Verständigung bereit, hatte es um die Zeit der Papstnote den ersten verdeckten Dialog nicht ganz abgelehnt, so kam es, nicht nur um die Kriegsschrecken abzukürzen, vielleicht doch noch einmal an den verlassenen Tisch der Vernunft zurück. In Brest Litowsk hatte der Staatssekretär nicht an allgemeine Verhandlungsmöglichkeiten geglaubt. Die ganze Lösung der Ostfragen war ihm ein Uebergangsvertrag. Im Innersten sah er einen einzigen Weg zur Rettung Deutschlands: über Belgien und England. Indes er melancholisch, bisweilen in zager Hoffnung, im ganzen kühl zwischen Brest und Bukarest zuwartete, traf ihn eines Tages unerwarteter Anruf. Der Staatssekretär vergaß im Augenblick Melancholie und kühle Haltung. Er antwortete sofort.

Der Anruf hatte ihn im Frühjahr 1918 auf weitem Umweg erreicht: eigentlich kaum mehr als ein persönliches Erinnerungszeichen an gemeinsame Tage hellerer Vergangenheit. Aber der Staatssekretär glaubte, tiefere Interpretation versuchen zu dürfen und sie jedenfalls wagen zu sollen. Und plötzlich setzt ein Spiel mit diplomatischen Scheinwerfern ein, abgeblendet allen, die nicht im Spiel sind, ein stummes Signalisieren mit bestimmten Lichtzeichen, wie es die einsamen Posten im Hochgebirge zwischen weitgetrennten Gipfeln üben, nur daß niemand außer den Signalwerfern die Lichtzeichen überhaupt sah oder gar verstand. Um jene Zeit sollte eine Kommission, an der zwei Gegner ein unpolitisches, aber humanes Interesse hatten, an neutralem Ort in gemessener Höflichkeit zu sachlichem Uebereinkommen sich zusammenfinden. Diese für weitere Kriegsführung oder Kriegspolitik belanglose Konferenz beschickte der Staatssekretär mit sorgfältiger Auswahl der für Deutschland Sprechenden so, daß die Anrufseite aus der Wahl einiger, bei ihr einst wohlgelit-

tener Sprecher den Wunsch des Staatssekretärs — mit dem Gegner eine Konversation zu beginnen — sehr wohl erkennen konnte. Die Regierung des Gegners hatte nichts unternommen. Aber nach der Nennung und Entsendung der Deutschen bestimmte sie selbst für die an sich belanglose Konferenz Vertreter, denen politisches Gewicht nicht abzusprechen war. Nichts von Bedeutung wurde von Tisch zu Tisch: manches Bedeutsame zwischen den Zusammenkünften gesprochen. Der deutsche Staatssekretär ließ den „Status quo" für sich und seine Verbündeten anmelden. Dies war die Freigabe Belgiens: der „Blankoscheck" wurde gezogen. Es konnte der sichere Eindruck gewonnen werden, daß eine zunächst unverbindliche Unterhaltung zwischen dem Auftraggeber jener Anmeldung und einem feindlichen Staatsmanne nicht unerwünscht wäre. Im Ablauf der Gespräche dachte man an Einzelheiten einer solchen Begegnung. Kuriere gingen hin und her. Nach der Ansicht, die man im Lande des Gegners von Deutschlands seelischer Verfassung hatte, bestand bei ihm das Bedenken, daß die öffentliche Meinung in Deutschland sich nicht mit des Staatssekretärs bescheidenen Forderungen begnügen würde, daß über einen mageren Ausgleichsfrieden mit ihr noch nicht zu verhandeln sei. Es käme auf die Probe an. Die Probe wurde unternommen. Sie mußte unternommen werden, denn auf den Nachweis, daß die deutsche öffentliche Meinung für den Gedanken eines diplomatischen Friedens reif geworden sei, kam für die Folge alles an.

In Glasgow hielt in der dritten Juniwoche der englische General Smuts eine Rede, der manchen englichen Standpunkt vielleicht ein wenig verwunderte. Im Berliner Reichstag hielt kurz nachher der Staatssekretär von Kühlmann eine Rede, von der er hoffte und sehnlichst wünschte, daß sie niemand verwundern oder daß niemand seine Verwunderung allzu laut betonen möchte.

Schwer war in dieser dritten Juniwoche die äußere Belastung des Staatssekretärs. Was die Vollsitzung des Reichstags betraf, so lag ihm im Augenblick eigentlich nur an einer Besprechung der Ostfragen, wobei unter Umständen auch auf anderes eingegangen werden konnte. Der „Etat des Aeußeren“ stand am 24. Juni im Reichstag zur Verhandlung. Ueber den rumänischen Friedensvertrag beriet am Vormittage des gleichen Tages der „Hauptausschuß für auswärtige Angelegenheiten“ in Verhandlungen, die den Staatssekretär zur Anwesenheit ohne Unterbrechung und zu häufigem Eingreifen zwangen. Er erschien im Reichstag mittags um ein Uhr. In der kurzen Pause zwischen den Verhandlungen des Ausschusses am Vormittage und dem Beginn der Vollsitzung hatte der Leiter der Auswärtigen Politik Geschäfte seines Ressorts, überdies Konferenzen, vertrauliche Beratungen und Empfänge erledigt. Er zeigte sich abgespannt, erschöpft, mit allen sichtbaren Zeichen der Ermüdung. Vielleicht sprach, auch wenn er noch zwei Tage vorher die entgegengesetzte Absicht geäußert hatte, statt des Staatssekretärs doch der Kanzler selbst. Aber Graf Hertling enttäuschte die Hoffnung. Er spreche nicht. Er fühle sich nicht wohl. Dem Staatssekretär von Kühlmann wurde eine Depesche überbracht. Sie enthielt genaue Einzelheiten über die in Glasgow von General Smuts gehaltene Rede.

Jetzt erhob sich der Staatssekretär. Er sprach über Ostfragen, über allgemeine Fragen, über die Möglichkeit, den Krieg noch durch Jahre fortzuführen, über bessere Vernunft, wenn man den Krieg kürzen könnte. Ueber die von Balfour aufgestellte unsinnige Utopie von Deutschlands Willen zur Weltbeherrschung. Der Reichstag hörte ohne Unruhe zu. Vorläufig erregte ihn die Rede nicht. Die Geheimsprache des Staatssekretärs, der sie hier vor aller Welt führte, verstand, ahnte der Reichstag nicht. Er

horchte dem Rechenschaftsbericht und den allgemeinen Zeitdeutungen eines Mannes zu, der eben in diesem Augenblick, die Depesche mit General Smuts' Rede in der Hand, am Signalisierapparat stand. Der Staatssekretär polemisierte, immer den anderwärts noch unbekannten Text vor sich, gegen die Ausführungen des Generals, wie er dies zur gleichen Zeit gegen die kurz vorher gehaltene Rede Mister Balfours tat. Er hielt dabei äußerlich seine Polemik so, daß auch die Ohren kriegsgemuter Parteien die stets gewollten Töne der Mannhaftigkeit nicht vermissen mußten, indes er nach innen nichts von Balfours oder General Smuts' Reden ablehnte, was er für wichtig für den Fortgang der vertraulichen Unterhaltung nahm, und daß er trotz der Polemik nur Günstiges sprach, das den Fortgang fördern mußte. Im Reden las er von seiner Depesche die Glasgower Worte des englischen Generals:

„Und es gebe Leute, die unter einem alliierten Sieg die vollständige Niederzwingung Deutschlands, die Ueberschreitung des Rheins und die Diktierung des Friedens in Berlin verstünden: er rechne sich nicht zu jenen Kreisen" — —

Der Staatssekretär wußte genug. Man war auf dem Wege zum Verhandeln. Man war sogar schon mitten in den Verhandlungen drin. Er mußte die deutsche Oeffentlichkeit nicht nur allmählich und vorsichtig vorbereiten. Er mußte drüben auch den Nachweis ihrer Reife erbringen. Er sprach:

„Solange jede Eröffnung von dem andern als Friedensoffensive, als Falle, als falsche Unternehmung, um zwischen den Verbündeten Zwietracht zu säen, aufgefaßt wird, solange jeder Annäherungsversuch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Ländern sofort aufs heftigste denunziert wird, so lange ist nicht abzusehen, wie irgendwie ein Gedankenaustausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führen soll."

Dies sprach er zu den Parteien. Zu dem einen Teil der Parteien, an deren Stillsein und Begnügsamkeit ihm jetzt vor allem lag. Aber an alle Parteien und nach London sprach er:

„Ohne solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidung allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können".

Einen Augenblick setzte er ab. Ein paar Sätze folgten dann noch:

„Unsere Stellung auf den Schlachtfeldern, die ungeheuren Reserven an militärischen Hilfsmitteln, die Lage und die Entschlossenheit im Innern gestatten es uns, eine solche Sprache zu führen. Wir hoffen, daß die Gegner einsehen werden, daß gegen die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, der Gedanke an einen Sieg der Entente Traum und Illusion ist. Sie werden, wie Mr. Asquith es von uns erwartet, seinerzeit den Weg finden, um mit Friedensangeboten an uns heranzutreten, welche der Lage entsprechen und welche den deutschen Lebensnotwendigkeiten genügen".

Er schwieg. Trotz der Müdigkeit und Abspannung hatte ihm der Vortrag keine Schwierigkeit bereitet. Er hatte die genaue Richtlinie. Und das Smutssche Telegramm vor sich. Er wartete auf Widerspruch: voll Hoffnung, daß er ausblieb. Dann war er um einen Riesenschritt vorwärts gekommen. Bis sechs Uhr nachmittags gingen die parlamentarischen Verhandlungen fort auf gewohnte Art. Im Fortgehen hörte der Staatssekretär, der in sein Ministerium mußte, noch die vom Kanzler geäußerte Kritik:

„Kühlmann hat sehr hübsch gesprochen" — —

Den Vizekanzler bat der Staatssekretär, ihn zu vertreten,

bei dringendem Vorfall aber zu rufen. Er fuhr ins Ministerium.

Kurze Zeit darauf durchlief Alarm den Reichstag. Graf Westarp, einer der konservativen Führer, stand am Rednerpult. Eigentlich war Widerspruch gegen die Rede des Staatssekretärs nicht mehr zu erwarten gewesen. Um so heftiger entlud sich die späte Entrüstung des Grafen, in der er mit mancherlei hohen Militärs sich traf, denn auch der Erste Generalquartiermeister beeilte sich, dem Reichskanzler über die vom Staatssekretär vorgetragenen Auffassungen seine Bedenken auszusprechen. Deutlich waren Bekenntnis und Angriff des Grafen Westarp:

„Wie uns unser gutes Schwert den Frieden im Osten gebracht hat, so wird unser Schwert uns den Frieden auch im Westen bringen müssen.

Ich kann deshalb nicht verschweigen, daß der Herr Staatssekretär seiner Erklärung eine Fassung gegeben hat, die es vielleicht zweifelhaft erscheinen lassen konnte, ob er auch dieser Meinung gewesen ist, die ich eben ausgesprochen habe.

Ich kann es mir nicht denken, daß der Herr Staatssekretär das Gegenteil hat sagen wollen.

Ich kann es mir nicht denken, daß der Herr Staatssekretär hat zum Ausdruck bringen wollen, nur Verhandlungen, nicht militärische Entscheidungen allein, würden uns zum Siege führen.“

Der Angriff alldeutscher Politik war da. Kanzler und Staatssekretär hatten den Reichstag verlassen. Graf Westarps verfälschte Fassung der Ausführungen des Staatssekretärs ging unwidersprochen durch das Haus. So konnte sie ausstrahlende Wirkung bis zur Vollsitzung des nächsten Tages üben. Unbehaglich empfand der Staatssekretär den Zwischenfall lediglich in möglicher Fern-

wirkung auf seine vertraulichen Gespräche. Und höchstens war noch sein Verhältnis zum Reichskanzler zu berücksichtigen. Er hatte, ohne ihm bei der Kürze der Zeit die Einzelheiten der Rede vorher unterbreiten zu können, eine Sonderaktion unternommen. Er wollte den Kanzler nicht mitverwickeln.

„Die Rede hätte ich Ihnen vorlegen müssen. Das war materiell, der Zeit nach, nicht möglich. Stehen Sie vollkommen hinter mir? Wenn Sie etwas in der Rede nicht unterschreiben, so gebe ich meine Demission“ — —

Der Kanzler entschied ohne Zögern: er unterschreibe bedingungslos. Er kenne die Situation des Staatssekretärs.

„Wollen Sie heute sprechen?“ fügte er noch hinzu. Das ganze Gespräch, kurz vor der Sitzung nur flüchtig geführt, verflog fast nebenher.

„Eigentlich nicht,“ antwortete der Staatssekretär, „ich will nur korrigieren.“

Dann werde er sprechen — der Kanzler —, um zu beruhigen. Er wolle keine Opposition aufkommen lassen.

Während Graf Hertlings Rede hatte der Staatssekretär allerdings den Eindruck, als gehe der Kanzler mit Zugeständnissen an den alldeutschen Standpunkt ein wenig zu weit. Er selbst bat, da der Text nirgends anders vorlag, den Grafen Westarp um das Stenogramm seiner eigenen Rede, darin der Graf den Staatssekretär angegriffen hatte. Wenn aber der Minister schon den Gegner selbst um Kampfbehelfe bitten mußte, so wollte er die Abwehr wenigstens maßvoll und höflich halten. Der ganze Reichstag, der nicht ahnte, was der Leiter der äußeren Politik zu retten und zu sichern hatte, das ganze Szenarium vor dem Minister, das ihn weder begriff, noch auch zu begreifen vermochte, die lärmendsten Figuranten, die sich wichtig dünkten und hier doch nur eine einzige Rolle glücklich spielen konnten: indem sie auf alle Zwischen-

fälle verzichteten, — sie alle ließen den Staatssekretär kalt, sowie sie ihm nur sein bestimmtes, heimliches Konzert nicht störten. Er selbst gewährte Zugeständnisse. Er selbst ging vielleicht über die Grenzen noch hinaus, die er vom Kanzler als überschritten empfand: unbewußt und mit anderer Orientierung tief beschäftigt. Alle Zugeständnisse war er gefahrlos zu geben imstande, was sein Konzert betraf, und sie alle gab er nur, um eines zu verhindern: lärmschlagende Opposition, für die er jetzt draußen Horchposten auf scharfer Lauer wußte. Was seine Worte über „diplomatische Verhandlungen" anging, so dachte er sich die Klarstellung leicht. Er hatte in Wahrheit genau das Gegenteil dessen behauptet, was der alldeutsche Führer ihm in den Mund geschoben hatte. Er stellte aus dem Stenogramm fest:

„Der Text meiner Rede war absolut klar, in dem Einschieben des »Nur« liegt eine direkte Umkehrung dessen, was ich gesagt habe" — —

Natürlich mußte man nur, um die tatsächliche Entstellung des Grafen Westarp nachzuweisen, das unkorrigierte Stenogramm von des Staatssekretärs Rede hervorholen. Aber der Minister hatte seinen Gegner, damit auch die Gruppe hinter ihm, mit einer Höflichkeit behandelt, die keiner verstand. Er hatte, nur um ihn zu beruhigen und ihn als Störer auszuschalten, ihm alles gelassen, dessen sein Selbstbewußtsein sich rühmen sollte. Ohne Kenntnis des Geheimspiels konnte man, wenn man dazu Lust hatte, die Höflichkeit des Staatssekretärs auch als Schwäche deuten. Mit seiner Nachgiebigkeit in unwesentlichen Dingen hatte er um der wesentlichen Dinge willen auf Noblesse gerechnet. Vielleicht wäre weniger, vielleicht die bloße, trockene Richtigstellung, mehr an erstrebter Wirkung geworden. Denn jetzt irrte der Staatssekretär. Er vergaß, daß sein Entgegenkommen, das nur ihm

verständlich und gefahrlos schien, die Uneingeweihten aufs höchste befremden mußte: von unabsehbaren inneren Voraussetzungen ganz erfüllt, übersah er, daß alle Zuhörer seine Haltung ohne diese Voraussetzung betrachteten. So lief der Kampfruf von des Staatssekretärs Schwäche rasch in den Kampfruf von Umfall und Rückzug über. Und wurde zum Parteischlachtruf gegen einen Mißliebigen und Verhaßten, der endlich eine Blöße bot. Im Lärm verhallten Interpretation und Berufung auf den wahren Text, von den Kampflüsternen gar nicht mehr gehört, ihnen auch gleichgültig: schwer ballte sich die Opposition von Rechts, — sie allein hatte der Staatssekretär gefürchtet.

Niemand wußte außer dem Kanzler, daß der Staatssekretär vor dem Reichstag eigentlich zu ganz anderen Zuhörern sprach, daß Zuhörer und Reichstag, obgleich seine Rede auf doppeltem Geleise lief, gleich zufrieden sein mußten: ohne Graf Westarps schwere, unerwartete Entstellung. Vielleicht war das heimliche Konzert noch zu retten, wenn den Staatssekretär gegen die Anstürme der Kaiser selbst hielt. Der Chef der Auswärtigen Politik hatte sich weder vor den Nächsten seines Amts noch im engsten Kreis von Volksvertretern, schon gar nicht vor der „Obersten Heeresleitung" entschließen können, von angesponnenen Fäden zu sprechen. Den Immediatbericht des Grafen Czernin an Kaiser Karl kannten alle Gegner. An der Tafel der „Obersten Heeresleitung" hatte der Staatssekretär oft genug gesessen und sich dort eben so oft über die Sorglosigkeit vor gewissen Themen verwundert. Er fürchtete menschliche Schwächen, menschlichen Drang zur Mitteilung. Er fürchtete Heimatkorrespondenzen, in denen schon Erstaunliches bisweilen gestanden hatte. Er fürchtete telephonische Andeutungen im Frontbereich, für die es Abhörapparate von musterhafter Vollendung an der fran-

zösischen Front gab. Französische Witterung aber war hier das Schlimmste. Der Staatssekretär handelte: er hatte seine Vollmachten. Aber er hatte geschwiegen. Jetzt, da drohend schwere Gefahr heraufzog, da es keinen anderen gab, der sie noch bannen konnte, eröffnete er sich dem Kaiser.

Er entsandte einen Vertrauensmann. Mit den genauen schriftlichen Unterlagen, die den Gang und die Ergebnisse der Geheimverhandlungen darlegten, traf er in Spa ein, ohne freilich den Kaiser selbst einweihen zu können. Es schien dem Abgesandten, als wünsche Kaiser Wilhelm vorerst möglichst Abstand zwischen sich und die Akteure der Reichspolitik zu legen. So vermittelte der Legationsrat Freiherr von Grünau den Bericht des Abgesandten dem Kaiser, den der Staatssekretär um Geheimhaltung, auch dem General Ludendorff gegenüber, noch in diesem Augenblicke bitten ließ. Kaiser Wilhelm bestätigte die ihm gemachten Eröffnungen in einer Depesche an den Staatssekretär, die zwar offen ließ, ob man den Verhandlungen oder dem verhandelnden Gegner jene besondere Wichtigkeit zusprechen solle, die ihnen der Leiter der Aeußeren deutschen Politik gab. Aber gegen den Staatssekretär selbst stellte sich der Kaiser mit keinem Wort. Es schien in den Tagen darauf, als vollziehe sich ein Umschwung in der kaiserlichen Haltung gegenüber dem Minister. In wichtiger Beratung über eine der Ostfragen vertrat der Kanzler plötzlich selbst das Ressort des Auswärtigen Amtes und den Gesandten von Rosenberg berief dazu der Chef der Reichskanzlei von Radowitz aus Berlin nach Spa, obgleich eigentlich der Staatssekretär der Beratung hätte anwohnen sollen. In Berlin eröffnete dann der Chef der Aeußeren Politik dem Kanzler seine Bereitschaft zum Rücktritt, den er ihm schon am Tage nach seiner Rede angeboten hatte. Aber da des Kaisers persönlicher Wunsch

ihn zur Uebernahme seines Amtes bestimmt hatte, wollte er auch vom Kaiser selbst die Entscheidung über seinen Abschied erbitten. Die Festsetzung des Zeitpunktes für den Empfang zog sich hin. Aber endlich reiste der Staatssekretär nach Spa.

Dem Kaiser zeichnete der Staatssekretär am 7. Juli 1918 das Bild kommender Entwicklungen in jener Haltung, die der Rang hier fordern konnte, ohne jede Verschleierung. Er gäbe seine Demission. Aber amtlich müsse er abraten, die Demission anzunehmen. Weltgeschichtlich sei der Augenblick, wie kein anderer bisher, der Krieg sei verloren, wenn die Fäden nicht zur Brücke würden. Stark seien längst die Linksparteien geworden. Dann sei der Träger der Krone, die Dynastie, das Reichsdasein, dann sei alles bedroht — —

Noch am Vortage hatte der Kanzler in Spa den Eindruck gehabt, daß der Rücktritt abgelehnt werde. Er hatte den gleichen Eindruck am nächsten Morgen, vor dem Eintritt des Staatssekretärs in den Garten der kaiserlichen Villa, das Audienzzimmer, nicht mehr. In der nächsten Umgebung des Kaisers weilten in der ersten Juliwoche der Chef des Zivilkabinetts von Berg, ein von aufrichtiger Freundschaft und Hingebung für den Herrscher bewegter Repräsentant altpreußischer Ueberlieferungen, überdies hielt sich in Spa auch gerade der Chef der Reichskanzlei von Radowitz auf, nicht nur bei Kaiser Wilhelm in Gunst, auch von den ersten Generalen geschätzt, von ihnen gern gesehen und oft bevorzugt.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff befand sich in Avesnes. Zwischen den beiden verschiedenen Beurteilungen des Kanzlers, ob der Rücktritt des Staatssekretärs zur Tatsache werden solle oder nicht, hatte General Ludendorff mit einem Ratgeber des Kaisers in langer Unterhaltung aus Avesnes gesprochen. Uebrigens war er am

Morgen nach dem Tage, da der Vertraute des Staatssekretärs vom kaiserlichen Hoflager wieder abgereist war, zugleich mit dem Generalfeldmarschall in Spa eingetroffen. Groß war noch in Avesnes die Erbitterung über den Staatssekretär, über den an der Soldatentafel das Wort vom „Hochverräter“ offen umging. Alle Soldaten in Avesnes sahen durch die Duldung einer Rede, wie der des Staatssekretärs, die Stimmung und Kampfkraft der deutschen Heere gefährdet und sie, deren Vorwärtsdrang gar nicht zu halten wäre, nicht bloß um die Genugtuung einer Entscheidung durch die Waffen, sondern selbst um ihre besten leichtfertig herabgesetzten Erinnerungen betrogen. Der Erste Generalquartiermeister selbst hatte mit dem Staatssekretär eine ganze Reihe schwerer Konflikte durchlebt: das schwerste Zerwürfnis wegen der Ostfragenregelung. Noch konnte er sich des Harrens vor der Tür des Kaisers besinnen, da der Staatssekretär am 2. Januar 1918, unmittelbar vor dem Kronrat von Bellevue, die Nützlichkeit einer „austro-polnischen Lösung“ mit der Absage an jeden deutschen Polenzuwachs, mit der Absage an „einen breiten polnischen Grenzstreifen“ vertrat. Damals waren General Hoffmann und der Staatssekretär von Kühlmann eines Sinnes gewesen: damals erwuchs beiden die bittere Gegnerschaft des Ersten Generalquartiermeisters. General Hoffmann war schwer zu entbehren. Auch wenn General Ludendorff ihn fortan nicht mehr sprechen wollte. Den Militär hielt der Kriegsherr. Den Staatssekretär behandelte der Erste Generalquartiermeister, ohne seine Abneigung zu verbergen, mit allen sichtbaren Zeichen vermeintlicher Ueberlegenheit. Ueberall spürte er den Widerstand des Staatssekretärs empfindlich: in den Ostfragen, in der belgischen Frage. Immer hatte der Erste Generalquartiermeister seinen Willen bisher nur dann durchgesetzt, wenn seine Ueberzeugung auch die des Staatssekretärs gewesen

war. Immer hatte der Chef der äußeren Politik es sonst verstanden, die Entscheidung des Kaisers für sich zu gewinnen. Jetzt hatte er es gewagt, an die Armee selbst zu greifen, die kaum mehr zu halten war. Nie mußte der Erste Generalquartiermeister gespannter die kaiserliche Entscheidung erharren.

Kaiser Wilhelm entschied den Rücktritt des Staatssekretärs von Kühlmann. Man könne die Armee nicht halten. Der Kanzler riet, daß dennoch der Staatssekretär in Bereitschaft bliebe, wenn die angesponnenen Fäden etwa sich verdichteten. Der Staatssekretär sagte mit seinem fatalistischen Lächeln zu. Der Nachweis, den er über die Friedensreife der deutschen Oeffentlichkeit habe erbringen sollen, sei dadurch nicht eindringlicher geworden, daß man den Kämpfer um den Nachweis öffentlich erschlagen habe. Die Probe des Staatssekretärs von Kühlmann war mißglückt. Er ging.

In das deutsche Hauptquartier reiste der neue Staatssekretär des Auswärtigen Admiral von Hintze.

Admiral von Hintze war ein Mann von vielerlei Gesichtern. Meerangewehte Romantik und hundert Abenteuer, die bald im Salon der Diplomaten, bald auf fernfahrenden Schiffen, oft bei Hofe, am liebsten in exotischen Ländern spielten, umflatterten einen Marineur von eleganter Haltung. Nie sprach der Admiral, seit er als deutscher Gesandter quer durch Krieg und Ozeane seinen Amtsort zwischen Mexiko und Peking, zwischen China und Norwegen tauschte, wenn überall die Schiffsgesellschaft den bestrickenden Charmeur umschwärmte, von Politik und Kunst der Diplomaten. Man wußte nicht, ob es Klugheit, bescheidener Hochmut oder Pose war. Man wußte es so wenig, wie sein helles, blitzendes Augenspiel eine Ent-

scheidung darüber zuließ, ob es zuletzt ein fridericianisches Blitzen wurde oder ein Flirttriumph. Er verstand es, Geheimnisse um sich und die Wichtigkeit seiner Geschäfte zu breiten, wenn er plötzlich, da er eben noch über Musik, über Bücher, über fremde Stämme, über neue Ausgrabungen, über all dies mit scheinbar gleich gründlichem Wissen geplaudert hatte, in seine Kajüte verschwand, um unter Deck — den chinesischen Diener als Abwehr vor der Tür — durch Stunden zu arbeiten. Immer verstand er es, Atmosphären um sich zu schaffen, die eine Unterscheidung zwischen Virtuosentum und Dämonie verwischten. Viele, die ihn kennen lernten, nannten ihn geistreich. Viele, die ihn zu kennen vorgaben, einen Charlatan. Fest stand, daß die Art des Kaufmannssohnes mit den Weltfahrerallüren selbst auf den Kaiser wirkte. Daß er Energie, Schlagfertigkeit, Ueberredungskunst in vielen Augenblicken verraten hatte. Amerikanische Hasser nannten ihn freilich einen Zyniker. Vor dem Kaiser funkelten die politischen Weltgebäude, die er mit blendendem Aufstieg baute. Seine Baumeisterherrlichkeit war leicht, selbstverständlich, von genialer Führung und ihre Erfüllung meist nur von einer Voraussetzung bedingt. Man vergaß mitunter die Vorausetzung, wenn man den Folgerungen zuhörte, worauf er vielleicht rechnete. Den Kaiser bestach das Blitzen und Funkeln, der Geist im Bau. Nie verließ der Wille zum Geistreichsein den Admiral, der zu einem Diner des Botschafters Joffe, da die Republik der Sowjets keine Orden kannte, als Staatssekretär sich eine rote Nelke ins Knopfloch steckte. Mehr als dem „Typ des Diplomaten nachbismarckischer Zeit“ ähnelte er Lord Goring in dem Lustspiel Oskar Wildes, der mit Paradoxen geblendete Salons beherrschte. In den Reichsgeschäften war die Erscheinung neu. Die deutschen Kriegsparteien begehrten ihn für sich, als der heimberufene Gesandte von Chri-

stiania nach der Wilhelmstraße aufbrach. Um oft bewährter Schneidigkeit willen konnte er einer der Ihren sein: sie sahen vor allem den Teufelskerl. Auf der Rhede von Manila hatte er als Flaggleutnant im spanisch-amerikanischen Kriege erfolgreich mit Admiral Dewey verhandelt. In Mexiko die Entschädigungsansprüche für ermordete Deutsche in Korodonga durchgesetzt. Ihn begrüßte der Erste Generalquartiermeister im Großen Hauptquartier als „starke Natur".

Schon da er designiert war, hatte der Admiral eine Aussprache mit General Ludendorff gesucht. Ganz im Gegensatz zu seiner Vielseitigkeit in Abenteuern schien er seine Politik nur auf Wirklichkeit und Nüchternheit stellen zu wollen: dem Technischen seiner Arbeiten und Bemühungen brauchte darum seine Geschicklichkeit nicht zu fehlen. Um die Julimitte hatte er den Ersten Generalquartiermeister vor die klare Frage gestellt, ob er, der General Ludendorff, des Sieges über die Westmächte sicher sei. Der Generalquartiermeister hatte mit seiner Antwort nicht gezögert. Er hatte auch Umschreibungen verschmäht. Die Antwort an den Staatssekretär war ein „bestimmtes Ja" gewesen. So kurze Zeit seither auch verstrichen war: von der Julimitte bis zur Augustmitte hatten sich große Ereignisse an der Westfront abgespielt. Der deutsche Angriff — der Entscheidungsangriff des Generalquartiermeisters — war Abwehr geworden. Und die Abwehr hatte am 8. August überdies einen schweren Stoß erhalten. An der Wahrscheinlichkeit, daß General Ludendorffs Hoffnung auf ein ausgesprochenes Uebergewicht der deutschen Waffen nach solchen Ueberraschungen sich noch erfüllen werde, konnte man zweifeln. Freiherrn von Lersner, dem Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der Obersten Heeresleitung, hatte Kronprinz Rupprecht von Bayern gestanden, daß er trübe in die Zukunft sehe.

Kronprinz Wilhelm hatte die Zukunft dem Baron nicht weniger düster gemalt. Dem Staatssekretär von Hintze stellte Freiherr von Lersner vor seinem Besuche bei General Ludendorff die eigene Auffassung so dar, daß jeder Kriegstag unabänderlicher dem Abgrund zudränge. Zwar kam der Staatssekretär von seiner Unterhaltung von General Ludendorff mit der Versicherung zurück, wie große Genugtuung es ihm bereite, alle Befürchtungen des Freiherrn nach den erhaltenen Auskünften als grundlos zerstreuen zu können. Der Erste Generalquartiermeister hatte seit der zweiten Augustwoche gewiß Tage der Aufregung hinter sich. Seine Depressionen hatten mit noch schärferer Heftigkeit gewechselt, als man sonst an ihm gewohnt war, wenn er mit den Befehlsstellen an der Front sprach. Aber seine Auskunft an den fragenden Staatssekretär um den 13. August ließ die Klarheit nicht vermissen. Der Erste Generalquartiermeister hatte jetzt selbst den Glauben an den Angriffssieg verloren, allein auch dies war noch Rettung auf alle Fälle und also Sieg, wenn sein Ausspruch in diesem Augenblicke sich wirklich bewahrheitete: man würde „durch eine strategische Defensive imstande sein, den Kriegswillen des Feindes zu lähmen und ihn so mählich zum Frieden zu bringen“. Auch die Meinung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg hörte der Staatssekretär: daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und auf solche Art den Frieden zu erzwingen.

Vor allem Wege zum Frieden suchte der Staatssekretär von Hintze, der die Gesamtlage der Mittelmächte nicht mit heiterem Ausblick sah, und er hielt den Zeitpunkt, mit Friedensschritten ernstlich einzusetzen, für um so geeigneter, als die Auffassung der Generale — auch wie sie ihre ersten Offiziere kannten — im Grunde noch optimistisch war. Klug und nur selbstver-

ständlich war ein Abwarten, bis der Vormarsch der Gegner völlig stand, bis alle Welt sah, daß die deutschen Heere endgültig nicht geschlagen, aus Frankreich nicht mehr vertrieben werden konnten. Aber dann war die Zeit zu den Friedensschritten da. Der Staatssekretär sprach von neutralen Kanälen. Er hoffte auf eine Vermittlungsmöglichkeit durch die Königin von Holland. Ein Friedensangebot vor aller Welt wäre Schwäche gewesen: die Darstellung der „Obersten Heeresleitung" leugnete die Gründe dazu. Aber über vertrauliche Anknüpfung, über die Inanspruchnahme wohlwollender Gesinnung von Dritten ließ sich reden: gerade von einem Versuch, bei dem Takt, Geschicklichkeit, Geist und Kunst des Einfädelns alles waren, versprach der Staatssekretär sich viel. Den Reichskanzler hatte er, bevor sich Kaiser, Generale, Kanzler und Staatssekretär zum Kronrat des 14. August versammelten, seinen festen Entschluß wissen lassen, daß er ohne die Ermächtigung zu solcher Friedensbemühung nicht im Amte bleiben wolle. Merkwürdig war, daß weder der Generalfeldmarschall, noch der Erste Generalquartiermeister im Kronrat ein Wort über den Gang der militärischen Ereignisse und über die Kriegslage fanden; sie nahmen zur Kenntnis, daß Kanzler und Staatssekretär vom Kaiser die allerdings nur allgemein gehaltene Ermächtigung erhielten, auf einen günstigen Zeitpunkt für Verständigungsschritte durch neutrale Staaten zu achten: indes pflichteten sie weder bei, noch lehnten sie ab. Der Staatssekretär selbst wiederholte schließlich, da der Generalquartiermeister über dies wichtige Kapitel in Schweigen verharrte, die ihm gewordene Auffassung des Generals: an einer strategischen Defensive würden die Gegner zuletzt ermatten, — was General Ludendorff auch jetzt nicht entkräftete. Um so gründlicher konnte der Staatssekretär, da die Not nicht drängte, da Not überhaupt nicht da war, seine Geschicklichkeiten spie-

len lassen. Die Auskünfte der „Obersten Heeresleitung“ waren so gewesen, daß der Staatssekretär am 21. August den Parteiführern im Reichstage jeden Anlaß zu einem Friedensangebot verneinen, Graf Hertling noch am 3. September den Staatsministern gegenüber die gleiche Auffassung vertreten konnte. Und der Reichskanzler glaubte sogar am 15. September noch, den Parteiführern versichern zu dürfen, daß man den Krieg zu Ende führen, aber kein Friedensangebot machen wolle, für das der psychologische Augenblick nicht gegeben sei. So sehr beruhigt von der Auskunft der Generale waren Kanzler und Staatssekretär aus dem Kronrat des 14. August gegangen.

Aber nicht nur Kanzler und Staatssekretär hatten sich Beruhigung geholt: auf Beruhigung war man auch gegenüber dem Kaiser von Oesterreich bedacht, der am Tage des Kronrates im „Großen Hauptquartier“ zu Spa eintraf.

Er kam mit großem Gefolge. Der Minister des Aeußeren Graf Burian war mitgekommen, ebenso Baron Arz, der Chef des Generalstabes. So ernst die Begrüßung der beiden Kaiser sein mochte, sie trug nicht die Zeichen peinlicher Spannung, die Kaiser Karls Aussöhnungsbesuch im Mai begleitet hatte. Kaiser Wilhelm hatte im Frühjahr der Wiener Darstellung keinen Glauben geschenkt, die über die Geschichte der Briefe an den Prinzen von Bourbon gegeben worden war. Er hatte sich aber Kaiser Karl gegenüber, der damals in Spa einen unsteten, unsicheren Eindruck machte, doch den Selbstzwang angetan, äußerlich den Glauben an die Wiener Darstellung zu betonen. Er hatte den Standpunkt vertreten, daß sonst der Bruch erfolgen mußte, der schwerste Verwicklungen gebracht hätte. Kaiser Wilhelm wußte sich also so zu stellen, daß seine Art zu Kaiser Karl nicht unfreundlich war, daß er jede unangenehme Auseinandersetzung vermied und seinen Ka-

binettschefs die Bemühung auftrug, ein noch freundlicheres Verhältnis mit den österreichisch-ungarischen Gästen herzustellen, als bisher, obzwar gerade die Kabinettschefs Kaiser Karl noch mehr mißtrauten, als Kaiser Wilhelm selbst. Der erste Generalquartiermeister vertrat nicht ganz eine Politik ohne alle Reibungen, die Kaiser Wilhelm, indem er Schleier über die jüngste Vergangenheit breitete, jeder Möglichkeit eines Zerwürfnisses voranstellte. Mit dem Generalstabschef Baron Arz geriet der Generalquartiermeister damals in Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft Polens, das Ludendorffs Ansprüche auf einen breiten Grenzstreifen noch immer so zerstückeln wollte, daß nur ein Torso für das Königreich übrigblieb. Baron Arz führte aus, daß der Kaiser von Oesterreich, um König von Polen zu werden, unmöglich Galizien an einen zerfetzten polnischen Rumpf abgeben könne, und er sprach die Befürchtung aus, daß die Haltung General Ludendorffs schließlich einem Konflikt zusteuern könnte. Für solche Entwicklung der polnischen Dinge eröffnete der Generalquartiermeister die Absicht, dem Bundesgenossen den Krieg zu erklären und in Oesterreich-Ungarn einzumarschieren, eine vielleicht nicht ganz zeitgemäße Ankündigung, da man zur „Vertiefung des Bündnisses" nach Spa gekommen war. Aber Baron Arz hielt sie mit der Versicherung, daß man in der Monarchie keinerlei Furcht empfinde, für abgetan, die „Vertiefung des Bündnisses" wurde trotz des Zwischenfalls im Dialog der beiden Generale festgelegt. Für eine Mititärkonvention, gegen die Kaiser Karl sich dem nicht ablehnenden Grafen Czernin gegenüber so sehr gesträubt hatte, war der Kaiser auch jetzt unter keinen Umständen zu gewinnen. Er hieß den Chef des Generalstabes, was den militärischen Teil betraf, lediglich ein allgemeines Abkommen unterzeichnen. Wichtiger waren die vier Punkte, die von dem Staatssekretär

von Kühlmann und dem Grafen Burian unterschrieben wurden, sie sicherten eine Durchdringung so vielfältiger politischer und wirtschaftlicher Interessen beider Reiche, daß sie in Zukunft eine Einheit darstellen sollten, die eigentlich den Rahmen eines Bündnisses weit überschritt. Kaiser Karl empfand das Abkommen, das in einen gewissen Zusammenhang mit der durch Staatssekretär von Kühlmann stets geförderten polnischen Lösungsfrage gebracht worden war, dennoch als eine im Kern belanglose Formsache, durch die er freilich das Eine erreicht hatte, daß aus der äußerlich zur Schau getragenen Freundlichkeit des deutschen Hauptquartiers und Hoflagers fast wirklich etwas wie Wärme geworden war. Er gab seine Zustimmung, ohne sich darum mit Sorgen für die Zukunft zu beschweren, gab sie um so leichter, als er nach seiner Meinung wenig genug versprochen hatte.

Die augenblickliche Stimmungserklärung war ihm die Hauptsache gewesen. Jetzt im August mußte Kaiser Karl keinesfalls mehr mit dem Gefühl kommender deutscher Ablehnung und Kälte eintreffen, die er in viel stärkerem Grade befürchtet hatte, als man sie dann zeigte. Jetzt kam er als der verbündete Monarch, der die Vertiefung mitgeschaffen hatte und den schwere Sorgen drückten. Ernst mußte Kaiser Wilhelm sie anhören.

Kaiser Karl, Graf Burian, Baron Arz: alle drei waren in der Einigkeit nach Spa gereist, daß der Frieden angebahnt werden müßte. Dem Generalstabschef hatte der Kaiser aufgetragen, mit General Ludendorff und Hindenburg zu sprechen, um die Männer der „Obersten Heeresleitung“ davon zu überzeugen, daß die österreichisch-ungarische Monarchie nur bis zum Eintritt des Dezembers den Krieg zu ertragen vermöchte. Graf Burian sollte mit dem Grafen Hertling die Herausgabe eines Friedensangebotes besprechen, das der Außenminister für die aller-

nächste Zeit beabsichtigte. Vor Kaiser Wilhelm hatte Kaiser Karl selbst hintreten wollen:

„Es muß ein Ende gemacht werden."

Kaiser Wilhelm kam von der Unterredung mit Kaiser Karl in ernstester Stimmung. Freiherr von Arz, den sonst Kaiser Wilhelm sogleich ins Gespräch gezogen hatte, bekam freilich mehr den Eindruck von einer Gespanntheit im Wesen des deutschen Kaisers, als von hoffnungsloser Bedrücktheit. Er sprach dann den Generalobersten noch an, wieder wie sonst geworden, aber das Gespräch verlief eigentlich nebenher. Die Einzelfragen wurden mit General Ludendorff beraten.

Der Generalquartiermeister begehrte Truppen für den Westen. Dort lag für ihn immer noch die Kriegsentscheidung: in der Undurchbrechlichkeit der defensiven Haltung. Der Erste Generalquartiermeister hatte einmal im Osten alle Macht in den Händen gehabt; der Westen kümmerte ihn damals noch nicht, und die Entscheidung des Weltkrieges hatte er damals nur in der Entwicklung im Osten gesehen. Dann war er in den Westen hinübergegangen und sein Kriegsbild hatte sich geändert: die Entscheidung war jetzt für ihn nur im Westen denkbar. Ihn hatte immer der Kriegsschauplatz fasziniert, auf dem er sich befand. Mit General Hoffmann, seinem Berater durch mehr als drei Jahre, hatte er sich überworfen. Es war dem Ersten Generalquartiermeister nicht unbekannt geblieben, daß zum Ende 1917 Generalmajor Hoffmann Aussichten hatte, in der Reichskanzlei die Führung als Kanzler zu übernehmen. Der Kronrat von Bellevue hatte aus der Verstimmung einen Bruch geschaffen. General Hoffmann war gegen jede Offensive auf den westlichen Schlachtfeldern; mit dem Prinzen Leopold von Bayern hatte er oft von der Möglichkeit einer Kriegsentscheidung gesprochen, die weder im Osten, noch im Westen, sondern dort

gefunden werden sollte, wo sie nach Rußlands Ausschaltung als ernsthaften Gegners der Marschall Conrad von Hötzendorff schon immer eingeleitet wissen wollte: in Italien. Aber wie der General Falkenhayn, so hatte auch der General Ludendorff den Ideengang des Marschalls nicht begriffen. Ueber den Ersten Generalquartiermeister hatte in den Brester Tagen ein Diplomat das Wort geprägt:

„Er ist ein Karambolspieler, der Eines nicht versteht: daß man den Ball auch treffen kann, wenn man nicht ihn zuerst anspielt, sondern zuerst die Wand des Billards. Er aber muß immer geradezu und nur auf den Ball losstoßen."

Daß man den Westen durch einen Vormarsch in die norditalienische Ebene, mit einer Basis, in Genua, außer Gefecht setzen konnte, sah General Ludendorff nicht ein. General Hoffmanns Einfluß war ausgeschaltet, Mißtrauen war erwacht. Kaum, daß der Generalquartiermeister ihm flüchtig von seinem Schwanken über die Taktik erzählt hatte, wie er seine Westoffensive unternehmen wollte. Der Westen war ihm alles gewesen lange Zeit: jetzt wäre der Weg über Italien zu spät beschritten worden, selbst wenn der Generalquartiermeister ihn nunmehr als gangbar erachtet hätte. Er schlug dem Generalobersten Baron Arz vor, alle Bemühungen der Mittelmächte auf den Kampfplatz im Westen zu vereinen.

Der k. u. k. Chef des Generalstabes hatte selbst noch an eine Anstrengung gegenüber Italien gedacht: trotz Brenta und Piave im Juni 1918. Er hatte, um die Truppen aus den Bergen in die wärmere Niederung zu führen, noch einen Vorstoß von Vittorio her geplant, um die Gebirgsfront in eine Linie von Bassano bis Treviso zu stellen. Es hatte ein gewisser Widerspruch darin gelegen, daß der Generaloberst dem Generalquartiermeister den Monat Dezember als notgedrungenen Endtermin des Krieges für Oesterreich-Ungarn nannte, aber doch noch an einen An-

griff gegen Italien dachte, den er im August oder September unternehmen wollte. Es war der immer wieder beobachtete Vorzug und der Nachteil in der Art des intelligenten Generals, daß er meist zwei Dinge auf einmal erwägen, daß er immer Vorteile und Nachteile beider Dinge sofort vorrechnen und sich in jeder Richtung entscheiden konnte, wie es einmal der Kaiser, ein andermal General Ludendorff wünschte, denen beiden gern entsprechen wollte. Ueberhaupt war Baron Arz mehr Kommentator, als Inspirator, mehr Chef kaiserlicher Militärkanzlei als Chef des Generalstabes, wozu noch die Verpflichtungen einer Art Generaladjutanten kamen, den sein Souverän unaufhörlich in den Hofzug steckte. Selten widersprach Freiherr von Arz einer Absicht offen; höchstens war er ein Warner von gefälliger Vermittlung in burschikoser Tonart. Aktiv hatte er bisweilen glänzende Einfälle; da er alle möglichen Nebenströmungen und Selbständigkeiten von oben, von unten und neben sich duldete, verdarb er durch Passivität doch vieles. Vor General Ludendorff ließ er auch die italienischen Pläne jetzt fallen. Und er versprach die österreichisch-ungarischen Divisionen für den Westen um so lieber, als General Ludendorff sich nichts weniger als pessimistisch gab. Der Erste Generalquartiermeister mußte wissen, was er forderte und was er verhinderte, was er tat und wofür er eine Verantwortung übernahm. Der Erste Generalquartiermeister, ob er seine Nerven nun bezwang oder ob er sie versteckte, zeigte sich auch jetzt, da er den Friedenswillen der Gegner durch Abwehr zu erzwingen vorgab, als durchaus „starke Natur".

Er hatte eine Unterredung auch mit Kaiser Karl. Und so ernst, so bedrückt fast der junge Kaiser nach Spa gekommen war: seine Stimmung war sichtlich nach den Darlegungen des Generalquartiermeisters, wenigstens was die militärische Gesamtlage betraf, in erneutes Ver-

trauen umgeschlagen. Er sah Welt und Zukunft, als die Abreisestunde für den Besuch schlug, wieder rosiger. Nicht so leicht war die schwere Stimmung des Außenministers Grafen Burian zu mildern, der dem Kanzler Grafen Hertling von seinem offiziellen Friedensangebot gesprochen hatte. Der Kanzler konnte, schon nach den Ergebnissen des Kronrats, dem Grafen Burian versichern, daß auch die deutsche Politik die ersten Gelegenheiten zu Friedensbemühungen nützen wolle. Aber offizielle Friedensangebote wollte er dem Minister ausreden. Von allen Staatsmännern, die der Krieg in den Vordergrund gestellt hatte, war keiner schwerer als Graf Burian von einer Angelegenheit abzubringen, für die er sich einmal entschieden zu haben glaubte. Er wußte vor jedem Thema hundert „Punkte zu exponieren“, wie er es selbst nannte, er hatte durch solcherlei Expositionen den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg im Teschner Hauptquartier an den Rand der Erschöpfung gebracht — Marschall Conrad sah bei der denkwürdigen Besprechung den übergroßen Kanzler ermattend immer kleiner werden, bis er unter den Tisch zu sinken drohte; seinerseits entdeckte der Kanzler, daß der Marschall endlich einzunicken begann, ohne daß bei solchen Begleiterscheinungen irgendetwas zur Störung für den noch am Schluß exponierenden Minister wurde — und der Zar der Bulgaren traf, malitiös wie er manchmal war, das Doktrinäre des Ministers vielleicht am besten:

„Herr von Burian ist ein Professor. Er glaubt, daß ganz Europa sein Auditorium ist. Es ist es aber nicht“ — —

Ueberzeugt, daß ein öffentliches Friedensangebot verkehrt wirken müßte, war der Minister durch all die Ueberredungskünste des Reichskanzlers nicht. Er trat die Heimreise nach Wien verstimmter an als Kaiser Karl. Wer ihn auf der Reise sah, fand, daß er sogar recht verdrossen dreinschaute. Immerhin hatte er, da von deutscher Seite

ein Friedensschritt bei günstiger Gelegenheit in Aussicht gestellt wurde, das Zugeständnis gemacht, warten zu wollen. Und vor allem die österreichisch-ungarische Seite nichts unternehmen zu lassen, wovon nicht vorher die deutsche Politik verständigt wäre.

Eigentlich war in Spa nicht allzu viel und nichts Bestimmtes erreicht worden. Weder im Kronrat, noch während des Kaiserbesuchs. Wieder war ein Kompromiß alles gewesen: die Stimmung der österreichisch-ungarischen Schicksalslenker war ein wenig gehoben; der Friedensnotwendigkeit zeigte sich die deutsche Seite ohne bestimmte Fixierung geneigter.

Die Westschlachten gingen weiter; Oesterreichs innerpolitische Kämpfe hatten nicht geruht.

Das südslawische Problem begann den österreichischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Hussarek, so spät dies manchem auch scheinen mochte, ganz ernsthaft zu beschäftigen. Sowie er das „Budgetprovisorium" bewilligt erhalten hatte, setzte er sich inmitten seiner Bemühungen, ein Koalitionsministerium an die Stelle seiner Beamtenminister zu bringen — Bemühungen, die er mit allerlei kleinen Zugeständnissen, voll Zähigkeit ohne große Entschlüsse, stets aufs neue wiederholt hatte — mit jenen Faktoren in Verbindung, die zunächst in der wichtigsten aller österreichisch-ungarischen Fragen mitzureden hatten: mit den Ungarn.

Er fand und nannte die Ungarn alle „in die südslawische Frage vertieft"; allein „vertieft" bedeutete dabei so viel, wie daß sie von der Aufrollung des Problems nichts wissen wollten. Eine südslawische Frage hatte es für den Grafen Stephan Tisza nie gegeben, für die Lösung der Südslawenfrage hatte im Frieden wie im Kriege vergeblich Feldmarschall Conrad gekämpft, von

der Südslawenfrage wollte auch jetzt der ungarische Premier Doktor Wekerle keinerlei Kenntnis nehmen. Vielleicht war Prinz Ludwig Windischgrätz noch der einzige, mit dem in gewissen Grenzen man in Budapest überhaupt über das Thema reden konnte. Jedenfalls brachte nur der exzentrische und sonst fast bloß bizarrdenkende Prinz aus unbekannten Gründen — vielleicht auch deshalb, weil ihm von seinen Reisen in Serbien her die großen, gefährlichen Südslawenzusammenhänge wirklich dämmerten — den Kroaten, Serben, Slowenen der Monarchie gewisse Sympathien entgegen. Aber Freiherr von Hussarek hatte sich zunächst an den Premier zu halten. Freiherr von Hussarek berief nacheinander um die Augustmitte drei Ministerräte ein. Er wollte die Ungarn endlich aus ihrer Teilnahmslosigkeit aufrütteln. Die Absicht mißlang. Ungarn ließ sich in der Angelegenheit nicht sprechen. Endlich versuchte es der Ministerpräsident, Ungarn in gewisser Art als völlig selbständige Macht zu betrachten und richtete an seine Regierung eine förmliche Note. Sie hatte so wenig Erfolg, wie alle Bemühungen in der Südslawenfrage bisher. Freiherr von Hussarek fuhr nunmehr nach Budapest. Er hatte dort zwei Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten Wekerle. Was als hohe und seriöse Politik mißlang, glückte vielleicht bei Déjeuner und Mokka. Auch der Generaloberst Freiherr von Sarkotic, der Statthalter Bosniens und der Herzegowina, dessen Meinung wichtig sein konnte zu dem Thema, fand sich von zufälliger Durchreise bei den Ministerpräsidenten ein. Aber der ungarische Premier war zu keinerlei Zugeständnissen zu bewegen, schließlich hatte er einen merkwürdigen Ausgleichsvorschlag: keine weitere Debatte über die Angelegenheiten der Südslawen, da es für ihn nur ungarische Angelegenheiten gäbe — aber, als Entschädigung dann „Lebensmittel bis ins Blaue“. Merkwürdig war das An-

erbieten des Premiers schon deshalb, weil Ungarn bisher eine Ernährungspolitik gegenüber Oesterreich getrieben hatte, die sich immer und bei jeder Gelegenheit hinter dem schweren Mangel im eigenen Lande verschanzt hatte. Es hatte den bitteren Entbehrungen der anderen Reichshälfte zugesehen, hatte Streik, Unruhen, Schwächung jeder Art in Oesterreich nüchtern miterlebt, ohne daß die Nüchternheit ihm sagte, daß solche Politik, die zur Kapitulation der Körper führte, zuletzt auch Ungarn treffen mußte. Jetzt kündigte der Premier überraschendes Brot an, wenn man über die oft zitierte, stets lancierte ungarische „Integrität“ nur nicht sprach. Wenn aber der österreichische Ministerpräsident Freiherr von Hussarek den Vorschlag des ungarischen Ministerpräsidenten sonderbar empfinden mußte, so wunderte sich der ungarische Premier wieder über die Auffassungen des bosnischen Statthalters, der nach dem Mokka ein leichtes Schläfchen hielt.

„Ich habe immer geglaubt: Exzellenz Sarkotic steht auf meiner Seite. Jetzt sehe ich, daß er auf Ihrer Seite steht“ — —

Aber auch der Standpunkt des bosnisch-herzegowinischen Landeschefs, der zwischen den Südslawen regierte, änderte an Meinung und Haltung Doktor Wekerles nichts. Die Budapester Besprechungen verstrichen als angenehmes Déjeuner. Der österreichische Ministerpräsident hätte über der Angelegenheit vielleicht die Kabinettsfrage stellen können. Indes tat er's nicht. Er reiste nach Wien zurück. Nicht nur, weil er mit den Parteien weiterzuverhandeln gedachte. Auch war der deutsche Staatssekretär von Hintze, um sich Kaiser Karl vorzustellen, als Besuch angesagt.

Admiral von Hintze benützte natürlich, als er in den ersten Septembertagen in Wien eintraf, zwischen allerlei Verhandlungen jeden Anlaß, um seine Besprechungen über

den wichtigsten Punkt mit den Bundesgenossen fortzuspinnen: der Friedensschritt stand im Mittelpunkt aller Unterhaltungen. Graf Burian war von dem öffentlichen Friedensangebot, von dem er in Spa gesprochen hatte, nicht zurückgekommen, geschweige denn, daß er den Gedanken fallen gelassen hätte. Aber der Staatssekretär von Hintze, der zu der österreichisch-ungarischen Oeffentlichkeit von „einem strategischen Rückzug" in Frankreich sprach, der ihr versicherte, daß „der Frieden im Westen kommen werde, wie im Osten", der überhaupt in Wien seinen vielbewunderten Geist in Bildern von der Art etwa übte, daß „der Krieg kein Garten sei, in dem man Rosen pflücke", und gerade in jenen Tagen auf den Anspruch eines rheinischen Arbeitervereins von evangelischer Betonung mit der Depesche erwiderte:

„Von der Kanzel herab müßte die Zuversicht auf eine siegreiche Beendigung des Krieges gestärkt werden" — —

Der Staatssekretär war in den Wiener Septembertagen voll ausgesprochener Zukunftshoffnung, die sogar neue militärische Taten besprach. Der Erste Generalquartiermeister glaubte inmitten seiner Defensive, für die er an Truppen nicht genug bekommen konnte, an einen frischen Aufmarsch gegen Rumänien denken zu sollen, das noch immer seinen Friedensverpflichtungen nicht oder nur sehr saumselig nachkam. Unter Umständen wollte General Ludendorff Truppen aus der Ukraine, nicht gerade ausgesuchtes Material, zu dem neuen Unternehmen heranziehen. Ihn beeinflußte bei solcher Disposition die Leutenot, die im Westen für jegliche Verwendung herrschte, oder freilich weitabliegende bulgarische Truppenwünsche oder gar die ausgezeichnete Verfassung des rumänischen Heeres nicht, das den Krieg als Waffenhandlung mit einem für den Angreifer verlustschweren Siege über die Truppen des Generalfeldmarschalls von Mackensen bei Maracesti

abgeschlossen hatte. Auch Baron Arz glaubte, für alle Fälle rumänische Vorkehrungen treffen zu sollen. Staatssekretär von Hintze vertrat Ludendorffs Aufmarschgedanken mit Energie. Baron Arz machte keine Schwierigkeit vor einer Unternehmung, die nur als Eventualfall gelten konnte.

An neue Waffentaten dachte der Chef des Generalstabes um so weniger, als ihm der Standpunkt sowohl des Grafen Burian, als auch des Kaisers nicht fremd waren: Kaiser Karl hatte den Ton aufgefrischter und mutgehobener Stimmung, mit dem er von der Unterredung mit dem Ersten Generalquartiermeister gekommen und von Spa abgereist war, längst wieder vermissen lassen. Minister Graf Burian wollte den Frieden, der Ministerpräsident Freiherr von Hussarek war für den Frieden, der Kaiser war jetzt wieder nur stark im Kampfe um den Kriegsabschluß.

Dem Staatssekretär von Hintze wurden alle Ehren für einen erlesenen Gast zuteil. Graf Burian gab ihm im Hetzendorfer Lustschloß ein politisches Déjeuner. Abends bat ihn der deutsche Botschafter Graf Wedel zu Tisch. Zwischendurch machte ihm der ungarische Premier, der in die österreichische Hauptstadt gekommen war, seinen Besuch. Am nächsten Morgen wollte Kaiser Karl ihn empfangen. Allerdings sollte der Admiral nicht unvorbereitet in der Sommerresidenz in Reichenau erscheinen. Vom Déjeuner in Hetzendorf, indes der Staatssekretär sich bei schwarzem Kaffee mit dem Generalstabschef aufs neue unterhielt, ließ der Kaiser den Ministerpräsidenten Freiherrn von Hussarek ins Nebenzimmer an das Telephon holen:

„Bitte, reden Sie mit Hintze. Malen Sie ihm die Situation in den schwärzesten Farben. Noch schwärzer, als sie wirklich ist. Jetzt spricht Arz mit ihm in meinem Auftrag. Sprechen Sie mit ihm abends. Morgen werde ich es selbst tun.“

Der Ministerpräsident hatte die Unterhaltung mit dem Admiral. Aber ein Stoßseufzer entfuhr ihm später:

„Was ist gegen die deutschen Generale zu tun“ — —

Er erinnerte sich auch eines Worts, das der Ministerpräsident Graf Stürgkh vom Reichskanzler Bethmann-Hollweg gehört haben wollte:

„Ja — — aber die Generale: ich darf ja nicht“ — —

Der Staatssekretär hörte am Tage darauf auch die Auffassungen des Kaisers. Aber er blieb gegen den Friedensschritt des Grafen Burian. Er deutete eigene, andere Wege an. Uebrigens schien es jetzt nicht, als sei seine Beurteilung der Kriegslage pessimistisch. Er hatte die Aufmarschpläne durchgesprochen. Er war erfüllt vom alten Vertrauen in die Kraft der deutschen Waffen. Er hatte auch die alte, frische Tonart in den Gesprächen darüber. Nach drei Tagen reiste er ab. Er schien in der Tat ein Mann von vielerlei Gesichtern.

Vielleicht hatte er in Wien nur Maske getragen. Obgleich es dann seltsam war, daß er noch neue Feldzugspläne ernsthaft beriet. Jedenfalls nahm er auf die Reise von Berlin nach Spa, am 8. September, einen Fragebogen des Reichskanzlers an den Ersten Generalquartiermeister mit:

„ob bei grundsätzlicher strategischer Defensive noch gelegentliche Offensivstöße möglich wären, ob die Rückwärtsbewegung des Heeres durch Beziehen einer länger zu haltenden Stellung zum Stillstand kommen würde, auf wie lange das Heer mit Ausrüstung und Verpflegung versehen wäre?“

Der Erste Generalquartiermeister antwortete:

daß Offensivstöße möglich wären; aber über die Zeit nichts zu sagen möglich wäre; daß Einhalt der Rückwärtsbewegung genau zu bestimmen nicht möglich wäre, daß der Stillstand aber bald eintreten werde; daß Aus-

rüstung auf Jahre, desgleichen Verpflegung gesichert wäre, außer Kartoffeln, bezüglich welcher erhebliche Mängel vorlägen.

Obgleich der Staatssekretär von Hintze in Wien einen Standpunkt der Kraft vertreten hatte und obgleich die Antwort des Ersten Generalquartiermeisters sich nicht ungünstig anhörte: die bei seinem Wiener Besuche gewonnenen Eindrücke schienen den Staatssekretär nunmehr dem Entschlusse zuzudrängen, den Endausgang des Krieges doch noch lieber als der Kraft der Waffen, der Kunst der Verhandlungen und den Versuchen zu einer Verständigung anzuvertrauen. Der Staatssekretär von Hintze stand jetzt heimlich dort, wo der Staatssekretär von Kühlmann vor mehr als Jahresfrist schon gestanden hatte. Der Admiral sprach mit der „Obersten Heeresleitung". Sie hatte im Kronrat des 14. Augusts sich völlig teilnahmslos verhalten. Jetzt stimmte sie zu, daß die Fäden einer neutralen Friedensvermittlung sogleich gesponnen werden sollten. An das Auswärtige Amt gab der Staatssekretär von Hintze am 11. September 1918 die Depesche:

„Seine Majestät und Oberste Heeresleitung sind mit sofortiger Einleitung Demarche bei neutraler Macht einverstanden. Bitte Botschafter Wien dies drahten mit Auftrag, es der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung zu notifizieren und zum Beitritt, bzw. Einverständnis aufzufordern, desgleichen Gesandten Sofia und Graf Bernstorff, Talaat Pascha. Bitte Reichskanzler verständigen."

Offenbar hatten sich die Kriegsauffassungen der „Obersten Heeresleitung", da sie jetzt die ausgesprochene Zustimmung zu den Einleitungsarbeiten des Admirals gab, nunmehr doch wieder zum Schlechteren gewendet. Auch wenn sich aus der vorsichtigen Antwort des Ersten Generalquartiermeisters eigentlich eher das Gegenteil her-

auslesen ließ. Aber der Staatssekretär hatte Positives erreicht: der Weg für seine Arbeit lag frei.

Er sprach von Holland, von der Königin der Niederlande, vom holländischen Gesandten in Berlin. Er tat vorsichtig und geheimnisvoll. So war seine Art.

Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußeren wartete. Freiherr von Hussarek, der Ministerpräsident, hatte trotz der verschiedenen Schwierigkeiten, mit denen er selbst im Inneren kämpfen mußte, noch im August die äußere Lage nicht als so ernst empfunden, daß ein Friedensangebot nicht hätte gemacht werden können. Jetzt fand der Minister des Aeußeren, daß sich vor allem die Verhältnisse im Inneren der Monarchie so zuspitzten, daß sie ihn immer schneller zu dem Friedensangebote drängten.

Freiherr von Hussarek hatte noch im August der Oeffentlichkeit erklärt:

„Der Krieg wird aufhören, wenn die Vernunft siegt. Ob dieser Zeitpunkt nahe oder fern ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden."

Gefahren materieller Art hatte er bestritten:

„Unsere Ernährung für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr ist nach den bisher vorliegenden Berichten gesichert; wenn auch äußerste Sparsamkeit nötig ist."

Aber solche Bekenntnisse waren wirklich nur Auffrischung öffentlicher Stimmung. Der Ministerpräsident wußte, daß von den tschechischen Landwirten keine Lieferungen mehr zu erwarten waren. Und was die Vernunft der Gegner betraf, so hatte sie eben die Bundesgenossenschaft mit den Tschechen bekräftigt. Uebrigens waren die Gegner auf dem Vormarsch in Frankreich. Wenn sich der Ministerpräsident von der Außensituation der Innenlage zuwandte, so mußte er sich gestehen, daß sein Verhältnis zu den politischen Parteien, die sich zur Herbst-

tagung im Reichstag wieder versammeln wollten, im besten Falle gleich schwach war, wie im Sommer. Die deutschen Volksvertreter zeigten sich über die Nichterfüllung einiger Zugeständnisse verstimmt, die der Freiherr, nicht sehr entzückt, noch vom Ministerium Seidler übernommen hatte. Der Termin der Erfüllung war jetzt abgelaufen. Auch erklärten sie sich durch die plötzlich bedeutend verstärkte Selbständigkeitspropaganda der Südslawen gereizt, deren Fäden in den Händen des südslawischen Geistlichen Korosec zusammenliefen. So war die Situation des Kabinetts im Herbste eher noch schwächer als im Sommer. Was die Südslawen selbst betraf, so blieb ihre Haltung gegenüber dem Ministerium schroff. Dem geistlichen Propagandisten Korosec mißtraute Freiherr von Hussarek. Er fand andere Südslawen offener. Er behandelte ihn mit Reserve. Und schließlich rief er, als die Propaganda immer herrischer auftrat, in einem Briefe den Südslawenbischof Jeglic gegen ihn auf, von dem der Geistliche natürlich abhängig war. Aber der Bischof deckte den politischen Priester. Seine Antwort führte aus, daß alles nur in loyaler Haltung geschehe und daß es nur darauf ankäme, den Südslawen die gebührende Stellung zu geben. Um solch eine Stellung hatte sich der Ministerpräsident eben erst bemüht, — lediglich mit dem Erfolge, daß jetzt überall Gerüchte von Föderalisierungsplänen in der Monarchie umherschwirrten. Aber um die Widersprüche voll zu machen, beeilte sich der Obmann des „Tschechenverbandes“, selbst dem Gerücht von der Möglichkeit eines Föderalisierungsversuches sofort entgegenzutreten:

„Das Präsidium des Tschechenverbandes hat niemanden zu Verhandlungen mit der Regierung Hussarek über die Verfassungsreform und Umgestaltung Oesterreich-Ungarns in einen Föderativstaat ermächtigt“ — —

Allerdings hatte der Ministerpräsident gerade den

Tschechen noch keinerlei Vorschläge gemacht. Aber die Tschechen sofort den Anlaß benutzt, ihren Abfall von Oesterreich neu zu bekräftigen. Alle Arbeit seit der Julimitte, wohin der Minister auch blickte, war umsonst gewesen. Er stand genau dort, wo er gestanden hatte. Selbst die Mehrheit im Reichsrat war wieder fraglich geworden. Sein Eintreten für die Südslawen, auch wenn er sich über den propagandistischen Bischof und seinen Klerus bitter beschwerte, war trotz der schon reichlichen Abgegriffenheit der staatsmännischen Idee und trotz des späten Zeitpunktes noch ein Entschluß gewesen. Aber sofort hatte sich Ungarn gewehrt. Jetzt wußte der Minister nicht: sollte er auf der Schaffung des großen Südslawenreiches als neuem Grundpfeiler der Monarchie bestehen; oder sollte er überhaupt „föderalisieren"; oder sollte er vor Ungarn die Waffen strecken — — Auf alle Fälle ließ er die Föderalisierungspläne vorläufig dementieren.

Die Verwirrung wuchs. Sie stieg, da die Widerstände in der Monarchie eigentlich von allen gegen alles kamen. Da keiner nachgab, was ihn betraf, und offenbar kein System und keine Form die vielfältigen, seit der Reichsratseinberufung restlos entfesselten Ansprüche mehr abstimmen konnte. Nicht lange noch konnte es dauern, daß aus der Verwirrung, aus fiebernder Unruhe die Siedehitze wurde. Da griff Graf Burian ein. Mochte immerhin Freiherr von Hussarek sehen, wie er mit seinen Kompromißversuchen weiterwirtschaftete. Mochte auch der Staatssekretär von Hintze sehen, was bei seinen holländischen Experimenten herauskam. Oesterreich-Ungarn mußte jetzt den Frieden anbahnen. Von seiner Ueberzeugungskraft, von seinen lange bei sich herumgetragenen „Exponierungen" versprach der Minister sich in der Wirkung auf die Gegner alles. Und er beschloß, sein Friedensangebot in die Welt zu schicken.

Mit Deutschland war vereinbart worden, daß es von solch einer Aktion in jedem Falle vorher verständigt werden müßte. General Cramon, der deutsche Militärbevollmächtigte, dem sich Kaiser Karl noch einmal darüber ausgesprochen hatte, daß Oesterreich-Ungarn keinen weiteren Aufschub vertrüge, hatte von sich aus alles aufgeboten, um die Buriansche Kundgebung zu verhindern. Aber mehr als die Zusage einer letzten Verständigung Kaiser Wilhelms vor dem Hinausgehen der Note war von Kaiser Karl nicht zu erreichen. Sogleich setzte sich der General mit Kaiser Wilhelm in Verbindung. Und überreichte bald darauf in Reichenau eine eindringliche Depesche des Kaisers, die dem Verbündeten noch einmal von seinem Vorhaben abriet. Aber die Zusage der letzten Verständigung war indes schon erfüllt worden: so schnell, daß die Warnung aus Spa zu spät kam. Die Auffassung des Grafen Burian, zähe festgehalten seit der Mitte August, jetzt noch bestärkt durch die inneren Vorgänge im Lande, hatte sich selbständig durchgesetzt.

Das Friedensangebot wurde veröffentlicht am 15. September. An diesem Tage wurde eine schwere Schlacht an der bulgarischen Front geschlagen.

BULGARIEN

Noch härtere Entbehrung, als im vierten Kriegsjahr die Mittelmächte litten, noch herbere Drangsal, als auf Oesterreich-Ungarn und Deutschland drückte, deren Nährkanäle eigentlich jetzt erst auf schreckhaft plötzliche und sichtbare Art an vielen Stellen versickerten, noch tiefere Erschöpfung lastete auf Bulgarien. Der mazedonische Sommer kam in ein Land, dessen Kraftreste der Winter ausgemergelt hatte. Seit 1912, seit den Stürmen auf Adrianopel und den Tagen von Tschataldscha, die weit zurück waren wie ein Mythos, standen Väter und Söhne im Feld. Sie hatten mit den Serben gekämpft und den Bund mit ihnen zerrissen, hatten, um der Beute willen, gegen die Serben geblutet. Die Rumänen waren gegen sie marschiert. Sie hatten „die Fahnen eingerollt", als ihnen zu Bukarest 1913 der Frieden diktiert wurde, stumm, mit zusammengebissenen Zähnen, ihrer Ohnmacht bewußt. Nunmehr wollten sie Jahre der Ruhe, Jahre der Sammlung leben. Der Tag der Vergeltung mußte kommen. Je später er kam, desto sicherer. Und desto furchtbarer —.

Der Zusammenstoß der Völker traf sie zu früh. Der deutsche Unterhändler von Rosenberg mußte vielerlei Ueberredungskünste üben, bis er Bulgarien aus seinem harten Frieden aufstörte. Endlich glückte es, daß der Ministerpräsident Radoslawow sich gewinnen ließ. General Gantschew reiste in das deutsche und das österreichisch-ungarische Hauptquartier. In Pleß unterzeichnete er, mit den Generalen von Falkenhayn und Conrad von Hötzen-

dorf, am 6. September 1915 die neue Militärkonvention. General Gantschew bestand darauf, daß sie die Verpflichtungen des Königreichs — vier Divisionen für den serbischen Feldzug; jede in der Stärke eines deutschen Korps; ferner eine Kavalleriedivision — mit Rücksicht auf die Aufgebrauchtheit der bulgarischen Mittel in bescheidenen Grenzen hielt. Den serbischen Feldzug sollten Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit je sechs Divisionen führen. Die deutsche Oberste Heeresleitung obendrein nach Innerbulgarien, nach Burgas und Varna Truppen schicken, um dort der Möglichkeit russischer Landung vorzubeugen und zugleich die Ruhe aufrecht zu erhalten. Denn auch die Volksnerven, die jahrelange Kriegswirtschaft gereizt hatte, konnten vielleicht unruhig werden.

Der Zar sah sich dann freilich rasch vor größere Opfer gestellt, als er bei der Vertragsunterzeichnung geglaubt hatte, dem Lande noch zumuten zu können. Mit dem serbischen Feldzug war die neue kriegerische Verwicklung nicht abgetan. Vor Saloniki stand plötzlich ein neuer Feind und täglich stärker: die Sarrailarmee. Sie verlangte zu dem bisherigen bulgarischen Aufgebot sechs weitere Divisionen: das waren eigentlich sechs weitere Korps. Und der Krieg mit Rumänien verschlang Kräfte. So hatte das Königreich schließlich mehr als zehn Infanteriedivisionen unter die Waffen gerufen: das waren mehr als zehn Korps. Fast war der bulgarische Bogen überspannt. Nur reichster Gewinn konnte die Anspannung des Landes entschädigen. Nur gemessene Kriegsdauer und richtige Einschätzung der Wichtigkeit des balkanischen Kriegsschauplatzes konnte Gefahren abwenden, die hier nahe waren. Für die Absicht des Generals Conrad, gegen die Sarrailarmee nach der serbischen Niederlage weiterzumarschieren, sie aus Saloniki zu vertreiben und so Bulgarien, zugleich mit den Mittelmächten, in jedem

Sinn aufatmen zu lassen, war der General von Falkenhayn nicht zu gewinnen gewesen. Die sechs Bulgarendivisionen blieben, Gewehr bei Fuß, an der mazedonischen Front. Von fünf Millionen bulgarischer Menschen standen jetzt im ganzen fünfviertel Millionen Männer unter den Fahnen. Müde waren sie alle schon, da man sie gerufen hatte. Aber der Zar hatte gerufen: die Bulgaren hatten gehorcht. Sie schritten jetzt eigentlich ins sechste Kriegsjahr.

Arm lag längst das bulgarische Land. Ueberall darin hatten einst Bauern gewohnt, nur der Scholle verwachsene, nur der Scholle zugewandte Männer: aber schon all die Jahre her wohnte und pflügte kein Bauer auf Grund und Hof. Von Dorf zu Dorf trieben sich nur Weiber und Kinder um; kaum Greise. Die Weiber und Kinder bestellten die Aecker. Und sie bestellten sie schlecht. Die Ernte wurde Mißernte schon zum dritten Mal. Der Boden hatte 1916 versagt. Er gab 1917 noch weniger her. Schlimm waren die Aussichten 1918. Die Bauern hatten keine Knechte, denn Knecht und Bauer waren bei den Fahnen. Die Bäuerinnen hatten kein Vieh. Sie sanken oft unter der Arbeit hin: sie waren nur dürftig genährt. Lebensmittel waren nur wenig im Lande. Selbst auf den Bauernhöfen waren die Schränke leer. Aber wenigstens zum dritten Male sollte, was abermals karge Ernte trug, nicht auf entvölkerten Feldern verdorren. Ihre Verbitterung schrieben die Weiber ins Feld. Heimlich schlich ein Bauer und ein zweiter aus den Linien. Es wurden, als der Sommer stieg, bald mehr. Was Unteroffiziere durften, ließ der Soldat sich nicht verwehren. Selbst Reserveoffiziere wollten den Jammer nicht mehr zu Hause haben. Reserveoffiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die alle eins waren, alle Bauern, begannen sich aus der Front zu stehlen: sie gingen nach Hause arbeiten. Wenn Scheune und Ernte erst in Ordnung wären, wollten sie wiederkommen. In Sofia

wußte man die Heimflucht. Und schwieg. Und sah sie nicht. Keine Regierung in Bulgarien hätte — im achten Kriegsjahr — noch wagen wollen, gegen Bauern und Bauerntrieb aufzustehen. Streifpatrouillen konnte man durch die Felder Galiziens schicken. Ungarn gegen Polen. In Böhmen Salzburger gegen Tschechen. Und holte auch dort keinen zurück. Aber bulgarische Bauern fahndeten nicht auf eigenem Hof. In Sofia drückte die Regierung die Augen zu. In Wahrheit schien Ernten auch wichtiger als alles. Und die Heimflucht der Soldaten wurde groß.

Sie liefen aus Verkommenheit und Zerlumptheit heim, die fast mit allen Truppen draußen auf den Bergen von Bitoli und Peristeri, oben auf Dobropolje und an der Tscherna waren. Auf den Bergen vor Salonik hatten sie einen tiefen Winter lang gefroren, fast zweieinhalbtausend Meter hoch auf dem Tomoros im Schnee ohne Mäntel, sie hatten in Löchern gehaust und die Füße waren ihnen abgefroren: zwanzig von hundert Männern hatten keine Schuhe. Manchmal liehen sie sich Rock oder Stiefel. Unterwäsche hatte keiner. Seit dem Winter, der sich auf Dobropolje bis über den April zog, seit vielen Monaten war die Nahrung nur dürftig gewesen und ohne Kraft. Sie tranken und aßen rote Knoblauchsuppe, Tag um Tag, manchmal gab es altes Maisbrot. Selbst die Offiziere der Stäbe sahen die dicke Hammelsuppe nicht mehr allzu oft, darin Augen und Adern des Tiers als Leckerbissen schwammen. Endlich verbesserte etwas Gemüse die Monotonie des Mangels. Aber Kraft gaben Knoblauchsuppe, Maisbrot und Gemüse nicht, das Maisbrot war so schlecht wie Sand. Die deutschen Soldaten, die gekommen waren, um gegen die Feinde Bulgariens zu helfen, mußten immerzu, was sie selbst als Verpflegung zugewiesen erhielten, heimlich verteilen. Denn gierig sahen, mit dem Haß, der um des Leibes Notdurft entstehen kann, die Bulgaren auf das bessere

Brot. Unklug hatten und in der Herausforderung grausam die deutschen Mannschaften erst damit geprunkt. Klüger waren die Führer. Verpflegung durfte in der Nähe der Bulgaren nicht mehr abgegeben werden; sie hatte fortan wenigstens zwei oder drei Kilometer von bulgarischen Truppen entfernt verteilt zu werden. Die deutschen Kommandostäbe sahen ein, daß sie, soweit sie's selbst vermochten, helfen müßten. Die deutsche Verwaltung half auch mit Mänteln, Uniformen, Schuhen. Aber kein Helfen reichte. Weder mit Nahrung, noch mit Kleidung. Vielleicht erhöhte die Verfahrenheit der bulgarischen Nachschuborganisation die Not der Truppen noch mehr, als die Mittel des Landes bedingt hätten. Drahtseilbahnen zu den Bergen hatte es im Winter noch nicht gegeben; allmählich wurden sie jetzt von deutschen Pionieren gebaut. Alles lastete auf Trägern, deren Ausbildung und Leistungsfähigkeit verschieden waren. Die alten Kampfdivisionen hatten sich tüchtige Trägertrupps herangebildet; neue Regimenter hatten niemand oder nur schlechte Schlepper mitgebracht. Jedes bulgarische Regiment verpflegte sich selbst, aus seinem ihm zugesprochenen Wirtschaftsgebiet, das, weiß Gott, wo, lag und dem Regiment auch verblieb, wenn seine Bataillone an den entgegengesetzten Raum der Front geschickt wurden. Groß war die Verwirrung dieses Nachschubs aus allen Wirtschaftsgebieten, erhöht durch die neugebildeten Regimenter, denen bei der Aufstellung kein Verpflegungsbezirk angewiesen war, so daß sie rechts und links bei den Bezirken der anderen leihen mußten. Was übrigens die deutsche Verwaltung an Aushilfe anwies, erreichte die bulgarischen Truppen auch nicht immer. Kleider, Mäntel, Mützen behielt man gern zunächst in Sofia zurück: als Grundlagen für die Friedenszeit. Dann wanderte ein Teil in die Rekrutendepots hinter der Front. Dort lief die ausgehobene Mannschaft feldgrau im deut-

schen Rock umher, die Mützen hatten keinen Schirm und bald deutsche, bald bulgarische Kokarden, wie sich's gerade traf. Kronprinz Boris, der das deutsche Wollen zur Kräftigung des Heeres sah, hörte bedrückt die Beschwerde des Armeekommandanten von Scholtz über das Verwirtschaften deutscher Zuschüsse. In Sofia wollte der Kronprinz Rat schaffen. Aber der Einfluß des Prinzen Boris reichte nicht weit. Die deutsche Verwaltung begehrte in Berlin Mehrlieferungen für den Balkan. Das Kriegsministerium versprach Unterstützung. Aber der Weg dehnte sich. Und übergroße Eile hatte das Berliner Ministerium für Bulgarien nicht.

Physische Schwäche, Mangel aller Art schufen im bulgarischen Frontheer den Zustand ohne Selbstwehr, der seelischen Krankheitskeim willig annahm und Zersetzung begünstigte. Ein Murren war unter den Truppen, die noch in der mazedonischen Maischlacht 1917 bei Bitoli den Angriff der Gegner in ruhiger und starker Haltung abgewehrt hatten, im Frühjahr darauf. An das Wagnis großer, allgemeiner Offensive dachte deutsche und bulgarische Führung kaum mehr, schon mußte sie sich damit begnügen, wenn die bulgarischen Regimenter zu kleinen, unumgänglich nötigen Unternehmungen vorgingen, wenn ein Frontstück, ein Anschluß in der Einheit der Linien zu verbessern war. Im April hatte bulgarische Infanterie aber auch ein solches Unternehmen schon verweigert, die Führung versuchte umsonst, die Verbindung gegen Albanien hin besser zu sichern, und kaum vier Wochen später begegneten Truppen der 5. bulgarischen Division an der Jerebitzna dem Angriff griechischer Regimenter mit offener Meuterei. Jetzt sah auch der bulgarische Generalissimus Jekoff, der in Küstendil saß und sich mit dem deutschen General von Scholtz, überdies mit den beiden Bulgarenprinzen Boris und Kyrill besprach, die Notwendig-

keit zu energischen Besserungsversuchen ein. Die deutschen Stäbe sollten die Neuausbildung der Bulgaren durchführen. Sie sollte erweitert, ein ganzer Ausbildungsstab geschaffen werden. General Burmoff, ein Freund der Deutschen, der nach den militärischen, mit Jekoff geteilten Lehrjahren in der Turiner „Scola di guerre“ seine Kenntnisse in Deutschland bereichert hatte, trat mit der Rolle eines Ersten Generalquartiermeisters, General Todoroff, kein militärisches Genie, indes auch er ein Förderer guter Beziehung zwischen den Kampfgenossen, als Stellvertreter des Generalissimus in die „Oberste Bulgarische Heeresleitung“. Mit Jekoff hatte sich im Mai auch der k. u. k. Chef des Generalstabes Baron Arz über die wahre Situation auf dem Balkan ausgesprochen. Auch mit Enver Pascha in Konstantinopel hatte der Generalstabschef sich beraten. Vielleicht konnte doch noch „eine Aktion“ unternommen werden: man prüfte alle Möglichkeiten. Aber vor allem der General von Seeckt riet ab. Den bulgarischen Heereskörpern waren im März die „Korsettstangen“, die deutschen Truppenteile, entzogen worden, die der General Ludendorff für die Kämpfe im Westen brauchte. Ohne die Deutschen würden die Bulgaren zu keinem Vorsturm mehr gebracht. Man mußte zufrieden sein, wenn sie — der General Scholtz glaubte noch an die Wahrscheinlichkeit — die Front überhaupt hielten. Von Baron Arz hatte Enver Pascha schon seit Monaten immer aufs neue Truppenaushilfe begehrt. In Belgrad war ein österreichisch-ungarisches „Asiatenkorps“ ausgebildet und nach der Türkei geschickt worden. Aber da auch bei einer Teilnahme der Türkei und trotz des „Asiatenkorps“ kein Balkanunternehmen, wie die Beratungen ergeben hatten, vorläufig mehr gewagt werden konnte, nahm der k. u. k. Generalstabschef auch sein Korps zurück. Es bekam einige Artillerie und wurde gegen Italien verwendet. Mehr als

moralische Besserung im bulgarischen Heer konnte jetzt nicht angestrebt werden. Die deutschen Stäbe arbeiteten.

Das bulgarische Heer war zunächst klein gewesen, dennoch tüchtig. Allmählich war seine Stärke vermehrt worden, auch mußten die Verluste aufgefüllt werden, die der Armee eine unglückliche Offensive im Frühjahr 1916 und die Kämpfe von 1917 — beide Schlachten von Bitoli — gebracht hatten. Neue Divisionen waren aufgestellt worden, bulgarische Landsturmregimenter wurden Linienregimenter. Alle Regimenter, deren Nummer die Zahl 70 überstieg, waren jetzt, auch wenn sie in der Linie standen, Landsturm. Sie hatten den Küstenschutz bisher versehen, einen trägen und nicht sehr gefahrvollen Dienst, aus dem sie plötzlich in den Gefechtslärm geholt wurden, alte, abgerissene, heruntergekommene Leute ohne Kraft. Ihre Kleidung war verwahrlost, ihre Bewaffnung war ungleichmäßig. Von Kompagnie zu Kompagnie, von Zug zu Zug hatten sie andere Gewehrmodelle. Sie marschierten mit aufgerissenen Schuhen, deren Sohlen sie mit Bindfaden an die Füße banden. Und eigentlich waren sie keine Bulgaren, sie durchbrachen, wenn sie die Lücken ausfüllten, die bulgarische Einheit, die bis dahin bestanden hatte. Mit ihnen kamen Griechen, Serben, Türken, Kutzowalachen in die Front. Sie waren wenig verläßlich. Sie liefen gern über. Von diesen neuen Truppen kannte und nannte man einzelne Regimenter schließlich nicht mehr nach ihrer Fahne. Man nannte sie nach der Ueberläuferzahl, die täglich zu stellen ihnen Regel und Ehrgeiz war.

Von verschiedener Art zeigten sich die bulgarischen Offiziere. Tapfer waren sie ohne Ausnahme alle, aber viele lässig in der Zucht, viele — wenn sie nicht in Deutschland oder Oesterreich-Ungarn studiert hatten — feindselig gegen die fremden Kameraden. Intelligent waren die Reserve-

offiziere, die in all den Kriegsjahren soldatisch viel gelernt hatten. Von den Regimentskommandeuren versagte selten einer im Gefecht. Die Generale der Bulgaren hatten gleichfalls Nerven, auf die sie sich verlassen konnten. Aber mit den meisten war der Umgang schwierig. General Popow sprach lediglich bulgarisch. Sein Stabschef war in Paris gewesen, aber der Kommandeur selbst verriet nicht viel von Weltgewandtheit. Er war Vollblutbulgare, wollte nichts anderes sein. General Kandardjejew war Zar Ferdinands Liebling. Ihm hatte der Zar, da der General die Division am Ochridasee befehligte, den Schutz der Stadt Ochrida und eines königlichen Schlosses besonders ans Herz gelegt. Er war als Untergebener schwer zu behandeln. Von der Gardedivision in Sofia war General Netelkow gekommen. General Kandardjejew liebte den Anflug napoleonischer Allüren; General Netelkow, ein guter Soldat mit ruhigen Nerven, mehr die Betonung weltmännischen Schliffs. Der Abgott des Heeres aber war General Ribaroff, der Kommandeur der dritten Division, der bei Prisrend einst die Serben schwer geschlagen, ihnen die größten Gefangenenziffern aller bulgarischen Siege abgenommen hatte: der Inhalt allen Waffenglanzes der Nation. Die Deutschen ehrte er herzlich und mit aufrichtiger Ueberzeugtheit. Jetzt kränkelte er freilich. Aber bis auf den Tag hatte seine Volkstümlichkeit bei den Truppen keine Grenze. All die Generale kommandierten Divisionen. Wie sie es taten, änderte sich von Kommando zu Kommando. Kandardjejew war sein eigener Generalstabschef. Andere Generale ließen die Generalstabsarbeit die Obersten und Oberstleutnants tun, die ihnen als die Stabschefs zugeteilt waren. Jeder schnitt Umgang und Arbeit in seinem Kommando nach persönlicher Art zu. Mit den deutschen Führern lagen die Bulgarengenerale oft in Reibung, nicht selten durch deutsche Schuld, wenn die fremden Generale

ihr Besserwissen gern betonten und jeden Einwand der Bulgaren mit dem Hochmut abschnitten: „Ich komme aus dem Westen." Sie hatten zur Kunst deutscher Führung unbedingtes Zutrauen, wenn nicht bei einzelnen, wie bei General Lukoff, der in Rußland studiert und einige Jahre als Militärattaché in Paris verbracht hatte, der Haß gegen alles Deutsche die Kritik erstickte. Um seiner Feindseligkeit willen war General Lukoff von seiner Stelle bei der „Obersten Bulgarischen Heeresleitung", deren Operationsabteilung er geraume Zeit geleitet hatte, entfernt worden. Aber auch die deutschfreundlichen Generale hatten häufig genug Grund, statt mit erhitzten Köpfen peinlichen Beratungsszenen beizuwohnen, ihre Wünsche und Ansichten lieber den jüngeren und verbindlicheren deutschen Generalstabschefs vorzutragen und so die unmittelbare Berührung mit den deutschen Führern zu vermeiden. Gereizt war die Stimmung oft von General zu General. Aber der Generalissimus Jekoff, sein Stellvertreter Todoroff, der Erste Generalquartiermeister Burmoff, die beiden Prinzen: alle fanden, daß Arbeit und Ausbildung die Imponderabilien der Stimmung verdrängen müssen. Der Armeekommandant von Scholtz hatte beim Erinnerungsfest an die Befreiung von der Türkenherrschaft die Widerstände gegen die deutsche Erzieherarbeit und ihre notwendige Wirkung offen gegeißelt. Es sollte besser werden. Alle sahen es ein. Die Lehrkurse arbeiteten mit großer Gründlichkeit.

Deutsch waren an der mazedonischen Front im Sommer 1918 eigentlich nur die höheren Befehlsstellen und die Kommandostäbe. Seit der Erste Generalquartiermeister Ludendorff fast alle deutschen Truppen vom Balkan nach dem Westen hatte überführen lassen, waren die deutschen Kampfmannschaften zu zählen und Fremdkörper nur mehr die technischen Kompagnien. Deutsche schwere Artillerie

war vor Saloniki gewesen; aber die Artilleristen waren nach der französischen Front gefahren, ihre Geschütze, die stehen zu bleiben hatten, bekamen die Bulgaren. Der Erste Generalquartiermeister brauchte Menschen für die Schlachtfelder in Frankreich, nicht Haubitzen. Er wollte an Menschen aus dem fernen Südosten immer mehr, schließlich standen in den Bergen ein paar Gebirgsmaschinengewehre, die deutsche Mannschaft hatten, und deutsch waren die Nachrichtentruppen, die Funker, die Leute in den Abhörstationen, die Fernsprechbauer, die Eisenbahntruppen, eine Reihe von Pionierkompagnien, Trains und Kolonnen, die überhaupt selten waren in der Bulgarenarmee, — das äußere, verbindende Gebälk des Heeres. In der weiten Gefechtsfront der Bulgaren standen als das gesamte Kampfkontigent, das die deutsche „Oberste Heeresleitung" dort belassen hatte, drei deutsche Bataillone. Da und dort feuerten ein paar österreichisch-ungarische Batterien. Bulgarisch war die Masse des Heeres, der Kampfkörper; bulgarisch waren überall die Divisionäre, bis auf eine einzige Division, deren bulgarische Truppen ein deutscher Kommandeur befehligte. Ausbildung, Führung, Verantwortung war bei den Generalkommanden, bei den Armeekommanden: sie waren die Köpfe des Bulgarenheeres — fast ausschließlich Deutsche.

Die bulgarische Artillerie pflegte, was ihre Schießtechnik betraf, recht gute Leistung aufzuweisen. Aber in der Verwendung größerer Artillerieverbände fehlte ihr die Uebung, und die Kenntnis moderner Artillerietaktik war nie verbreitet worden. Der Artilleriemannschaft vom Schwarzen Meer, die dort gemächlich ihre Geschütze bedient hatte, bis der Mangel auch sie an die Front rief, fehlte noch mehr. Die deutschen Stäbe vermittelten ihnen allen jetzt in den Divisionsstabsquartieren durch Vorträge, Befehle und Befehlsübungen die nötigste Wissenschaft.

Uebungsritte ins Gelände wurden unternommen. Die neu aufgestellten Regimenter bekamen von Anbeginn deutsche Lehrmeister. Am willigsten lernten die bulgarischen Pioniere und die Minenwerfer. Vielfach halfen die bulgarischen Offiziere ehrlich mit. In monatelanger, eifriger Arbeit hoffte der Ausbildungsstab des Generalmajors von Reutter, hofften alle Stabslehrmeister, daß ein neuer, widerstandsfähigerer Geist in der hart mitgenommenen Armee sich bilden, daß sie dann endlich auch ohne „Korsettstangen" dem Gegner standhalten könnte, — wenn die materielle Aushilfe aus Deutschland nicht allzu lange auf sich warten ließ, wenn der Wille der Machthaber wirklich entschlossen zu den Mittelmächten hielt, und vor allem, wenn Politik und Zersetzung, die in Sofia seit dem Frühjahr umgingen, vom Heere fortblieben.

In Sofia war im Juni 1918 das Ministerium Radoslawow gestürzt. Im Potsdamer „Neuen Palais", noch vor dem Bukarester Frieden, war dem Ministerpräsidenten Radoslawow die Zusage gemacht worden, daß der Besitz der ganzen Dobrudscha an Bulgarien fallen solle. Die Zusage war aus kaiserlichem Munde gegeben — wenn auch der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann sie sofort als Zusage ohne jede Verantwortlichkeit bezeichnet hatte: der Ministerpräsident hatte die Verheißung dennoch mit nach Hause gebracht. Jeder wußte von ihr, jeder rechnete mit ihr. Aber die Bukarester Verhandlungen waren dann eine schwere bulgarische Enttäuschung geworden. Mit den Forderungen, die von den Türken erhoben wurden, wenn die Dobrudscha an Bulgarien kam, hätte sich der Ausgleich finden lassen. Aber was selbst Kaiser Wilhelm als bulgarische Notwendigkeit gelten ließ, vereitelte General Ludendorff, verstrickt in seine Pläne eines deutschen Wirtschaftsgebiets am Schwarzen

Meere und die dadurch nötige Einrichtung mit den Rumänen, vor allem durch allzu lebhafte Förderung übertriebener türkischer Ansprüche. Eigentlich hatte der Ministerpräsident Radoslawow, der von Bukarest nur die halbe Dobrudscha brachte, sich ohne die ganze Dobrudscha nie hinwagen dürfen. Den Bulgaren hatte er in Bukarest gezeigt, daß er sich von Deutschland, von den Mittelmächten, ja, von dem alten Erbfeind, der Türkei, zum Nachteil ganz Bulgariens ausnutzen ließ. Die Zusammenhänge blieben verborgen. Aber in Sofia, in jedem Dorfe, überall an der Front wurde die Erbitterung heiß, wenn das Wort Dobrudscha fiel. Es bedurfte keines weiteren Anlasses, daß Radoslawow ging und der Rechtsanwalt Malinow, ein besserer Bulgare, zur Macht kam.

Radoslawows Politik war in einem Punkte immer klar gewesen: sie hielt zu den Mittelmächten. Jetzt war ein Mann der Lenker des bulgarischen Schicksals, der zwar in dem Augenblicke, da er die Ministerpräsidentschaft übernahm, an den Ueberlieferungen des Bundes mit den Mittelmächten festzuhalten erklärte, der aber bisher, als Führer der demokratischen Partei, aus seinen lebhaften russenfreundlichen Neigungen kein Hehl gemacht hatte. Freunde der Deutschen, ohne jede andere Rücksicht, waren — Madjaroff, Fadenhecht, Daniloff, Moloff — vier Minister seines Kabinetts.

Mit dem Geschäftsträger Amerikas, mit dem Bulgarien nicht im Kriege stand, unterhielt der neue Ministerpräsident ausgezeichnete Beziehungen. Oft reiste der Geschäftsträger durch ganz Bulgarien und überdies nach Saloniki hinüber, ohne daß die neue Regierung Besonderes darin fand. Uebrigens sahen auch die Militärbevollmächtigten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu: auf Bulgarien ließ sich hier schwer ein Druck ausüben, — zumal, wenn Bulgarien nicht wollte. Der amerikanische

Geschäftsträger verfügte über reichliche Geldmittel, auch über reichlich viele Agenten. Er, die Agenten und das Gold rollten im Hochsommer 1918 durch das Land. Gold begann plötzlich in allen Taschen zu klingen: selbst in den Taschen der Soldaten, die es vom Solde nicht ersparen konnten. Reisen unternahm der amerikanische Geschäftsträger, der in Saloniki von Bulgarien und in Bulgarien von Saloniki erzählte, es reisten seine Agenten, es reiste der Präsident des Bulgarischen Roten Kreuzes, Geschoff, in die Schweiz: wie alle Welt in Sofia laut erzählte, in Angelegenheit des Samariterdienstes, wie alle Welt in Sofia sich heimlich bestätigte, um Friedensgespräche anzubahnen. Geschoff reiste bald nach Malinows Amtsantritt. Malinow aber tat nichts, er wollte nichts tun, was nicht die wahre Stimmung des Vaterlandes erheischte.

Ueberall im Hinterlande war die Stimmung gereizt. Urlauber von der Front trugen die Unruhe herum. Sie brachten die Flugzettel und Aufrufe mit, die feindliche Flieger über den Linien abgeworfen hatten. Die Drohung eines großen Angriffes stand in all den Flugblättern, eines Riesenangriffes auf der ganzen Linie, wenn die bulgarischen Soldaten nicht Frieden bis September machten. Aber im Hinterlande kannte man die Flugblätter schon. Sie waren auch dort. Sie klebten bald an einer Hauswand, in den Etappenräumen und auf dem Lande hingen sie an den Bäumen, sorgsam angeheftet. Agenten hatten sie herumgebracht. Und die Schuld am Kriege wäre bei den Deutschen. Von den Deutschen müßten sie sich befreien. Auf allen Bahnhöfen, in allen Zügen, in denen Urlauber fuhren, gab es jetzt Reibung. Für die Beförderung deutscher und bulgarischer Truppenangehöriger waren getrennte Wagen vorgesehen. Bisher war es so gegangen. Freilich waren die bulgarischen Wagen überfüllt. Aber jetzt fragten die Bulgaren nicht erst mehr nach Erlaubnis, auch die deut-

schen Waggons benutzen zu dürfen. Bulgarische Offiziere warfen überhaupt die Deutschen hinaus. Deutsche Offiziere erhoben Protest, bulgarische Eisenbahnoffiziere schritten ein: täglich, stündlich wiederholte sich das Spiel auf allen Stationen. Gereizt war die Stimmung im Lande. Jeder sah dies. Aber der Ministerpräsident wollte die wahre Stimmung auch an der Front ergründen.

Er sandte in den ersten Septembertagen drei Ministerkollegen hinaus. Madjaroff, der Landwirtschaftsminister, Fadenhecht, der Justizminister, und der Kultusminister Kosturkoff fuhren von Abschnitt zu Abschnitt. Die Minister waren auf ihrer Frontfahrt sehr gründlich; selbst ins Feuer kamen sie. Sie sahen Verpflegung und Kleidung. Die deutschen Sendungen begannen an den Endstationen der Bahnen eben erst einzutreffen. Sie hörten die Sehnsucht nach Grund und Hof. Den Stäben klagten sie, im Lande gehe der Glaube um, daß alle Lebensmittel nach Deutschland verkauft würden. Die Truppen nahmen im ganzen den Besuch in teilnahmsloser Haltung auf. Als die Minister abreisten, rief die 1. Kompagnie des 3. Regimentes:

„Es lebe der Frieden!"

Die Minister fuhren nach Sofia. Im Etappenraum, an vielen Stellen, schossen und räuberten kleine Banden, immer fünf oder sechs Mann, die aus der Front entlaufen waren. Seit Ende August waren die kleinen Trupps als Erscheinung überall Regel. Die Minister erstatteten in Sofia dem Präsidenten Malinow Bericht über die Stimmung im Heer.

Aeußerlich stand die ganze Balkanfront der Verbündeten in Ruhe: auch der breite Flügel in Albanien. Dort hatten zwar die österreichisch-ungarischen Truppen im Anfang des Juli eine überraschende Niederlage nach langer Kampf-

pause erlitten, aber der Generaloberst von Pflanzer-Baltin, dem der Kaiser den Befehl über die albanische Armeegruppe daraufhin übertrug, hatte die verfahrene Front rasch wieder zurechtgerückt. In einem wilden Land, inmitten wilder Bevölkerung und täglich wahrscheinlicher Abenteuer war der Generaloberst, der die ihm anvertraute Reorganisation der Hinterlandsarmee seinem Stellvertreter in die Hände legte, der beste Führer. Seinem Sinn für Romantik, der sich im russischen Krieg schon in der Bukowina hatte ausleben können, machte er für seine albanische Aufgabe die modernsten Mittel dienstbar. Ueberraschung und Schnelligkeit hatten ihm immer die Hälfte des Erfolges geschienen. Hindernisse der Reise in ferne, unwegsame Länder kannte er nicht. Er verließ sich nicht auf längst schon langsam knarrende Eisenbahnen. Er flog von Wien nach Fiume. Auf einem Torpedoboot schoß er von Fiume nach Cattaro. Am Mittag des Ankunftstages war er in Cettinje, gleich darauf in Rieka und Skutari. Er reiste mit Auto, Flugzeug und Draisine. Schon zwischendurch hatte er sich, wo es anging, Berichte erstatten lassen. In seinem Hauptquartier Tirana traf er ein, bevor der Stab dort noch recht von seiner Ernennung wußte, und wirbelte die Frontkommandanten durcheinander. Er ließ sie mit Flugzeug aus den vorderen Räumen zusammenholen, untersuchte die Gründe des Julirückzuges streng und wechselte Brigadiere und Divisionäre.

Die albanische Front war in langen Besetzungsjahren allzu sorglos geworden. Eines Tages waren, als der Gegner anzugreifen schien, die Truppen bei Fieri einfach zurückgegangen. Ohne Not. Und die Kommandanten — der eine in Sorge um seine Frau, die nicht weit von ihm in Berat saß, der zweite moralisch völlig zusammengebrochen, der dritte bis zu dem Ereignis völlig in botanische Studien vertieft, darin ihm großes Wissen half — hatten

völlig den Kopf verloren. Sie nahmen die neue Linie bis auf die Höhen südlich des Skumbi zurück, die Stäbe richteten sich, weit vom Schuß, in Elbassan und Ragosina ein, in unsicherer Erwartung, wie weit die Truppen es mit dem Rückmarsch halten wollten. Ihn stoppte der neue Generaloberst sofort. In die Nähe von Lusna ließ er die Kommandanten noch einmal alle zusammenfliegen, zeigte ihnen im Gelände, was er vorhatte, und befahl statt Rückzug gleich für den übernächsten Tag den Angriff. Er wollte das Kloster Ardenica und den Ort Kuci wiederhaben. Die Generale opponierten. Fast an der mazedonischen Grenzfront, dort, wo schon General Kandardjejew mit seiner Ochridadivision stand, waren die albanischen Ostlinien durch den Rückzug von Fieri durch verstärkten französischen Druck bedroht. Die Ostlinien schlugen die Generale vor zu entlasten. Dann wollten sie zurückgehen. Das Armeeoberkommando, ein wenig ängstlich geworden im Zusammenhang aller Sommerereignisse, billigte die Absicht. Der Generaloberst billigte sie nicht. Erstens, meldete er an das Armeeoberkommando, demoralisiere der Rückzug die Truppen. Zweitens verliere man so bloß das Vertrauen der Albanesen. Drittens könne er die Lebensmittel in den Niederungen des Semeni nicht entbehren. Anfangs August griff er an. Und warf den Gegner.

Er hatte, was er wollte, sein Kloster und den Ort Kuci: jetzt wollte er die Höhen südlich davon. Italiener und Franzosen wurden lockerer, ihr Nachdrängen gegen den erst geschlagenen Feind hörte auf. Unmittelbar südlich des Flusses Semeni, wo die Truppen sich jetzt befanden, wollte der Generaloberst nicht stehen bleiben. Er beschloß, die Höhen südlich Fieri und Berat wiederzunehmen. Er flog alle Weile zu den Unterführern, denen er die Skepsis nahm. Befehle gab er zur Geheimhaltung nur mündlich. Die Bereitstellung der Artillerie für den neuen Angriff

arbeitete er selbst, er kroch selbst zu den Batterien, die er falsch aufgestellt fand, jetzt wurden die Geschütze wirklich zweckmäßig angeordnet und gelegentlich, ohne weiteren Infanterieangriff, die Italiener aus ihren Gräben geschossen. Die Armeegruppe zeigte sehr schnell anderen Zug und anderen Mut. Fieri, Berat, Tamoritza wurden genommen. Pflanzers „Orientkorps“ hatte zwischen dem 22. und 25. August bei Fieri und Berat die feindliche Mitte breit durchbrochen. Dann war der Generaloberst eingeschwenkt, und jetzt wartete er auf die 9. Kavalleriedivision, die im Anrollen war. Er trug sich mit großen Plänen. Solange die Italiener in Valona saßen, hatten sie nicht nur die Zufuhr vom Meer. Valona war die Stütze, die Hoffnung und die Zukunft ihrer Herrschaft in Albanien, Stufe und Aufstieg zum Balkan. Die Front des Generalobersten Pflanzer-Baltin war erst wieder ruhig und fest geworden, dann hatte er Vormarsch aus Rückmarsch gemacht. Das ganze Heer war in seiner Faust verändert. Das Spiel aus der Bukowina im Kriegsanfang hatte sich tief im Süden, zwischen Steinen, Sümpfen und Malaria, wiederholt. Er wollte hier alles gleich gründlich in Ordnung bringen, wenn er schon da war. Er beschloß den Angriff auf Valona.

Aber unruhige Gerüchte, nicht mehr als Gerüchte, kamen von den Truppen am Ochridasee.

Gerüchte über bevorstehende Ereignisse an der mazedonischen Front waren dort schon den ganzen Sommer lang im Umlauf. Schon zu Anfang Juli sprachen die bulgarischen Soldaten von der großen Offensive des Feinds, die er selbst ihnen in den Flugblättern androhte, Briefe aus dem Hinterland bestätigten sie, und wenn Urlauber, die doch das Gewissen plagte, zurück zu ihren Regimentern wollten, versuchten noch in den Etappenräumen desertierte

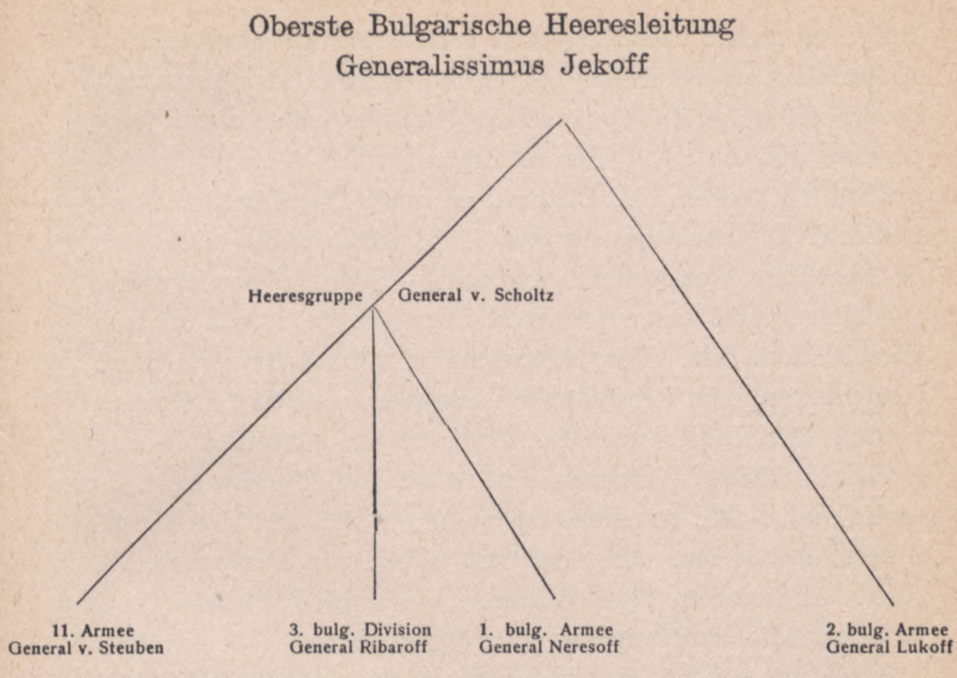
Kameraden, ihnen solch sinnlose Pflicht auszureden: „Alles für Deutschland“ war die Losung, — es hätte keinen Sinn, aus der Sicherheit des Hinterlandes genau in Offensive und Tod zu rennen.

Besorgt war mancher bei den deutschen Stäben. Die Stabschefs der deutschen Generalkommanden meldeten schon Mitte Juli einen kommenden Großangriff dem ihnen vorgesetzten Armeekommando an. Mehr deutsche Truppen wären unumgänglich nötig: aber keinesfalls dürften noch mehr Truppen fortgenommen werden. Noch einmal wiederholten die Stabschefs in der Augustmitte ihre Meldung. Anfangs September begannen die Gerüchte sich zu verdichten. Im Rücken der Front ging die Agitation deutschfeindlicher Werber, gegen die vielleicht das deutsche Armeekommando nie gründlich genug eingeschritten war — der General von Scholtz hatte sich vor Monaten mit jener Rede aus Anlaß des bulgarischen Befreiungsfestes begnügt —, jetzt weit über vorstellbare Grenzen hinaus. Soldaten eines Regiments der 6. Division wurden auf dem Bahnhof in Nisch überzeugt, daß sie zu ihrer Division nach Bitoli nicht zurückkehren müßten, da der Krieg zu Ende und die Division bereits abgezogen sei. Ueberall im Rücken der Front wurde fieberhaft versucht, die Front vorn zu schwächen. Im Schwirren der Nachrichten wurde zuletzt selbst die Stelle, an der der Angriff erfolgen sollte, immer häufiger und immer genauer bezeichnet. Der Tag des Angriffes wurde genannt: der 15. September. Endlich schritten — seit der zweiten Augusthälfte — die Führer zu Vorbereitungen der Abwehr.

Bei Bitoli wurde mit der Verwendung feindlicher Tanks gerechnet. Die Ausbildung der Bulgaren berücksichtigte den Einsatz der furchtbaren Waffe. Die Artillerie wurde im August und September umgruppiert, sie war etwa in

einer Linie aufgestellt gewesen, jetzt wurde sie in die Tiefe gestaffelt. Rückwärtige Stellungen wurden erkundet und eingerichtet, vorn die Schwarmlinien verdünnt und die herausgezogenen Truppen als Reserven ausgebildet. Abschnittweise wurde Verteidigung eingerichtet. Drüben beim Gegner wuchs die Bewegung im September. Die Flieger surrten immerzu. Vor Bitoli keuchten die Lastkraftwagen ohne Unterlaß. Die Eisenbahnen dampften schwer. Truppenverschiebungen begannen. Wo bisher Franzosen gestanden hatten, wurden plötzlich Griechen beobachtet. Offenbar sollten die Franzosen ein Stoßtrupp werden. Das deutsche Generalkommando am äußersten rechten Flügel, an der Grenze nach Albanien zu, gewann die Ueberzeugung, daß vor seiner Front nichts sich ereignen werde. Es zog seine bulgarische Feldartillerie, zog etwas an Reserven aus seinen Linien und bot sie dem Armeekommando für den Nachbarabschnitt an. Dort befahl sie General von Steuben, der Führer der 11. Armee, auch bereitzustellen. Und Reserven bildete das Heeresgruppenkommando Scholtz vor allem aus den Truppen, die aus der Dobrudscha geholt und vor einiger Zeit schon eingetroffen waren. Drei starke Brigaden waren der Hilfseinsatz für den Notfall. Auch hinter dem Ostflügel stand, an der Strumafront, eine gemischte Brigade. Alles in allem: etwa 36 000 Mann. Endlich schien man, so weit die Mittel reichten, zur Abwehr gerüstet. Das „Große Deutsche Hauptquartier" hatte freilich nicht vermocht, Truppen bisher für Mazedonien freizumachen. Die bulgarischen Streitkräfte standen vom Ochridasee, wo sie sich an die albanische Armee des Generalobersten Pflanzer-Baltin anlehnten, bis ans Aegäische Meer.

Die Gliederung der bulgarischen Streitkräfte war in rohem Umriß:



Den bulgarischen Streitkräften standen gegenüber, auch sie in der Anordnung vom Ochridasee zum Meer betrachtet: Italiener, Franzosen, Griechen, Franzosen, Italiener, Engländer, Serben und königliche Griechen unter General Franchet d'Esprey.

Am 15. September, 6 Uhr 30 Minuten begann — genau zu bezeichneter Zeit, am bezeichneten Ort, wie die Gerüchte beide genannt hatten — der Angriff.

Zwei Winkel, zwischen Dobropolje und Bahowo, sprangen aus der bulgarischen Front als südlichste Spitzen: dort überrannte, am heftigsten in ihrer Grenzlinie, General d'Esprey sofort die zweite und dritte bulgarische Division. Am Nachmittag vorher hatte die feindliche Artillerie alle bulgarischen Linien beschossen. Aber jetzt raste, am Morgen des 15. September, das Trommelfeuer auf 40 Kilometer breiter Front nur über die beiden Divisionen nieder. Die

Bulgaren gaben vorstürmender französischer Infanterie im Augenblick nach. Ruhig hatten sie während des Trommelfeuers in sicherem Unterstand gesessen, aber auch jetzt blieben sie, ohne zu feuern, ohne in die Verteidigungsgräben zu wollen, in Unterstand und Maschinengewehrnestern. Die meisten ergaben sich. Man wußte nicht, ob es Apathie, ob es Abmachung war, — jedenfalls: sie wehrten sich kaum. Oder nur in kleinen Trupps. Auch sie auf verschiedene Art. Von rückwärts kam jetzt Reserve. Drei Regimenter. Die Regimenter versagten. Der Riß zwischen beiden Divisionen war da. Zwei 10 cm-Batterien — sie noch verläßlich — fuhren auf. Aber zum Feuern kam es nicht mehr. Die Artilleristen wehrten sich mit den Karabinern und fielen. Aber der Riß blieb: von Franzosen erfüllt. Am ersten Tage drangen sie zwei Kilometer tief zwischen die entzweigerissenen Divisionen.

Lose schwebten sie in dem weiten, wildzerklüfteten Bergland, das mit steilen Hängen und tiefeingeschnittenen Tälern zwar oft Halt und Verlockung zu Widerstand bot. Und auch die feindlichen Geschütze mußten bald schweigen, denn über die Fußsteige und Karrenwege, die es hier nur gab, kam vorläufig höchstens Gebirgsartillerie. Aber die fliehenden Truppen ließen die zweite Stellung, die sich ihnen in den Bergen vorbereitet bot, Stellung sein. Ein Befehl versuchte, sie wenigstens in dritter Linie zu halten. Aber auch die dritte Linie durchbrach sogleich die französische Infanterie im Nachdrängen. Und die Bulgaren zogen weiter. Da verlor General Russeff die Nerven. Er nahm seine geschlagene zweite Division hinter die Tscherna. Den General hatte Nervenpanik erfaßt, von seinem Stabe war er fortgerannt, Offiziere suchten ihn durch Stunden. Weder den Nachbarführern hatte er von seinem Befehle Kenntnis gegeben, was die Verwirrung und das Unheil steigern mußte, noch dem Armeekommando,

das ihn kassierte. Aber bei den Truppen war aus der Apathie des Zurückgehens jetzt plötzlich Aufruhr, Chaos und tobende Zerstörung geworden: sie alle wandelten sich blitzschnell in Marodeure. Die Feuerzeichen aller Rückzüge von Schwergeschlagenen flammten auf. Magazine fielen in Funken und Schutt. Feuer lohte aus allen Bauten. Als Brandstifter kamen sie nach Donje. Und brannten auch dort die Häuser ab. Das Schicksal der dritten Nachbardivision kümmerte sie nicht. Das Loch, das sie trennte, klaffte schon weit. Umsonst schlug sich dort ein sächsisches Jägerbataillon um Besserung. In Auflösung zog, verheerend und zerstörend, Reste einer hunnischen Kampfschar, die dritte Nachbardivision dem Vardar zu. Aber General d'Esprey ließ marschieren: mit Riesenschritten trotz unwegsamer Berge. Am fünften Tage des Angriffs steckte der Keil der Franzosen, 40 Kilometer an der Basis breit, 40 Kilometer tief im bulgarischen Heer. Unberührt hatten bisher seine Flügel sich gehalten. Die erste bulgarische Armee hatte, vor der Front der fünften Division, noch am 20. September die Franzosen, am Tage vorher, vor der Front der 9. Division, die Engländer abgewiesen. Aber jetzt war der Keil in der Mitte so tief, daß sie alle zurückgenommen werden mußten. Und dies war die eigentliche Krise: jetzt drohte überall Zersetzung.

Und überall kam die Zersetzung sofort. Noch wollte die Heeresleitung an die Möglichkeit einer neuen, festen Linie glauben. Am 20. September rief sie die Truppen der Mitte in einem weiten Bogen zurück, der von Bitoli bis hart nach Prilep, von dort nach Gradsko lief; um jeden Preis wollte sie das Vardartal nach Norden sperren. Verstärkungen der ersten und zweiten Armee, von der Struma in Automobilen heraufgeholt, Verstärkungen von rückwärts, konnten vielleicht doch noch, wenn deutsche Offiziere führten, den Riß im

Heereskörper kitten. Dann war alles halbwegs wieder gut: der Anschluß aller Armeen, der Anschluß mit Albanien, die Einheit der ganzen Balkanfront war gerettet. Der Befehl flog hinaus, die Truppen marschierten. Aber jetzt marodierten alle Marschierenden, auch die Ungeschlagenen. Die Automobile von der Struma kamen nicht. Und östlich von Prilep, nicht allzu weit vom großen Riß, darin die Majore Dietrich und Falkenhausen schwere Artillerie beschoß, brachen abermals die Franzosen durch. Dieser 22. September wurde das Ende der ganzen ursprünglichen Front, das Ende auch des Verbindungsflügels nach Albanien. Die Verbindung zerriß: der Generaloberst Pflanzer-Baltin blieb fortan drüben allein seinem Schicksal überlassen. Eine Hoffnung sah die Führung noch: Reserven rollten endlich heran, das „Detachement Sebastopol" und die 9. k. u. k. Infanteriedivision. Vor den Pässen, vor Debra, bei Kicewo, bei Brod sollte der General von Steuben seine Nachhuten lassen; wenigstens Ueskküb wollte er halten; und vor Veles sollte der Generalmajor von Reutter noch einmal Verbindung mit den Ostarmeen suchen. Eine Woche lang marschierte alles. Der rechte Flügel in musterhafter Ordnung: auf elender Gebirgsstraße die erste und sechste bulgarische Division, die sich beide in heftigen Gegenstößen — sie nahmen noch Gefangene davon auf den Rückmarsch mit — gegen die Nachdrängenden wehrten. Aber der Rest mit Meuterei und Plünderung. Quer fuhren dort die Trains ineinander, soweit es Trains noch gab. Wirr disponierten schon die Stäbe. Dann war es so, daß die Franzosen auf kürzerem Wege, der ihnen frei lag, noch schneller als die Bulgaren kamen. Von Kalkandelen warf sie ein schwacher Angriff nicht mehr aus der Stadt. Vier Löcher zeigte nunmehr die gesamte Front. Längst ging die erste Armee auf die altbulgarische Grenze zurück. Und auch Veles lag — statt in seinem

Rücken — vor dem General von Reutter. Die Lage war schon wieder ratlos. Aber noch ehe erwogen werden konnte, wie sie zu klären sei, sprachen auch schon die Funker, — 29. September, 11 Uhr nachts: der Waffenstillstand war geschlossen.

Vier Tage vorher hatte im Sofioter Palais ein Kronrat getagt. Alle Minister hatte der Zar berufen: sie wußten alle, wie ernst die Lage Bulgariens war. Am 21. September schon war der König von Krivolac, von der Front, bei der er sich selbst über die Zustände hatte unterrichten wollen, mit trübstem Eindruck in die Hauptstadt zurückgekehrt. Die schwere Gefährdung von Armee und Reich, das unentrinnbare Unheil, das den Mittelmächten überhaupt drohte, wenn dem Gegner ein Einbruch großen Stils in Mazedonien gelang, hatte der Zar schon vor dem Eintritt einer Krise angesagt. In Nauheim hatte er im August den deutschen Kaiser um Verstärkungen gebeten. Kaiser Wilhelm, klaren Notwendigkeiten nur selten unzugänglich, wenn sie sachlich dargelegt wurden, hatte die Entsendung einer Division in Aussicht gestellt. Seither hatte der Zar seine Warnrufe, seine Bitten um „die tapferen Divisionen" nur verstärkt. Aber seit dem Tage des Durchbruchs, seit dem 15. September bis zur Stunde dieses Kronrates, hatte er Hilferuf um Hilferuf, Depesche nach Depesche sowohl an Kaiser Wilhelm, als auch an den Kaiser von Oesterreich geschickt. Rückhaltlos hatte er dem deutschen Kaiser, zuletzt in langem Telegramm, die ganze Not des Reiches enthüllt:

„Auch er, der König, erkenne die Wichtigkeit der Westfront durchaus an. Er stimme mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg darin nur überein. Aber die Mittelmächte wären in Mazedonien nicht weniger bedroht. Die

Truppen, die jetzt Hilfe brächten, könnten wieder abgezogen werden, wenn die Lage wieder hergestellt wäre. Der Schlag an der mazedonischen Front sei das Verhängnis für alle. An der Südfront verfüge der Gegner über 351 Bataillone, dies wären 221 000 Mann und über 1824 Geschütze. Ihm gegenüber stünden nur 278 Bataillone, etwa 171 000 Mann mit 1500 Geschützen. Aber nicht nur die zahlenmäßige Ueberlegenheit sei zu bedenken. Der bulgarische Soldat sei müde, seit langer Zeit läge er im Graben. Und kaum mehr könne man der Propaganda Herr werden, die im eigenen Lande die Stimmung unterwühle — —"

Aber nicht nur der König depeschierte, General Gantschew, der im Auftrag des Zaren wie der „Obersten Bulgarischen Heeresleitung" sprach, verhandelte ohne Unterlaß, da der deutsche Militärbevollmächtigte Oberst von Massow von Sofia abwesend war, mit dem Gesandten Grafen Oberndorff und dem österreichisch-ungarischen Militärbevollmächtigten Major Güntzel über beschleunigte Hilfesendung. Am 20. September, 4 Uhr nachmittags, sagte als erster der k. u. k. Chef des Generalstabes Baron Arz Hilfesendung zu. Vierundzwanzig Stunden später kündigte die „Oberste Deutsche Heeresleitung" gleichfalls Unterstützung an. Indes: noch immer war die Hilfe nicht da — der Kronrat stand vor schwerer Entscheidung.

Er tagte von 4 Uhr nachmittags bis 11 Uhr nachts. Alle Minister kamen überein, daß Bulgarien außerstande sei, den Krieg fortzuführen. Noch hielten die Minister die Situation nicht für so schlimm, daß von einem Sonderfrieden gesprochen werden mußte. Aber der Vorschlag sollte den Verbündeten gemacht werden, daß Wege zu einem allgemeinen Frieden sofort unternommen würden. Der Zar war einverstanden. Er hob den Kronrat auf. Niemand wußte, was inzwischen geschehen war.

Dreißigtausend Mann, Fahnenflüchtige der dritten Division, waren vom Heer aufgebrochen, indes Zar und Minister berieten, und marschierten im Aufruhr gegen Sofia. Sie griffen das Hauptquartier in Küstendil in den Stunden des Kronrats an. Sie stürmten es. Ein Teil der Meuternden blieb dort, 90 Kilometer von der Hauptstadt entfernt, der Rest drang gegen Radomir vor: auch er in der Richtung auf Sofia. Die Unheilsbotschaften überstürzten sich am Morgen nach dem Kronrat. Nicht nur die Aufrührer standen, wenn sie wirklich schon in Radomir waren, nur mehr vierzig Kilometer vor der Stadt. Nicht nur der Bürgerkrieg mußte jede Stunde beginnen. Die Truppen hatten überhaupt altbulgarischen Boden schon betreten, dort konnten, wenn man nicht stehen blieb, Serben und Griechen die ungezügeltsten Racheakte üben. Revolution und Feind, beide furchtbar im Augenblick, mußten zum Stehen gebracht werden, — zu gleicher Zeit um jeden Preis.

Mit den Truppen sprach der Kronprinz, sprach General Gantschew. Den Bauernführer Stambolijski holte der General aus politischer Haft ins Palais. Der Begnadigte versprach, mit dem Bauernführer Daskaloff selbst zu den Revolutionären zu fahren, um sie durch Ansprache zu beruhigen. Beide reisten sogleich ab. Aus seinem Hauptquartier meldete sich General Lukoff. Die Verstärkungen, die von seiner Armee für den am schwersten gefährdeten Teil der durchrissenen Front bestimmt gewesen waren, hatte der General nicht abgehen lassen. Aber nunmehr drängte er abermals auf Einleitung des Waffenstillstandes. Er selbst wollte nach Saloniki, um ihn zu erwirken.

Aus Berlin meldete zur gleichen Zeit eine Depesche, daß eine Einigung mit den türkischen Ansprüchen der Dobrudscha halber erzielt sei und daß Deutschland dem Zuspruch der ganzen Dobrudscha an Bulgarien als berechtigt nunmehr zustimme. Der Erste Generalquartier-

meister Ludendorff hatte seine Widerstände gegen eine solche Ordnung jetzt fallen lassen. Aber weder General Gantschew, der als erster im Palais die deutsche Depesche las, noch der Ministerpräsident, noch irgendwer in Sofia vermochte am 26. September noch etwas mit einer Nachricht zu beginnen, die sechs Wochen vorher nationale Anfeuerung in jedem Sinne bedeutet hätte.

Jetzt sprach Stambolijski in Radomir wirklich mit den Meuterern. Er beruhigte sie. Er jagte im Auto weiter nach Küstendil: dort warf ihn sein Begleiter Daskaloff in seinen Entschlüssen wieder um. Im Auto fuhren beide am Nachmittage des gleichen 26. September zu den Truppen in Radomir wieder zurück. Nach Sofia depeschierten sie ins Palais die Ausrufung der Republik. Die Dynastie erklärten sie für abgesetzt. Ministerpräsident sei Stambolijski, zum Oberkommandanten der neuen „Nationalarmee" erhob sich Daskaloff. Mit ihm verhandelte General Gantschew eine Stunde lang. Er beschwor den Bauernführer, von unsinnigen Schritten abzusehen. Die Hauptstadt verfüge noch über Truppen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Ueberflüssig und unvermeidlich wäre es, Blut von Bürgern zu vergießen. Kein Beschwören des Generals brachte die Entschlossenen von ihrem Vorhaben ab. Sie ließen die Meuterer marschieren. Sieben Kilometer vor Sofia entbrannte die Schlacht mit dem königstreuen Militär. Sie ging drei Tage lang. Die Revolutionäre wurden geschlagen. Ihre Führer entflohen und verbargen sich. Am 29. September war die Ruhe wieder hergestellt. Aber zwischen Bürgerkrieg und Frontauflösung war die Situation unhaltbar geworden: die Waffenstillstandskommission war abgesendet worden — —

Sie wartete in Sveti Vrac, dem Hauptquartier der zweiten Armee, achtundvierzig Stunden auf die Nachricht, daß General Franchet d'Esprey sie empfangen wolle. Auto-

mobile brachten den Minister Ljapschew, den General Lukoff und den Gesandten Radeff nach Saloniki. Am 29. September, halb 7 Uhr abends, traten sie vor den französischen General, der sie mit rauhen Worten anließ:

Die Franzosen hätten ein Recht, Bulgarien grausam zu behandeln. Bulgarien besäße keine Truppen und sei darum auf seine Gnade angewiesen. Vernichten würden die Franzosen Bulgarien nicht. Sie würden es nicht erniedrigen. Nach Sofia würden sie nicht marschieren. Die Souveränität des Königreiches werde nicht verletzt werden. Aber alle Garantien würden verlangt werden, die nötig seien, um den Fortgang der Operationen zu sichern.

Die Bedingungen des Waffenstillstandes würde die Kommission bald ersehen — —

Den Waffenstillstandsvertrag unterzeichneten die Abgesandten zwei Stunden später. Sie meldeten die Unterzeichnung nach Sofia. Und kehrten ohne Aufenthalt in die Hauptstadt zurück.

Aber in Sofia versagte Zar Ferdinand der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen seine Anerkennung. Seit dem Tage, da in Küstendil und Radomir die Revolte der dritten Division sich erhoben hatte, noch mehr, weil seit dem gleichen Tage die Ueberzeugung in ihm lebte, daß alle Versuche zur Frontfestigung zu spät kämen: seit dem 26. September, dem Vorabend der Schlacht vor den Toren Sofias, gab König Ferdinand die Situation verloren. Er lebte, schwer bedrückt über das nahe Ende einer Politik, die der Inhalt des größten Teiles seines Lebens gewesen war, in völliger Abgeschlossenheit im Palais. Einmal rief er die Parteiführer des Landes zu sich. Nationalisten, Liberale, Radoslawisten traten vor den König: sie schilderten die Gegenwart wie die Zukunft ernst, ohne den

Zaren in ihre Darstellung irgendwie einzubeziehen. Aber der Zar selbst schien sich einem Entschlusse zu nähern. Er ließ die Regierung noch am 26. September wissen, daß er auf den Thron verzichten wolle, wenn nur irgendwer im Lande ihn als Hindernis für innere Ordnung oder für den Frieden ansehe. Die Regierung bedachte sich nicht einen Augenblick: der Zar möchte als Herrscher dem Reiche verbleiben — —

Jetzt legte ihm der Minister Ljapschew die Bedingungen des Generals d'Esprey vor. Er weigerte sich nicht bloß, sie anzunehmen: er verwies auf seine Politik von Jahrzehnten, verwies auf seine ganze Vergangenheit, die ihn den Mittelmächten verpflichtet hätte, verwies auf die völlige Unmöglichkeit, Bedingungen von solcher Art, wie der Vertrag sie enthalte, für seine Person zuzustimmen. Die Beredsamkeit des Ministers erschöpfte sich: der Zar verweigerte überhaupt jede weitere Verhandlung über das Thema — —

Im Kabinett entstand eine Spaltung. Von einem Waffenstillstandsabkommen, wie es die Kommission in Saloniki unterzeichnet hatte, vor allem von seinem vierten Absatz — alle Deutschen, Oesterreicher, Ungarn hatten das Land binnen vier Wochen zu verlassen — wollten auch die Minister Madjaroff, Fadenhecht, Daniloff, Moloff nichts wissen. Aber die Mehrheit des Kabinetts Malinow entschied für die Annahme, — die vier Minister demissionierten: der Waffenstillstand wurde in seinen Bedingungen nicht mehr geändert.

Der Zar blieb unsichtbar. Von seinen Erwägungen, von seinen Entschlüssen erfuhr niemand. Selbst den Ministern blieb das Palais verschlossen. Der König glaubte zu erkennen, daß seine Stellung unhaltbar geworden sei. Zu dem einzigen Generaladjutanten, der in jenen Tagen um

ihn war, sprach er nur in Andeutung davon, daß jeder Einzelne Opfer bringen müsse. Er wolle fort: so sehr er selbst, so tief sein ganzes Leben dem bulgarischen Lande verbunden sei — —

Vielleicht dachte er auch an Möglichkeiten, die er seiner Dynastie noch schaffen könnte, wenn er selbst auf den Thron verzichtete. Mit ihm mußte der monarchische Gedanke nicht stürzen. Die Tage verstrichen. Der Zar wurde immer einsilbiger. Er lebte als Einsiedler.

Nachmittags am 3. Oktober rief er General Gantschew zu sich. Am nächsten Morgen sollte die Sobranje zusammentreten. Sie sollte über Bulgariens Lage beraten. Vielleicht griffen die Radikalen den König an, vielleicht auch nicht: Zar Ferdinand wollte nicht warten. Er hatte seinen Beschluß gefaßt. Allen Möglichkeiten, allen Zufälligkeiten wollte er zuvorkommen. Und den Nachruf des Verrats durch Annahme von Bedingungen, die er um der Bundesgenossen willen nicht billigen durfte, endgültig von seinem Namen streifen — —

Dem General eröffnete er seinen Abdankungsbeschluß. Das Schriftstück wurde sofort aufgesetzt. Der Zar unterzeichnete. Es war nachmittags drei Uhr. Niemand wurde eingeweiht. Der Zar befahl, den Hofzug bereitzustellen. Abends acht Uhr bat er plötzlich den Ministerpräsidenten zu sich. Und erwartete ihn mit dem Kronprinzen.

Er hätte den Thronverzicht beschlossen, erklärte der Zar. Er übergebe dem Premier ein Schreiben, das den Akt besiegle. Hier stehe der Thronerbe — —

Der überraschte Premier zeigte sich tief erschüttert. In seiner Ansprache an den Zaren betonte er das Beispiel des gebrachten Opfers, das auf alle Fälle das Reich vor inneren Wirren gerettet habe. Er sprach sogleich auch den Thronfolger an. Er sprach zu ihm als dem König. Hastig

eilte er sodann aus dem Palais. In den Ministerrat, der noch von nichts wußte — —

Der Hofzug stand bereit. Der Zar kam zu der Stunde, die er selbst zur Abreise bestimmt hatte. Malinow, der Premier, und Sawa Sawow, der Kriegsminister, erschienen zum Abschied; die anderen Minister hatte der König nicht mehr zu sehen gewünscht: das Abschiedswort der Bleibenden barg die Hoffnung des Wiederkommens in stillgewordener Zeit. Die Garden präsentierten. Der Zar fuhr. Ehrenwache gab das Geleite bis an die Grenzen des Reichs. Der Hofzug nahm den Weg nach Belgrad, nach Wien. Zar Ferdinand hatte Bulgarien verlassen — —

Am 4. Oktober, noch rollte der königliche Zug durch Ungarn, grüßte Kronprinz Boris, umsonst in den schwersten Tagen mit Zuruf und Anfeuerung noch unter den zurückflutenden Truppen, die Sobranje als Zar. Der Krieg war für Bulgarien zu Ende. Jetzt kamen freilich auch Serben und Griechen nicht mehr ins Land. Bulgarien versank in Schweigen und Schatten. Den Mittelmächten blieb es fortan verborgen. Der erste Bundesgenosse war verloren. Die Mittelmächte mußten sehen, wie sie sich aufrichteten.

Der Waffenstillstand hatte, was die militärischen Bedingungen betraf, die Kriegsgefangenschaft aller Bulgaren westlich des Meridians von Ueskütb bestimmt. Die deutschen Truppen zwischen den bulgarischen Heerestrümmern waren Partikel, die herausgelesen werden mußten. Die Verbindung mit der Türkei war zerrissen. Drohend wies der Vormarsch des Generals Franchet d'Esprey nach Norden. Die „Oberste Deutsche Heeresleitung" und das „K. u. k. Armeeoberkommando" mußten eiligste Beschlüsse fassen. Baron Arz machte Vorschläge. Natürlich rührten sich nunmehr die Rumänen sofort. Der Chef des General-

stabes war für Zugeständnisse an Rumänien in den Grenzberichtigungen. Er wollte sie aufgeben. Er fürchtete nicht nur den Vorstoß des Generals d'Esprey nach Serbien. Ueber Konstantinopel konnte er, indes die Italiener in Albanien sich auf den Generaloberst Pflanzer stürzten, einen Teil der Salonikiarmee gegen Odessa einschiffen. Vielleicht marschierte er auch in die Walachei; dann kam es zu einem Kampf im Rücken der Verbündeten. Noch unmittelbar vor dem Waffenstillstand der Bulgaren hatte er daran denken können, bei Nisch eine völlig neue Front gegen Süden zu stellen, die zugleich das Morawatal decken sollte. Denn als das Unheil in Mazedonien sich erfüllt hatte, konnte plötzlich der Erste Generalquartiermeister Ludendorff Truppen freimachen. Das deutsche Alpenkorps und die 219. Division rollten nach Nisch, aus Rumänien war die 217. Division in Sofia eingetroffen. Sie sollte nach Nisch weitergehen. Dort nahm die neue Linie auch die deutschen Reste auf, die aus dem Bulgarenchaos sich nordwärts durchschlugen. Aus dem Westen Mazedoniens waren die deutschen Trupps über Vranje heraufmarschiert, unter Mühsal, dennoch in guter Ordnung. Eine Gruppe war über Marsc Prisrend heraufgekommen, wobei ein Teil der Kameraden nach Montenegro abgedrängt worden war. Dies waren — mit der 9. k. u. k. Infanteriedivision — die heimatfernen Reste von 17 000 Soldaten der Mittelmächte, von denen viele in der fremden Erde blieben. Die deutschen Truppen der bulgarischen Ostarmeen, jetzt längst in Altbulgarien, waren in Sofia eingetroffen. In Fußmärschen zogen sie nach Rumänien weiter. Aber die neue Front bei Nisch war kaum mehr zu wagen: die Bedrohung im Rücken blieb zu groß. Baron Arz erwog, gleich an die eigenen alten Reichsgrenzen zurückzugehen. In sechs Wochen konnte dort unter Umständen eine Widerstandslinie von einiger Haltfestigkeit geschaffen werden. Vor allem,

wenn man sich politisch noch mit den Südslawen zu stellen wußte. Aus der Ukraine sollten entbehrliche Truppen in Siebenbürgen gegen die Rumänen gestellt werden. Generalfeldmarschall von Mackensen sollte seine 12. und 14. Division gegen die Donau kehren. Die Truppen von Nisch sollten auf die Donaulinie zurück. Serbien war dann zu räumen. An der Drina stand noch eine Division. Sie konnte die Verbindung mit Westen herstellen. Und nach Frankreich rollten eben zwei k. u. k. Divisionen. Ebensoviel österreichisch-ungarische Infanterie kämpfte in Frankreich schon. Vielleicht konnten die Rollenden angehalten und statt gegen die Franzosen gegen Serbien gekehrt werden. Der Generalstabschef verständigte sich mit dem deutschen Verbindungsgeneral von Cramon, der alle Gedankengänge nützlich fand, nur über das Anhalten der beiden Divisionen auf dem Wege nach Frankreich sollte das „Große Hauptquartier" befragt werden. Alles in allem konnten 9 Divisionen, 5 österreichisch-ungarische und 4 deutsche, die Reichsgrenzen decken.

Und ein neuer Oberbefehlshaber sollte die Operationen leiten: Marschall von Köveß. Seinen Stab bildete der Marschall sofort. Von der italienischen Südwestfront wurde um den General Konopitzki telegraphiert, der als Stabschef den Marschall schon in glücklicheren Tagen, in Italien, in den Karpathen, in Serbien begleitet hatte. Am 6. Oktober traf der General, zwei Tage darauf der Marschall im neuen Hauptquartier in Belgrad ein. Marschall von Köveß umspannte in seinem Befehlsbereich die 11. deutsche Armee des Generals von Steuben; die Besatzungstruppen in Serbien unter dem Generalobersten Baron Rhemen; die Truppen des Generalobersten Freiherrn von Sarkotic in Bosnien, Herzegowina und Dalmatien; die neu heranrollenden Truppen aus der Ukraine; endlich die albanische Armeegruppe des Generalobersten Pflanzer-Baltin.

Drei Wochen waren seit dem Durchbruch in Mazedonien verstrichen. In Serbien, dessen Bevölkerung das Heer des General d'Esprey nahe wußte, darunter serbische Kontingente, begann es zu brodeln. Noch einmal hatte man geschwankt, ob nicht doch die Linie von Nisch hinüber durch das westliche Morawatal zu halten wäre. Jetzt aber sah der Marschall von Köveß die fiebernde Unruhe der Serben täglich wachsen. Im Rücken mußte er unbedingt Ruhe wissen. Er beschloß endgültig, an die Reichsgrenzen zurückzugehen. Das Belgrader Hauptquartier verließ der Marschall am 28. Oktober. Er ging nach dem gleichen Standort Ujvidek, von dem aus er im Oktober 1915 die Erstürmung Belgrads geleitet hatte. Zwei Tage darauf überschritten die letzten nordwärts marschierenden Truppen die Donau. Ganz Serbien war, im allgemeinen in Ordnung, ohne Reibung geräumt. Das Kriegsmaterial darin war im Hauptbestand gerettet. Man stand hier an den Grenzen des Reichs. Der Balkan war und blieb verloren. Denn auch der Generaloberst von Pflanzer-Baltin war tief im Rückzuge.

An alles andere hatte um die Septembermitte der Generaloberst von Pflanzer-Baltin in Albanien gedacht: nur nicht an Rückzug. Mit seinen Generalen hatte er eben erst eine „applikatorische Besprechung wegen Angriffs auf Valona" gehabt; sowie Feldmarschalleutnant Le Gaye mit seiner 9. Kavalleriedivision wirklich da war, wollte der Generaloberst angreifen. Die Wirkung eines Falles von Valona mußte, ganz abgesehen von dem militärischen und politischen Erfolge, weithin bis Mazedonien spürbar sein. Denn eine Hauptversorgungslinie des Generals d'Esprey war dann durchschnitten. Den Nachrichten und Gerüchten, die vom Ochridasee her von Division zu Division über den Hereinbruch großer Ereignisse in Mazedonien

aufflatterten, glaubte er um so weniger, als den Gerüchten alle Einzelheiten fehlten. Phantastische Nachrichten hatte der Krieg in den Schwarmlinien oft genug verbreitet. Daß harte Kämpfe in Mazedonien um die Mitte des September ausgetragen wurden, wußte General Pflanzer. Der Chef des Generalstabes hatte während der Durchbruchskämpfe eine Beurteilung der albanischen Situation einverlangt. In Albanien könne, so hatte er, der Generaloberst, geantwortet, so lange gehalten werden, bis der linke Flügel der Armeegruppe umfaßt würde. Der Generalstabschef hatte der Behauptung albanischen Bodens noch zugestimmt. Er hatte sogar davon gesprochen, daß Albanien als Faustpfand zu behandeln sei. So schlimm konnte also drüben die Situation gar nicht sein. Der Generaloberst fuhr in die Schwarmlinien hinaus, wie so oft, als ihn am 22. September, abends 3/4 9 Uhr, eine Depesche seines Stabschefs traf:

„Bitte an S. Exz. Armeekommandanten sofort folgendes zustellen:

Nach der letzten Meldung des k. u. k. bevollmächtigten Generalstabsoffiziers bei der Heeresgruppe von Scholtz vom 22. 9., nachm. 7 Uhr, hat der Feind an der mazedonischen Front die bulgarische Linie zwischen Prilep und Sradsko, südlich von Ueskküb durchbrochen. In diesem Raum herrscht bei den Bulgaren Anarchie, die Mannschaft pariert den Offizieren nicht mehr. Der rechte Flügel der Heeresgruppe von Scholtz, d. i. der Raum beiderseits des Ochridasees und Prestasees bis nördlich Monastir, erhält Befehl, heute Nacht Vorbereitungen zum Rückzug zu treffen, welcher morgen in der Nacht auf den 24. durchgeführt werden soll, und zwar in der Linie Dibra (Debra)—Krcava (Kicevo)—Pirol (Brod), 40 km nördlich der jetzigen Stellung. Sofortige Rückkehr von Exz. Pflanzer gebeten.

Gez. Oberst Schneider.“

Der Generaloberst eilte zurück in sein Hauptquartier nach Tirana. Vor allem suchte er jetzt zu erwirken, daß am Ochridasee die Bulgaren des Generals Kandardjejew doch noch so lange stehen blieben, bis er sie durch seine 9. Kavalleriedivision ablösen, sich so also vor Ueberraschungen von Osten her schützen konnte. General Kandardjejew sagte zu. Das „Armeeoberkommando" telegraphierte — 23. September:

„Bulgaren geworfen. Durchbruch. Albanische Gruppe hat Rückzug anzutreten. Auf Wiedereroberung Albaniens wird es nicht ankommen. Linie Meer—Skutari—Ipek ist zu halten. Beginn des Rückzuges ist zu melden."

Noch übersieht der Generaloberst, dem mazedonischen Schauplatz fern, nicht die Tragweite jenes Durchbruchs. Dem „Armeeoberkommando" antwortet er, daß er nicht zurückgehe; daß er seine Kavalleriedivision statt der Ochridadivision einsetze; daß er um Unterstellung der Ochridadivision unter sein Kommando bitte. Mit einem Angriff auf Valona wolle er noch zuwarten. Den Divisionären befahl er, für einen möglichen Rückzug vorzudenken und geplante Vorbereitungen ihm zur Genehmigung vorzulegen.

Jetzt schwankte das „Armeeoberkommando". Dann stimmte es — am 24. September — dem Generalobersten voll zu. Nur wollte es der „Obersten Bulgarischen Heeresleitung" nicht dreinsprechen, daß sie dem Generalobersten die Ochridadivision unterstelle, die Truppen Kandardjejews also nicht nach Dibra nehme. Im übrigen schien es jetzt einen Augenblick lang, als würde es bei den Bulgaren stiller. Der Generaloberst schöpfte Atem. Vielleicht konnte er bleiben. In sein Tagebuch notierte er, — 24. September:

„An der mazedonischen Front ruhiger; keine größeren Kämpfe. Ich hoffe, daß alles dort noch zum Stehen kommt."

Aber das „Armeeoberkommando“ hatte jetzt keine Ursache mehr, lange zu schwanken. Es gab aufs neue den Rückzugsbefehl.

Feldeisenbahnen, Verpflegungsmaterial, Fassungsstellen — in zweijähriger Besatzung über das Land verstreut — ein ganzes Heer — viele Kranke: der Rückzug mußte, schon wenn man die Wege bedachte, gründlich ausgearbeitet werden. Am 3. oder 4. Oktober könne er beginnen, meldete der Generaloberst zurück, aber in der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober schon löste er alle Truppen aus den Linien, ohne daß der Gegner es merkte. Der Nachschub mit der Verpflegung des Heeres und ein wenig Artillerie marschierten jeweils einen oder zwei Tagemärsche voraus.

Der Generaloberst hatte im ganzen vier Etappen eines Rückmarsches festgelegt, der durch viele Wochen währen mußte. Er marschierte aus Stellungen, die hart vor Valona lagen und in weitem ausgebauchten Bogen bis in die halbe Höhe des Ochridasees reichten, zunächst in einen Raum, auf dessen einziger Straße von Berat über Lusna die Feldeisenbahn beladen mit tausendfachem Gerät knatterte, der aber sonst lediglich zwei verzweigte Saumwege und von Ardenica nach Kavaja einen Karrweg aufwies. Der Rückzug wurde ein Abenteuer: das Orientkorps, die 47. Division, die 202. Brigade, die 81. Division, die 9. Kavalleriedivision zu Fuß, 160 000 Mann mit Artillerie und Train und Troß krochen über die Saumpfade bis an den Skumbifluß nach Norden. Dies war die erste Etappe. Die Kavalleriedivision marschierte zuletzt. Sie hatte, schon als sie die Bulgaren am Ochridasee ablöste, heftige Gefechte mit Serben. Als auch die Kavallerie zurückmarschierte, griffen bei Kiuks und Elbassan die Serben nochmals an. Dann war vorläufig Stille. Auch die Kavallerie stand am Skumbi.

Dort schaffte der Generaloberst Ordnung in der Masse, die aus den Saumwegen quoll, — die zweite Etappe sollte bis in die Höhe von Durazzo und Vorra führen: zwei Straßen standen zur Verfügung. Die Straße von Ragosina nach Durazzo bog hart bei dem Hafen ostwärts nach Vorra ab; die Straße von Elbassan über den Krabbesattel nach Tirana strebte westwärts, gleichfalls nach Vorra. In Durazzo sollten die Malariakranken eingeschifft werden, etwa 30 000 Mann. Es war die monatliche Zahl der Malariazeit: ihr Abtransport war gerade fällig. Von Durazzo her konnte der Gegner, der natürlich den Rückzug stören wollte, Landungsversuch und Angriff in die marschierenden Kolonnen unternehmen. Aus dem Süden konnten die Serben über den Krabbesattel in die Nachhuten stoßen. Der Generaloberst stellte eine Brigade im Halbkreis vor Durazzo, ein Halbregiment vor dem Krabbesattel auf. Und marschierte über die beiden Straßen in den engen Schlauch der Straße, die die dritte Etappe vorstellte.

Es war die einzige Straße von Vorra nach Skutari. Orientkorps, Division, Brigade, Division und Kavallerie, die 160 000 Mann, marschierten durch den Schlauch. Die Malariakranken hatten sich in Durazzo nicht einschiffen lassen. Sie wollten lieber am Wege sterben, als torpediert werden. Sie krochen am Straßenrand mit, wenn die Karren nicht reichten. Von rechts her tauchten serbische Komitatschibanden auf. Sie standen mit den Truppen in unaufhörlichem Geplänkel. Die Truppen marschierten in tadelloser Haltung. Der Generaloberst war bald an der Tête des sonderbaren Zugs, bald in der Mitte und im Nachtrab. Er ließ alle Truppen irgendwo Revue passieren. Mit den Mirditenfürsten fand er ein Auskommen. Er ließ sie durch Prink Bibdoda zusammenrufen, als er halben Weges auf der Straße war. Sie nahmen kleine Geldgeschenke. Sie wollten mit ihren Albanesen nichts Feind-

liches unternehmen. Nur die Brücke bei Alessio sollte der Generaloberst schonen. Die Brücke wurde geschont. Es ging weiter durch das enge Defilé. Der Generaloberst war in das Abenteuer dieses Rückzugsexperiments, weltfern in einem wüsten Steinland, völlig vertieft.

Endlich war man in Skutari. Etappe vier begann. Eine Straße kroch am Meer entlang. Der Bocche di Cattaro zu. Eine zweite Straße führte nach Podgoritza, von dort nach Ipek. Der Befehl des „Armeeoberkommandos" hatte indes gelautet: an die Reichsgrenzen zurückzugehen. Man konnte das auf beiden Straßen. Aber nicht nur von Skutari, wo sich die 47. Division so lange mit vorbrechenden Serben schlug, bis alles aus dem Schlauch heraus war, auch die Kavallerie, die mitten durch die Division durchgequetscht werden mußte: auch vor Podgoritza, auf der Straße nach Ipek standen jetzt Serben. Sie waren durch das mazedonische Loch marschiert, betäubend schnell, quer über die Berge: jetzt waren sie da. Wenn sie Podgoritza hatten, so waren sie auch in Cettinje. Und gleich darauf in der Bocche di Cattaro. Dann waren 160 000 Mann verloren und eingesperrt. Der Generaloberst wehrte sich.

Die Brigade von der Spitze seines Marsches schickte er gleich nach Podgoritza. Eine Division schickte er nach. Er baute eine Front nach Osten vor der Stadt. Indes die eine Hälfte seines Heeres, so gedeckt, am Meer marschierte, die andere Hälfte vor Podgoritza mit Serben, Insurgenten der Montenegriner und Komitatschis so lange sich herumschlug, bis auch sie langsam der Reichsgrenze zumarschieren konnte, saß der Generaloberst selbst, alle Fäden in der Hand, überall mit den Augen, tief versponnen in die Schwierigkeit jedweden Unternehmens in diesem mittelarmen, abgeschnittenen Land, in Cettinje, gleich weit von seinen beiden Kolonnen. Er saß in der leeren Villa des Prinzen Danilo, halb ärgerlich und zum ersten-

mal verwirrt von einer Depesche, die das „Armeeoberkommando", nach langer Zeit zustimmenden Schweigens zu seinem Tun, ihm plötzlich jetzt in all die Arbeit schickte, ein sonderbares Telegramm, das der Generaloberst überhaupt nicht begriff und das nur Mißverständnis bedeuten konnte. Das „Armeeoberkommando" verlangte, daß der Generaloberst seine Truppen abstimmen lasse, ob sie für die Monarchie oder für die Republik seien. Der Generaloberst warf die Depesche unter den Tisch. Vielleicht war das „Armeeoberkommando" verrückt geworden. Er hatte Wichtigeres zu tun.

Ihm war beim Einlauf der Depesche gemeldet worden, daß vier soeben eingetroffene Marschkompagnien — Ungarn und Rumänen — sich weigerten, nach Rijeka und Podgoritza zu gehen, wo es Kämpfe gab. Der Generaloberst alarmierte die Kompagnien sofort und sprach sie an. Wirr waren die Reden, die sie führten: daß sie ihre ungarische Heimat verteidigen müßten. Aber im Grunde war die Revolte noch gutmütig und einfältig.

„Eure Heimat ist jetzt hier", klärte der Generaloberst sie auf.

Er gab nicht nach. Er schickte sie in den Kampf. Zur Vorsicht verläßliche Gendarmerie mit bis zur Front. Sie murrten, als sie schon im Abmarsch waren. Sie wollten umkehren und mit dem Generalobersten schon abrechnen. Aber sie kehrten nicht um. Sie kämpften wieder.

Merkwürdig schien dem Generalobersten die ganze Stimmung dieser Tage. Bisher war eiserne Disziplin gewesen unter seinen Leuten. Jetzt meldete sich bei ihm nach dem Zwischenfall mit den meuternden Kompagnien der Divisionär von Podgoritza und klagte, daß er seiner Mannschaft nicht mehr ganz sicher wäre. Noch wußte der Generaloberst nicht, ob Wahrheit aus dem immer ein wenig ängstlichen General sprach, oder die Absicht der

Entschuldigung, weil ihm soeben ein kleiner Vorstoß gegen vordrängende Serben mißglückt war. Der Generaloberst brauchte weder den Vorstoß, noch die Klage ernst zu nehmen, aber plötzlich schwere Stimmung begann auf ihn zu drücken. Mit der kaum verhehlten Schadenfreude in den Gesichtern des Bischofs von Cettinje, des zurückgebliebenen, geschmeidigen Hofmarschalls des Königs Nikolaus, mit der Schadenfreude in den Gesichtern aller Notabeln, die den österreichisch-ungarischen Rückzug und Aufbruch aus Montenegro doch noch erlebten, konnte der Generaloberst sich abfinden. Sie sollten, was sie erbaten, sollten Wasserleitung und Elektrizitätswerk unzerstört zurückerhalten, wenn die Komitatschis Ruhe gaben. Mit ihnen wurde er schon fertig. Aber jetzt fiel ihm auf, daß eine tödliche Stille vor ihm im Norden war. Daß das „Armeeoberkommando" seit Wochen eigentlich schon stumm gewesen. Daß er es auch selbst schon ein paarmal umsonst aufgerufen hatte. Nur die merkwürdige, sinnlose Depesche war gekommen, auf die er keine Antwort gab. Auch besann er sich jetzt, jäh vor sich selbst erschreckt, daß sein unmittelbarer Oberkommandant eigentlich der Marschall von Köveß war. Und daß er, ganz vertieft in die Erfüllung seiner schweren Verantwortung, bald auf Karrwegen mit 160 000 Leuten, bald in einem Schlauch, täglich verstrickt in Seitengefechte, seit Monatsfrist auf dem Marsch, mit dem Marschall längst nicht mehr gesprochen hatte. Er saß, so viel er wußte, in Belgrad. Vielleicht aber war er gar nicht mehr dort. Er befahl, die Verbindung herzustellen. Nichts reagierte. Vielleicht waren wirklich, wie er bisher gemeint hatte, von den Insurgenten im Lande die Drähte durchgeschnitten. Aber die Schiffe in der Bocche trugen doch Radiostationen. Von der Bocche war der Weg nach Cettinje frei. Irgendeine Nachricht hätte der Marschall, hätte das

„Armeeoberkommando“, da ihm die Verbindungen in die Monarchie abgeschnitten waren, doch wenigstens nach Montenegro senden können. Er fand sich plötzlich, gespenstisch und einsam, in hohlem, luftleerem, grabstillem Raum, um den herum es dennoch von unheimlichen, verzerrten, bizarren Dingen und Worten schwirrte. Er stand vier Stunden vor Cattaro, vor der Südgrenze der Monarchie, noch einen Tag oder zwei, und er hätte sein ganzes Heer aus dem Steinland herausgeführt: aber dicht vor der Tür ins Vaterhaus war es stumm. Er glaubte nicht, was buntgeputzte, grelle Gerüchte sagten, von Doppelsinnigen vor ihm mit hoffendem Aushorchen vorgetragen. Die lautlose Spannung wurde endlich unerträglich. Am 2. November rief er noch einmal aus der Villa des Prinzen Danilo das „Armeeoberkommando“ an. Er wollte den Stand der ihm anvertrauten Dinge berichten, der besser war, als er beim Abmarsch von Valona irgend hoffen konnte. Er wollte Weisungen, was jetzt zu tun war. Was an den Grenzen der Monarchie weiter zu geschehen hätte. Aber in sein Tagebuch schrieb er, selbst erstaunt über Worte und Inhalte, die dem alten Reitergeneral fremd und neu sein mußten:

„Ich habe so das Gefühl, daß alles zusammenbricht. Wozu meine Armeegruppe noch da ist, zu welchem Zweck, ich weiß es nicht. Jedenfalls führe ich sie noch aus Montenegro, — aber was dann? Meine Verbindungen in die Monarchie, zum „Armeeoberkommando“ existieren nicht mehr, sind alle unterbrochen, muß ganz allein entscheiden und das Zweckmäßige zu treffen suchen.“ — —

Das „Armeeoberkommando“ blieb stumm auch diesmal. In Gravosa notierte der Generaloberst noch einmal:

„Hier rief mich Guzek (der Festungskommandant von Castelnuovo) telephonisch an und meldete mir: In Wien vollständige Anarchie — — der Kaiser geflüchtet — —

unsere Armeen an der Piave und in Tirol, ferner die Armee Köveß in vollem, fluchtartigen Rückzug, raubend und plündernd.“ — —

Er schreibt es nieder. Aber er glaubt es nicht. Ungeheuerliches scheint freilich geschehen. Und Unbegreifliches. Vielleicht wird sich die Wirrnis klären. Nur eines weiß der Generaloberst Pflanzer-Baltin: 160 000 Mann brachte er aus Albanien. Er brachte sie mit den Waffen. Er kam als ungeschlagener Feldgeneral. Man schrieb den 4. November 1918. Und er beging das Namensfest des Kaisers Karl.

WAFFENSTILLSTANDSBITTE

Der Rückmarsch der österreichisch-ungarischen Truppen aus Albanien war, als die Orientarmee des Generals Franchet d'Esprey sich ein offenes Tor durch Mazedonien erzwungen hatte, ein Rückschlag von augenblicklicher und selbstverständlicher Folge. Ihm kam nur örtliche Bedeutung zu. Aber, indes der Generaloberst von Pflanzer-Baltin, unter dem Eindruck lakonischer Anfangsmeldungen, noch Tagebuchnotizen der Hoffnung niederschrieb, indes er mit dem Ueberlegenheitsgefühl, das ihm die Stärke der eigenen Kampflinien gab, sich mit der Wahrscheinlichkeit vorübergehender und heilbarer Einbußen bei den Bulgaren noch trösten wollte, spielte der Draht die Nachricht des Vollzogenen auch schon vorhängnisschwer und als Schicksalsankündigung in die Hauptquartiere und Hauptstädte der Mittelmächte.

Alles wankte. Der Atem setzte aus in der Minute, da der Beschluß Bulgariens, die Waffen niederzulegen, unverrückbar geworden war. Die Wahrheit war verschleiert worden. Der Erste Generalquartiermeister hatte am 18. September gemeldet:

„Oestlich der Czerna stehen die Bulgaren seit dem 15. September im Kampf mit Franzosen, Serben und Griechen. Zur Abwehr des Feindes sind auch deutsche Bataillone eingesetzt worden."

Dann waren unklare bulgarische Berichte gefolgt. Der Erste Generalquartiermeister hatte auf die mazedonischen Ereignisse nicht mehr zurückgegriffen. Aber jetzt ver-

sagten, indes die öffentliche Stimmung vorbereitet und Entschlüsse gefaßt werden mußten, überall bei den Mittelmächten den Führern die Nerven. Sofort erbebte die österreichisch-ungarische Monarchie unter dem Ereignis. Der Ministerpräsident bat den Tschechenführer Tusar zu sich, um ihm Eröffnungen und Zugeständnisse zu machen, die in solchem Augenblick jede Ausdeutung erlaubten. Von unbeschreiblichem Erlebnis leichenfahl, dennoch mit den Zeichen aus historischer Dämmerung auftauchenden, mühsam verhaltenen Triumphes, stürzte der Abgeordnete aus dem Kabinett des Ministers. Vielleicht sah nur der Chef des Generalstabes Baron Arz, dessen Art sich fast immer Gleichmut zu wahren wußte, am kaiserlichen Hofe diesmal noch einen Riegel gegen wahrscheinlich kommende Zusammenhänge. Baron Arz verlangte, um an eine neue Balkanfront sichere und natürliche Verteidiger zu stellen, die südslawische Lösung ohne weiteren Aufschub. Aber das Schwergewicht der Situation lag in jenen Tagen und Stunden gar nicht bei der Monarchie: weder Schwergewicht, noch Bestimmung. Deutschland, der stärkste unter den Bundesgenossen, riß beide an sich und diktierte den Weg in die nächste Zukunft. Kaum mehr aus Dunkel und Tiefe, zum Vorbruch längst bereit, drängten dort, im Innern des Reiches, Erschütterungen in vielfältiger Zahl empor. Der Reichskanzler Graf Hertling stand vor Volk und Reichstag seit Septembermitte nur mehr mit krisenhafter Macht. Jetzt sprach der Draht aus Sofia. Und nicht nur der Reichskanzler fiel. Der Bau des Staates erzitterte. Denn auch General Ludendorff brach nieder.

Das bulgarische Unglück traf den Grafen Hertling schon im Abbau seiner Kanzlerschaft. Aber wenn die Parteien des Reichstages auch die Meinung vertraten, daß nunmehr der Ernst der Zeit eine „kraftvollere Persönlichkeit“

an die Spitze der Reichsgeschäfte verlange, so war es doch nichts als Verbrämung, wenn die Forderungen nach einem andern Mann am Kanzlertische riefen. Nicht um den Mann allein ging die Krise: die Fordernden riefen nach Rechten. Die Krise ging um die Macht. Endlich glaubten alle, die darum kämpften, die Zeit für gekommen, daß sie übergleiten konnte von den bisher Herrschenden zum Volke, das bisher beherrscht war. Unterirdisch war mancherlei geschehen bisher. Vor allem rollten russische Gelder lange schon, russische Aufruhrliteratur flatterte eine ganze Weile bereits unter die deutschen Arbeiter unmittelbar aus dem Hause des russischen Botschafters Joffe. Ihre Ausstrahlungen waren, als man eines Tages den wahren Inhalt der aus Petersburg eintreffenden Kurierstücke entdeckte und die Abberufung des Sowjetvertreters aus Berlin verlangte, längst schon Massenwirkung geworden. Aber in offenem Vorstoß hatte sich bisher doch eigentlich nur Mathias Erzberger, der ehrgeizige, der Militärmacht feindliche Friedensapostel, als Zentrumsführer gegen die Hertlingsche Regierung gestellt. Jetzt aber tauchten, da das Kriegsglück von den Mittelmächten offenbar scheiden wollte, da die Allmacht der Generale mit immer geringerer Aussicht dem Vormarsch der Gegner sich entgegenstemmte, Wortführer über Wortführer auf, die nicht nur mit Parteigenossen über Zukunftsmöglichkeiten sich besprechen wollten. Umherschwirrende Schlagworte, die bis dahin nur atmosphärisch gewirkt hatten, verdeckte Losungen in großen Zirkeln, wurden nunmehr Fanfaren in aufgeregtem Reichstag. Sie wurden nicht einzeln in einen Kampf gestoßen, der plötzlich vollends und wild entfacht schien. Sie schmetterten von allen Seiten. Die Mehrheitsparteien des Reichstages drängten geschlossen gegen den Kanzler an. Der Schlachtschrei hieß: „Parlamentarisierung“.

Der 20. September hörte die große, neue Parole. Aber schon hatten die Sozialdemokraten genau begrenzte Forderung: drei Ministerposten begehrten sie am gleichen Tage für ihre Partei. Rings schien die ganze Mehrheit gegen das Hauptquartier oder gegen den Geist aufzustehen, dessen sie die „Oberste Heeresleitung" in der Einflußnahme auf die politischen Geschäfte des Reiches bezichtigte. Den Kanzler überschütteten die Vorwürfe, daß die Generale alles Regieren außer Kraft setzten. Neu war der Sturm, neu die Sprache, vier Tage brauchte der Kanzler, bis daß er sich, schwach in abgebrauchten Wendungen, gegen den scharfen Vorstoß wehrte. Aber die Sozialisten hörten jetzt gar nicht mehr, was Graf Hertling über den deutschen Einmarsch in Belgien, über König Eduards Einkreisungsversuche, über den „wahren Militarismus" von Deutschlands Gegnern sprach. Ueber Nacht schien den Sozialisten die Zeit des Angriffs gekommen. Gegen die Beteuerungen des Kanzlers hielten sie fertige sechs Postulate: Friedensforderungen, die aufs neue die Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 bekräftigten, klar die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens, Montenegros verlangten und die Friedensschlüsse von Brest, wie Bukarest als Hindernisse für den allgemeinen Frieden nicht mehr dulden wollten, Verfassungsforderung und Wahlrechtsforderung, endlich Freiheitsforderung für jede politische Betätigung — —

Erst mochte die Kühnheit selbst den gleichmütigen Kanzler verblüffen. Aber Sprache und Begehren steigerten sich vor ihm jäh. Vierundzwanzig Stunden später hatte die Stellung der Regierung sich noch erheblich verschlechtert. Der Kriegsminister von Stein war mit einem Geheimerlaß gegen „neuerliche, durchaus unerwünschte Propaganda für internationalen Pazifismus" zu Felde gezogen. Die Vereinigungen „Völkerrecht" und „Deutsche Friedensgesell-

schaft“ hatte Versammlungen geplant, um „für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentschließung vom 17. Juli 1917 einzutreten“. Der Minister hatte die Versammlungen verhindert. Das Zentrum im Reichstage trat gegen den Kanzler an die Seite der Sozialisten. Nicht nur die verbotenen Versammlungen, die die Auffassung und Wirkung eines Reichstagbeschlusses hatten vertiefen wollen, standen auf dem Schuldzettel des Grafen Hertling. Auch in der äußeren Politik war man seit undenkbaren Zeiten nicht weitergekommen; nicht eine Spur von Lösung war in der Polenfrage zuwege gebracht worden. Auch hier stand offenbar, wie der Kriegsminister mit seinem Geheimerlaß hinter dem Versammlungsverbot, die Generalität im Wege.

„Der Wille der Reichsregierung muß sich gegen alle Widerstände durchsetzen.“ Viele Sünden hielt der Zentrumsabgeordnete Gröber dem Kanzler vor. „Was ist das für eine Verwirrung in der Führung unserer Politik!“ — —

Graf Hertling hoffte, durch Nachgiebigkeit die Gemüter zu besänftigen. Er gab die Billigkeit der Beschwerden zu. Er schlug bürgerliche Mitsprecher bei den militärischen Stellen in allen Dingen des Belagerungszustandes vor. Das Zugeständnis schien dem Kanzler viel. Aber man schrieb den 26. September 1918. Der Draht aus Sofia wurde immer gesprächiger. Am Tage darauf beriet der Staatssekretär von Hintze mit den Parteiführern, denen er die durch die bulgarischen Ereignisse geschaffene Lage bereits als so rückhaltlos ernst schildern mußte, daß sie die Kanzlerzusagen gering fanden. Alle riefen in diesem Augenblick nach der „kraftvolleren Persönlichkeit“, als der Kanzler eine war: aber der Staatssekretär von Hintze wußte, daß jetzt, da er sich zum Vortrag beim Kaiser und zur Reise ins Hauptquartier anschickte, Kanzlerwechsel und Machtverschiebung eine Einheit waren.

Der Erste Generalquartiermeister hatte am 29. September in seinem Innern einen schweren Entschluß besiegelt: er wollte Waffenstillstand für seine Heere vom vormarschierenden Gegner fordern. Sechs Wochen lang hatte er der Ueberzeugung gelebt, daß er im Kronrat des 14. Augusts die Notwendigkeiten von Friedensschritten betont, daß er die Einleitung von Friedensschritten selbst verlangt hätte. Wenn auch der Staatssekretär von Hintze sich durchaus anderer Haltung des Generalquartiermeisters besann; wenn auch Kaiser Karl mit Eindrücken, die aus anderer Auffassung des Generals gewonnen waren, in der Augustmitte von Spa heimreiste; wenn auch der Admiral von Hintze seine Wiener Haltung mit Rücksicht auf General Ludendorffs Auffassung im August so hatte einrichten müssen, daß nicht nur der österreichische Ministerpräsident über die „Unbelehrbarkeit der deutschen Generale" klagte; und wenn sich auch in der Umgebung des Ersten Generalquartiermeisters die nächsten Helfer wesentlich verschiedener Beleuchtung erinnerten, die der General für die kommende Entwicklung gegeben hatte: der Erste Generalquartiermeister selbst hatte doch jetzt die volle Ueberzeugung, nicht, daß er von „strategischer Defensive" gesprochen hatte, an der sich zuletzt doch der Kriegswillen der Gegner brechen müßte, vielmehr, daß er selbst zur Friedenseinleitung gedrängt hatte. Sicher war, daß die Nerven des Generals gelitten hatten. Freilich war Aehnliches schon einmal geschehen, als er zur Zeit von Brest Litowsk sich zuerst auf Kronratsabmachungen über die Richtlinien für den Staatssekretär von Kühlmann berief, auf Abmachungen in aller Form, deren Vorhandensein er dann gegenüber dem General Hoffmann bestritt. Er hatte im Kreuznacher Kronrat gesessen, ohne zu sprechen. Und dann vermeint, gesprochen zu haben. Er hatte im Kronrat zu Spa geschwiegen, als es um die

Friedensaktion ging. Hatte im Kaiser von Oesterreich, in seinem Gefolge, in Admiral von Hintze, in seiner eigenen Umgebung bestimmte Vorstellungen von unzerschellbarer Abwehr geweckt. An die Vorstellungen erinnerte er sich jetzt nicht mehr. Aber auf die Not zum Frieden hingewiesen zu haben, war er überzeugt. Seiner Art entsprach es, Gedankenverbindungen eine ganze Zeit stumm bei sich zu tragen, ihnen im Innern zu folgen, ohne einen Blick nach rechts und links, dann plötzlich die Gedankenverbindung zu einem Resultat gewaltsam zu entladen, dessen schroffe und unerwartete Wirkung er nicht begriff, weil er die Beteiligten längst über seine Gedankengänge von sich unterrichtet glaubte. Angeborene Heftigkeit steigerte so noch die Ueberraschung und oft Unbegreifliches. Und die angegriffenen Nerven, die von den Erlebnissen der jüngsten Monate und von der Sorge um kleinste Einzelheiten in gleicher Schwere belastet waren, steigerten zuletzt die Heftigkeit. Horizonte hatte er nie gesehen. Eingebildetes wähnte er als Aussprache geformt und nur nicht beachtet. Im Aufbrausen besann er sich seiner ganzen Allmacht und vergaß Perspektiven und Folgen seines Handelns ganz. Klar wußte er anzuordnen, klar Division neben Division zu stellen: wenn das Glück mit dem Soldaten war. Aber jetzt brach das Schicksal Bulgariens herein. Er hatte es nicht kommen sehen. Er hatte drei deutsche Bataillone in die bulgarische Front gestellt. Das unwiderrufliche Ereignis traf ihn als Donnerschlag.

Alles hielt der Generalquartiermeister für verloren. Die Notrufe des Kronrates in Sofia am 25. September hatten ihm die allgemeine Waffenstillstandsbitte nicht abringen können. Aber, da nach vier Tagen die Bulgaren allein die Waffen strecken mußten, fragte er in letzter Entscheidung den herbeigeeilten Staatssekretär, was seit seiner eigenen angeblichen Aufforderung dazu für die Herstel-

lung von Verhandlungen geschehen sei. Der Staatssekretär, der von sich aus über Holland eine Annäherung hatte herstellen wollen, mußte erwidern, daß ihm bisher positive Ergebnisse seiner Bemühungen versagt geblieben wären. Der General brauste auf. Nichts war in langer Zwischenzeit geschehen. Jetzt verlor er endlich die Geduld. Freilich verlor er auch die Ueberlegung. Jede Ueberlegung. Um die Mittagsstunde des 29. September, an einem Sonntage, trat er mit dem Generalfeldmarschall vor den Kaiser. Der Zusammenbruch wäre da. Der Kaiser hörte die Generale in stummbleibender Erschütterung. Dann behielten seine Worte die Würde. Abends schien er gebrochen und jäh gealtert. Der Erste Generalquartiermeister forderte Waffenstillstand binnen vierundzwanzig Stunden.

Der Staatssekretär von Hintze mußte sich gestehen, daß die Forderung General Ludendorffs nicht mehr und nicht weniger war, als die Kapitulation der deutschen Militärmacht. Der Krieg war als verloren erklärt: dies war die Kapitulation nach außen, wie nach innen, — zu erwägen blieb lediglich, wie viel im Innern des Reiches noch zu retten war. Gärungen hatten an die Oberfläche laut und oft und deutlich genug geschlagen. Zukunftsausblicke verstand niemand besser und eindringlicher zu malen, als der Admiral von Hintze. Von seiner Gewohnheit, Visionen an kleine Voraussetzungen zu knüpfen, die dann selten eintrafen, mußte er nicht abstehen. Im Gegenteil: die sonst unbemerkt hingeworfene Voraussetzung konnte er diesmal betonen und unterstreichen. Er malte in allen Farben die Revolution: wenn der Kaiser nicht zu Zugeständnissen sich entschloß. Noch ein einziges Mittel gab es vielleicht, das deutsche Volk bei Dynastie und Selbstwehr zu halten, dann vielleicht sogar in Selbstwehr auch bis zu bitterstem Schluß: den Machtverzicht, die Machtverschiebung, — die Machtaufrichtung des Vol-

kes. Und ruhig entschied sich der Kaiser. Widerstände der Umgebung verstummten schließlich. Der Kaiser unterschrieb, ohne daß die Entschließung allzu lange gedauert hätte, daß schwerste Schriftstück seiner Regentschaft. Die Parole: „Parlamentarismus“ wurde kaiserlicher Vorbote neukommender Verfassung. Der Glanz völkerbeglückenden und glückblendenden Geschenkes fehlte dem Akt: er trug das Datum von Ludendorffs Waffenstillstandsforderung. Aber auf alle Fälle tat jetzt Eile not und Arbeit drängte. Der Kanzler bot, zumal sein Abgang ausgemacht schon seit Tagen war, den Rücktritt am 30. September an. Aber einen Führer ins neue System wußte im ersten Augenblick niemand. Noch wußte man nicht einmal, ob dies System mit einem Koalitionsministerium aus allen Parteien oder mit einer Regierung beginnen sollte, hinter der das Programm der Reichstagsmehrheit stand. Rasch wechselten in Stunden, rasch fielen die Kandidaten für den Kanzlerposten. Aber stets dringlicher in regierungsloser Zeit wurde die Entscheidung, denn die Notrufe des „Großen Hauptquartiers“ wollten jetzt nicht mehr verstummen. Am 1. Oktober, 1 Uhr 30 nachmittags, drahtete der Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Vizekanzler von Payer:

„Wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, so bin ich mit dem Aufschub bis morgen einverstanden.

Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Ausgabe der Erklärung an die fremden Regierungen heute nacht für geboten.

gez. von Hindenburg.“

Und eine halbe Stunde später, am 1. Oktober, 2 Uhr nachmittags, übermittelte der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim „Großen Hauptquartier“ über Auftrag des Ersten Generalquartiermeisters die „Bitte“:

„Das Friedensangebot sofort hinausgehen zu lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung zu warten, die sich verzögern könne.“ — —

Die Frist war so vom Generalquartiermeister in jedem Fall auf Stundenschlag bemessen. Und die Suche nach dem Kanzler wurde Hast. In der badischen Kammer hatte der Prinz Max von Baden vor Zeit einmal Reden von demokratischer Färbung gehalten. Ueberdies hatte ihm seine warme Tätigkeit für das „Rote Kreuz“ wirkliche Sympathien auch bei Deutschlands Gegnern eingebracht. Er war ein katholischer Fürst. Demokraten und Zentrumsleute konnten mit ihm zufrieden sein. Schon als Michaelis kam, der sich dann selbst unsicher seinen Mitarbeitern als „Zuschauer am Wagen der großen Politik“ vorgestellt hatte, war Prinz Max für die Kanzlerschaft von den Freisinnigen vorgeschlagen worden. Den Sozialisten war es nach einigem Bedenken im Grunde doch gleich, wer ihre Forderungen erfüllte, ob ein Prinz oder ein anderer. In Berlin war der badische Thronerbe schon am 1. Oktober eingetroffen. Immer dringender, immer einheitlicher hatten um den Kaiser Stimmen von allen Seiten ihn als einzigen Kandidaten bezeichnet. Er hielt sich im Augenblick in Dessau auf. Der Chef des Zivilkabinetts von Berg rief ihn nach Berlin; dem Großherzog hatte eine kaiserliche Depesche die Bitte ausgesprochen, den Prinzen für die Uebernahme zu gewinnen. Das Mehrheitsprogramm wurde das prinzliche Programm. Ueber kaiserlichen Auftrag waren mit den Parteien, die ihre Wünsche anmeldeten, entscheidende Vorverhandlungen durch den Vizekanzler von Payer schon vor dem Eintreffen des Prinzen geführt worden. Eigentlich fand er so bereits ein fertiges Kabinett vor. Er vermochte eigene Wahl für seine Mitarbeiter nicht mehr zu treffen. Ueber die nächsten Schritte beriet am 2. Oktober ein Kronrat,

der unter dem Vorsitz des Kaisers den Generalfeldmarschall, den Vizekanzler und den Staatssekretär von Hintze mit dem Prinzen zusammenführte. Der Kaiser billigte die bestimmt ablehnende Haltung des Prinzen Max in der Frage der Waffenstillstandsbitte nicht. Kaiser Wilhelm stellte sich fast schroff auf den Standpunkt der „Obersten Heeresleitung“. Jetzt trat der neue Kanzler, als der erste Führer in veränderte Zukunft, vor den Reichstag. Und das große, schicksalsschwere Rad drehte zu unaufhaltsamem Rollen an.

Es war das erste, daß der Kanzler die Forderung des Hauptquartiers erfüllen mußte. So sehr er sich auch wehrte. Denn er wußte, daß das Verlangen der „Obersten Heeresleitung“ das Hissen der weißen Fahne bedeutete. Die Schilderung des Hauptquartiers über die Lage an der Front hielt er für übertrieben. Prinz Max schwankte, ob es nicht richtiger wäre, auf den Schlachtfeldern lieber die Maaslinie anzustreben und das Waffenstillstandsangebot zu unterlassen. Aber die „Oberste Heeresleitung“ stand von ihrer Forderung nicht ab. Der Erste Generalquartiermeister ließ selbst am 2. Oktober einen Entwurf der Note aus dem Hauptquartier telephonisch übermitteln. Der Prinz verwahrte sich noch einmal gegen die Waffenstillstandsbitte in einem Schriftstück, das er dem Generalfeldmarschall selbst verlas. Der Generalfeldmarschall aber bestand in der Unterredung mit dem Kanzler, gegen alle erneuten Widerstände des Prinzen, auf der Unerläßlichkeit des Schrittes. Den Niederschlag der Unterredung bestätigte auch er in einem Schreiben an den Kanzler. Vielleicht hätte der Prinz es vorgezogen, seine Bedenken statt dem Generalfeldmarschall doch lieber dem Ersten Generalquartiermeister vorzutragen. Er hatte die Ueberzeugung, in mündlicher Verhandlung nicht ohne allen

Eindruck auf General Ludendorff zu bleiben. Aber der General war in Spa. Der Generalfeldmarschall verharrte ohne Nachgiebigkeit auf der in Spa beschlossenen Haltung der Heeresleitung. Jetzt hatte der Prinz freilich die Wahl, von einer Kanzlerschaft, deren Voraussetzungen er überhaupt in keiner Weise nach seinen Wünschen geordnet sah, doch noch zurückzutreten. Aber sein Gedankengang, seine Beschlüsse endeten in der Erkenntnis und Formulierung:

„Das Waffenstillstandsangebot kommt doch: es ist besser, ich gebe es heraus, als ein anderer. Denn es ist noch eine Chance vorhanden, daß man bei mir auf einen freiwilligen Akt schließt, bei jedem anderen aber auf eine hoffnungslose Notlage“ — —

Der Erste Generalquartiermeister mußte schließlich selbst und in voller Verantwortung allein wissen, ob alle Gegner jetzt erkennen durften, daß nur schwerste, militärische Not die deutsche Zunge gelöst hatte. Da Hindenburg und Ludendorff die Note gegen alle Warnung nicht hastig genug hinausgeschickt sehen konnten, war Deutschlands Kraft offenbar wirklich am Ende. . . So entwarf nunmehr Geheimrat Stumm den schweren Text. Die parlamentarischen Staatssekretäre arbeiteten an der Fassung mit, für die der Kanzler, dessen Art „Defaitismus“ nicht war, ein wenig bewußtere Tonart gewünscht hätte. Nach der Genehmigung ließ sie der Kanzler noch der „Obersten Heeresleitung“ zugehen. Dann sprach Prinz Max die Note in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober zum Präsidenten Wilson durch die Vermittlung der Schweiz:

„Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Auf-

nahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

Prinz Max von Baden, Reichskanzler."

Stille war auf der einen Seite der Welt: Triumphlärm füllte die andere. Bulgarien hatte die Mittelmächte verlassen müssen. Die österreichisch-ungarische Monarchie in Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung — auch sie am 5. Oktober — die Bitte des Verbündeten geteilt. Aber all das war unwesentlich für die Westmächte gegenüber dem Eingeständnis des Generals Ludendorff: der Krieg war für Deutschland verloren.

Abwarten war nunmehr alles: indes der Innenbau des neuen Reiches aufgeführt werden sollte. Baustein um Baustein wurde herangetragen: Säule um Säule des alten Reiches stürzte. Unheimlich und unwahrscheinlich mußte jedem Zuschauer der blitzartige Wechsel von Statisterie und Szenerie sein, der in Tagen umwarf, forträumte und aufrichtete, was vor einem halben Jahrhundert aufgebaut und seit Jahrzehnten dem Reichsboden verwurzelt war. Staatssekretäre aus den Reichstagsreihen, sozialdemokratische und Parteiführer des Zentrums, bestiegen als erste die Ministersessel. So zählten sie zugleich zum Bundesrat: der Artikel 9 der Reichsverfassung, der die gleichzeitige Mitgliedschaft in Oberhaus und Unterhaus, in Bundesrat und Reichstag bisher verbot, starb als erste

der Verfassungsbestimmungen, — der 8. Oktober war sein Todestag. Dem Belagerungszustand hatte schon am 5. Oktober ein schneller, kaiserlicher Erlaß, um die Langsamkeit gesetzgeberischen Weges zu überholen, die letzte Kontrolle durch den Kanzler bestimmt: alle Geheimerlässe waren gefallen für die Zukunft. Und schon sechs Tage später stand es fest, daß für alle deutschen Bundesstaaten — die „politische Mündigkeit des deutschen Volkes" hatte der Kanzler angesagt — das allgemeine und gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht gesichert war: widerspruchslos beugte sich das preußische Herrenhaus am 11. Oktober dem Willen der überwältigend eingebrochenen neuen Zeit, in der die Nehmenden, wie die Gewährenden, beide vor dem gleichen Erlebnis, die einen mehr kühn gemacht, als idealberauscht, die anderen mehr verschüchtert standen, als überzeugt von Ethos und Idee. Es war schon am nächsten Tage, daß ein kaiserlicher Erlaß die politischen Verbrecher amnestierte. Seinen Wortlaut hatte im Zivilkabinett nicht mehr der Kabinettschef von Berg bestimmt. Im Kampfe um die Person des Hertlingschen Erben, den er lieber vor einem Koalitionsministerium, als vor der Reichstagsmehrheit gesehen hätte, hatte sein Amt ein nicht mehr erreichbares Ziel gesucht. Jetzt kam ein neuer Kabinettschef. Ueber seinen Geheimerlaß fiel der Kriegsminister von Stein. General Scheuch, ein Elsässer, löste ihn ab. Und fünf Tage hatte der Staatssekretär von Hintze den Heimgang seines Kanzlers überlebt: dann schied, am 4. Oktober, auch der Staatssekretär. . . . Betäubend war der Grad der Wandlung, betäubend die Wandlungsschnelligkeit, die fast schon Umsturz war. Und mitten in Spannung und Wandlungsfieber hämmerten und schlugen, erbarmungslos und Schlag um Schlag, in Untergangsstimmung und Freiheitswitterung, wie alle Ereignisse rundum, jetzt noch die Noten.

Drei Tage nach dem Waffenstillstandsangebot des Prinzen Max antwortete der Präsident Wilson. Verschiedenes wünschte er von Deutschland zu wissen:

„Meint der Reichskanzler, daß die Kaiserlich deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten am 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt und daß ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein kann, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen?"

Der Präsident verlangte Aufklärung darüber, ob die Heere der Mittelmächte sofort aus den besetzten Gebieten zurückgezogen würden. Und stellte noch die Vorfrage:

„Ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben" — —

Nur die Frage der Räumung schien dem Kanzler ein Gegenstand, der gründlichste Erwägung heischte. Wilsons Botschaften waren als Grundlage der Verhandlungen bereits anerkannt. Es konnte sich in der Tat bei Wilsons „Punkten" nur mehr um „die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung" handeln. Und daß der Kanzler im Namen der Reichstagsmehrheit, daher für die große Mehrheit des deutschen Volkes sprach, konnte dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vor aller Welt noch einmal ausdrücklich bestätigt werden. Aber über die Räumungsfrage mußte General Ludendorff gehört werden. Der Erste Generalquartiermeister kam nach Berlin.

Er kam am 9. Oktober noch als Herr der Heere und mit Betonung der Macht, die immer noch in seinen Händen war. Was in seinem Denken vorging, schien freilich im Ausdruck nicht ganz klar. Er hatte die Bitte um Waffenstillstand binnen Stunden gestellt, hatte damit die Kampfaussichten der deutschen Waffen als hoffnungslos be-

zeichnet, aber nunmehr konnte seine Beurteilung der Frontlage auch zu anderen Schlüssen führen.

„Jetzt hat man das Gefühl besseren Geistes“, erklärte der Generalquartiermeister. Und ein andermal in seinem Ueberblick: „Ernährung war schlecht, damals Stimmung schlecht, jetzt gebessert“ — —

Zum Teil widersprach sich der General unmittelbar. Dem Staatssekretär Solf erwiderte er auf die am 8. Oktober gestellte Frage, „ob die Front noch drei Monate halten könne“, mit kurzem „Nein“. Aber eine Weile später sprach er davon:

„Hoffe im Frühjahr 600 Tanks zu haben.“

Prinz Max hatte am 5. Oktober noch, als er zum erstenmal vor den Reichstag trat, von unzweifelhafter letzter Selbstwehr des Volkes gesprochen, wenn man es in Verzweiflung trieb: ein Warnwort an die Adresse der Gegenpartei. Zwar verwarf der Generalquartiermeister, als jetzt die Zweckmäßigkeit einer „Levée en masse“ erwogen wurde, — das Schlagwort war im Anschluß an die Waffenstillstandsnote von dem Industriellen und Schriftsteller Walther Rathenau in die deutsche Oeffentlichkeit geworfen worden —, ausdrücklich solch letzte Auskunft:

„Ich verspreche mir trotz Menschenmangels von Levée en masse nichts. . . Levée en masse würde mehr zerstören, als man ertragen kann.“

Aber die ganze Darstellung, die General Ludendorff gab, zeichnete doch die militärische Situation am 9. Oktober so, daß nur wenige im Kabinettsrat glaubten, sich nunmehr ein Bild machen zu können. Der Kanzler hatte am Tage zuvor die Frage schriftlich gestellt:

„Kann beim Scheitern der gegenwärtigen Friedensaktion trotz des Abfalls eines der beiden uns noch verbliebenen Bundesgenossen der Krieg allein von uns noch fortgeführt werden?“

Jetzt lautete die Antwort des Generals:

„Wenn eine Kampfpause im Westen eintritt, ja."

Konnte aber der Krieg überhaupt noch weitergeführt werden, dann war die Lage des Heeres doch wieder nicht so, wie sie die von der „Obersten Heeresleitung" geradezu anbefohlene Waffenstillstandsnote gezeigt hatte. Jedenfalls schwankten jetzt Regierung und Kanzler über den Wert des Ludendorffschen Gutachtens schon so sehr, daß der Prinz noch die Auffassungen anderer Militärs hören wollte. Er dachte daran, die Armeeführer über die Frontlage als einen großen, vom Generalfeldmarschall zusammengerufenen Kriegsrat befragen zu lassen. Vielleicht sahen viele Augen klarer. Aber das Selbstbewußtsein des Generalquartiermeisters lehnte sich auf. Aehnliches gestattete er notgedrungen kaum dem Kriegsherrn. Nie dem Kanzler. Es schien ihm genug und mehr, als er sich sonst zuzumuten pflegte, daß er dem Kanzler versicherte, mit dem Generalfeldmarschall „die neue Regierung loyal unterstützen" zu wollen. Mit der Räumung der besetzten Gebiete war er einverstanden. Er hätte natürlich mit solchem Begehren gerechnet. Die Räumung wurde dem Präsidenten Wilson zugesagt. Was überhaupt der Präsident wünschte, wurde aufgeklärt. Prinz Max antwortete ihm am 12. Oktober. Der „Zusammentritt einer gemischten Kommission" wurde zur Räumungsregelung erbeten. Man wartete wieder.

Kaum länger als zwei Tage. Denn in unerwarteter Erregung ließ Präsident Wilson sich jetzt sofort vernehmen. Er antwortete über Tag und Nacht:

„daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schafft."

Heftig klagte er zugleich die „ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken“ der deutschen Kriegführung an. Man könne nicht Waffenstillstand begehren, indes zugleich die Tauchboote an der Arbeit wären; man könne ihn nicht gewähren, indes die deutschen Truppen das Gelände ihres jetzt erzwungenen Rückzuges in Wüstenei verwandelten. Und außerdem:

„Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli d. Js. in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet, wie folgt: „Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die, für sich allein, heimlich und aus eigenem Entschluß, den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit. Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht hat, ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird.“

Plötzlich war eine Wendung da. Sichtbar vielleicht erst jetzt . . . Es war, als sollte sich die Sprache ändern. Auch wenn die amerikanische Entrüstung nur über U-Bootsschäden und Rückzugsverwüstung im Zorn sich zu entladen schien, um leise Schwenkung zu verdecken. In jedem Falle war die Note Alarm. Sie war nicht mehr Rückfrage. Sie war Befehl. Die militärischen Forderungen waren von einschneidender Art. Der Präsident verlangte die Einstellung von Kriegshandlungen, bevor er selbst an Verhandlungen über einen Waffenstillstand gehen wollte. Noch einen Schritt weiter: dann war die Ohnmacht völlig

da. Wiederum fuhr, vom Kanzler aufgefordert, der Erste Generalquartiermeister nach Berlin.

Allerdings mußte sich — am Nachmittage der „Großen Sitzung des 17. Oktobers“ — nicht nur der Staatssekretär Solf, als das Kabinett zum dritten Mal das Beratungszimmer des Reichskanzlers betrat, über die abermals neuen Auffassungen General Ludendorffs wundern. Nicht bloß dem Staatssekretär gegenüber war der Erste Generalquartiermeister erstaunt, daß sein Vorschlag vor drei Wochen, einen Waffenstillstand zu erbitten, als ein Schrei der Not habe betrachtet werden können. Er bestritt, jene Forderung auf 24 Stunden bemessen zu haben. Er versicherte, daß er im Gegenteil die Frontlage sehr ruhig ansehe. In der Tat schien auch sein eigenes Wesen, trotz gewisser hinter Groll sich verschanzender Bedrücktheit, die sich offenbar gegen erwartete Vorwürfe wegen seiner Uebereiltheit wappnen wollte, diesmal doch voll Ruhe und sogar überraschender Zuversicht. Was den Generalquartiermeister betraf, wurde die Zuversicht in der Sitzung selbst noch verstärkt. Der Kriegsminister versprach, da die letzten Möglichkeiten an Ersatz, Zufuhren und Verpflegung verhandelt wurden, für die nächsten Monate vor allem 600 000 Mann neu aufzubringen. Und der Generalquartiermeister, der am 29. September Waffenstillstand verlangt hatte, glaubte am 17. Oktober um so mehr, daß die Situation doch nicht so schlimm wäre. Aber die Stimmung fast aller anderen Teilnehmer am Kabinettsrat war Niedergeschlagenheit und Sorge. Ihr Vertrauen in General Ludendorffs Beurteilung war erschüttert. Ueberdies konnte man den peinlichen Eindruck erhalten, als versuchte der Erste Generalquartiermeister, die Verantwortung an der ganzen Entwicklung, die zweifellos sein Drängen um die Note angebahnt hatte, der Regierung aufzubürden. Der Staatssekretär Solf stellte fest, daß „der Generalquartiermeister umgefallen“ sei.

Ueber die vom Präsidenten Wilson geforderte „Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die für sich allein, heimlich und aus eigenem Entschluß, den Frieden der Welt stören kann“, sprach in der Kabinettssitzung niemand. An der Beratung nahm auch General Hoffmann teil. Ihn hatte der Erste Generalquartiermeister Ludendorff, vor vier Tagen in Entrüstung noch darüber außer sich, daß General Hoffmann auf Anregung des Vizekanzlers und des Staatssekretärs Solf in Berlin über die Lage an der Westfront um Beurteilung ersucht worden war, in versöhnlicher Stimmung telephonisch doch noch nach Berlin gerufen. In vertraulicher Aussprache waren sich jetzt General Hoffmann und Staatssekretär Solf über die Verschiebung der Verhandlungsgrundlagen klar, wenn man die Schlußworte der Präsidentennote ganz genau überlas, — die Ansage eines neuen Kampfes war darin: Wilson stand gegen den Kaiser auf. Aber selbst Andeutung, noch mehr die furchtlose Klarheit, scheuten in der Sitzung schließlich alle. Um so mehr, als die letzte Gewißheit noch fehlte und die Erwartung der Meisten noch so war, daß es dem Präsidenten vielleicht doch bloß um Verfassungsgarantien gehen werde.

Das Kabinett wollte sich die Fassung der Antwort an den Präsidenten in sorgfältigster Prüfung jedenfalls noch überlegen. Zu bestimmten Schlüssen kam man nicht. Nur so viel stand fest: die restlose Unheilstimmung war, wenn man General Ludendorffs augenblickliche Uebersicht in die Rechnung zog, vielleicht wirklich verfrüht. Und das Volk stand vielleicht wirklich auf, wenn Wilson den Bogen überspannte. Dann war General Ludendorffs neue Ueberzeugung nur um so günstiger. Von ihr war der Generalquartiermeister am 17. Oktober im Tiefsten felsenfest durchdrungen:

„Ich gehe jetzt noch zwei Tage, wenn es sein muß, in

eine neue Stellung zurück". Er warf die selbstgeglaubten Sätze noch abends, in engstem Kreise, in ein ruhig entspanntes, wieder hoffnungsfrohes Gespräch. „Dann halte ich: da kann dann kommen, was da will. Ich halte beliebig lange. Durch Monate" — —

Er dachte und sprach von der Maasstellung. Er hatte neue 600 000 Mann. Am nächsten Morgen erfuhr die Oeffentlichkeit, daß der Erste Generalquartiermeister an die Front zurückgekehrt war. Daß das Königreich Ungarn durch die Verkündigung der Personalunion mit dem Hause Habsburg die Trennung vom Kaisertum Oesterreich vollzogen hatte. Und daß von Kaiser Karl ein Manifest „An seine getreuen österreichischen Völker" erlassen worden war.

DAS PROGRAMM DER MILDE

Die österreichisch-ungarische Monarchie hatte auf das Friedensangebot des Grafen Burian vom 15. September eine Antwort erhalten, zu deren Erwägung und Abfassung der amerikanische Staatssekretär des Aeußeren Robert Lansing am 17. September genau dreißig Minuten gebraucht hatte. Ihre ablehnende Haltung erschütterte die hoffnungsfrohe Friedensüberzeugung des k. u. k. Außenministers keineswegs.

Als die deutsche Regierung sich durch General Ludendorffs Auffassung über die Aussichten an der Front, durch die damit endgültig bestimmte Lage, zum Waffenstillstandsangebot gedrängt sah, schloß sich als Sprecher der Monarchie Graf Burian in neuer eigener Note sofort an. Auch die Monarchie verkündete, daß sie Wilsons Weltforderungen für einen Frieden aller Völker sich beuge. Die bulgarische Entwicklung bestimmte ihre Politik noch drängender und gebieterischer, als sie die Haltung des Deutschen Reiches beeinflußte. Die Ausstrahlung war wesentlich näher und unmittelbar. An einen neuen Sieg, den die Waffen noch entscheiden könnten, dachte weder der Minister des Aeußeren mehr, noch Freiherr von Hussarek, noch der Chef des Generalstabes Baron Arz. Aber die inneren Feinde der Monarchie waren durch Bulgariens Ausschaltung vom Bunde übermächtig geworden. Es war das wichtigste Ziel, das jetzt erstrebt werden mußte: mit ihnen

sich zu einigen, ehe die Gegner die Einigung in die Hände nähmen, vor allem dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in einer Regelung zuvorzukommen, die man ihm grundsätzlich zugestehen mußte, da man den Frieden brauchte, aber der Weg dazu anders nicht eröffnet wurde. Vielleicht wurde der Bestand des alten Reiches in irgendeiner, wenngleich versehrten Form doch noch gerettet, wenn es einen lebensfähigen Umbau aus eigener Kraft und nach den Wünschen der eigenen Völker vollbrachte. Graf Burian und Freiherr von Hussarek sahen das bulgarische Ereignis als letzten Alarm. Der Minister des Aeußeren wollte die Völkerauseinandersetzung im eigenen Hause um so mehr, als er darauf schwor, daß Präsident Wilson sie gutheissen und, wenn er seine Forderungen durchgeführt sah, den Frieden beschleunigen werde. Der österreichische Ministerpräsident, der vor drei Wochen noch die Föderalisierungsabsicht für die Monarchie bestritten hatte, wußte jetzt, da sich auch noch die militärischen Dinge so sehr zum Schlimmen wandten, kein anderes Rezept mehr, als durch gründliche Neuordnung den allgemeinen Zerfall zu hindern. An die Lösung der Südslawenfrage war er, ob auch die Ungarn heftig wurden, schon im Septemberanfang gegangen. Die Frage war dann ein wenig eingeschlafen. Jetzt aber, da Brand am Hause war, genügte vielleicht nicht einmal die südslawische Lösung mehr zur Rettung. Freiherr von Hussarek hatte noch einmal, als Bulgariens Schicksal sich besiegelte, Kraftanstrengungen versucht, die zu einer Koalition der österreichischen Parteien für ein Kabinett führen sollten. Aber die Tschechen, deren Staat von England und Amerika längst anerkannt war, hatten nach der Schlacht auf Dobropolje für den Ministerpräsidenten nur mehr ein Achselzucken und ein Lächeln. Und der Sozialistenführer Victor Adler sprach als Antwort die Parabel:

„Es gibt drei Arten von Ratten:

die einen, die klug sind und das Schiff verlassen, bevor es sinkt;

die anderen, die anständig sind und auf dem Schiffe bleiben, obwohl es sinkt;

die dritten, die dumm sind, gar nichts merken und auf das Schiff gehen;

Zu der dritten Art wollen die Sozialdemokraten keinesfalls gehören".

Die Hoffnung auf eine Koalition der Parteien war rasch und diesmal so bestimmt zerschlagen, daß sie nicht wieder aufleben konnte. Einen Augenblick schwankte Freiherr von Hussarek, ob es nicht besser wäre, den Zusammentritt des Reichsrates zu verschieben und die kritische Zeit ohne die Männer der Völker zu überwinden. Dies war die Anwendung der Macht und der Versuch, sich noch einmal auf die Hilfsmittel zu stützen, die an Macht noch vorhanden waren. Aber im ersten Augenblick, da die Parteien ihre Mißstimmung bezeigten, vertauschte er die Machtanwandlung wieder mit einer Taktik der Versöhnung und Milde und war entschlossen, diesmal ganze Arbeit zu tun. Nicht nur darauf kam es an, daß man das Experiment des österreichischen Umbaues unternahm: wichtig war vor allem, wie man es unternahm. Polen und Südslawien mußten die Tragpfeiler des Umbaues sein. Wenig Hemmungen schaffte die polnische Frage. Der polnische Staat bestand bereits. Die Zweikaiserdeklaration von 1916 garantierte ihn. Ruhig konnte man Galiziens größten Teil an das neue Polen geben, das doch unter Habsburgische Herrschaft käme: durch „austro-polnische Lösung". Widerstände gegen österreichische Neuordnung waren, da sie zu einer Neuordnung in der ganzen Monarchie werden mußte, nur von Ungarn zu erwarten. Der ungarische Ministerpräsident hatte die Probleme der Königreiche Kroa-

tien und Slawonien, die in allen Fragen der Wehrmacht, der Finanzen und Bahnen seit 1868 trotz gewisser Selbständigkeitsrechte von Budapester Dekreten abhingen, noch am 18. September lediglich als „Fragen der Verwaltung“ bezeichnet. Aber Graf Burian, schon auf dem Wege zur Annahme der Wilsonschen „14 Punkte“, hatte widersprochen: er nannte jene Probleme damals „politische“. Und wenn bis jetzt der ungarische Premier das Beharren auf dem österreichischen Einheitsstaat verlangte, so bezeichnete am 26. September wiederum Graf Burian die „Aenderung des staatsrechtlichen Gefüges Oesterreichs als notwendig“. Die Uebereinstimmung mit dem Grafen Burian bestärkte den österreichischen Ministerpräsidenten nur in seinen Umbauplänen. Der Minister des Aeußeren war übrigens der Mitschöpfer Polens. Seine hervorstechendste Eigenschaft, eine doktrinäre Zähigkeit, die mit schwerfälligem Gedankenapparat arbeitete, mochte bisweilen in Irrkanäle führen. Aber die Zähigkeit hatte doch bisher oft schon Burians Willen als entscheidend triumphieren lassen. Sein Friedensangebot hatte er gegen die Meinung selbst des deutschen Kaisers der Welt verkündet. Noch jetzt, nach der Ablehnung, versprach er sich fortspinnende Wirkung davon; zumal Präsident Wilson in einer Rede vom 27. September doch an jenes Friedensangebot anzuklingen und seine Wünsche — nach Graf Burians Ansicht — daran weiterzubauen schien. Was die Errichtung des polnischen Staates betraf, so hatte er den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg von der Nützlichkeit solcher Schöpfung überzeugt und er hatte die Unterzeichnung der Zweikaiserproklamation erwirkt, bevor selbst der Erste Generalquartiermeister Einblick in den Vertrag erhielt. Graf Burian hatte nicht nur häufig durchzusetzen verstanden, was er beschlossen hatte und vertrat, — an sich ein günstiges Vorzeichen, wenn auch er sich

jetzt für staatsrechtliche Aenderungen aussprach —, er war als Mitschöpfer oder Hauptschöpfer auch erster Fachmann, was Polen betraf. Was um ihn herum auch vorging, ob an den Südostgrenzen des Reiches, dessen Flanken jetzt aufzureißen drohten, ob an der deutschen Westfront, wo die Heere des Generals Ludendorff Schritt um Schritt zurückgingen: die „austropolnische Lösung" war ihm ein unverrückbares Axiom. Freiherr von Hussarek erkannte den einen Pfeiler seines Zukunftsbaues als tragfähig. Alles mußte jetzt geschehen, sich die Huld der Polen zu erhalten. Noch schwebte in Marmaros-Sziget der Hochverratsprozeß gegen die polnischen Legionäre, die sich unter den Stimmungen Brest Litowsker Abmachungen mit den Ukrainern zur Unvernunft hatten hinreissen lassen. Der größte Teil des an der Ostfront stehenden polnischen Hilfskorps war damals, am 15. Februar 1918, nachdem Eisenbahn, Telegraph und Telephon zerstört worden war, westlich von Czernowitz eigenmächtig nach Osten, nach der Ukraine abmarschiert. 3500 Mann, 120 Offiziere waren entwaffnet und verhaftet worden. Jetzt spielte der Prozeß noch gegen eine Gruppe von Angeklagten. Auf alle Fälle wurden die Polen verstimmt, wenn ein Urteil sie vernichtete. Freiherr von Hussarek erbat von Kaiser Karl die Amnestie. Diesmal wehrte sich der Chef des Generalstabes:

„Für mich gibt es keine polnischen und keine tschechischen oder ungarischen Soldaten. Für mich kann es nur Soldaten geben. Sie kann man in solchem Falle nicht amnestieren. Auch die Meuterer von Cattaro nicht" — —

Aber der Ministerpräsident setzte am 27. September die Begnadigung durch. Die polnischen Parteien schienen ihm die Fürsprache zu buchen. Nunmehr wollte der Ministerpräsident sich um die Südslawenfrage ernstlich bemühen. So versöhnlich er war — oder gerade um der Möglichkeit willen, alle zu versöhnen: der Kampf mit Ungarn konnte beginnen.

Marschall Boroevic hatte den Grafen Stephan Tisza, der als Oberst eines Husarenregiments, seit Kaiser Karl sich von seiner Politik getrennt hatte, an der Isonzofront stand, eines Tages in der düsteren Beklemmung gefragt, die seit dem Fehlschlag an der Piavefront den Heerführer nicht mehr verließ:

„Exzellenz: ist das Ihr Platz? Was wollen Sie hier? Hier gehören Sie nicht her. Wir gehen zugrunde, wenn die Wirtschaft im Hinterlande und in Baden nicht aufhört. Reden Sie lieber mit dem Kaiser, Herr Oberst."

Graf Tisza setzte seine Worte immer ungeschminkt:

„Ich kann mit dem König keine Silbe mehr reden. Er wirft mich zur Tür hinaus, wenn ich zu sprechen anfange."

Er wußte, daß es Staatsmänner gab, denen der Kaiser gewogener war, als gerade ihm. Aber dann sprach Stephan Tisza dennoch mit dem Kaiser. Nie hatte der ungarische Staatsmann daran gedacht, daß für Ungarn die südslawische Angelegenheit ein wirkliches Problem werden könnte. Einmal hatte er erwogen, den Südslawen die Bahnen nicht nur für militärische Zwecke, sondern zu wirtschaftlicher Nützung bis ans Meer auf ungarische Rechnung zu bauen: wenn das Gebiet, durch das die Bahnen laufen sollten, natürlich auch zu Ungarn käme. So einfach freilich war die Lösung nicht. Und da der ungarische Gebietszuwachs sich nicht so ohne weiteres durchsetzen ließ, war das südslawische Problem, das in gefahrlos gefesteter Kriegszeit flüchtig einmal durch den Kopf des Grafen gehuscht war, zugleich mit den Eisenbahnbauplänen erledigt gewesen. Aber nunmehr konnte dies Problem, gleichviel, ob man ablehnte oder Zugeständnisse machte, von keinem ungarischen Staatsmann länger unbeachtet gelassen werden. Und selbst Stephan Tisza, kernmagyarisch wie er war, nur der Hüter seiner Herren-

rasse, beschloß, mit der Südslawenfrage sich zu beschäftigen: er sprach mit Kaiser Karl.

„Gehen Sie doch selbst hinunter“, erklärte in plötzlicher Anregung der Kaiser, „Sehen Sie sich doch die Lage einmal an.“

Tisza selbst sollte ein unbefangenes Bild gewinnen, er selbst sich mit Stimmungen und Strömungen inmitten der Provinzen vertraut machen, um die es sich hier handelte. Er sollte in die österreichisch-ungarischen Reichslande reisen: als „homo regius“ etwa mit kaiserlichem Einverständnis. Er hörte in Agram, in Serajewo südslawische Parteiführer aller Schattierungen. Allerdings schien es, je weiter der Besuch des Grafen sich ausdehnte, als wäre er weniger gekommen, um die Wünsche der Südslawenführer zu hören, als um ihnen zu sagen, wie er, Stephan Tisza, sich die nunmehr wirklich nötig gewordene Lösung selbst dachte. Nie hatte er anderes gekannt als magyarische Macht und magyarisches Wachstum, nie anderes als Vergrößerungsmöglichkeiten magyarischen Reichtums, für die er sofort jede reale Ziffer begriff und einstellte. Er hatte im Juli 1914 den Krieg nicht gewollt, staatsmännische Schlichtung hätte er vorgezogen. Slawischem Volkszuwachs stellte er sich damals entgegen. Aber da es zum Kriege einmal gekommen war, beanspruchte er für Ungarn nicht nur den Winkel der serbischen Macva, der von Fruchtbarkeit strotzte, er drängte auch den Feldzeugmeister Potiorek, als dessen Stern im Steigen war, zur Besitzergreifung von Belgrad, darin er einen ungarischen Gouverneur residieren lassen wollte. Seither hatten sich alle Verhältnisse und Schicksale der Kriegführenden gründlich verändert. Die Gefahr, daß Ungarn die Königreiche Kroatien und Slawonien vielleicht doch anders werde behandeln müssen, als bisher, sah Graf Tisza. Aber es entsprach durchaus seiner Art und Ueber-

zeugung, wenn der ganze südslawische Fragenkomplex am besten dadurch aus der Welt geschafft wurde, daß Ungarn die Reichslande Bosnien und Herzegowina an die Stephanskrone angliederte. Es konnte dann immer noch so kommen, daß das Königreich Dalmatien an das Königreich Kroatien angeschlossen wurde, — also wiederum an Ungarn. Die südslawischen Völker sollten sich dann damit zufriedengeben, daß sie alle im Rahmen des Königreichs vereinigt waren. Auch wenn sie, alle bei Ungarn, dennoch miteinander keinen eigentlichen Zusammenhang hatten. Graf Tisza grollte und gab sich auch keinerlei Mühe, seine Zornesausbrüche vor den südslawischen Parteiführern zu verbergen, als sie ihm ein Memorandum überreichten, dessen Forderungen einen dicken Strich durch Tiszas Pläne machten und an der staatlichen Selbständigkeit der Südslawen festhielten.

Hier in Serajewo sah Stephan Tisza zum erstenmal Inhalt und Ziel seines Lebenswerkes jäh erschüttert. Nie hatte er gezögert, nie heimlichstes Bedenken empfunden, sein Vertrauen ganz den ungarländischen Serben zu schenken, die zu Budapest Jahr um Jahr, Jahrzehnte ihre unverbrüchliche Treue an das Reich der Stephanskrone beteuert hatten. Nie hätte er die Unterstellung als Wahrheit genommen, daß die gleichen ungarländischen Serben, die der Staatsmann allüberall begünstigte, zur gleichen Zeit dem kroatischen Volk, das Ungarn nicht genug niederhalten konnte, die Phantasien eines mächtigen, von den Ungarn befreiten Reiches vorspiegeln konnten. Vorsicht war dabei die beste Förderin serbischer Politik. Den Kroaten sprach sie nie von kommendem „großserbischen Reich". Keinen einzigen Kroaten hätte ein „großserbisches" Losungswort fortgelockt von der Monarchie. Aber sie hob das kommende „jugoslawische Reich" auf den Schild. Niemand in Belgrad dächte daran, dem kroatischen Volke

weniger Freiheiten im neuen „Groß-Jugoslawien" zu geben, als dort die Serben selbst besitzen dürften. Aber die Vereinigung aller Südslawen in einem einzigen Ganzen, frei von Ungarn, frei von Oesterreich, wäre unüberwindliche Macht — —

Bisher hatten die Reichsserben abgewartet. Niemand störte das Doppelspiel: Stephan Tisza hatte es nicht erkannt. Blieben die Mittelmächte siegreich, so konnte ihre Gunst, die Berufung auf ihre ungartreue Haltung, ihre Stellung stark werden lassen in Budapest. Sie vermochten dann die Kroaten leicht und schnell fallen zu lassen. Unterlagen die Mittelmächte, so gaben sie Ungarn preis. Die Vereinigung der Reichsserben und der Königsserben war dann da, überdies die Kroaten gewonnen, mit deren Rechten man sich später auseinandersetzen konnte. Jetzt schien der Ausblick auf das Kriegsende klar. Die Parteiführer, die Stephan Tisza ihr „Memorandum" überreichten, kannten die Geschehnisse an der Westfront am 8. August. Sie wußten, was der kaiserliche General Freiherr von Sarkotic noch nicht wußte: den schweren Durchbruch an der bulgarischen Front. Er hatte sie kühner werden lassen. Sie hatten zwei Tage vor der Ankunft des ungarischen Staatsmannes einen „jugoslawischen Ausschuß" gegründet. Ihre Zeit schien nahe und gewiß, die Zukunftsrichtung war ihnen klar: sie warfen die Maske ab. Sie überreichten ihr Memorandum. Stephan Tisza sah zum erstenmal den Selbstbetrug in seiner Arbeit.

Wild rang seine Kraft, sein Trotz sich auf. Noch wollte er den Selbstbetrug nicht glauben, noch hoffte er in Zweifeln. Vielleicht entschied eine Volksabstimmung in Bosnien und Herzegowina dennoch für Ungarn. Vielleicht war es eine kleine Schar Verführter, die ihm das Memorandum zu überreichen gewagt hatte. Vielleicht war das ganze serbische Doppelspiel, das sich zwischen Ungarn und

Kroaten ihm enthüllte, überhaupt nur ein Spuk. Er raffte sich zusammen und wollte es nicht glauben, daß sein Budapester serbischer Anhang für Ungarn nicht werde Ordnung schaffen wollen. Er kam auf die Volksabstimmung immer wieder zurück. Generaloberst Sarkotic, der Landeschef der beiden Reichsländer, sah die Verhältnisse anders. Schnelle und große Zugeständnisse müßten in der südslawischen Frage gewährt werden.

„Am besten ist es“, riet der Generaloberst, „gleich von Serajewo an den Kaiser zu telegraphieren.“

Aber so schnell gab Tisza sich nicht geschlagen. Schwer mochte die innere, seelische Erschütterung über den serbischen Fehlschlag in seiner Staatskunst sein. An der Aufrichtigkeit der ungarländischen Serben mochte er jetzt zweifeln. An der magyarischen Macht, die er als Ohnmacht noch nicht erkannte, zweifelte er nicht einen Augenblick. Ohne Schwanken überließ er sich seinem Zorn. Bewußt verletzte, bewußt drohte er. Erbittert führte im Wiener Abgeordnetenhaus der Geistliche Korosec bei der ersten Gelegenheit Klage und Anklage sowohl gegen die Absichten, wie die Methoden des Grafen Tisza, der in Serajewo „das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine falsche Münze geheißen“ und die vor ihm erschienenen Abgesandten angeherrscht hätte:

„Es ist möglich, daß wir untergehen, aber bevor wir untergehen, werden wir Macht genug finden, um euch zu zermalmen.“

Graf Tisza kannte, als er unbefriedigt die bosnische Hauptstadt verließ, nur genau die gleiche Lösungsmöglichkeit, mit der er gekommen war. Die Gereiztheit der Südslawen mußte seine Studienreise nur steigern und vielleicht wäre es besser gewesen, wenn der Landeschef Generaloberst Freiherr von Sarkotic, der überdies als Südslawe dort Menschen und Stimmungen kannte, gegen Tiszas Be-

such sich aufgelehnt hätte. Aber der ungarische Staatsmann wich auch unter dem Eindrucke der in Bulgarien abrollenden Ereignisse von seiner Ansicht noch nicht. Wie er sich die Lösung dachte, fand er sie nicht nur zu Ungarns Vorteil, sondern zum Nutzen des ganzen Reiches. In Oesterreich wurde das Slawentum schwächer, das Deutschtum stärker, das Tschechentum so fast belanglos. Und Ungarn wurde mächtiger: die Träger des monarchischen Gedankens im Doppelreiche blieben die Vorherrschaftsnationen — Ungarn und Deutsche. Noch am 25. September erklärte er:

„Das, was geschehen ist oder geschehen wird, wird geschehen im Interesse der Monarchie."

Er dachte gar nicht daran, ob nicht auch die Südslawen selbst bei solch ungarischer Regelung mitreden könnten. Und er hatte ganz vergessen, daß seine Politik eigentlich immer gegen Slaweneingliederung sich gewehrt hatte. Daß er eine Irredenta von ungeahnter Ausdehnung nach Ungarn zu verpflanzen im Begriffe war. Graf Stephan Tisza zeigte sich, da er notgedrungen seinem Gedankenkreis das südslawische Problem näherte, der eigenen Ueberzeugung treu und treulos. Unsicher schwankte, ohne daß er selbst es merkte, der starke, nüchterne Realpolitiker. Ehe er über Kroatien auch nur verhandelte: lieber nahm er doch noch Millionen Slawen ins Stephansreich. Dem Machtgedanken magyarischer Adelsherrschaft blieb er treu, indes er die Stimmen der Vernunft ohne Treue verabschiedete, mit der er selbst die Grenzen des Magyarentums bisher umrandet hatte. Erst der bulgarische Waffenstillstand, erst die Waffenstillstandsbitte der Mittelmächte, die Annahme der „14 Punkte", von denen der Präsident Wilson die Ungarn offenbar nicht ausgenommen hatte, preßte ihm kaum merkliche, widerwillige Milderung seiner Pläne ab.

„Wir werden trachten, den in Ungarn lebenden Nationalitäten nach Möglichkeit die Autonomie zu gewähren“ —

Noch schränkte er ein. Noch hatten im weiten Umkreis des Königreichs die Magyaren zu entscheiden. „Nach Möglichkeit“ — dies war: soweit kein magyarisches Interesse berührt wurde. Schließlich konnten sich — so weit war jetzt auch Graf Tisza schon — die Südslawen ja alle zusammentun: wenn sie bei Ungarn blieben. Was Oesterreich dazu sagte, war einerlei. Was die Südslawen dazu sagten, war es gleichfalls. Der Dualismus Oesterreich-Ungarn krachte in allen Fugen, da Freiherr von Hussarek erst einmal von einer Autonomie der österreichischen Völker sprach. Der neue Dualismus mußte Ungarn-Jugoslawien sein. Weiter ging Stephan Tisza, weiter das Stephansreich keinen Schritt. Von allen Wandlungen unberührt blieb des Königreichs „Integrität“. Dies war die magyarische Form der Südslawenlösung.

Stephan Tisza war nicht der Ministerpräsident des ungarischen Königreiches. Aber was er dachte und sprach, war Ansicht und Forderung der nationalen Stimme Ungarns, die auch aus dem Munde des wirklichen Premiers Wekerle nicht anders klingen durfte. Auch ihn erschütterten die bulgarischen Ereignisse zunächst nicht. Aus der Ruhe magyarischer, unantastbarer Herrenüberzeugung störte ihn erst zweierlei Tatsache: die Entwicklung im Schwesterstaate Oesterreich brach plötzlich sichtbar und, wie es schien, fortan unaufhaltsam an die Oberfläche — dazu erzwang, da Deutschland nach Waffenstillstand rief, die militärische Lage die allgemeine Annahme des Wilsonschen Programms.

Freiherr von Hussarek stand wahrhaftig am 1. Oktober im Wiener Reichsrat auf und verkündete, trotz aller Warnung und Beschwörung, vor den Volksvertretern des Kai-

sertums Neuerungen, die alles gefährdeten, das bisher in der ganzen Monarchie bestanden hatte. Die Polen versicherte er noch einmal ihres beschlossenen, durch die Zweikaiserproklamation verbürgten Staates. Sie durften, da der Minister sich schon jetzt mit Energie gegen alle, auch gegen den deutschen Bundesgenossen wandte, wenn Schwierigkeiten gegen endgültige „austropolnische Lösung“ erhoben würden, mit der Einverleibung Galiziens in ihr Reichsgebiet rechnen. Und der Minister verkündete, daß er die südslawische Frage zu regeln sich entschlossen habe. Die Reichslande Bosnien und Herzegowina könnten an Kroatien angegliedert, Dalmatien unter Umständen mit der neuen Einheit verbunden werden. Ueberhaupt beabsichtige die Regierung mit dem Geiste der Zeit zu gehen und den österreichischen Völkern die Autonomie zu geben: die dritte Adresse ging an die Tschechen, an die Deutschösterreicher und an die Italiener im Reich. Waren die Völker mit den Plänen des Ministerpräsidenten, der sie freilich vorerst nur im großen Umriß und noch nicht als ausgearbeiteten Beschluß darstellte, jetzt unter Formen einverstanden, die am Reichsganzen unter der Dynastie der Habsburger festhielt, so war mit der Umwandlung in einen Föderativstaat alles gerettet. Einzelheiten mußten dann noch geordnet werden. Die Slowenen konnten vielleicht dem neuen Südslawenstaate nicht vereint werden, denn der Weg nach Triest ans Meer war sonst den neuen Bundesstaaten nur bedingt, nur nach südslawischem Belieben frei. Auch war nicht ganz klar, wie sich der Ministerpräsident das Südslawenreich eigentlich genau vorstellte. Die äußerliche Vereinigung österreichischer und ungarischer Südslawen, das Hinzutun ihrer Stammesbrüder in den Reichslanden war an sich noch keine Lösung. Freiherr von Hussarek erklärte nichts darüber, was die Ungarn zu dem Vorhaben sagten: ob sie

dem neuen Staate die Selbständigkeit zubilligten und ob sie ihn anerkannten. Es schien im Gegenteil so, als hätte der Freiherr, müde des langen, ergebnislosen Streites mit Ungarn, die Frage ganz aus eigenem Antrieb jetzt zur Entscheidung gestellt. Als hätte Oesterreich jetzt keine Zeit mehr, auf Ungarn länger noch zu warten. Und als nehme Oesterreich an, daß Ungarn seine kroatischen Verträge revidieren werde, um den Südslawen den geforderten Staat nicht mehr zu verweigern, wenn auch sie unter Habsburg bleiben wollten. Der Ministerpräsident band all die Neugestaltung an keinerlei bestimmte Zeit. Nur das Kommen des Umbaues selbst sprach er als Tatsache aus. Und horchte nach dem Chor der Stimmen, der ihm Antwort geben sollte.

Der Chor der Stimmen ließ ihn keinen Augenblick warten. Er gellte in Diskrepanzen auf.

„Wir werden alles tun", schrie der tschechische Sozialist Tusar in den Lärm, „damit die tschechische Frage mit den andern Weltfragen auf einem internationalen Kongreß gelöst wird."

Aber der Tschechenführer Stanek überbot ihn noch.

„Wir wollen die Front der drei slawischen Staaten", schleuderte er dem Ministerpräsidenten als Antwort zu: „Von Danzig über Prag bis zur Adria."

Die Südslawen nahmen die ihnen in Aussicht gestellte Zukunft nicht an. Mit den Tschechen, deren „Nationalrat" der Abgeordnete Stanek sofort nach Prag rufen wollte, berieten sie, ob sie nicht überhaupt aus einem Reichsrat ausscheiden sollten, der sie, die Vertreter eines selbständig gewordenen Volkes, gar nichts mehr angehe. Um Freiherrn von Hussarek schwirrte das Echo der Meinung aller Parlamentarier über sein geplantes Werk: „Zu spät" — —

Nur die Polen lärmten nicht. Ihrer Mehrzahl nach

schienen sie in vielfacher Rückversicherung ruhig und satt. Bloß der Sozialistenführer Glabinski forderte auch für die Polenfrage ein internationales Forum. In die Ruhe der deutschen Parteien brachten die Eröffnungen der Regierung Bewegung und unter die Zersplitterten zum erstenmal gemeinsame Entschlossenheit. Alle deutschen Parteien einigten sich auf eine sozialdemokratische Entschließung vom 4. Oktober, die nach der Schaffung auch eines „deutschösterreichischen Bundesstaates“ rief. Für ihn wollte eine der Gruppen schon jetzt die Sicherstellung der Wege durch slowenisches Gebiet anmelden. Aber erregt rief, gerade was die Behandlung und Einordnung der Slowenen betraf, der Geistliche Korosec in das Konzert:

„Niemals. Es gibt keine Künste der Welt mehr, welche die Kroaten und Serben von den Slowenen trennen könnten.“

Unter den österreichischen Völkern war das Chaos der Stimmen vollendet. Aber in Ungarn war der Sturm.

Nie hätte Oesterreich das Recht, über die Art zu bestimmen oder auch nur Auffassungen darüber zu haben, wie Bosnien, Herzegowina und Dalmatien mit Ungarn oder mit den Königreichen Kroatien und Slawonien verbunden würden. Gegen offenkundige Einmischung in fremde Angelegenheiten wandte sich der Ministerpräsident, wandte sich Ungarns öffentliche Meinung. Die Unabhängigkeitsparteien des Landes, niemals einverstanden mit irgendeiner Gemeinschaft mit Oesterreich, das sie haßten, jetzt an Macht und Sprache freier, als irgendwann zuvor, einigten sich sofort zu einem festen Block der Abwehr gegen Uebergriffe, die sie von Oesterreich her nicht dulden wollten. Ueber Nacht war der Ministerpräsident gründlich aus Standpunkten und Gelassenheit aufgescheucht. Er sah, daß ihm das allgemeine Waffen-

stillstandsangebot notgedrungen abrang, was selbst Stephan Tisza, so hart er war, nicht mehr ablehnen konnte: das Bekenntnis zu Wilsons Völkerprogrammen. Aber Wilson war weit; der Krieg war nicht zu Ende; selbst Bulgarien mußte ihn nicht um alle Fassung bringen. Schlimmer als alles andere war jetzt die österreichische Entwicklung.

Dort waren die Völker im Begriffe aufzustehen. Und die Regierung, die offenbar nicht wußte, was sie tat, gab selbst das Signal. Allerlei Gerüchte flogen über die Leithagrenze, die zu entkräften die Regierenden sich kaum die Mühe gaben. Alle Parteien sprachen von einem neuen Kabinett des Friedensapostels Heinrich Lammasch, der nur mehr die Aufgabe hätte, „das alte Oesterreich zu liquidieren". Und der König plane ein Manifest, das die Völkererhebung besiegeln mußte. Vielleicht stand der Friedensapostel hinter dem Gedanken. Vielleicht auch der Ministerpräsident selbst. Alle Ereignisse in Oesterreich gediehen jetzt in fiebernder Entwicklung. Alles überstürzte sich, das meiste geschah unkontrollierbar. Uebrigens ging es nunmehr für Ungarn nicht mehr um die Südslawenfrage allein. In Ungarn, das bis heute kein Nationalitätenproblem in „integren" Grenzen zugab, wohnten auch noch Slowaken, Rumänen, Ruthenen und Deutsche. Sie alle konnte der österreichische Aufruhr ergreifen. Auch die beiläufigen Auffassungen des österreichischen Ministerpräsidenten über einen Umbau waren unerlaubter Eingriff in ungarische Rechte. Nicht nur um die Südslawenfrage hatte sich die Wiener Regierung nicht zu kümmern. Sofort hatte Ungarn alles zu tun, um auch die österreichische Völkerbefreiung zu unterbinden. Es durfte an naher Grenze keine Beispiele geben. Es durfte kein Manifest erlassen werden. Wekerle fuhr nach Wien zum Kaiser. Graf

Tisza, die Grafen Apponyi und Andrassy: sie alle fuhren am 10. Oktober zum Kaiser. Gleich darauf bot der ungarische Premier seinen Rücktritt an. Daß die österreichische Entschließung unwiderrufliche Beschlüsse geworden waren, wußte er jetzt; die Sendung der ungarischen Staatsmänner war gescheitert; daß die Entwicklung auf Ungarn übergreifen mußte, glaubte der ungarische Ministerpräsident nunmehr auch selbst. Einen Augenblick überkam ihn Schwäche. Vor den Abgeordneten gestand er am 11. Oktober:

„Wir sehen, daß auch die Integrität des ungarischen Staates für die Zukunft nicht mehr in einer ganz unberührten Form besteht" — —

Seine Staatskunst brach. Wer die „Integrität" antastete, war gefallen. Wekerle wollte gehen. Und blieb nur, da König Karl das Bleiben befahl. Jetzt wollte er sich nur mehr als Sachwalter der Regierung sehen, bis die Ablösung durch geeigneten, vielleicht härteren, vielleicht glücklicheren Nachfolger geschah. Er wollte sich freilich nicht versagen, dazwischen gelegentlich auch eine Parade zu schlagen. Denn von seinem Schwächeanfall erholte Wekerle sich bald. Die Ereignisse liefen im Sturmschritt weiter. Zwischenfälle zählten kaum mehr. In Tagen stürzten, für Oesterreich wie für Ungarn, jetzt Jahrhunderte.

Kaiser Karl rief die Sendboten der Völker Oesterreichs zu sich. Neunundzwanzig Volksführer befragte er im Hauptquartier zu Baden über die Wünsche, über Hoffnung und Haltung der Nationen Oesterreichs. Zum „gemeinsamen Vaterhaus", an dessen Kinder der Appell des Freiherrn von Hussarek noch im Sommer ergangen war, bekannte sich niemand. Kühn wurden die Tschechen, die „sich mit Worten nicht mehr begnügen", die „Taten sehen"

wollten. Solche Bereitwilligkeit sagte der Kaiser den Fordernden zu, aber er schwieg verstimmt, als sie nunmehr auch die Entfernung aller nichttschechischen Truppen aus Böhmen verlangten. Von südslawischer Selbständigkeit sprach der Geistliche Korosec. Und der Polenklub, der dem Kaiser wenigstens die Mitarbeit am österreichischen Reichsrat noch für die Zeit des Umbaues zusagte, entwickelte doch vor allem die Pläne großpolnischer Zukunft, die über „austropolnische Lösung" kein Wort verloren. Sie alle wollten ihr eigenes Haus: sie alle hatten Oesterreich an diesem Tage schon begraben. Und schon waren überall in weiter Runde — ob sie durften, ob nicht: sie hatten nicht mehr gefragt — die „Nationalräte" gebildet. In Krakau bereiteten die Polen die „Nationalversammlung" vor; nach Prag war der „Tschechische Nationalrat" berufen; der „Südslawische Nationalrat" war am 11. Oktober zusammengetreten: schon umspannte er die Volksräte aller südslawischen Stämme der Monarchie. Da erwog der Kaiser die einzige Möglichkeit, die ihm noch Rettung schien. Was auseinanderstrebte, was durch Macht nicht mehr zu halten war, wollte er jetzt aus eigenem Entschluß befreien. Er hatte mit dem Rezept der Milde, als er die Amnestie des Jahres 1917 erließ, zwar schwer geirrt. Aber auch sein österreichischer Ministerpräsident wußte kein anderes Rezept mehr als den Versuch der Völkeraussöhnung. Und die Sorge um den Thron diktierte Eile. Kaiser und Minister glaubten bis zum Friedensschlusse auf keinen Fall mehr warten zu dürfen. Das Opfer sollte aus eigenem Antrieb gebracht erscheinen. Die Stimmen der Völker Oesterreichs waren ungehört verhallt seit Jahren, vielleicht seit Jahrzehnten. Aber jetzt, da das alte Reich unter den gefährlichsten Stürmen erbebte, sollte die Stunde der Erfüllung schlagen. Nicht nur durch Zusagen wollte man sich feierlich binden,

durch Zusagen an den ersten, friedlichen Augenblick: sofort sollte die Stunde der Taten sich erfüllen. Zwar wurden die Völker eines Reichsganzen zu eigener Herrschaft entlassen, bevor für den zusammenfassenden Abbau neue Konzentrationskraft gefunden war. Es konnte sein, daß die Zersplitterung der Völker zugleich die Zersplitterung der Verteidigungsmacht war, daß man sie in Komponenten zerschlug, die kein Machtwort zur Einheit wieder sammeln konnte. Kaiser und Minister wollten es offenbar auf die Probe ankommen lassen, daß die Aufrichtung von Oesterreichs selbständigen Staaten, noch ehe die Waffen endgültig schwiegen, vielleicht ein Instrument zertrümmerten, das man noch brauchte: das österreichisch-ungarische Heer. Kaiser Karl beschloß, von den gleichen Gedanken getragen, die er über einen Umbau des Reiches vor Halbjahresfrist dem Präsidenten der Vereinigten Staaten entwickelt hatte — Gedanken, die dann aufs neue aufgetaucht waren und sich verdichtet hatten, als die „Vereinigten Staaten" die Tschechoslowaken als kriegführende Macht anerkannten — Kaiser Karl beschloß, von Unterströmungen noch bestärkt, ein Manifest an die „getreuen österreichischen Völker". Das Völkerschicksal in der Monarchie, die Wirren und Kämpfe, die Throngefahren wollte er endlich entschieden sehen.

Vielfach waren die Entwürfe, vielfach verstrickt die Vorgeschichte des kaiserlichen Manifests. Den österreichischen Ministerpräsidenten hatte der Kaiser an einem Sonntag, am 13. Oktober, zu sich in das Schloß Reichenau befohlen. Kaiser und Minister wurden sich dort über den Entschluß klar, nunmehr in der Völkerschicksalsfrage die entscheidende Wendung herbeiführen zu wollen. Noch wußte der Minister, dem die Wendung unerläßlich schien, noch sprach der Kaiser nichts über die Form der Ausführung. Die Reichenauer Beratung, in der sich Baron

Hussarek in voller Uebereinstimmung mit dem Kaiser fühlte, ergab nur den Beschluß des Grundsätzlichen. Am nächsten Abend verständigte der Reichsfinanzminister Freiherr von Spitzmüller am Fernsprecher den Baron, daß der Kaiser für den 15. Oktober, 10 Uhr, einen Kronrat in der Hofburg angesetzt habe.

Denn auch mit Freiherrn von Spitzmüller hatte sich Kaiser Karl an dem gleichen Tage, da er den Ministerpräsidenten zu sich beschieden hatte, über Notwendigkeiten der nächsten Zukunft unterhalten. Er hatte dies in der etwas unvermittelten Art, die ihn selten verließ, am Fernsprecher mit der Aufforderung getan, daß Baron Spitzmüller ihm einen neuen Ministerpräsidenten an Stelle des Freiherrn von Hussarek vorschlagen möchte. Der Kaiser selbst hatte dabei den Plan entwickelt, dem Ackerbauminister Grafen Silva Tarouca, mit dem er selbst Verhandlungen bereits führte, den Vorsitz eines neuen Kabinetts anzuvertrauen. Der Kaiser trug sich in diesen Tagen nicht nur mit der Absicht, den österreichischen Ministerpräsidenten und den ungarischen Premier Wekerle wegen seiner Widerstände gegen jeden südslawischen Lösungsversuch zu verabschieden: auch Graf Burian, dem Kaiser ein wenig zu langsam und allzu dogmatisch inmitten der Eile neuer Zeit, sollte durch den Grafen Scecszen ersetzt werden. Baron Spitzmüller fand die vom Kaiser geplante Ministerkombination so wenig glücklich, daß er für den Fall ihres tatsächlichen Zustandekommens seinen Rücktritt ankündigte. Sich selbst könne er — berichtete er dem Kaiser am 13. Oktober — die Kabinettsbildung keinesfalls zutrauen. Seine Resonanz im Reichsrat sei gering, seine Beliebtheit bei den Parteien zweifelhaft. Ueberdies müsse er, bevor er einen neuen Premier zu finden versuche, genauer das Programm kennen, das der Kaiser für eine andere Entwicklung, als bisher, vertreten wissen wolle. Der Kaiser er-

klärte, daß den Hauptpunkt seines Programms ein Völkermanifest über eine neue Verfassung darstelle. Jetzt beantragte der Minister, ein Thema von solch weittragender Bedeutung zum Gegenstand eines Kronrates zu machen. Der Kaiser ordnete den Kronrat für den 15. Oktober nach Wien an.

Noch vierundzwanzig Stunden vorher wiederholte Kaiser Karl die Anfrage an den Minister, ob er wegen eines neuen Premiers schon sondiert hätte. Baron Spitzmüller bat, die Sondierung erst nach dem Kronrate vornehmen zu dürfen.

Alle gemeinsamen Minister berieten in der Hofburg am Vormittage des 15. Oktobers 1918 unter dem Vorsitz des Kaisers. Zwar konnte der Außenminister Graf Burian, da er magyarischer Abkunft war, als Ungar angesprochen werden, doch kein Vertreter der ungarischen Regierung war dem Kronrate zugezogen worden. Dem Kaiser hatte Freiherr von Spitzmüller dringend empfohlen, auch den ungarischen Premier Wekerle in die Burg zu rufen. Um der südslawischen Frage willen, die als wichtigste auf dem Programm der ganzen Neugestaltung im Reiche stehen mußte, die noch wichtiger war, als die tschechische Frage — die Bedeutung der Tschechen sank wesentlich, wenn die Südslawen zur Monarchie hielten —, fand der Baron die Anwesenheit Wekerles unerläßlich. Indes: der Kaiser drängte. Den vorgeschlagenen und einmal beschlossenen Kronrat hatte er auch um Halbtagesfrist nicht mehr verzögern wollen. Der ungarische Ministerpräsident war durch andere Geschäfte unaufschiebbarer Art verhindert, schon am Morgen des Kronratstages in Wien einzutreffen. In diesem Augenblick befand er sich auf der Reise nach der Hauptstadt. Kaiser Karl hatte ihn von Reichenau aus, für den Nachmittag wenigstens, rufen lassen.

Auf besondere kaiserliche Einladung hatte sich auch der Ackerbauminister Graf Silva Tarouca eingefunden. Er

stand dem ganzen Gedankengang der neuen kaiserlichen Politik nahe. Der Kaiser begann sofort seine Pläne zu entwickeln:

Ein furchtbares politisches Chaos sei eingetreten, das die Machtbefugnisse der Krone tatsächlich aufhebe. Böhmen habe sich dem Wirkungskreise der Zentrale bereits völlig entzogen. Diesem Zustande wünsche er zu begegnen, um nicht in vollster Zerrüttung in die Friedensverhandlungen einzutreten. Er wünsche zu diesem Zwecke ein Manifest zu erlassen, das die Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat und zwar auf verfassungsmäßigem Wege einleiten solle — —

Der Kaiser sprach noch von Opfern, die jedweder bringen müsse. Er sprach von dem Zwange zum Frieden, der gleichfalls ohne Opfer für die Monarchie nicht werde erreicht werden können. Er verwies auf die Wichtigkeit, daß der Präsident der Vereinigten Staaten und seine Verbündeten nicht nur den Willen einer Neuordnung für seine Völker, vielmehr auch ihre ernsthafte Durchführung sähen. Seine Ausführungen streiften die Frage des Krönungseides, der ihn als Apostolischer König von Ungarn an bestimmte Vermächtnisse dem Königreich gegenüber binde. So viel stehe fest: die Ueberleitung in den Bundesstaat Oesterreich müsse unverzüglich eingeleitet werden.

Den Kaiser löste als Sprecher Baron Burian ab. Der Minister des Aeußeren, mit dem der Kaiser offenbar am Vortage schon die kommenden Ereignisse besprochen hatte, begrüßte mit Wärme den vorgebrachten Plan. Er beleuchtete ihn naturgemäß vor allem vom außenpolitischen Standpunkt. Graf Burian, dessen Vortrag sich mehr in allgemeinen Perspektiven erging, bewertete den Eindruck auf das feindliche Ausland hoch. Auch Freiherr von Hussarek stimmte den kaiserlichen Absichten zu und

er beantragte jetzt die Herausgabe eines Manifestes, das den kaiserlichen Willensschluß enthalten sollte. Weder die pragmatische Einheit des Reiches, noch die Einheit seines Wirtschaftsgebietes dürfe freilich angetastet werden.

Aber jetzt erhob der gemeinsame Finanzminister, nicht nur als Sprecher für sein besonderes Gebiet, verschiedenerlei Einwendungen. Auch Baron Spitzmüller, der der Notwendigkeit einer südslawischen Lösung schon seit geraumer Zeit das Wort geredet hatte, stand dem Manifest, was die Idee selbst betraf, nicht mit Ablehnung gegenüber. Die Idee konnte sehr wohl reifen in einem Milieu, das die ganze letzte Entwicklung in Oesterreich und die schrittweisen Zugeständnisse des Ministerpräsidenten vor dem Reichsrat geschaffen hatte. Sie konnte reifen in einem allmählich selbstverständlich gewordenen Milieu, das Freiherr von Hussarek in immer stärkerer Neigung für den Förderativgedanken begünstigt hatte und darin sich alle Völker — die Deutschen nicht ausgeschlossen — bereits auf eigene Faust mit Selbstbestimmungsrechten einzurichten begannen. Denn wenn man auch überzeugt war, daß vor allem die südslawische Gefahr für die Monarchie ausgeschaltet werden mußte, wenn man den Südslawen darum einen Staat einrichtete, so konnte man an den Wünschen der anderen Völker Oesterreichs nicht achtlos vorübergehen. Gegen den Staatsakt des Manifestes wandte sich der gemeinsame Finanzminister darum nicht. Aber seine Inszenierung schien ihm verfehlt. Baron Spitzmüllers Standpunkt war, daß man an das Manifest weder ohne das Einvernehmen mit dem unmittelbar davon berührten Ungarn, noch ohne besonders gründliche Vorbereitungen herangehen konnte.

Er stellte den Antrag, das österreichische Manifest nicht ohne ein besonderes gleichzeitiges Manifest auch in Un-

garn zu erlassen. Im ungarischen Manifest aber müsse die südslawische Frage bereits geregelt erscheinen: im Sinne jener „großkroatischen Lösung“, durch die eine Einheit Kroatiens, Slawoniens, Dalmatiens, Bosniens und der Herzegowina im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie geschaffen würde. Besonders wies der Minister auf Bosnien und Herzegowina hin. Das Schicksal der beiden Länder, die als Reichsgebiet der Monarchie gemeinsam zugehörten, könne nur durch Staatsakte bestimmt werden, die sowohl von Oesterreich, wie auch von Ungarn im Einklang kundgegeben würden. Vor allem in Bosnien und Herzegowina sähe der Minister die nationalen und von vielfacher Agitation gestachelten Leidenschaften in noch gefährlicherer Erhitzung sich entwickeln als irgendwo. Auch wandte sich Baron Spitzmüller gegen übereilte Herausgabe des Manifestes. Er hätte schon bei seinem Besuche in Serajewo, nachdem Graf Tisza abgereist wäre, öffentlich von Grenzen gesprochen, die auch der freien Selbstbestimmung der Völker gezogen wären. Nunmehr müßten — namentlich im leichterregbaren Bosnien und in der Herzegowina — die Völker auf das Erscheinen des Manifestes vorbereitet und über jene Grenzen zugleich durch die öffentliche Meinung belehrt werden. Und nicht weniger richtig schließlich, als die Teilnahme Ungarns an dem Akt, wäre für den Minister die Mitarbeit der Reichsparteien. Mit dem Manifest spiele der Kaiser sein letztes Mittel zur Herstellung geordneter Verhältnisse aus. Versage die letzte Auskunft, so gäbe es weiter kein Mittel mehr: der Schaden müßte unabsehbar sein. Gerade deshalb müsse das Manifest sich auf das Einverständnis der Parteien berufen können. Der Minister stellte seinen Antrag noch in der Voraussetzung, daß neue Ministerpräsidenten und neue Kabinette, wie der Kaiser ihm gestern noch wiederholt hatte, die neue Zeit einleiten

sollten. Denn eben mit den Parteien des Reichsrats hätte der Baron in kaiserlichem Auftrag darüber verhandeln sollen, mit welchem neuen Ministerium sie auf der neugeschaffenen Grundlage einer Manifestpolitik zur Mitarbeit sich bereit fänden. Noch im Augenblick des Antrages wußte der Finanzminister nicht, daß der Kaiser sich über Nacht wieder anders besonnen hatte, daß er seine beiden Premiers nunmehr dennoch behalten wolle. Erst im Verlaufe des Kronrats gewann er darüber Klarheit und sah sich jetzt vor gänzlich geänderter Situation.

Noch einmal ergriff Graf Burian das Wort. Er bezeichnete die Ausführungen des Finanzministers als richtig, namentlich, was die Reichslande Bosnien und Herzegowina betraf. Er hielt ein besonderes Manifest in Ungarn für überflüssig. Eine ungarische Regierungserklärung, die sich auf kaiserliche Ermächtigung berufe, müßte von gleicher Wirkung sein.

Jetzt gab der Kaiser ein Resumé. Ueber ein gleichzeitiges und gleichartiges Vorgehen in Oesterreich und Ungarn wollte er am Nachmittage noch mit Wekerle sprechen. Jedenfalls befahl er dem österreichischen Ministerpräsidenten, sofort die Ausarbeitung des Manifestes zu veranlassen. Er lege größten Wert auf schnellste Uebermittlung an das Ausland. Der genaue Inhalt des historischen Dokumentes war übrigens nicht besprochen worden. Kaiser und Minister verließen die Hofburg.

Im Palais des Ministerpräsidiums versammelte Freiherr von Hussarek unverzüglich die Ministerialräte, mit denen er Schriftstücke zu arbeiten pflegte. Vier Mitarbeitern trug er die Grundgedanken, wie er sie vom Manifeste hatte, in großen Zügen vor. Die Erläuterungen des Premiers währten etwa eine Stunde. Die Ministerialräte machten sich ohne Säumen an den Entwurf.

Da Baron Hussarek sich eben nach Hause begeben hatte, holte ein telephonischer Anruf des Kaisers ihn auch schon wieder fort. Wekerle war aus Budapest eingetroffen. Vor dem Kaiser berieten die beiden Premiers.

Zwar hatte Kaiser Karl bisher gerade in bezug auf seinen Krönungseid, der ihn als König von Ungarn verpflichtete, die „Integrität“ des Königreichs unter allen Umständen zu wahren, bestimmte Hoffnungen gehegt. Aus seiner Nähe und mit seinem Wissen war an den ungarischen Ministerpräsidenten und an andere führende Persönlichkeiten Ungarns die Anregung ergangen, daß aus eigenem Antrieb, aus ungarischen Kreisen selbst die Bitte an den König gestellt werden sollte, zum Wohle des Reichsganzen die Südslawenfrage zu regeln. Unbestimmte Zusagen hatten solch eine friedliche Schlichtung in staatsmännischer Vernunft zur Selbsterhaltung auch beinahe schon erwarten lassen. Kam die Anregung unmittelbar aus Ungarn, dann war der Krönungseid keine hindernde Fessel mehr. Aber Wekerle hatte genau die entgegengesetzte Forderung aus Budapest mitgebracht. Er stellte zwar in Aussicht, daß er eine Regierungserklärung über die österreichische Neuordnung in Ungarn gleichfalls abgeben wolle. Er tat dies ohne bindende Verpflichtung. Aber was das kaiserliche Manifest betraf, so verlangte er die Aufnahme einer genauen und klaren Klausel, mit der die „Integrität“ seines Landes auch weiterhin verbürgt werden sollte.

Freiherr von Hussarek wehrte sich. Wurde im Manifest wirklich die ungarische „Integrität“ aufs neue proklamiert, so stand dies nicht nur zur Ordnung der Südslawenfrage im schroffen Widerspruch. Baron Spitzmüller war der Besprechung der Premiers nicht beigezogen worden. Seinen abweichenden Standpunkt vermochte er darum nicht mehr zu vertreten. Und Freiherrn von Hussarek schnitt Dr. Wekerle schließlich das Wort ab:

„Wenn die Integritätsklausel nicht im Manifest enthalten ist, so entziehe ich Oesterreich die Lebensmittel“.

Die Besprechung der beiden Premiers fand damit ihr Ende. Freiherr von Hussarek eilte zu einem Diner, zu dem ihn der deutsche Botschafter gebeten hatte. Der Ministerrat war für den späten Abend angesetzt.

Von zehn Uhr nachts bis in die vierte Morgenstunde berieten die Minister über den Manifestentwurf, der auf Baron Hussareks Anordnung bis dahin im Ministerpräsidium von den vier Herren gearbeitet worden war. Freiherrn von Hussarek rief zwischendurch der Kaiser ans Telephon. Er wünsche den Eintritt Professor Lammaschs in die Regierung als Minister ohne Portefeuille. Der Kabinettschef nahm den kaiserlichen Wunsch zur Kenntnis. Er wollte sich mit Professor Lammasch am nächsten Tage in Verbindung setzen. Die Textierung des Manifestes ging weiter. Die drei Schlußsätze des zustandegekommenen Entwurfes stilisierte Freiherr von Hussarek selbst.

Vor dem Kaiser erschien der Ministerpräsident mit dem Entwurf am nächsten Morgen um neun Uhr. Er las das Schriftstück vor, dann prüfte es der Kaiser nochmals Satz um Satz, um seine Botschaft schließlich noch ein drittesmal mit dem Minister durchzusprechen.

„So, jetzt behalte ich den Entwurf hier“, entschied endlich der Kaiser. Der Ministerpräsident fuhr aus Schönbrunn in die Stadt zurück. Gegen Mittag sprach Professor Lammasch bei ihm vor.

Den Friedensapostel Heinrich Lammasch, dessen Gelehrtenansehen und ehrlicher Versöhnungswillen im ganzen Auslande, vor allem in Amerika unstreitig groß war, hatte noch der Ministerpräsident von Seidler dem Kaiser empfohlen, als Kaiser Karl sich mit den Gedanken seiner Amnestie trug und nach einer geeigneten, nicht

durch Amt, Würden oder politische Parteistellung beeinflußten Persönlichkeit suchte, die dennoch politisch und juristisch ein Gutachten über den geplanten Amnestieschritt abgeben könnte. Seither war der Professor, der dem Kaiser damals einen starken Eindruck hinterlassen hatte, wiederholt bei wichtigen Anlässen um seine Meinung befragt worden. Der Kaiser wünschte ihn immer in gewisser Bereitschaft, und jetzt, da man dem Frieden zusteuerte, legte er Freiherrn von Hussarek gegenüber Wert darauf, daß der Verfechter der Friedensidee, dessen Arbeit und Kraft ohnedies bald am Friedenstische gebraucht würde, mit seinem Namen sofort dem Kabinett einen weithin sichtbaren, verstärkten Friedensanstrich gebe. Dem Kaiser war die Manifestpolitik schon ein Inhalt und Teil seiner Friedenspolitik überhaupt. Professor Lammasch, dessen werbende Kraft er hoch anschlug, sollte nicht länger nur in Bereitschaft stehen.

Aber der Professor war nicht ohne weiteres für die Ministerschaft zu gewinnen. Wenn Südslawen und Tschechen ihm ihre Mitarbeit zusagten, so wollte er annehmen.

„Die Südslawen vielleicht“, antwortete Freiherr von Hussarek. „Die Tschechen bestimmt nicht.“

Professor Lammasch lehnte daraufhin ab. Aber der Ministerpräsident ergriff den Anlaß, Heinrich Lammasch mit dem Manifestwortlaut vertraut zu machen, um seine Meinung zu hören. Gegen den Text hatte bisher nur der Kriegsminister einige Einwendungen von unwesentlicher Art erhoben. Sie waren in der Stilisierung schon berücksichtigt. Der Professor fand die drei Schlußsätze nicht ganz glücklich. Er hätte sie feierlicher, wärmer gewünscht. Und empfahl sich.

Noch war eine Besprechung des Ministerpräsidenten mit dem Grafen Burian nötig, obgleich sich Freiherr von Hussarek mit ihm schon am Vortage außerhalb von Kronrat

und Ministerrat eindringlich über den Entwurf unterhalten hatte. Der endgültigen Textierung galt die Unterredung auch jetzt, als um 5 Uhr nachmittags, da der Freiherr das Ministerium des Aeußeren eben verlassen wollte, der kaiserliche Flügeladjutant Graf Ledochowski den vom Kaiser zuletzt gebilligten Text aus Schönbrunn brachte. Die von Professor Lammasch anders gewünschten Schlußsätze waren bereits geändert. Der Versuch zu stilistischem Schwung deutete hier auf die Art Baron Eichhoffs und auf seine allererste, vom Kaiser anbefohlene Fassung zurück, deren Hauptgrundzüge über einen Umbau der Monarchie in vereinigte Königreiche — darunter ein „Königreich Illyrien“, ein ostgalizisches „Königreich Halicz“ — allerdings wieder fallen gelassen worden waren.

Und Freiherr von Hussarek kehrte um. Wiederum ging er mit Graf Burian den Text durch, aber der Außenminister, der im Kronrat hauptsächlich von der Wirkung des Manifestes auf das Ausland gesprochen, der die Ausführungen Baron Spitzmüllers als richtig bezeichnet hatte, gewann jetzt plötzlich noch viel schärfere ungarische Auffassung dem Staatsakt gegenüber, als sie Wekerle vor dem Kaiser und dem österreichischen Ministerpräsidenten vertreten hatte. Er schlug eine neuerliche Aenderung der Stilisierung vor. Er schlug vor, nicht nur von ungarischer „Integrität“ zu sprechen, sondern von der Wahrung ungarischer „Rechte und Integrität“. Freiherrn von Hussarek ging der Anspruch zu weit. Er setzte sich abermals mit Wekerle in Verbindung. Schließlich gab sich der ungarische Premier bloß mit der ungarischen „Integrität“ zufrieden.

Das Manifest lag vollendet. Der Ministerpräsident teilte den beschlossenen Staatsakt den Parteien mit. Nichts mehr wurde geändert. Noch ehe die kaiserliche Willensverkündigung in der Monarchie selbst veröffentlicht wurde,

sollte dies im Auslande geschehen. Der Text wurde unverzüglich nach der Schweiz depeschiert.

Größte Heimlichkeit hatte die innere Entstehungsgeschichte des Manifestes umgeben. Selbst der Chef des Generalstabes, den die Wirkung auf die Armee kümmern mußte, erfuhr von den Vorgängen und Beschlüssen im Werden zunächst nichts. Von der Bedrohung der Südostgrenzen bestimmt, hatte er in jüngster Zeit mehrmals und noch vor der Oktobermitte den Kaiser auf die Dringlichkeit der Südslawenfrage aufmerksam gemacht. In der beiläufigen, ausweichenden Art, die ihm eigen war, hatte der Kaiser geantwortet:

„Es ist ja so etwas gemacht worden" — —

In den Kronrat in der Hofburg war der Chef des Generalstabes nicht berufen worden. Das Schlußkonzept erst sah Freiherr von Arz in der telegraphischen Weitergabe an das Badener Armeeoberkommando am Tage vor der Veröffentlichung. Auch Baron Arz widersprach der Veröffentlichung nicht. Indes wies er auf das Fehlen besonderer Zusagen gerade an die Südslawen hin. Er begab sich zum Chef der Militärkanzlei, zu Generalmajor Baron von Zeidler-Sterneck, um durch ihn dem Kaiser seine Bedenken gegen den Mangel auszusprechen. Auch dem Chef seiner Operationsabteilung, General Baron Waldstätten, trug er auf Protest zu erheben. Folgerungen für sein Amt zu ziehen, wenn nicht in letzter Stunde die südslawischen Interessen in dem Manifest gewahrt würden, beabsichtigte der Chef des Generalstabes nicht.

Da man vor allem um der Südslawen willen an dem erschütterndsten Wendepunkt österreichischer Staatsschicksale angelangt war, so bedeutete es allerdings eine Merkwürdigkeit, daß gerade die Betonung ihrer künftigen Staatsstellung übersehen war. Dies war der wichtigste Inhalt des Manifests:

„Oesterreich soll, dem Willen seiner Völker gemäß, zu einem Bundesstaat werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedelungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Oesterreichs mit dem unabhängigen polnischen Staat wird hierdurch in keiner Weise vorgegriffen. Die Stadt Triest samt ihrem Gebiete erhält, den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend, eine Sonderstellung."

Aber der zwischen Kronrat und Veröffentlichung von dem ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle im Verein mit dem Außenminister Grafen Burian durchgesetzte Zusatz im Text bestimmte: daß „die Integrität der Länder der ungarischen Krone in keiner Weise berührt werde" — —

Noch im Kronrat hatte Freiherr von Hussarek in allgemein gefaßtem Antrag, die Staatenaufrichtung der Völker durch ein Manifest anzukündigen, die nationale Selbständigkeit der Südslawen mitinbegriffen. Er hatte sie nicht ausgeschaltet. Aber die zur Ausgabe bereite Proklamation entschied gleich darauf dennoch die Preisgabe aller Südslawen an die Ungarn. Der Kaiser selbst hatte die Wichtigkeit der südslawischen Frage für den Fortbestand des Reiches schon vor Jahresfrist begriffen. Aber er wußte oder vermochte die richtige Auffassung gegen ungarische Widerstände nicht durchzusetzen. Und nunmehr war, so sehr sich Freiherr von Hussarek gerade um das schwierigste Problem der Monarchie bemüht hatte, die Situation doch so: alle Völker des alten Oesterreich konnten, wenn sie nur irgend guten Willen zeigten, sich zufrieden geben mit dem Erreichten — —

Nur ein Volk nicht: die Südslawen.

Im vieltürmigen Kuppelbau am Donauufer zu Budapest stand an diesem gleichen, heiteren Herbstsonnentag der

Ministerpräsident Wekerle vor den Sendboten der ungarischen Völker. Er hatte vergessen, was er vor fünf Tagen noch gesprochen. Seine Schwäche war verflogen.

„Die unversehrte Wahrung unserer staatlichen Integrität," hallte es durch den Saal, „die Aufrechterhaltung unserer staatlichen Einheit sind Aufgaben, die wir mit vereinter Kraft um jeden Preis lösen müssen" — —

Es war indes noch nicht die große Entscheidung historischer Sitzung. Sie ging — ein einziger Satz — Wort um Wort schwer durch den Raum:

„Nachdem Oesterreich sich auf föderativer Grundlage organisiert hat, stellen wir uns auf den Boden der Personalunion und werden demgemäß unsere Politik in wirtschaftlicher Beziehung und auch in bezug auf unsere Verteidigung unabhängig und selbständig organisieren."

Ungarns Band mit Oesterreich war zerrissen. Die dualistische Einheit — die gemeinsame Monarchie — hörte auf. Ein Organismus stand still. Ueber den entseelten Körper hämmerten die magyarischen Schläge weiter:

„Unter Wahrung und Aufrechterhaltung der Staatsgemeinschaft geben wir bereitwillig dem Wunsche der Kroaten Raum, das mit ihnen getroffene und 1868 inartikulierte Abkommen auf dem dort vorgeschriebenen Wege einer Revision zu unterziehen und die Erfüllung ihrer Wünsche im Sinne ihrer selbständigen Entwicklung möglich zu machen" — —

Ungarn gab die Kroaten nicht frei: die Staatsgemeinschaft blieb unnachgiebiges Gesetz. Die Kroaten selbst hörten die Verkündigung des Ministerpräsidenten nicht. Sie waren vor dem Forum nicht erschienen, das sie nicht mehr anerkannten. Magyarische öffentliche Meinung hatte zuletzt Tag um Tag nach einem „Gesundheitskordon" geschrien, der die Länder der Stephanskrone vor den österreichischen „Miasmen der Zersetzung" schütze. Was der

Zertrümmerung österreichisch-ungarischer Gemeinsamkeit folgen müßte, hatte den Ministerpräsidenten nicht bekümmert. Schlagworte streiften optimistisch die österreichische Zukunftsnachbarschaft und auch das neue Ungarn nannte er ein „Bollwerk für die Dynastie". Aber die Länder der heiligen ungarischen Stephanskrone sollten fortan eine einzige, feste, unantastbare Insel, eine ruhevolle Insel im Sturmmeer der wilderregten Völker sein. An Ungarn, das sich auf sich selbst zurückzog, an Ungarn, das sich hermetisch abschloß, rührte keine Nachbarschaft mehr. An dieses Ungarn rührte kein Waffenklirren mehr. Keine Weltbotschaft Wilsons. Magyaren hielten vom Karpathenhalbrund bis zur March und Leitha, bis Drina und Save die Nationen in alter, hart geschlossener Faust. So war das Reich des heiligen Stephan wiedergeboren durch sich und für sich allein in Eisen und Blut. Der ganze, besondere Sinn des Weltkriegs schien jetzt erst klarzuliegen vor Ungarns Staatsmännern und Volk. Ekstatisch wurde der Jubel. Nahe und ferne Vergangenheit sank unter ihm. Rausch brauste durch die Gassen. Und Rausch war, in welcher Geistigkeit oder Ueberzeugung, durch welche Erschütterung oder Wandlung sie auch sprachen, die Rede aller Männer im Parlament.

Dort stand auf der Tribüne jetzt Michael Karolyi — —

Von siebenbürgischer Reise war er während der bulgarischen Vorgänge sofort nach Budapest zurückgeeilt. Von bestimmtem Winkel hatte er gesehen, was kam. Die Freunde hatte er aufgerufen:

„Wir sind hier, um zu verhandeln, um den Frieden des Pazifisten zu schaffen" — —

Er richtete versöhnliche Demokratien auf. Krieg war unwürdig der Menschheit. Aber er hatte nicht die apostelhaften Friedenstheorien des weltfernen österreichischen Ideologen Heinrich Lammasch. Ihm stürzte im Innern,

wenn sie überhaupt dort wohnte, die Versöhnung der ganzen Welt, da er das selbständige Ungarn sich erheben sah. Dem Pazifisten diktierte der Nationalist nur Forderung in ungarischem Wortlaut. Vielleicht war der Professor Heinrich Lammasch ein Jünger Wilsons in katholischem Format. Sich selbst hatte der geistreiche, ein wenig selbstbewußte Graf Czernin einen „Wilson en miniature“ genannt, da er die diplomatische Einsamkeit seiner Ueberzeugungen unter den Bundesgenossen zu spüren vermeinte. Graf Karolyi war weder Katholik, noch Diplomat in Wilsons Widerspiegelung. Und es schien, als wollte er nur Wilson auf magyarisch sein. Er nahm die Technik seiner politischen Verkündigungen. Aber er goß in sie sein Temperament, seinen Chauvinismus, seinen Ehrgeiz: er goß sie voll mit literarischen Stilkünsten aus Paris — er war lange in Frankreich gewesen —, darin der Pulsschlag mit dem Herrenrhythmus seiner Rasse pochte. In den „Ungarischen Delegationen für auswärtige Angelegenheiten“, die nach Sinn und Gesetz für den alten dualistischen Reichskörper noch tagten, hatte er gestern den Ausruf getan:

„Ich bin gekommen, Cäsar zu begraben, nicht ihn zu feiern.“

Magyarisch hatte er in der Tonart Racines gesprochen. Die Unabhängigen von 1848 waren unter Michael Karolyis Führung damit ausgezogen aus der Gemeinsamkeit der Monarchie, noch ehe der Ministerpräsident die Personalunion verkündet hatte. Eigentlich hatte sie Graf Karolyi selbst schon ausgerufen. Und verlas jetzt, da eben der Premier die Lossagung von Oesterreich kundtat, auch schon „12 Punkte“ rein ungarischer Forderungen in einer Adresse an den König — —

Unter habsburgischem Zepter sollte auch das unabhängige Ungarn verbleiben. Loyal sprach, wie er dies

ansah, Graf Karolyi zu König Karl. Aber die „Friedensverhandlungen werden ohne Rücksicht auf die bisherigen Bündnisse unverzüglich eingeleitet, wobei Ungarn durch einen besonderen und mit vollem Wirkungskreis bekleideten Staatsmann vertreten sein soll."

Er forderte künftige Bestimmung über Krieg und Frieden in Ungarn durch das Volk. Den Nationen im Königreich sollte Demokratie, Sozialpolitik und Freiheit gegeben sein: dennoch forderte auch Karolyi „die Integrität". Er blieb Magyare. Und die Welt war ungarisch vollends abgeschlossen, da er den „12. Punkt" verlas:

„Angesichts der Invasionsgefahr, die dem Lande droht, wird dafür gesorgt, daß die im Auslande befindlichen ungarischen Truppen zur Verteidigung der Heimat ungesäumt heimbefördert und nicht zur Bezwingung der nationalen Wünsche freiheitliebender Völker verwendet werden. Das fremde Militär hat aber das Land zu verlassen" —

Noch war's nur eine Adresse. Noch schien der Triumph, nie erhoffte Sehnsucht wahrgeworden zu sehen, alle Forderung phantastisch zu überspannen. Radikalismus einer Gruppe schrie. Und schrie ins Irreale.

„Zunächst ist eine Neuorientierung der auswärtigen Politik notwendig." Auch dies kam aus Graf Karolyis Mund. „Mit dem Gedanken des Dreibunds, der deutschen Freundschaft, der Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland muß ein für allemal aufgeräumt werden. Wir müssen eine gerade entgegengesetzte Politik befolgen."

„Bitte, zur Kenntnis zu nehmen", kam hier das Echo des Abgeordneten Martin Lovassy, „daß wir Ententefreunde sind."

Und noch einmal kam das Echo:

„Ja: wir sind die Freunde der Entente."

Der Abgeordnete Johann Vas bekräftigte es. Noch war

die Entrüstung aller ein Sturm im Donaupalast. Das Banner der Nation sollte über Ungarn flattern. Abschließen durfte, abschließen sollte man sich. Ungarns Staatskunst sah darin ein Heil. Und im Grunde war Oesterreich — Ueberlieferungen, denen Sinn und Berechtigung vielleicht längst entglitten waren, hatten es gleichwohl gelehrt und eingeimpft bis heute — der Erbfeind von je. Das jähe Selbsterschrecken, daß auch das heilige Stephansreich verloren sein könnte, wenn Oesterreich fiel, hatte ungarische Staatsmänner auch leise nie erfaßt. Auch Michael Karolyi nicht, da er soeben an die Heimberufung der ungarischen Truppen dachte. Aber Oesterreich mochte immerhin ein fremdes, gleichgültiges Schicksal sein: gerade das neugehißte Banner der Nation sollte keiner durch Verrat beflecken. Noch wollte man Hochverräter vor berufene Richter stellen. Empört kehrte Stephan Tisza sich ab:

„Verkünden Sie nicht den Verrat“ — —

Aber Stephan Tisza selbst stieg am nächsten Morgen zur Tribüne empor: ein Paladin des über Nacht befreiten Ungarns. Vergangenheiten hatten sich ihm ausgelöscht. Versunken war die Zeit Franz Josephs, dem er ein Träger von Großmacht und Reichsgedanken gewesen war. Die Erinnerung an die Arbeit eines Lebens brach, das er auf Deaks Ausgleichswerk, auf Ungarns brüderliche Einheit mit Oesterreich, besiegelt 1868, gestützt in machtvollen Jahrzehnten, ganz gebaut hatte. Auch Stephan Tisza forderte und billigte die Trennung in der Monarchie. Auch Stephan Tisza sah als Rettung im Chaos jetzt nur die Personalunion.

„Wir haben den Krieg verloren“, begann er hart; er kannte die Furcht noch jetzt nicht. „Nicht aus dem Gesichtspunkte, als ob wir nicht weiter durchhalten und durch heldenmütige Verteidigung erzwingen könnten, daß

der Feind den endgültigen Sieg sehr teuer bezahlen müßte. Wir haben den Krieg in der Hinsicht verloren, daß wir infolge der unverhältnismäßigen Verschiebung der Kräfte keine Hoffnung mehr besitzen, den Krieg zu gewinnen, so daß wir einen Frieden anstreben unter Bedingungen, die wir unter solchen Verhältnissen annehmen können.“

Er forderte die Trennung der bisher gemeinsamen Armee. Er forderte „vollständige Selbständigkeit auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens, der Verteidigung und auswärtigen Angelegenheiten.“ Er stieß seine Vergangenheit von sich. Er erhob Widerspruch und Widerstand gegen eine tschechische Lösung, die auch die Slowaken in Oberungarn anrührte. Er blieb bei der Staatsgemeinschaft des Südslawenreiches mit Ungarn. So nahm er Vermächtnisse in die Gegenwart, die dennoch seiner Vergangenheit gehörten: Vermächtnisse, die ihn schon einmal im Schwanken gezeigt. Aber jetzt wollte er nur als der Magyare Stephan Tisza sprechen. Den Staatsmann von einst verabschiedete er bewußt. Tot lag die Vergangenheit des Grafen Tisza. Nur die Gegenwart diktierte für alle die Gesetze des Handelns. Da er vor dem Portal des Abgeordnetenhauses gestern sein Auto hatte besteigen wollen, hatte der dreiundzwanzigjährige Johann Lekai aus Varasd mit der Kugel auf ihn angelegt. Der Chauffeur hatte dem Attentäter den Browning fortgeschlagen.

„Sehen Sie, mein Lieber,“ war in der Wachtstube Graf Tiszas beiläufige und kühle Ansprache gewesen, „warum tun Sie so etwas? Jetzt haben Sie sich in Unannehmlichkeiten gebracht.“

Er spürte sich unverletzt. Der Zwischenfall war damit vorbei. Persönliches und Umwelt, die sein Denken und seine Verantwortung nichts anging, war ihm gleich. Nur Ungarn lebte. Mochte anderes sterben. Selbst — um Ungarns willen — das Bündnis mit Deutschland,

für das er immer gekämpft und das er noch gestern in Ritterlichkeit beschützt hatte. Alles war um Ungarns willen erlaubt: und nur die Gegenwart lebte. Ein Zufall wollte, daß Ungarns erster Staatsmann mit halbblindem Auge ins Tageslicht blickte. Horizonte hatte er nie gekannt. Seine Kraft wurzelte, dunkel und elementar, nur in ungarischer Erde. Sie strebte kühn und senkrecht aufwärts, doch ohne Umblick. Und so sah an dem Tage, da die Stephanskrone nur durch den eigenen Glanz erstrahlen wollte, die Zukunft auch Stephan Tisza nicht —

Der erste Blitz, den grell das Manifest entzündete, schlug nieder vor der Ofener Burg. Nur wer außen stand, sah ihn. Und erkannte, wie er im Widerschein das wahre magyarische Gesicht sogleich überflammte. Die Völker Oesterreichs standen trotz Erwartung und Erfüllung noch einen Augenblick benommen. In der Beklommenheit, zwischen Lärm und bleierner Stille, im Anhalten atmosphärischer Spannung versuchten wenige zu retten, was noch zu retten wäre. Generaloberst Freiherr von Sarkotic, von Baden auf der Rückreise nach Serajewo begriffen, dachte an eine rasche, nachträgliche „Interpretation" des Manifests. Ihm schien die nach der eigentlichen Fertigstellung eingefügte „Integritätsklausel" das Schlimmste. Vor allem die Südslawen mußten in letzter Stunde noch zu ihren Rechten kommen. Im Reisen entwarf er den Gedankengang zu solch einer Art von „Interpretation" und brachte sie zu Papier. Die sieben südslawischen Länder sollten in ihren Hauptstädten je einen Banus erhalten. Ueber ihnen sollte ein besonderer Banus für alle stehen. Es sollte eine durchaus selbständige, staatliche Zusammenfassung sein: losgelöst von Ungarn. —

Unkelhäuser, der Minister für Kroatien, und Prinz Ludwig Windischgrätz standen am besten mit Wekerle. Der

Generaloberst bat sie, mit ihm sofort zusammenzutreffen. Der Minister für Kroatien war ohne weiteres einverstanden. Der Prinz hatte, durch ein Mißverständnis, den Generaloberst auf dem Budapester Ostbahnhof statt auf dem Agramer Bahnhof gesucht. Aber da er Freiherrn von Sarkotic von dort noch anrief, diktierte ihm der Generaloberst den Entwurf durch den Apparat. Auch Ludwig Windischgrätz war einverstanden. Unter den Ungarn hatte er in Sonderhaltung immer für die Südslawen gesprochen. Beide wollten, Minister und Prinz, sich mit dem Ministerpräsidenten unverzüglich in Verbindung setzen. Dann sollte der Kaiser sofort unterrichtet werden. Der Generaloberst reiste weiter — —

Nach vier Tagen kam er, am 21. Oktober, in Serajewo an. In der Hauptstadt Bosniens, in der Franz Ferdinand von nationaler Leidenschaft gefällt worden war, in Bosnien, um das der Streit so heiß ging, wie um jedes andere Stück südslawischer Erde, empfing ihn sein Stellvertreter:

„Hier ist Ruhe. Aber ich habe das Gefühl: es ist die Ruhe vor dem Sturm. In Agram wird das selbständige Jugoslawien gefeiert. Aber in Serajewo ist Ruhe. Offiziell sind wir übrigens nachrichtenlos“ — —

Der Generaloberst wartete. Da er weder von Prinz Windischgrätz, noch von der „Interpretation“ irgend etwas hörte, fand er es richtig, als Landschef seine Demission zu geben. Er ließ seinen Generalstabschef die Depesche abfassen und abschicken, — keine Antwort.

Die Interpretation“ unterblieb. Das kaiserliche Manifest hatte Tatsachen geschaffen, die unabänderlich bliebblieben. Oesterreich-Ungarn war tot. Es gab jetzt österreichische Völker, die sich selbst einrichteten. Es gab ein selbständiges Ungarn. Keiner kümmerte sich um den andern. Jedem waren die eigenen Wege verbrieft. Aller

Söhne standen noch im Feld. Denn der Feind war in Waffen. Aber selbständige Staaten haben zumeist selbständige Armeen. Und die alte Monarchie bestand jetzt nurmehr aus neuen, selbständigen Staaten. Schwere Wirren konnten, schwere Wirren mußten entstehen.

Die Mündigkeit der Völker war begründet. Auch in der Donaumonarchie.

IDEEN DER ZEIT

Das Tor der Selbständigkeit und Selbstbestimmung war aufgerissen: die Völker strömten in die Freiheit — im Deutschen Reiche, wie in Oesterreich-Ungarn. Ideen erstrahlten in einem vollen Sieg, von dem noch niemand wußte, ob er leuchten würde, die jahrelange Not von Krieg und Erschöpfung und Blut war fast abgeblendet vom Glanze dieser Ideen, die eine neue menschliche Ordnung, neue Gesetze der Ordnung, das Friedenswerk einer neuen Menschheit überhaupt nach dem Märtyrergang von vier Jahren der Qual ansagten — —

Ueber die Front der Mittelmächte war, da keine Waffen ihm wehren konnten, zweierlei Geist im Jahre 1918 unter die Menge gekommen. Von Ost und West. In Brest Litowsk schon hatte Trotzki das Evangelium der neuen Russen verkündet, das in der Welt den Unterschied von arm und reich verwischen und so die Güter alle verteilen wollte, daß keiner mehr litt. Es hatte die Geknechteten befreit oder die Massen, die es geknechtet nannte, und die Beherrschten von gestern waren die Herrschenden geworden. Die Umwälzung war die größte soziale Revolution gewesen, seit die Erde stand. Sie vernichtete unbarmherzig das Alte, sie tötete, was ihrem jungen Leben sich entgegenstellte oder auch nur das neue, junge Leben nicht mittragen zu wollen schien. Die Entknechteten richteten selbst sogleich die Knechtschaft auf, um ihre Herrschaft zu befestigen und sie auszudehnen. Entsetzt wandten sich alle, ob sie auch im Kriege mit-

einander waren, von Predigt und Taten des Evangelisten Lenin. Aber „die Diktatur des Proletariats“, die Weltumordnungslehre der Bolschewisten überflog dennoch die Schützengräben des Ostens als neue Religion der Massen. Und änderte sie von Tag zu Tag. Undämmbar stieg ihre Macht empor, in ihren Fabriken hämmerten sie täglich die fremden Ideen, daß sie in ihrem Innern härter wurden. Es war vielleicht noch nicht entscheidend, wie sie sich jetzt ihren Anteil an Besitz und Eigentum dachten. Entscheidend schien ihnen zunächst, daß sie ein Menschentum in sich entdeckt hatten, von dem die neuen Propheten sagten, daß die bisher regierenden Klassen es unterdrückt und entwürdigt gehalten hatten. Entscheidend, daß sie es bekennen und daß sie ihre Stimme erheben sollten, wenn sie dies Menschentum mißbraucht und vergewaltigt sahen. Aus Rußland kam die Botschaft des Proletariats, daß die Arbeiter der Welt in Zukunft selbst bestimmen sollten, für wen sie lebten, für wen sie kämpften, für wen sie starben. Die Schrecknisse, die drüben in Rußland als „roter Terror“ im Namen der neuen Evangelisten umgingen, mochten in Abscheu verdammt werden, wenn ihre Nachricht sich bestätigte. Ueber den bolschewikischen Allbesitz des Proletariats, der das „Eigentum“ in jedem Falle „Diebstahl“ nannte und es abschaffte, konnten auch arbeitende Massen verschiedener Meinung sein. Sie standen nicht überall von Volk zu Volk auf gleicher Stufe. Selbst in Rußland hatte nur eine Minderheit die Religion gegründet. Ein Teil hoffte vom Kommunismus so viel, wie der andere vor ihm bangte. Nur eine Idee war fortan unauslöschlich allen eingepflanzt und eingebrannt in ihren aufgewachten Sinn, in ihre jetzt erst ganz erfaßte Macht, in ihre neuer Verheißung zugewandte Organisation, die bisher dem Bestehenden und Ueberlieferten allzu willig erschien: das Selbstbestimmungsrecht der Massen.

Die europäische Seele stand im Jahre 1918 vor Erschütterungen, die nicht nur der Umsturz im Osten ausschickte. Vom Westen her sandte der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Professor Woodrow Wilson, seine Botschaften über den Ozean. Auch sie waren Verkündigungen. Er verwies auf die Gloriole der Freiheit, die aus der Vergangenheit und Erhebung der Nordstaaten wie der Südstaaten seines Kontinents erglänzte, und indem er die Freiheit von Handelsschaft und Gewerbe gefährdet sah, verkündete er in einem Kriege, den er um ihretwillen führte, als letztes, einziges und höchstes Kriegsziel die Freiheit der Völker der Welt. Lenin im Osten war ein Apostel zunächst realer, irdischer Dinge, die er unter hungrige Jünger zu verteilen gedachte. Wilson im Westen ein Prophet, der den Nationen, die keine Waffen in Zukunft mehr brauchen sollten, Heimstätten der Eintracht und Sittlichkeit bauen wollte. Lenin gab den Jüngern das Selbstbestimmungsrecht der armen, abgerissenen Menschen, die eine neue Ordnung kleiden sollte; Wilson verkündete das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die in edler Gemeinschaft, gleich neben gleich, klein neben groß, mit gleichem Recht auf ruhiger Erde wohnen sollten. Er sann über „Punkten" des neuen Seligkeitsbreviers. Er verkündete sie mit der presbyterischen Ueberzeugtheit eines Weltenreverends. Er sprach vom Geiste, der stärker war als jede Waffe. Alle Nationen horchten. Die Ueberlieferungen der neuen Welt, begründet von Washington und Franklin und Lafayette, wuchsen hoch über die klirrenden Traditionen eines Kontinents, der sich verjüngen sollte. Der Kontinent war müde, von Fiebern geschüttelt und verblutet: der Sterbende glaubte jegliche Heilsbotschaft, die ihm noch einmal das Leben, obendrein ein besseres Leben versprach.

Die Propheten aus Ost und West standen hart gegen-

einander. Denn Wilson kämpfte nicht bloß für den brüderlichen Friedensbund der Völker. Er kämpfte auch für Handelsschaft und Gewerbe, als Sprecher und Rächer verletzter ungeheurer Industrien, an deren Markt getastet worden war: ihm vor allem sagte der Prophet Lenin die Fehde bis ans Messer an. Alle Köpfe, alle Klassen wurden 1918 revolutioniert: zwischen ringenden Fronten wurden die Mittelmächte das ausgehungerte Schlachtfeld der neuen Ideen. In vielen Köpfen waren beide Evangelien. Sie wurden stärker als die Fronten, die um das Bestehende kämpften. Die Ostbotschaft begann die Massen zu unterwühlen.

Einen raschen Schlag, den gegen die Bolschewiken noch im Juli der General Hoffmann vorgeschlagen hatte, um in Petersburg die Konstituante des wirklichen Rußlands einzusetzen und, wenn dies ging, mit dem neuen Rußland einen Bund zu schließen: solch letzte militärische Abwehr bolschewikischer Ausstrahlung hatte der Staatssekretär von Hintze ein wenig überlegen abgelehnt.

„Sie kennen die Russen nicht", hatte er nach seinem Vortrag dem General erwidert, „aber ich kenne sie. Sie wollen gar nichts anderes als bolschewistisch sein" — —

Der Feldzug, der als Antwort auf verschiedene Zwischenfälle, auf die Ermordung des deutschen Botschafters in Moskau gedacht war, unterblieb. Seit August gestattete ihn Truppenmangel nicht mehr. Die Ostbotschaft wühlte weiter.

Ihre neuen Schüler entliefen dem deutschen Heer oder predigten im Heer den Sturz der noch geltenden Gewalten. Die Westbotschaft Wilsons sprach zu den Denkenden und Gerechten. Sie sprach anders übers Meer, als England oder gar Frankreich sprach. Sie wollte nichts Unbilliges:

„Kein Mensch bedroht Dasein, Unabhängigkeit oder friedliche Betätigung des deutschen Reiches."

Der Präsident hatte es schon im Dezember 1917 dem Kongreß der Vereinigten Staaten zugerufen. Vielleicht wollte er überhaupt niemand bedrohen. Vielleicht wollte er wirklich nur alle befreien. Kein Staat war jetzt mächtiger als das Reich, für das der Professor Wilson sprach. Es mußte unter den Völkern nicht der Turm von Babel werden, wenn der Präsident unbeirrt und unverwirrt die Macht anwandte, da es zum Aufbau der neuen, gerechten Ordnung ging. Kein Wort, keine Wendung gestattete leisesten Zweifel an Wilsons Wollen. Und vielen schien er überdies zu schützen, was der Osten vernichten wollte. Keinesfalls war Woodrow Wilson ein Zerstörer: ein Aufbauender sprach. Die Botschaft der „14 Punkte", vor dem Kongreß am 8. Januar 1918 niedergelegt, wurde Erlösung der Völker.

Jeder mußte den großen Freiheitssinn der „14 Punkte" verstehen. Nichts anderes war darin, als die freie, vollendete Mündigkeit der Völker. Sie alle sollten sich fortan nurmehr in „öffentlichen und öffentlich zustandegekommenen Friedensverträgen" vergleichen. Denn unwürdig war jedes geheime und dunkle Ränkespiel und Ränkespinnen in den Beziehungen der Menschen, über das sie Unheil genug gebracht hatten. Und das Meer gehörte allen: die Schiffahrt sollte frei sein. Alle wirtschaftlichen Schranken mußten beseitigt, alle Rüstungen nur zu innerer Sicherheit der Staaten betrieben werden. Ueber alle kolonialen Ansprüche sollten die Völker sich in „freier, weitherziger und unbedingt unparteiischer Schlichtung" endlich verständigen. Das unglückliche Rußland sollte sich durch sich selbst wieder aufrichten, das Unrecht am unglücklichen Belgien mußte wieder gutgemacht werden. Und nur selbstverständlich war es, daß alle Völker Europas, gleichviel ob sie Italiener, Rumänen, Serben, Türken oder Polen waren, alle ihre Stammesbrüder in Zukunft in eige-

ner, unabhängigen Staatshoheit vereinigten. Unterdrückt waren lange die Völker Oesterreich-Ungarns: auch ihnen, „deren Platz unter den anderen Nationen wir gewährleistet und sichergestellt zu sehen wünschen, müßte freiester Spielraum zu selbständiger Entwicklung gegeben werden“. Es waren alle gleiche Brüder auf der Erde, ob Freund, ob Feind: ohne Vorzug vor dem Künder des neuen und wirklichen Heils. An Frankreich sah der Präsident 1871 ein Unrecht verübt. Es mußte gutgemacht werden durch die Wiedergabe des Elsaß. Aller Zwiespalt der Welt hatte dann seine Schlichtung. Nirgendwo blieb Zündstoff. Die freigewordenen, beruhigten Völker durften nach solcher Erfüllung endlich das Friedenswerk krönen:

„14. Es muß eine allgemeine Vereinigung der Völker unter bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden, um großen wie kleinen Nationen gleichermaßen ihre politische Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit ihres Gebietes zu gewährleisten.“

Dann war die Apotheose geschaffen: Völkerbund, Völkerversöhnung, Völkervollendung. Fast war es Heilandsmelodie: inbrünstig ohne Mystik — klar wölbte sich der Dom der Zukunft. Gewiß waren Bedenken und Kümmernis in manchen deutschen Zweiflern groß. Sie sahen die elsässisch-lothringische Frage anders, als Präsident Wilson, der nur von 1871 sprach, nicht aber von Ludwigs XIV. Kriegen. Und was die österreichisch-ungarische Monarchie betraf, so drückte manchen schwere Besorgnis, der keinem Stamm im vielgliedrigen Ganzen feindlich war, der nur die Wohlfahrt aller in dem starken Ganzen wollte. Und doch den Zank in kommendem Zerwürfnis fürchtete. Auch hier war die Gefahr, daß der Präsident, indem er Geschichte machte, Geschichte unbeachtet ließ, daß er Geographie und Ethnographie, die wahren Zusammenhänge, die alle hier die einzigen Richtlinien bestimmen konnten,

entweder aus der Ferne ganz übersah, daß er sie gar nicht kannte oder daß er sie durch bestimmte Berichte sah. Immerhin: sein Wollen schien unantastbar. Und bei Verhandlungen konnte sich mancherlei durch Aufklärung, durch Güte und Verständigung noch zum Besseren wenden. Immer fester hatte sich seit Jahresfrist das reine Wollen des Präsidenten in Gläubige eingeschrieben, die aus Peinigungen zum Erlöser aufblickten. Fast überall bei den Mittelmächten war endlich die Achtung, die Ueberzeugung mit Woodrow Wilson, der nie ein Wort des Hasses sprach. Die Waffen brachten keinerlei Entscheidung an den Fronten. Die Waffen schienen sich zu senken. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff streckte sie am 29. September. Nichts blieb als das Vertrauen auf Wilson. Man mußte sich beeilen, wenn die Bedingungen sich nicht verschlechtern, wenn die Wilsonschen Friedenssätze überhaupt bestehen bleiben sollten. Verheißungsvoller wäre die neue Unterhaltung über den Weltfrieden — so meinte Prinz Max, skeptisch, in aller Liberalität — ohne das Hissen der weißen Flagge gewesen. Aber im Grunde sagte der Erste Generalquartiermeister den Bankerott der deutschen Waffen an. Und blieb zunächst dabei: es hatte gar keine andere Wahl gegeben — —

Die Mittelmächte hatten die „14 Punkte", die Ergänzungen des Präsidenten im gleichen Sinn, sie hatten die Selbständigkeit der Völker und alle Bestimmungen der Gerechtigkeit angenommen. Was jetzt kam, konnten nur technische Wege zur Weltseligkeit werden.

PARLAMENTARISIERUNG

Der Notenwechsel der deutschen Regierung mit den Vereinigten Staaten von Amerika hatte eingesetzt mit Bitte und Rückfrage. Bevor Präsident Wilson mit seinen Verbündeten über die Gewährung eines Waffenstillstandes sprechen wollte, hatte er zu wissen gewünscht, für wen die deutsche Regierung selbst spreche. Unverzüglich hatte der Reichskanzler Prinz Max von Baden geantwortet:

„Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes."

Eigentlich hätten die Arbeiten der Waffenstillstandskommission nun beginnen müssen. Aber plötzlich zögerte Präsident Wilson. Da er in seiner Botschaft der „14 Punkte" für die Selbständigkeit aller Völker kämpfte, mochte es begreiflich sein, daß er es bei den schwebenden Verhandlungen auch mit mündigem deutschen Volke zu tun haben wollte. Aber eben der Tatsache, daß die Mündigkeit des deutschen Volkes ihn zum Sprecher mache, hatte der Reichskanzler den Präsidenten versichert. Dennoch hatte der Präsident die Reihe der Fragen fortgesetzt. Es konnte beinahe scheinen, als biege Wilson von der Grundlage ein wenig ab, die er selbst für den Frieden der Welt aufge-

stellt hatte. Einmal war von ihm auch in einer seiner Reden vor dem Kongreß bekräftigt worden:

„Wir haben kein Unrecht gegen das deutsche Reich, keine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten vor" — —

Aber nunmehr enthielt, nachdem ihm die selbständige Verhandlungsfähigkeit des deutschen Volkes verbrieft worden war, seine Antwort plötzlich ein paar Sätze, deren Inhalt, im Ausdruck unklar, noch irgend anderes suchte oder irgend anderes anzugreifen schien. General Hoffmann war geradeheraus: er bezeichnete dem Staatssekretär Solf als die „Willkür und Macht", die der Präsident noch vor dem Waffenstillstand vernichtet oder „zu tatsächlicher Machtlosigkeit herabgedrückt" sehen wollte, den Kaiser — —

Der Kanzler selbst schwieg. Zwar depeschierte der kaiserliche Gesandte Lancken am 17. Oktober aus Brüssel an das Auswärtige Amt:

„Am 10. Oktober meldete ich auf Grund der Aussagen eines wichtigen Vertrauensmannes, daß Wilson auf unsere als zustimmend erwartete Antwort in einer Weise replizieren würde, die einen Willen erkennen ließe, er werde den Frieden nicht mit einem Autokratismus unterzeichnen. Seine weitere Taktik werde dahin gehen, die Abdankung Seiner Majestät und den Thronverzicht des Kronprinzen herbeizuführen.

Gestern, nach Bekanntwerden der Wilson-Antwort vom 15., sagt mir dieselbe Persönlichkeit: Sie sehen, daß ich Sie richtig informierte, ich kann Ihnen sagen, daß die beiden Hauptpunkte (Beseitigung der Willkürherrschaft, Sicherstellung der Ueberlegenheit der alliierten Armeen), ohne deren Erfüllung der Präsident keinen Waffenstillstand zuläßt, folgenden Sinn haben:

1. Vorheriger Thronverzicht Seiner Majestät des Kaisers

und des Kronprinzen. Vielleicht wäre dann Regentschaft durch den für den Zivildienst ausgebildeten Bruder des Kronprinzen möglich. Lassen Sie sich nicht erst schrittweise dazu drängen" — —

Aber der Kanzler schwieg. Vorsichtig hatte er in einer Kabinettssitzung am 6. Oktober jedes Kabinettsmitglied nach der wahrscheinlichen Haltung der Fraktionen befragt, wenn das Problem der kaiserlichen Abdankung je auftauchen sollte. Damals hatte der Staatssekretär Solf, wie auch der Staatssekretär Graf Rödern die Aufwerfung des Problems für unwahrscheinlich erachtet. Der sozialistische Staatssekretär Scheidemann hatte erklärt, daß er die Abdankungsfrage höchstens in einem ganzen Komplex von inneren Fragen erwarten könne: auf alle Fälle sei sie eine „interne deutsche Angelegenheit". Aber noch schien es dem Prinzen nicht an der Zeit, einem Zwang von außen nachzugeben und über solchen Zwang im Kabinett zu sprechen. Die Aufrollung der ganzen Frage war heikel und schwierig zugleich. Sie schwebte dunkel, noch nirgend konkret geworden, im Untergrund von Volk und Zeit. Nur das eigene Volk, nur die innere Situation konnte nach des Kanzlers Auffassung hier Entscheidung fordern und herbeiführen. Auch war Prinz Max selbst ein deutscher Fürst. Aussöhnung zwischen Kaiser und Volk wünschte er im Innersten. Konstitutionelle Monarchie schaltete für ihn den demokratischen Gedanken nicht aus. Die deutsche Volksfreiheit, die Macht des Volkes brauchte in Zukunft durch sie keine zeitfeindliche Beschränkung kennen. Wahrscheinlich war, daß Wilson den Kaiser meinte. Auch die Brüsseler Depesche bestätigte den Eindruck. Holländische Berichte bezeichneten um die Oktobermitte die kaiserliche Abdankung als „nicht nötig". Ausgemacht war noch nicht, was Wilson in Wahrheit begehrte. Aber der Versuch, sich aus Anlaß des Waffenstillstandes über

die verkündeten Friedensbotschaften hinaus in lediglich deutsche Angelegenheiten einzumischen, konnte jedenfalls abgeleitet werden. Prinz Max war dafür, ihn energisch zurückzuweisen. Den Ton seiner Noten wollte er durch die Stärke oder Schwäche der Front nicht bestimmen lassen. Die skeptisch aufgenommenen Gutachten des Ersten Generalquartiermeisters schwankten. Gegen die Anhörung noch anderer Generale sträubte er sich. Freilich hätte der Kanzler die Verabschiedung des Generalquartiermeisters fordern können. Aber die Wirkung auf das Heer konnte in bedrohter Stunde auch wieder gefährlich sein. Der Kanzler mußte lavieren. Zwischen seinen eigenen Ueberzeugungen und der verhüllten Forderung des Präsidenten. Zwischen ihrer Abwehr, da sie ihm unbillig schien, und einer vorsichtigen Tonart, die ihm die Unmöglichkeit, die wahren Verhältnisse auf den Schlachtfeldern ganz zu erkennen, für seine Noten aufzwang. Rücksicht mußte er auch auf die Stimmungen im Reiche nehmen. Auf sie vor allem. Viele gab es, die Wilsons Sprache sogleich verstanden und ihr vielleicht beipflichteten. Viele gab es, die schon das Anrühren des Themas verletzte. Spruchreif war nichts. Problemhaftes schien angeklungen. Vielleicht irrte man sich auch. Noch schwieg der Kanzler im Kabinett.

Aber das Handeln wollte er darum doch nicht vergessen. Möglich, daß Wilsons Absichten oder Plänen noch vorgebaut werden konnte. Er mißtraute dem Präsidenten. So schritt er weiter auf dem Wege, die Volksmacht sichtbar auszugestalten. Uebrigens blieb, da die Waffenstillstandsbitte einmal gestellt und das Verhandeln begonnen war, kein anderer Weg. Dem Reichstage ging die Vorlage zu, den Artikel 11 der Verfassung abzuändern; das Recht, über Krieg und Frieden zu bestimmen, sollte allein dem Volke zugesprochen werden. Die „Willkür und Macht, die für

sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann“, war ausgeschaltet. Die dritte deutsche Note, vom 20. Oktober, betonte den Absatz:

„Die neue Regierung ist in völliger Uebereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reiches dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertreter erforderlich ist.“

Eigentlich mußte sich Präsident Wilson nunmehr ganz zufrieden geben.

Aber der Kanzler arbeitete noch weiter. Vor der Volksregierung wollte der Kaiser selbst bekräftigen, daß es ihm feierlich und ernst war mit dem Wandel der Staatsform. Prinz Max bat die neuen Staatssekretäre am 21. Oktober nach dem Schloß Bellevue, um sie dem Kaiser vorzustellen. Im Auftrage des Kaisers hatte der Chef des Zivilkabinetts Delbrück eine ebenso warme, wie überzeugende Rede gearbeitet, die vom Reichskanzler eingesehen worden war. Zweimal hatte Kaiser Wilhelm im Kriege die gleichen Männer schon vor sich gesehen, da man die Reichstagsabgeordneten um ihn versammelt hatte. Kaiser Wilhelm verstand, wenn er zu Vorbereitung Gelegenheit hatte, aufs beste zu wirken. Er hatte das eine Mal Nacht und Vormittag über Notizen, Einzelheiten und Fragen gesessen, die man ihm aus der

Reichskanzlei — Persönliches und Sachliches — für jeden Abgeordneten bereitgelegt hatte. Die Abgeordneten alle zeigten sich damals, ohne daß die Partei ihrem Empfinden Unterschiede aufgenötigt hätte, enthusiasmiert von der Frische, der Auffassung, der Orientiertheit, entzückt vom persönlichen Reiz der Unterhaltung. Das andere Mal hatte der Kaiser sie alle kalt gelassen. Es schien, daß er sie abstieß. Sie kannten das Merkwürdige nicht, daß Kaiser Wilhelm — von seinen Absichten und den Geboten abgesehen, die er seine Ethik nannte — in seinem Temperamente nach außen wie in einem unbequemen Kleide steckte, auf dessen Wirkung und Glanz er fast angstvoll immer achten zu müssen glaubte. Daß er sich unbehaglich in diesem Kleide fühlte, das seine Würde und die drängenden Verfechter überhöhter Majestät — noch kaiserlicher als der Kaiser — ihm jahrzehntelang aufgeredet und eingeredet hatten, indes er wesentlich lieber ohne Purpur mit Großkaufleuten und Rhedern sich unterhielt. Daß der Zwang zu großen Wirkungen ihn im Grunde beengte und seine Unsicherheit noch steigerte, so daß sie schließlich eben die Starrheit und das unantastbare Gottesgnadentum wurde, die rings die ganze Welt als sein Wesen zu kennen glaubte. Sie wußten nicht, daß Wesen und Schein unter manchen Schwächen also auch hier auseinandergingen, wie fast bei allen Dingen, bei jeder Erscheinung in Oeffentlichkeit, Leben und Krieg. Um nicht zu klein zu erscheinen, reckte der mittelgroße Fürst in Cäsarenhaltung sich gewaltsam zur Größe empor, die er als Rolle spielte. Fehlte die Vorbereitung, so mühte er sich nur um eines: die Unsicherheit zu verbergen. Das Ergebnis war ausstrahlende Kälte. Aber in Schloß Bellevue war die Vorbereitung gut gewesen. Wieder war der Eindruck stark. Erwärmt fühlten sich selbst die sozialistischen Staatssekretäre. Die Weitergabe der Rede

an die Oeffentlichkeit, so freiheitlich sie war, scheute man. Präsident Wilson sollte gerade jetzt keinerlei Handhabe zu Interpretationen erhalten. Aber wenn die Volksminister den Eindruck hatten, daß sie mit Kaiser Wilhelm wirklich arbeiten konnten, war der Bestand des Throns auch im Volke selbst gestärkt.

Auch war für den Kanzler die Wirkung nach innen wichtiger als nach außen. Prinz Max von Baden kannte die lenkbare Art des Kaisers genau, wenn man nur seine Phantasie für einen großen Gegenstand oder ein großes Wollen zu entzünden wußte. Vielleicht dachte er, der die Versöhnung der Häuser Hohenzollern und Hannover durch die Ehe des jungen Herzogs von Braunschweig zustande gebracht hatte, auch an Sympathien für sich bei Kaiser Wilhelm. Er hoffte auf wahre Reformen für das deutsche Volk. Aber noch hoffte er, sie mit dem Kaiser anzubahnen und auszugestalten. Noch konnte ein solches Ziel mit der deutschen Sozialdemokratie erreicht werden. Noch hoffte er auf eine Aussöhnung von Kaiser und Volk, das ein verhaßt gewordenes System ehrlich von Wilhelm II. geändert sehen sollte.

Im Anfang der dritten Oktoberwoche sah der Reichskanzler Prinz Max darum keinen drängenden Anlaß, in der so überraschend vom Gegner angeklungenen Kaiserfrage andere als die ihm selbstverständlichen Schritte zu tun, um inmitten völlig geänderter Verhältnisse die Stellung des Kaisers nur zu stützen. Den Kanzler warf am Tage nach dem Empfange von Bellevue die Grippe auf das Krankenlager, eine tückische, noch unerforschte Krankheit, die seit zwei Kriegsjahren über die gequälte Erde ging. Sie traf ihn um so heftiger, als er in noch nicht dreiwöchentlicher Kanzlerschaft vor einem Uebermaß von Arbeit sich fast aufgerieben hatte. Das „engere

Kriegskabinett" tagte in seinen Sitzungen eigentlich ohne Unterbrechung. Kanzler und Vizekanzler, die Staatssekretäre des Aeußeren und des Innern, die parlamentarischen Minister, ebenso der Staatssekretär des Reichsschatzamtes nahmen an ihnen teil. Endlich mußte der Kanzler, der im Reichskanzlerpalais von morgens acht Uhr bis abends gegen die neunte Stunde arbeitete, um dann noch bis spät nachts über hundert Erledigungen und Studien zu sitzen, den Zusammenkünften des Kabinetts zum Teil fernbleiben, denn er hatte seine Zeit noch in die Empfänge von Ressortchefs und Kabinettchefs und neutralen Diplomaten zu verteilen. Geruhsamkeit und Regelmaß der „Bismarckschen Verfassung", die noch unter der Kanzlerschaft Bethmann-Hollwegs unberührte Hausordnung im Palais der Wilhelmstraße gewesen war, waren längst verflogen zur Zeit der Herrschaft des Prinzen Max, der zwischen überstürzenden Ereignissen, stündlich herabblätternden Akten und Depeschen episodisch mit Koch und Adjutanten hauste. Schließlich machte Prädisposition den Angriff der Krankheit leicht. Wilsons Antwortnote vom 23. Oktober studierte der Kanzler im Fieber. Es hieß darin:

„So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Aeußeren in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß die Grundsätze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind, oder daß eine Bürgschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigung erzielt worden ist, dauernd sein werden."

Und am Schlusse:

„Wenn mit den militärischen Beherrschern und mon-

archischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, kann und muß es nur die Aussicht haben, daß wir später auch mit ihnen bei der Regelung der internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu tun haben werden. Dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben."

Jetzt ließ sich — das sah auch der kranke Kanzler — zweierlei Tatsache kaum mehr übersehen: Präsident Wilson faßte, da die offenbare militärische Hoffnungslosigkeit auf deutscher Seite einmal ausgesprochen war, die Selbständigkeit der Völker, von der die „14 Punkte" gesprochen hatten, zunächst so auf, daß ihm die Mündigkeitsproklamierung des deutschen Volkes nicht genügte, sondern daß er unmittelbare Eingriffe in seine Verfassung versuchte. Sie sollte nicht so sein, wie das deutsche Volk sie wünschte, sondern eine Form annehmen, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten genehm wäre. Und zweitens war klar, daß der Präsident den Kampf gegen den deutschen Kaiser jetzt unverhüllt und persönlich aufnahm.

Niemand konnte darüber mehr im Zweifel sein. Weder in Deutschland, noch im Auslande. Der kaiserliche Gesandte Treutler depeschierte aus München am 25. Oktober:

„Ich erfülle eine schwere Pflicht, wenn ich Eurer Großherzoglichen Hoheit melde, daß hier in Bayern von berufener Seite die gestern Abend bekannt gewordene Antwort Wilsons so gedeutet wird, daß sie sich in ihrem letzten Abschnitt direkt gegen die Person unseres Kaisers kehrt. Der Ministerpräsident und der Kriegsminister sind der Ansicht, der Wortlaut der Note lasse andere Deutung nicht zu; durch die verhüllte Ausdrucksweise solle lediglich Gelegenheit gegeben werden, den schmerzlichen Schritt freiwillig zu tun. In jedem Falle treten die Ge-

nannten dafür ein, daß Seiner Majestät offen dargelegt werden müsse, daß die Feinde keinen annehmbaren Frieden bewilligen würden, wenn das große Opfer nicht gebracht würde“ — —

Und aus Bern übermittelte der kaiserliche Gesandte Romberg am gleichen Tage eine Depesche des Fürsten Hohenlohe-Langenburg an den Kanzler. Sie begann:

„Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich eben, daß der Schluß der heutigen Wilson-Note, als einziger Weg zu einem einigermaßen erträglichen Frieden, kaum anders als über die Abdankung des Kaisers führe.“ — —

Alle Nachrichten aus der Schweiz, die sich aus einer Fülle amerikanischer Auffassungen zu einem klaren, einheitlichen Mosaik verdichteten, trugen seit dem 25. Oktober gleiche Forderungen nach Berlin. Ueber die Frage der Abdankung Kaiser Wilhelms war jetzt nicht mehr hinwegzukommen. Ob man nun fand, daß Wilson die von ihm selbst proklamierten Grundlagen verschob und sich von sich selbst loszusagen begann oder nicht. Die Ausstrahlung von Wilsons letzter Note duldete die Nichtbeachtung des Problems nicht mehr.

Der Kanzler lag in schweren Depressionen. Er hatte im Reichstage gesprochen, dann war er vom Fieber niedergeworfen worden. Was er selbst bisher in Worte nicht gekleidet hatte, war ihm im Reichstag von den Führern der „Unabhängigen Sozialdemokratie“ ohne Verschleierung entgegengehallt: die Abdankungsforderung. So stark war die Wirkung der Präsidentennote und ihre Deutung, daß nicht nur „unabhängige Sozialdemokraten“, daß auch Männer konservativer Weltauffassung im Thronverzicht Rettung und Lösung sahen. Was so rings von allen Seiten auf den Prinzen eindrang, wurde endlich auch ihm die unabweisliche Not der Stunde. Nicht einmal

so sehr Wilsons wegen. Der Präsident stand im Kampfe mit den Chauvinisten seines Landes, der noch nicht einmal entschieden war. Vielleicht wollte der Präsident — trotz anderer Meinungen, wie sie aus der Münchener und Berner Depesche klangen — zuletzt doch nicht unbedingt die Person des Kaisers oder das Kaisertum geopfert. Vielleicht genügte ihm auch noch die letzte Verfassungsänderung, mit der man dem „monarchischen Autokraten" die Gewalt über das Instrument nahm, mit dem man Kriege zu führen vermochte. Es konnte ja sein, daß er sich endlich genug getan sah, wenn ein weiteres Gesetz die Militärgewalt der Zivilgewalt unterordnete. Aber vor allem sah ein großer Teil des deutschen Volkes, hingelenkt durch Wilsons Fechtart, den deutschen Kaiser als das Friedenshindernis. Wurden die Waffenstillstandsbedingungen schwer, woran kaum zu zweifeln war, so machte das ganze Volk Kaiser Wilhelm dafür verantwortlich, weil er blieb. Es kam hinzu, daß die letzte Verteidigung, ein letztes Aufrufen des Volkes im Ausgang fraglich war. Denn abgesehen von den ungewissen Verhältnissen an der Front, über die man bisher nur die Auskünfte des Generals Ludendorff hatte: die Ereignisse in Oesterreich-Ungarn entwickelten sich mit schlimmer Eile. Nunmehr hielt der Kanzler über die Kaiserfrage doch mit seinen engsten Mitarbeitern Rat. Sie standen schon wieder mit ihren Vorträgen am Krankenbett.

„Wenn das Volk aufgerufen wird," erklärte einer der Staatssekretäre, „darf der Aufruf nicht vom Kaiser unterzeichnet sein."

Und einer der Minister war der Meinung:

„Wenn Kaiser und Kronprinz abdanken, sind jetzt die Sozialdemokraten noch zufrieden. Sonst haben wir die Republik."

Auch der Kanzler war der Auffassung, daß das Volk

erst recht nicht, um den Kaiser zu retten, aufgerufen werden konnte. Daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen eine Lösung waren, daß sie unaufhaltsam herannahten, daß die Gründe für sie noch mehr im deutschen Volke, als bei Wilson lagen, wurde jetzt des Kanzlers immer tiefere Ueberzeugung. Aber der Fürst in ihm wollte wenigstens den Gedanken der Monarchie retten. Wenn Kaiser und Kronprinz so lange zögerten, bis sie im wahrscheinlich bösen Fortgang der Ereignisse oder unterm Drucke Wilsons das erbitterte Volk förmlich absetzte, so war die Monarchie um der persönlichen Opferverweigerung willen verloren. Alle Welt sah dann, wie sehr Träger und Erbe der Krone am Besitz der Macht gehangen hatten. Und daß eine Einrichtung, die dies zuließ, an sich verwerflich war. Verzichteten sie in freiwilligem Opfer rechtzeitig, so war noch die Regentschaft möglich. Der monarchische Gedanke konnte gerettet sein. Nichts konnte Präsident Wilson weiter fordern. Auch die Waffenstillstandsbedingungen mußten milder werden, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten es ehrlich meinte. Der Kanzler glaubte nicht an Wilsons Ehrlichkeit. Lenkte der Präsident auch nach einer Thronentsagung nicht ein, so mußte man sein wahres Gesicht erkennen. Dann konnte der Kanzler das Volk zur letzten Gegenwehr aufbieten. Dann konnte er, nur dann, nicht wie General Ludendorff es jetzt wollte, die Verhandlungen abbrechen. Dann stand das ganze deutsche Volk auf in der Erkenntnis, daß es gar nicht um die Person des Kaisers, gar nicht um ihn als Friedenshindernis, vielmehr um seine eigenen nackten Lebensmöglichkeiten ging. Der Prinz wollte zeigen, wie Woodrow Wilsons Antlitz nach seiner Ueberzeugung in Wahrheit aussah. Doch vermochte er dies nur in einem einzigen Fall: wenn Kaiser Wilhelm verzichtet hatte.

Nur der freiwillige Verzicht des Kaisers hatte im Gedankengange des Prinzen Max erstrebenswerten Sinn: der Entschluß des Kaisers aus sich selbst heraus. Die erste selbstgewünschte Mission seiner Kanzlerschaft — die Versöhnung des Kaisers mit dem deutschen Volke — sah Prinz Max gescheitert. Jetzt dachte er sich einen Akt des Verzichts als beruhigende, im Ausland klärende, im Innern rettende Tat, die nicht die monarchische Ueberlieferung tötete. Die Freiwilligkeit hätte es dem Kanzler ermöglicht, den Scheidenden mit der ganzen Gloriole seines Opfers zu umgeben. Nötigung aber verdarb alles. Nicht bloß aus Takt hatte er im Kabinett über die Frage nicht gesprochen: keinerlei Einfluß hatte er nehmen, nicht einmal den Anschein einer Einflußnahme erwecken wollen. Allerdings glaubte er, daß die freie, kaiserliche Entschließung, wenn sie wirksamen Erfolg noch haben sollte, nunmehr ohne Zögern kommen mußte.

Der Kaiser hielt sich in Potsdam auf. Aber der unmittelbare Gedankenaustausch mit ihm, dem militärische Umgebung auch ein nicht gerade begeistertes Bild des liberalen, unpreußischen Kanzlers entworfen haben mochte, war nicht nur durch solche Hindernisse schwierig. Jetzt lag der Kanzler überdies krank. Probleme der durchdachten Art ließen sich nicht durch den Fernsprecher aufrollen. Er selbst hätte die Aufklärung auch nicht zu geben vermocht, selbst wenn sein Zustand ihm die Fahrt zum Kaiser gestattet hätte. Anderes mußte versucht werden. Und Feinfühliges. Nahestehende aus seinem Kreis, womöglich Fürsten wie der Kaiser selbst, mußten mit dem Kaiser sprechen, ihn vorbereiten, bis daß er selbst zu bitterem, doch unerläßlichem Schlusse käme. Mit einer Reihe von Persönlichkeiten aus des Kaisers Umgebung sprach darüber der Kanzler selbst. Und eine fürstliche Persönlichkeit wurde ins Vertrauen gezogen. Sie alle

sagten die Erfüllung des heiklen Auftrages zu. Mehr konnte im Aguenblick nicht geschehen.

Uebrigens mußte die Note des Präsidenten der Vereinigten Staaten beantwortet werden.

Der Erste Generalquartiermeister hatte sich in Berlin schon wieder eingefunden. Diesmal ohne Ruf von Kanzler und Regierung. Und er hatte sich, was die „Oberste Heeresleitung“ betraf, für den Abbruch der Verhandlungen mit Wilson entschieden: den Vizekanzler forderte er auf, durch eine Proklamation das deutsche Volk nun endlich doch aufzurufen. Seine von der Regierung abweichende Auffassung und die Wünsche seiner Politik vertrat der Erste Generalquartiermeister noch gegenüber einer Reihe von Politikern. Aber der Vizekanzler hielt ihm vor allem Bedrohlichkeit und Einwirkung der österreichisch-ungarischen Situation entgegen. Der Erste Generalquartiermeister überging den Einwand und blieb bei seiner Auffassung. Für ein Experiment, dessen militärische Verantwortung jetzt nicht auch noch andere trugen, als der Erstc Generalquartiermeister, für ein Experiment ins völlig Ungewisse, war die Regierung nicht mehr zu gewinnen. Ganz abgesehen davon, daß sie die innerpolitischen Erwägungen des Kanzlers als entscheidend ansah: vor dem Volke waren die Verhandlungen mit Wilson wegen der Kaiserfrage keinesfalls mehr abzubrechen.

In Eile ging dem Reichstag der Gesetzentwurf zu, der die Schaffung eines Reichskriegsamtes vorsah. Ihm, dem ein parlamentarischer Staatssekretär vorzustehen hätte, sollten in Zukunft die militärischen Gewalten Deutschlands unterstehen. Kein Offizier, kein Beamter in Heer und Marine sollte fortan ernannt, befördert, verabschiedet werden ohne die Gegenzeichnung des Kriegsministers. Man mußte abwarten, was Präsident Wilson darauf zu antworten hätte. Vielleicht erkannte inzwischen auch der

Kaiser das nötig gewordene Opfer an: und brachte es. Der Volksaufruf konnte wirklich nur die Ultima ratio sein. Im Hinblick auf die neuerliche Aenderung der deutschen Verfassung wurde die vierte deutsche Note ausgearbeitet.

Die Führer der „Obersten Heeresleitung“ hatten ihre Ueberzeugung, daß sie die Forderungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten ablehnten und den letzten Kampf wollten, nicht nur dem Vizekanzler ausgedrückt. Der Reichskanzlei war am 25. Oktober die Meldung zugegangen:

„In der heutigen Pressekonferenz verlas der Chef des Kriegspresseamts im Auftrage der Obersten Heeresleitung zwei Telegramme des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zur vertraulichen Kenntnis und zur Verbreitung durch die Mundpropaganda, nicht aber durch die Presse.

Das erste dieser Telegramme war gerichtet an den Herrn Reichskanzler und legte Verwahrung ein gegen Gerüchte, die dahin gingen, der Generalfeldmarschall habe seinerzeit ein sofortiges Friedensangebot verlangt und darauf hingewiesen, es handele sich um eine Sache von Stunden.

Das zweite Telegramm war an die kommandierenden Generäle gerichtet und brachte zunächst eine kurze Analyse der Wilsonschen Waffenstillstandsbedingungen. Dann folgte die Erklärung, diese seien für das Militär unannehmbar. Es bliebe daher nichts übrig, als Kampf bis zum Aeußersten.

gez. von Schmidthals.“

Und der Kaiserliche Legationsrat Lersner hatte gemeldet:

„Großes Hauptquartier, 26. Oktober 1918.

Feldmarschall von Hindenburg soll vorgestern abend Erlaß an die Armeen herausgegeben haben, in dem er

die letzte Wilson-Note als Deutschlands unwürdig bezeichnet und Kampf bis zum Ende befiehlt.

Heeresgruppe Gallwitz hat ihre schweren Bedenken gegen den Inhalt geäußert. Der Feldmarschall hat dann den Erlaß gestern Abend wieder zurückgezogen. Bei einer Armee soll er aber bereits bis zu den Bataillonsstäben gelangt sein.“

Die erste Depesche des Generalfeldmarschalls mochte ein plötzliches Versagen der Erinnerung sein. Vielleicht hatte er sein Telegramm an den Vizekanzler vom 1. Oktober, 1 Uhr 30 nachmittags, die dringende Depesche über die sofortige Herausgabe der Waffenstillstandsbitte, nach Form und Inhalt nicht im Gedächtnis. Vielleicht diktierte jetzt das Telegramm, das nicht schriftlich durch die Zeitungen, sondern nur beiläufig von Mund zu Mund verbreitet werden sollte, auch gewisse Sorge um Verantwortung und Schuld. Ueber die erste der verlesenen Depeschen konnte der Kanzler, wenn er wollte, zur Tagesordnung übergehen. Ueber die zweite Depesche nicht.

Zwar führte sie der Erste Generalquartiermeister jetzt auf ein Mißverständnis zurück. In der Tendenz des Schriftstücks hätte er sich einen Augenblick einig glauben können mit den Auffassungen der Regierung. Im gleichen Augenblick, da das Mißverständnis sichtbar wurde, sei der Befehl an die Truppen auch schon angehalten worden. Aber wie der Erste Generalquartiermeister auch den Hergang zu erklären suchte, so viel stand fest: die „Oberste Heeresleitung“ sprach immer noch eine Tonart eigener Politik, die die deutsche Verfassung keinesfalls mehr zuließ. Und auch dies war klar: vom Eintreten des Mißverständnisses bis zum Augenblick der Aufklärung war doch so viel Zeit verstrichen, daß ein Funker aus Kowno der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“, der er zugehörte, das Schriftstück in den Reichs-

tag übermitteln konnte. Es ging jetzt nicht nur um die Schwierigkeit, daß der Erste Generalquartiermeister nichts vom Anhören anderer Generale hören wollte. Auch darum nicht, daß Regierung und Heeresleitung über die Schritte anderer Meinung waren, die zu Deutschlands Rettung jetzt zu geschehen hätten. Die Macht der neuen Volksregierung, kaum aufgerichtet, war kompromittiert. Der Eindruck mußte bestehen, daß immer noch die Generale von der Uebung nicht lassen wollten, in der Hauptstadt auch ohne Ruf der Regierung jäh mit politischem Machtspruch zu erscheinen. Sie hatten mit solchen Reisen zuletzt namentlich dann überrascht, wenn es galt, Kanzler zu stürzen. Der Eindruck mußte bestehen, daß immer noch die Generale, indem sie plötzlich wieder nach den Waffen riefen, stärker sein wollten, als die Räte und Entscheider, die das dazu aufgeforderte und ganz erwachte Volk gerufen hatte. Und jetzt stellte der Kanzler die Kabinettsfrage: die Zerrungen, unter denen am Ende Deutschland selbst und als Opfer litt, wurden sonst zahllos. Der Chef des Zivilkabinetts Delbrück brachte das prinzliche Ultimatum am 25. Oktober nach Potsdam noch nachts um elf Uhr. Ein Abriß des Prinzen über die politische Einflußnahme des Generalquartiermeisters in all den Kriegsjahren und über ihre Wirkung lag bei. Und noch ein anderes Schriftstück hatte am gleichen Tage nach hartem Entschluß der Prinz dem Kaiser nach Potsdam geschickt — kommentarlos: die Berner Depesche des Fürsten Hohenlohe-Langenburg — —

Die Schwere des Konflikts, den die „Oberste Heeresleitung" heraufbeschworen hatte, spürte der Erste Generalquartiermeister offenbar selbst. Er hatte am Morgen des 26. Oktobers sein Abschiedsgesuch an den Kaiser geschrieben und — es wieder fortgelegt. Der Generalfeldmarschall hatte ihn von der Absicht des Rücktritts ab-

gebracht. Es war am gleichen Morgen, daß ihn und den Generalfeldmarschall der Kaiser zu militärischem Vortrag rief. Es kam bei einer gleichgültigen militärischen Einzelheit dazu, daß der Kaiser in betonter, fast erregter Art andere Meinung äußerte, als der Erste Generalquartiermeister, daß General Ludendorff aufbrauste und in verbitterter Kränkung auf die Schwäche der Regierung und die durch sie geschaffene Situation zu sprechen kam, daß der Kaiser den Generalstab nicht als unschuldig an dieser Situation bezeichnete; daß jetzt der General, vielleicht sogar unüberlegt, das Wort vom Verluste des kaiserlichen Vertrauens sprach und dann in jäher Ueberraschung, vom Schreck durchkältet feststellte, daß der Kaiser ihn sofort entlassen hatte. So war der Anlaß aus plötzlichem Anreiz gegeben und sogar gesucht worden. Aber Grund und Ursache waren doch die schwere Vergangenheit seit dem Tage der Waffenstillstandsnote bis zum letzten Ludendorffschen Armeebefehl gewesen. Den Generalfeldmarschall sollte der Kaiser überhaupt nicht angesprochen haben. Er wünschte, daß er bleibe. Gleichgültig war, daß die Staatssekretäre jetzt von angeblichem kurzen, aber schweren Zerwürfnis des Generalquartiermeisters mit dem Generalfeldmarschall erfuhren. Persönliches versank vor dem Ereignis: General Ludendorff war verabschiedet — —

Die weite Welt hatte ihn, Freund wie Feind, in der Unmöglichkeit, die Zusammenhänge zu überprüfen, Deutschlands größten Feldherrn genannt. Kritiker gab es, die sein politisches Wollen und Tun Unheil nannten. Wisser militärischer, wirklicher Zusammenhänge gab es, die an ihm beklagten, daß er jeweils nur den Schauplatz sah, auf dem er arbeitete ohne Maß. Daß er die italienische Gelegenheit nicht erkannt, sie verabsäumt und die bulgarische Gefahr unterschätzt hätte, der er zu spät begegnen wollte. Daß er in Frankreich die Entscheidung

zersplittert hätte. Und schließlich die Situation über den Dingen verlor — — Niemand konnte ihm leugnen, daß er eine ungeheure Energie aus sich in Deutschlands Körper gegossen hatte. Jedenfalls war er ein Organisator, ein Diktator vorhandener Kräfte gewesen, wie wenige vor ihm.

Die vierte deutsche Note an den Präsidenten Wilson war am Abend des 26. Oktober fertiggestellt. Am gleichen Abend war an den deutschen Kaiser aus Gödöllö von Kaiser Karl von Oesterreich eine inhaltschwere Depesche eingelangt.

DIE MÜNDIGKEIT DER VÖLKER

Niemand in der österreichisch-ungarischen Monarchie hatte, seit Kaiser Karls Manifest erschienen war, noch irgend Einfluß oder Macht über den Einbruch von Ereignissen: die alte Staatsautorität, seit dem Regierungsantritt des Herrschers durch manchen übereilten Akt bedenklich untergraben, aber immerhin noch eine Gewalt oder doch der Anschein einer Gewalt, die offenen Aufruhr und Auflösung bisher verhindert, überdies dem heimatfernen Heer noch einen Begriff gelassen hatte, für den es im Feuer stand, — die alte, zusammenfassende Staatsautorität lag, vom Throne selbst her, in viele Stücke zerschmettert. Der Glaube der Regierenden war gewesen, daß die Völker des weiten Reiches das Freiheitsgeschenk in Jubel empfangen und in Dankbarkeit an eine Neueinrichtung schreiten würden, in der die Brüderlichkeit der neuen Staaten ein verjüngter Kraftquell und jeder Bundesstaat ein neuer, stolzer Pfeiler des allen gemeinsamen Habsburgerthrones werden sollte. Der Glaube war, daß die alte Staatsmaschine noch ruhig weiter Dienste tun werde, bevor man sie endgültig ins Ausgedinge tat, Dienste für alle gemeinsam, indes jeder für sich unter wohlwollendem Zusehen der Regierung sich besondere Zukunft baute: unerläßliche Dienste für alle nach außen, da man schließlich noch im Kriege stand und die Gegner die Waffen nicht um der feierlichen Handlungen willen fortwerfen würden, die gerade jetzt in der Monarchie eingeleitet waren. Immerhin: das große Wagnis war unternommen.

„So möge unser Vaterland, gefestigt durch die Eintracht der Nationen, die es umfaßt, als Bund freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen. Der Segen des Allmächtigen sei über unserer Arbeit, damit das große Friedenswerk, das wir errichten, das Glück aller meiner Völker bedeute“ — —

Es war das Schlußwort des kaiserlichen Manifests. Jetzt hatten die mündig erklärten Völker zu reden.

Ihre Führer hatte Freiherr von Hussarek noch am 16. Oktober zu einer Zusammenkunft berufen, nicht um ihr Einverständnis mit dem Staatsakt vor der Veröffentlichung zu gewinnen, sondern nur, um sie mit seinem Inhalte vertraut zu machen. An die Polen war kein Ruf ergangen: sie zählte der Minister nicht mehr zu Oesterreich. Die Tschechen lehnten die Einladung ab. Sie erschienen nicht. Die Südslawen stellten sich zwar ein: um ihren Protest gegen die Pläne der Regierung auszusprechen. Sie sahen jetzt schwarz auf weiß die verbürgte ungarische Integrität, die ihr Programm nicht dulden wollte, und sie sahen die Erklärung Triests zum Reichshafen, den sie ausschließlich für sich begehrten. Freiherr von Hussarek konnte in keinem Falle sagen, daß seine Mitteilungen mit Begeisterung aufgenommen wurden. Denn auch die deutschösterreichischen Parteien begegneten ihm mit Zurückhaltung. Aber der Staatsakt war vollzogen. Sein Text lief jetzt durch alle Welt.

Schon die nächsten Tage brachten, wenn der Ministerpräsident ihrer noch bedurft hätte, Klarheit über die Meinungen aller Nationen. Gegen das Manifest des Kaisers stellte der „Tschechische Nationalrat“ sein eigenes Manifest. Er beharrte darauf, daß „die böhmische Frage“ keine österreichische, vielmehr eine internationale Frage geworden sei. Die Manifeste überstürzten sich. Der „Süd-

slawische Nationalrat" verkündete aus Agram die Botschaft, daß er die im Kaisermanifest „zugebilligte Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes nicht zur Kenntnis nehme" und forderte den „Nationalstaat auf allen Territorien, wo Slowenen, Kroaten und Serben wohnen". In Lemberg proklamierte die „Ukrainische Konstituante" den „unabhängigen ukrainischen Staat, der sich über alle ethnographisch-ukrainischen Gebiete erstreckt". Sie machte dabei auf dem Gebiete der Monarchie nicht Halt, denn auch außerhalb ihrer Grenzen wohnten Ukrainer. Nichts hörte man von den Polen. Auf polnischem Gebiet war die „K. u. k. Militärverwaltung" schon zwei Tage vor dem Manifest aufgehoben worden. Die Polen sahen ihr Reich geborgen. Die Italiener österreichischer Staatszugehörigkeit meldeten sich wohl zum Wort: sie lehnten die Gründung eines Nationalrats ab. Sie hatten keinerlei Interessen. Ihr Standpunkt war, daß zu ihnen der Kaiser überhaupt gar nicht gesprochen haben konnte. Sie zogen es vor, zu warten, statt zu erklären.

Die deutschen Parteien waren zur „Bildung vollkommen selbständiger und voneinander unabhängiger Nationalstaaten" zunächst bereit. Die Proklamation der „Deutschösterreichischen Nationalversammlung" begründete am 21. Oktober den „Deutschösterreichischen Staat". Er hätte „sämtliche Siedelungsgebiete der Deutschen in Oesterreich" zu umspannen. Sozialistische Stimmen forderten die Republik. Einen Tag später erhoben Prager Sozialisten den gleichen Ruf für die Tschechoslowakei. Aber die deutschösterreichische Staatsform blieb noch offen.

So viel stand fest: eigentlich alle Nationen hatten das Manifest des Kaisers abgelehnt. Sie wollten keinen Staatsbau versuchen mit österreichischer Vollmacht. Die ihn dennoch unternahmen — die Deutschen —, sahen die Zukunft unsicher. Klar war nur eines: Oesterreichs Zerfall.

Der alte Staat arbeitete freilich noch. In den Kabinetten saßen die Minister. Im Reichsratsgebäude auf dem Wiener Ring erschienen die Abgeordneten wie sonst. Vielleicht hatte Freiherr von Hussarek darum noch den Glauben — oder er tat so —, als ob sie mit ihm oder mit dem Professor Heinrich Lammasch, den alle Welt als seinen Nachfolger zur Reichsliquidation schon offen bezeichnete, in Eintracht die genaueren Linien von Neuösterreich beraten würden. Alle alten Kanzleien arbeiteten, indes die Völker die Einrichtung ihrer Sonderkanzleien begannen. Manchmal gab es Zwischenfälle. Aber wenn der Krakauer Eisenbahndirektor nur mehr auf Befehle des selbständigen polnischen Staates hören wollte, so entfernte ihn vorläufig der österreichische Ministerpräsident sofort. Noch war es nicht nötig, auf die Militärdiktatur wirklich zurückzugreifen, die der Kaiser etwa in den unruhigen Streiktagen der Brest Litowsker Friedensverhandlungen erwogen hatte, deren Entwurf seit damals fertig lag und die den verläßlichen, entschlossenen Armeekommandanten Fürsten Schönburg zügellos gewordenen Völkern entgegenstellen wollte. Denn im ganzen röchelte die abgebrauchte Staatsmaschine nicht einmal zu sehr. Sie lief sogar, wie nach Entspannung, fast reibungslos. Denn niemand kümmerte sich um sie. Sie trieb ihr Tagwerk: die Völker das ihre. Die Staatsmaschine lief und trieb, eine mahlende Mühle ohne Korn, klappernd ins Leere.

Die wichtigste Abteilung der „Kanzleistelle" — niemand nannte den österreichischen Staatsapparat mehr anders als mit dem ironischen Wort des Sozialisten Renner — war sicherlich noch das Ministerium des Aeußeren. Dort wartete Graf Burian auf Wilsons Antwort, die ihm in der amerikanischen Note an Deutschland seit Mitte Oktober angekündigt war. In den „Ungarischen Delegationen für auswärtige Angelegenheiten" hatte er damals, gleich auf

Grund der Wilsonschen Ankündigung, ein „Exposé“ verlesen, das dem Präsidenten der Vereinigten Staaten unerschütterliches Vertrauen ausdrückte. Der Minister hatte das nahe Ende aller kriegerischen Schrecken angesagt. Das Schicksal Deutschlands hatte er, da es die Entscheidung über Krieg und Frieden an das Volk gegeben und den Präsidenten auf solche Art zufrieden gestellt hätte, nicht mehr trostlos zu nennen vermocht. Ueberhaupt schien es auch jetzt noch für den Außenminister kaum ein Problem zu geben, dessen Lösung sich nicht erfüllen würde. Von der „austropolnischen Lösung“ war er, wie immer, ganz durchdrungen. Im Delegationsausschuß wies er den Vorwurf kühl zurück, daß er in einem Kriege, der alle zum „Umlernen“ gezwungen hätte, als einziger nicht umgelernt hätte. Umgestaltung der Monarchie und Friedensmöglichkeit: beide sah Graf Burian nur günstig. Allerdings wußte er sich dann in der Wilsonschen Sondernote vom 19. Oktober nicht ganz zurechtzufinden.

Der Präsident der Vereinigten Staaten sprach über das schwedische Ministerium des Aeußeren zur österreichisch-ungarischen Regierung mit doppeltem Sinn. Die für die Monarchie wichtigste Bedingung seiner vierzehn Friedenspunkte vermöchte er nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die dort für die österreichisch-ungarischen Völker geforderte Autonomie sei inzwischen durch amerikanische Staatsakte überholt. Die Vereinigten Staaten hätten die Bundesgenossenschaft mit den Tschecho-Slowaken, überdies die Gerechtigkeit der südslawischen Freiheitsbestrebungen in weitestem Umfang anerkannt. Nicht der Präsident, vielmehr nur die Völker der Monarchie selbst könnten darüber Richter sein, „welche Maßnahmen der österreichisch-ungarischen Regierung ihre Aspirationen und Rechte“ befriedigen werde — —

Wenn Graf Burian wollte, konnte er die Wilsonsche Antwort so verstehen, daß der Präsident das österreichisch-ungarische Völkerthema nicht auf dem kommenden Friedenskongreß erörtert wünschte. Die österreichisch-ungarische Regierung selbst sollte sich mit ihren Völkern einigen. Der Pazifist Lammasch neigte solcher Deutung zu. Sie schonte den Bestand der Monarchie, die in anderer, neugeborener Freiheitlichkeit fortleben konnte. Eigentlich hatte gleiches Ziel — nur daß es auf verfassungsmäßige Wege verwies — auch das kaiserliche Manifest erstrebt. So durfte man vielleicht wirklich den Schiedsspruch aus Washington nicht ganz ungünstig nennen. Aber mit dem gleichen Atemzuge erklärte der Präsident, daß er über die aufgeworfenen Probleme mit der österreichisch-ungarischen Regierung schon deshalb gar nicht verhandeln könne, weil er Rücksichten auf Bundesgenossen zu üben hätte, auf Tschecho-Slowaken und Jugoslawen. Bundesgenossen wollte er nicht vorschreiben, womit sie sich zufrieden gäben. Auch war es darnach fraglich, wie er überhaupt Bundesgenossen, die er einmal als solche bezeichnet hatte, von der Friedenskonferenz auszuscheiden vermöchte. Näher schien die Auslegung, daß er dort jene österreichisch-ungarische Regierung schweigen heißen würde, der er selbst eine Ordnung zu finden gebot. Wobei er noch die Auffassung vertrat, daß seine Bundesgenossen die Ordnung zu diktieren hätten. Die zweite Auslegung der Note war, daß der Präsident die österreichisch-ungarische Regierung überhaupt als verhandlungsfähig nicht mehr anerkannte. Daß er nur mehr mit den mündig gewordenen Völkern rechnete, die zum Teil mit ihm im Bunde waren. Und daß er für sie und vor ihnen die Kapitulation des Reichs verlangte.

Am Ballhausplatz mochte Graf Burian jetzt selbst über

Antwort und Interpretationen klügeln. Die akklamierten Völker triumphierten indes, daß in Wilsons Entscheidung „der Sieg der Freiheitsidee unbestreitbar" geworden sei. Sie entdeckten keine Auffassung, nach der sie sich mit der österreichisch-ungarischen Regierung zu einigen hätten. Sie zitierten die „Bundesgenossenschaft" und „Anerkennung als kriegführende Macht". Einfach waren daraus die Ableitungen: alle Verhandlungen wären „mit der bereits anerkannten Regierung in Paris zu führen". Einen einzigen Augenblick lang hatten die Slawen geschwankt. Wenn der „Deutschösterreichische Staat" mit ihnen über Gebietsgrenzen verhandeln wollte, so ließe sich darüber reden. Erst müßte freilich die österreichische Regierung, von der sie dies forderten — obgleich sie vorgaben, keine Gespräche mehr mit ihr zu haben —, die tatsächliche Macht in die Hände der slawischen Staaten legen. Sie müßte die tschecho-slowakischen, jugoslawischen, polnischen Regimenter in ihre Heimat verlegen. Beide Anregungen schienen mehr Lockung als Wille zur Versöhnung. Gleich darauf verzichteten die Sprecher der Slawen auch wieder auf jede weitere Annäherung. Schließlich hätte die die Friedenskonferenz allein das entscheidende Wort. Selbst die Deutschen in Oesterreich sprachen jetzt von der „Unmöglichkeit, mit den übrigen nationalen Staaten zu einem Bundesverhältnis zu gelangen". Sie wollten sich für solchen Fall das Recht des Anschlusses an Deutschland wahren.

Zwei Staatsakte hatten das alte Reich erschüttert. Das Völkermanifest des Kaisers hatte das Recht der Selbstbestimmung gewährt. Zu Aufbau und Stütze. Aber die Aufforderung hatten alle verworfen. Die Antwortnote Wilsons verkündete das gleiche Recht für eine neue Völkerfamilie als ethische Forderung, die er freilich als furcht-

barste Waffe erst gegen den Feind ausspielte. In der Wirkung strömten beide Akte ineinander. Und von Oesterreich zunächst nach Ungarn.

Michael Karolyi stand dort in der Opposition. Seine Forderungen hatte er Tag um Tag ins Land gerufen. Von ihnen hallten das Abgeordnetenhaus, die Klubs der Hauptstadt wider. Die Stimmung der Menge wühlte Karolyi tief auf. Sein Kampf galt dem System von gestern, das er noch heute auf der Tribüne der Regierenden sah. Er wollte sie fortfegen. Die erwachte Nation hatte nichts mehr mit ihnen zu tun. Aus den „Ungarischen Delegationen“, die noch als Rumpfstück des abgetanen Dualismus dastanden, war er schon am Tage vor der Unabhängigkeitserklärung ausgewandert. Er hatte römische Gleichnisse gebraucht und dann mit seiner Partei die „Sezession“ vollzogen. Seine Adresse an den König wiederholte er, verschärft und dem rasenden Tempo der Tage nach seinen leidenschaftlichen Wünschen angepaßt, jetzt dem Ministerpräsidenten diktatorhaft. Ihn selbst gedachte er zu stürzen. Was immer er sprach, undeutlich mit künstlichem Gaumen, sprach er leichenblaß. Seine Augen flackerten. Rotumrändert. Wilsons Friedensbotschaft verkündete er dennoch mit dem eisgewordenen Feuer des französischen Revolutionärs — —

„Das Vaterland ist in Gefahr. Alle hier müssen die große Verantwortung fühlen, die in diesem Augenblicke auf ihnen ruht. Unmöglich kann es einen Ungarn geben, der nicht aufschreit, wenn er die Botschaft Wilsons hört — —

„Die schwerste Unterlassungssünde der Regierung ist, daß sie die verflossenen zehn Tage nicht zur Regelung der Nationalitätenfrage benutzt hat — —

„Die Stunde des Handelns ist auch gekommen, um Un-

garns Unabhängigkeit auszusprechen, und zwar lieber heute als morgen — —“

Er schrie nach dem ungarischen Nationalheer. Nach der Heimberufung der Soldaten. Nach dem König, der in kritischer Zeit nach Budapest gehöre. Ein ungarischer Außenminister sei sofort mit staatsmännischer Wirksamkeit nur für das Königreich zu bekleiden. Das Bündnis mit Deutschland stände im Gegensatz zum Weltbunde: Ungarn hätte es zu lösen. Und allzu spät komme der Beschwichtigungsversuch, den der Premier mit mattem Zugeständnis den Nationen in unberührten Grenzen zugesagt. Denn von der „Unversehrtheit des Landes“, die er selbst noch in der Adresse an den König ausgerufen hatte, sprach Karolyi nicht mehr. Jetzt war die ganze Unabhängigkeit der südslawischen Nation, wenn sie nur einen Zugang zum Meer gewährte, das Gebot der Stunde. Alles hatte die Lässigkeit der Regierung verschuldet. Der Krieg hätte sie kompromittiert. Niemand schlösse mit ihr Frieden —- —

„Die Regierung muß zurücktreten“ — —

„Und sollte das Kabinett noch immer nicht handeln wollen: ich werde zu handeln wissen“ — —

Seine Leidenschaft tobte. Vor Tagen hatte der Abgeordnete Juriga den „Nationalrat der Slowaken“ angemeldet. Das Haus hatte ihn verlacht. Vom „Recht auf Selbstbestimmung der Rumänen“ hatte der Abgeordnete Vaida gesprochen. Das Haus hatte ihn verhöhnt. Geschwiegen hatten die Ruthenen. Denn im Palast der ungarischen Abgeordneten war bisher für sie kein Platz. Noch leugnete die Mehrheit dieses magyarischen Hauses, starr in der Ablehnung auch jeden freiheitlichen Wahlrechts, daß es überhaupt eine ungarische Nationalitätenfrage gab, in der vor allem die Nationen selbst mitzureden hätten. Die Regierung lobte die schwäbischen Bauern,

die eine Stimme für die Unteilbarkeit des Landes geschickt hatten. Denn diese versprengten Deutschen wollten lieber noch bei den Ungarn, als bei den Serben sein. Und dem Fiumaner Abgeordneten Ossoinack, der gegen die Kroaten auftrat, weil sie die italienische Stadt für sich beanspruchten, bestätigten Haus und Regierung sofort, lateinisch feierlich im Ausdruck pragmatischer Zeit, daß der Zankapfel ein „Corpus Separatum der ungarischen Krone“ sei. Aber wer magyarische Vorherrschaft jetzt abwerfen wollte, die namenlosen Klassen, deren Mund stumm zu sein hatte bisher im politischen Kampf, horchte auf den Freiheitsruf Michael Karolyis, der die Wilsonbotschaft zu den Stämmen, den Bauern und Arbeitern trug. Er flammte von radikaler Demokratie. Er flammte für Ungarns Selbständigkeit. Sein Ruf lief ins Reich: „Freiheit und Vaterland“. Selbst Apponyi, Andrassy, Batthiany, Magnaten mit der Regierung im Kampf, standen und lauschten verwirrt. Vor Karolyis Radikalismus erschraken sie. Sie waren nicht Volkstribune, nicht Mirabeau oder fast Danton auf französischem Tribunal. Vieles befehdeten sie. Aber um Ungarns willen, das allein in ihren Herzen glühte, um Ungarns willen, das auch Karolyi mit jener andern Freiheit und Selbstbestimmung, die sie nicht ganz billigten, auf den Schild gehoben hatte, konnte es Augenblicke geben, da alle Unabhängigkeitspolitiker, die radikalen, wie die gemäßigten Gruppen ungarischer Opposition, dem Propheten sich näherten. Indes er selbst zu ungeahnter Macht aufstieg — —

Jeder auch unter den Regierenden spürte die Gefahr, die von ihm kam. Ministerrat und Kronrat berieten am 21. Oktober in Wien über den Gesetzesentwurf, den drei Tage zuvor Karolyis Antrag über die Ernennung eines Sonderministers für Ungarns auswärtige Angelegenheiten gefordert hatte. Und Dr. Wekerle, nach Tiszas gleicher

Forderung noch magyarischer als sonst, sprach sich für den Entwurf aus. Der Nation hatte der Premier am 16. Oktober vor den Abgeordneten die Personalunion mit Oesterreich, das Ende der dualistischen Monarchie angekündigt. Jetzt begann er, die Ankündigung durch gesetzgeberische Akte der Erfüllung zu nähern.

Schwer waren im Ministerrate die Bedenken Baron Spitzmüllers gegen den Gesetzentwurf. Die Trennung der beiden Reichsteile sah er als den letzten, besiegelten Zerfall des Ganzen. Ihn, der sein Wort als gemeinsamer Finanzminister, zugleich als Verwaltungschef der Reichslande vor dem Kaiser und bei den Zusammenkünften der Regierungsmitglieder führte, hatte zwar erst kürzlich der Außenminister Graf Burian und der ungarische Premier der politischen Mitverantwortung entkleiden wollen. In der Konferenz des 2. Oktobers, die sich im Zusammenhang mit der bevorstehenden Annahme von Wilsons „14 Punkten" auch mit der staatsrechtlichen Zukunft der Reichslande beschäftigen mußte, hatten sie ihm lediglich das eine Recht zugestehen wollen: den Kaiser und König, zugleich die beiden Regierungen über politische Entwicklungen oder Zustände zu unterrichten. Sein Amt bedeute in der Hauptsache ein Verwaltungsamt. Noch zum Oktoberbeginn 1918, da Freiherr von Hussarek in harten Zusammenstößen mit Dr. Wekerle bereits über die Lösung des Südslawenproblems zu verhandeln suchte, vierzig Jahre nach der Besetzung, zehn Jahre nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina, war die Frage völlig ungeklärt, ob der Minister für die südslawischen Reichslande Mitspruchsrecht und Mitverantwortung hatte. Oder ob er „in Sachen der hohen Politik" ausgeschaltet war. Das Unklare hatte Baron Spitzmüller besser spät geklärt wissen wollen als nie. Er hatte um die Rechte seiner Stellung gekämpft, die er als Pflichten ansah. Er besaß seit seinem Amtsantritt (7. Sep-

tember 1918) die kaiserliche Zusage, daß in allen staatsrechtlichen Entscheidungen der Monarchie auch er — ein gemeinsamer Minister, wie die anderen — mitangehört werde. Jetzt meldete er seinen Rücktritt an, wenn Kardinalentscheidungen nicht in größter Sorgfalt im Rate aller gemeinsamen Minister geprüft, nicht mit ihrer aller Kenntnis gefällt würden. Die königlich ungarische Regierung lege sich vor ihrer Nation durch völlig einseitige, schlagwortartige Erklärungen fest, deren Tragweite dann bei dem Einlösungsruf durch die Parteien gar nicht zu übersehen sei. Verhängnisvoll für das Gesamtgefüge des Reiches sei die schon vor seinem Amtsantritt abgegebene Ankündigung über die Trennung der Armee gewesen. So wenig wie dies Thema seither aus der ungarischen Oeffentlichkeit verschwunden sei, so wenig würden fortan die ungarischen Rufe nach Personalunion und dem Sonderminister für auswärtige Angelegenheiten verstummen. Er sei sich dringender Wandlungsnotwendigkeit — dies hatte er schon am 2. Oktober erklärt — in der Struktur des Reiches bewußt. Den Uebergang vom österreichisch-ungarischen Dualismus um der Südslawen willen zum Trialismus erwarte er als unaufhaltsam, auch wenn er die heraufziehenden magyarischen Gewitter erkenne. Aber die „Pragmatische Sanktion", die seit dem 19. April 1713, da Karl VI. sie erlassen hatte, das habsburgische Reich in starkem Rahmen und starker Einheit bewahrt hätte, müsse der unangetastete Grundbau auch in einer kommenden Dreieinheit der Monarchie bleiben. Alle die Ankündigungen der Ungarn: die „Trennung der Armee" — die „Personalunion", deren Losungswort man gleich leichtsinnig hinausgerufen, wie das „Selbstbestimmungsrecht der Völker", ohne ihren Inhalt zu bezeichnen und zu begrenzen — das „unabhängige Ministerium des Aeußeren": all diese Ankündigungen erschütterten an sich schon das habsburgische

Staatsgrundgesetz. Und stürze das Gesetz, so stürze das Reich. Der habsburgische Staat stehe in historischer Krise.

Der ungarische Premier hatte den Gesetzentwurf verlesen. Er versicherte an der Spitze feierlich und ausdrücklich die Aufrechterhaltung der „Pragmatischen Sanktion". Gleich darauf forderte er die Trennung der Armee. Er forderte für Ungarn die Einrichtung des selbständigen Außenministeriums. Er forderte für das Königreich die zollpolitische, die bankpolitische Unabhängigkeit schon für den Jahresablauf von 1918. Er warf unmittelbar nach der Versicherung an der Spitze die „Pragmatische Sanktion" in ihren Grundfesten um.

Unlogisch nannte der Reichsfinanzminister den Entwurf. Man könne die Heilighaltung der Sanktion nicht versichern, wenn man sie im nächsten Atemzug in ihren wesentlichen Bestimmungen vernichte. Er kämpfe nicht für das Fortbestehen einer Formel. Karls VI. Vermächtnisgedanke verlange die Unteilbarkeit und Untrennbarkeit der Monarchie. Zwei Außenminister schlössen sie noch mehr aus als zwei gesonderte Armeen. Der Vermächtisgedanke fordere gemeinsame, einheitlich festgefügte Vertretung und Verteidigung nach außen. Aber der Minister suche, da die Verhältnisse so weit gediehen seien, nach Zugeständnissen, die gleichwohl die „Pragmatische Sanktion" unverletzt ließen. Zu eigenen Zöllen und zu eigenem Bankwesen könne das Königreich auch ohne Gefährdung des Reichsfundamentes gelangen. Auch der österreichisch-ungarische Ausgleich vom Jahre 1867 stehe der allmählichen wirtschaftlichen Trennung nicht im Wege. Vielleicht könne der „Minister am allerhöchsten Hoflager" (nach dem Muster der 48er Verfassung) mit erhöhten Vollmachten und besonderer Verantwortlichkeit für die auswärtigen Angelegenheiten beider Reiche bekleidet werden.

Der Ministerpräsident Freiherr von Hussarek stimmte dem Reichsfinanzminister zu. Indes trat er dem ungarischen Ministerpräsidenten nicht entgegen. Er vertrat die Ueberzeugung, daß die dualistische Staatsform der Monarchie nicht lange mehr haltbar sei. Auch wies er dem Reichsfinanzminister gegenüber auf den Minister des Aeußeren Grafen Burian hin, der sich kaum besonders dafür einsetzen werde. Zu Baron Hussarek hatte Graf Burian selbst von einem „Dammbruch der Pragmatik" gesprochen. Jetzt schwieg er. Zur Entscheidung der Armeefrage steuerte auch der Reichskriegsminister keine Meinung bei. Eigentlich stand der Reichsfinanziminster als Bannerträger der pragmatischen Sanktion allein.

„Wenn es ruhiger wird", suchte Dr. Wekerle ihn zu beschwichtigen, „wird sich alles wieder einrenken. Jetzt brauche ich die Zugeständnisse als Futter für die Unabhängigkeitsparteien."

Er betonte dem Reichsfinanzminister nochmals, daß die Aufrechterhaltung der „Sanktion" feierlich im Entwurf verbürgt sei. Von seinen Forderungen könne er auch die sofortige wirtschaftliche Trennung nicht streichen. Kurz: die beiden Gegner fanden keine Brücke. Vielleicht hätten Wekerle und Graf Burian, die beiden Ungarn, es vorgezogen, sich überhaupt nicht in einem Ministerrate über das Thema auszusprechen. Aber der Kaiser hatte ihn angeordnet. So wurde eine Form erfüllt, die an beschlossenem Inhalt für sie nicht rührte. Uebrigens rief jetzt alle Minister der Kaiser zu sich.

Der Kaiser wollte sich mit seinen Räten über die Haltung gegenüber dem Präsidenten Wilson klar werden, dessen Antwort auf das österreichisch-ungarische Waffenstillstandsangebot eingetroffen war. Das lange Schweigen des Präsidenten hatte Kaiser Karl als günstiges Vorzeichen

aufgefaßt. Graf Burian hatte ihn darin bestärkt. Baron Arz hatte gezweifelt:

„Ich kann kein günstiges Vorzeichen sehen. Wenn man jemand wohl will, läßt man ihn nicht drei Wochen warten.“

Jetzt beriet der Kronrat neue Mitteilungen an den Präsidenten Wilson. Und die südslawische Frage beschäftigte ihn weiter, die das kaiserliche Manifest nicht gelöst hatte. Aber an Klärungen brachte der Kronrat doch nur eine, — das erschütternde Eingeständnis des Chefs des Generalstabes Baron Arz:

„Die Armee wird in wenigen Tagen bolschewisiert sein. Sie wird sich sengend und plündernd über das Land zurück ergiessen“ — —

Der Reichsfinanzminister versuchte noch einmal mit großem Nachdruck seinen Kampf um die pragmatische Sanktion vor dem Kaiser. Aber da überraschte der Außenminister Graf Burian. Er trat plötzlich zu Wekerle über. Er war plötzlich nur für den „Dammbruch der Pragmatik“. Vorsicht blieb die Haltung des österreichischen Ministerpräsidenten; Zurückhaltung übte der Kriegsminister. Die ungarische Entwicklung, die ungarischen Ereignisse sollten fortrollen von selbst. — — Im Treppenflur scherzte, da die Minister aus dem Kronrat entlassen waren, der ungarische Premier freundschaftlich über die Angriffskunst und pragmatische Beschlagenheit des Reichsfinanzministers. Mit bitterem Witz zog Baron Spitzmüller die Uhr:

„Jetzt ist es halb eins. Wir haben allenfalls noch Zeit, zu speisen. Aber dann müssen wir, darnach, was Arz uns eröffnet hat, sofort um Frieden bitten.“

Jede Stunde erhöhte jetzt in Ungarn die Macht eines einzigen Mannes: Michael Karolyis. Und grell stand sie im Lichtstrahl, da der Blitz in die Staatskunst ungarischer

Vergangenheit — vor dem Premier des alten Systems — am 23. Oktober wirklich herniederfuhr. Ein Kroatenregiment hatte in Fiume, im „Corpus Separatum der ungarischen Krone“, ungarische Honved entwaffnet, der Polizei einen Kampf geliefert, die Grenzgendarmerie niedergeworfen — die offene Erhebung Kroatiens war da: der Abschied von Ungarn durch klare Gewalt. Graf Karolyi hatte die Depesche dem Hause gereicht. Und der Furor war jetzt entfesselt. Ungarische Empörung schrie und ungarischer Hohn von allen Bänken, bebende Entrüstung, die ganz vergaß, daß die Staatskunst der Schreier selbst seit Jahrzehnten das oft gemalte Unheil heraufbeschworen hatte:

„Das sind die Kroaten! Das sind die treuen Kroaten!“

Noch anderer Zwischenfall hatte das Fieber an jenem Tage entzündet. Die Todsünde, daß zur Feier des Herrschers das „Gott erhalte“ gespielt wurde, jene verabscheuenswerte, auf ungarischem Boden verfemte österreichische Hymne, die jedem Ungarn in der Erinnerung an 1848 noch 1918 das Blut zu Kopfe treiben und ihn zu allen Zeiten nur zu dem einen stacheln mußte, wie sehr er das ihm verbundene Oesterreich hassen und herabziehen, im Tiefsten treffen und schädigen sollte: die Todsünde war am gleichen Morgen im ungarischen Debreczin, als der König dort die neue Universität einweihte und die Front der Ehrenkompagnie abschritt — ein üblicher Akt —, als vorgeschriebener Gruß von seinen Soldaten verübt worden.

Und alle Parteien rasten: das Fieber wurde Paroxismus. Jetzt endlich stürzte endgültig der Premier. Oesterreichischen Geist hatte er noch immer nicht von ungarischer Erde zu bannen gewußt. Und unter ihm drohte die Integrität jetzt wahrhaftig noch zu fallen. Nie war das Vaterland in größerer Gefahr. Alle Parteien mußten ihren Zwist begraben. Alle Parteien mußten das Land retten. Uralte Widerstände sanken in Sekunden. Noch ehe er ging, kün-

digte der Premier selbst die Notwendigkeit an, niemand mehr im Stephansreich das Wahlrecht zu versagen. Nicht bloß Graf Apponyi verlangte als neue Regierung die Sprecher der „Gesamtheit der Nation“, zu denen er nunmehr auch die Vertreter aller Völker und Klassen ohne Unterschiede rechnete, denen die Stimme im Parlament bisher verwehrt war. Alle verlangten es — —

Michael Karolyi aber erwog am Abend des erhitzten Tages in seinem Palais die Schaffung eines „Ungarischen Nationalrats“. Apponyi beriet mit ihm und Andrassy. Graf Karolyi begehrte die Ministerschaft für sich. Nur seine Botschaft radikaler Freiheiten, nur die ganze Abkehr vom Gewesenen, die auch die Gegner milde machte, war die Rettung des Königreichs. Unter Umständen wollten die Magnaten die Ministerschaft unterstützen. Vielleicht gab Karolyi Bürgschaften, die das Schlimmste an staatlicher Umkehrung ausschlossen. Der König eilte nach Gödöllö.

Das Schloß sah Empfang um Empfang. Drei Tage verhandelte der König mit Karolyi. Michael Karolyi war — niemand konnte es mehr abstreiten — der Mann des größten Volksvertrauens geworden. Ueber die Kabinettsbildung verhandelte der König auch mit den Grafen Apponyi und Hadik. Sie lehnten ab. Die Auffahrt der Staatsmänner, der Würdenträger, der Politiker wurde jetzt endlos. Zur Kabinettsübernahme entschloß sich unter ihnen keiner. Sie alle nannten einen einzigen Kandidaten: Karolyi — —

Aus Wien sprach Freiherr von Hussarek mit dem Kaiser. Der Augenblick war gekommen, da das österreichische Kabinett zu Reichsliquidation und Friedensschluß wirklich an Professor Lammasch übergehen sollte. Vorbereitungen für seine Berufung, die namentlich Prinz Windischgrätz bei Kaiser Karl unterstützt hatte, waren zu treffen.

Aber der Kaiser lehnte die Heimreise ab. Der Minister fuhr selbst nach Gödöllö. Der Chef des Generalstabs traf dort ein. Er brachte Berichte von der Front. Indes leistete Graf Julius Andrassy in dem Lustschloß seinen Eid als Minister des Aeußeren. Die „Neuorientierung der äußeren Politik" und der Irrtum über Wilsons Note hatten den Grafen Burian endlich weggeweht. Noch war Andrassy k. u. k. Minister: letzter Sprecher der Monarchie als kriegführende und verhandelnde Macht. Daß er Ungar war, mochte Ungarn versöhnen. Vielleicht würde er dann auch erster selbständiger Außenminister des Königreichs. Da er nach Wien abzureisen gedachte, wurde ihm ein revolutionärer Anschlag auf die königliche Burg noch für die gleiche Nacht aufgedeckt. Den Handstreich erstickte der Stadtkommandant noch im Keim. Der Minister des Aeußern fuhr nach Wien.

Die ungarische Krise fand keine Lösung. Aber mit Siedehitze drängten in sie jetzt noch die Krisen Oesterreichs. Der Kaiser brach den Aufenthalt in Gödöllö ab. Er reiste schleunigst nach Schönbrunn. Da Graf Karolyi noch einmal vor ihm erschienen war, hatte er ein königstreues Kabinett, mit ihm selbst an der Spitze, dem König zugesagt. Der König knüpfte jetzt die Ernennung des Grafen an einigende Aussprachen Karolyis mit Professor Lammasch und mit Graf Andrassy. Obgleich der Anschlag der vorangehenden Nacht vereitelt war, blieb die Stimmung in der Hauptstadt unsicher. Der König nahm den Grafen Karolyi in seinen Hofzug. Karolyis Anhänger verhielten sich ruhig. So glückte zugleich die kaiserliche Reise.

Vieles mochte den Kaiser bewegen. Alles sah er bedroht. Sein Manifest hatte versagt. Ob auch mancher Tschechenführer ihn bestärkt und der Südslawenbischof Jeglic ihm noch acht Tage vor dem Staatsakt in feierlichem Schreiben versichert hatte, daß er auch ein selbständiges Südslawen-

reich sich nie anders denken könne als unter Habsburg. Alles sah der Kaiser jetzt in Schiffbruch. Noch schien die königliche Krone Ungarns die sicherste: trotz Michael Karolyi, der sie selbst nicht antasten, der nur die Truppen in die Heimat rufen und den Bruch mit Deutschland wollte. Den Bruch mit Deutschland wollten freilich fast alle auch in Oesterreich: die Tschechen wie die Südslawen. Deutsch-Oesterreich war einsam. Ein Kahn im wilderregten Meer.

An einem Sonntagmorgen — am 27. Oktober — traf der Kaiser in Wien ein. Ihn fragte der Chef des Generalstabs fast verstört:

„Sie sind doch mit Karolyi gekommen, Majestät?“

Aber der Kaiser wich aus. Jetzt nannte der Chef des Generalstabs die Berufung des Grafen ein Unglück. Die ungarische Krise lief weiter auch in Schönbrunn. Der Kaiser sprach mit Baron Szurmay. Und wieder mit dem Grafen Hadik. Zwischendurch beriet er mit Erzherzog Joseph. Denn Graf Karolyi war in Verstimmung sofort abgereist: sich mit dem Grafen Andrassy zu beraten, hatte er selbst in Wien sich wieder überlegt, — sich mit ihm zu beraten, hatte Professor Lammasch verweigert. Den König hatte er, ein im Hofzug von allen gemiedener Gast, nicht mehr gesprochen. In Schönbrunn aber stand das Telephon nicht einen Augenblick still. Abends schien die Kandidatur Hadiks als ungarischer Premier endlich gesichert. Der Chef des Generalstabs hörte es erleichtert. Und auch Freiherr von Hussarek atmete auf. Er selbst gab jetzt die Demission. Professor Lammasch wurde ernannt. Die Ereignisse preßten sich ungeheuerlich in den Tag. Der neue Minister des Aeußeren, Graf Andrassy, suchte noch nachts halb zwölf Uhr Freiherrn von Hussarek in seiner Wohnung auf. Er wolle mit ihm über eine Sondernote an den Präsidenten der Vereinigten Staaten verhandeln. Aber Freiherr von Hussarek mußte bedauern:

„Ich stehe in Demission. Der Gegenstand wäre mit Professor Lammasch zu besprechen. Ich kann ihn nur zur Kenntnis nehmen.“

Freiherr von Hussarek hatte noch bis in die jüngste Zeit die Erinnerung an kaiserliche Aussprüche, die jeden Sonderschritt weit von sich gewiesen hatten. Der Minister des Aeußeren verabschiedete sich. Daß er den österreichischen Ministerpräsidenten noch aufgesucht hatte, konnte lediglich von formaler Bedeutung sein. Denn nur dem Namen nach war Freiherr von Hussarek noch Chef des Kabinetts, solange Professor Lammasch als sein Nachfolger nicht vereidigt war. Aber die Uebernahme der Regierung hatte der Professor, als sich der Kaiser telegraphisch aus Gödöllö an ihn wandte, an verschiedenerlei Bedingungen geknüpft. Er hatte Bürgschaften vom Kaiser verlangt, die seiner pazifistischen Politik nach innen wie nach außen entsprachen. Er hatte die Absage an das Deutsche Reich gefordert, ein getrenntes Marschieren für die Monarchie, da er nur so das endliche Friedensziel und das für die Monarchie bessere Friedenziel erreichbar glaubte. Mit dem Kaiser hatte dann Graf Andrassy noch in Gödöllö, ohne Freiherrn von Hussarek oder dem Chef des Generalstabes, als sie ihn aufsuchten, das Thema oder seine Absicht auch nur anzudeuten, darüber die endgültigen Beschlüsse gefaßt. Ein einziges Ziel sah Graf Andrassy: die österreichisch-ungarische Monarchie zu retten. Noch in den politischen Kämpfen von 1907, die erbittert die beiden Reichshälften gegeneinander ausgefochten hatten, war der ungarische Magnat, der Sohn des großen Dreibundmitbegründers Julius Andrassy, bei Hofe, bei Kaiser Franz Joseph fast als ein Rebell geschmäht. Jetzt dachte und sprach, jetzt wollte er nur handeln als Habsburgs letzter, verläßlicher Bannerträger. Bestimmte Hoffnungen, Zusagen Marschall Fochs, der gerade die habsburgische

Monarchie nicht vernichtet wissen wollte, deuteten für ihn nach dem Westen. Er sah die Mittelmächte verloren. Jetzt wollte er, der verlästerte Rebell, es übernehmen, treulos am Bunde zu sein, aus Ritterlichkeit gegen den König. Ihm war der ethische Preis, um den er dem Kaiser und König das Reich rettete, einerlei in dieser Stunde und nur von eigenem Urteil bewertet. Aus Gödöllö hatte, am 26. Oktober 1918, Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm eine Depesche gesendet:

„Teurer Freund.

Es ist Meine Pflicht, Dir, so schwer es Mir auch fällt, zur Kenntnis zu bringen, daß Mein Volk weder imstande, noch willens ist, den Krieg weiter fortzusetzen.

Ich habe nicht das Recht, mich diesem Willen zu widersetzen, da Ich nicht mehr die Hoffnung auf einen guten Ausgang hege, für welchen die moralischen und technischen Vorbereitungen fehlen, und da unnützes Blutvergießen ein Verbrechen wäre, das zu begehen, Mir Mein Gewissen verbietet.

Die Ordnung im Innern und das monarchische Prinzip sind in der ernstesten Gefahr, wenn wir dem Kampf nicht sofort ein Ende bereiten.

Selbst die innigsten bundesbrüderlichen und freundschaftlichsten Gefühle müssen vor der Erwägung zurückstehen, daß Ich den Bestand jener Staaten rette, deren Geschick Mir die göttliche Vorsehung anvertraut hat.

Deshalb kündige Ich Dir an, daß Ich den unabänderlichen Entschluß gefaßt habe, innerhalb 24 Stunden um einen Separatfrieden und um einen sofortigen Waffenstillstand anzusuchen.

Ich kann nicht anders, Mein Gewissen als Herrscher befielt Mir, also zu handeln.

In treuer Freundschaft

Karl."

Die Sondernote des Grafen Andrassy verließ noch in der Nacht vom 27. zum 28. Oktober den Ballhausplatz. Nicht alle gemeinsamen Minister waren über ihren Text befragt worden. Dem österreichischen Ministerrat war sie überhaupt weder vorgelegt, noch mitgeteilt worden. Am Morgen nach der Absendung billigte sie Professor Lammasch seinem scheidenden Vorgänger gegenüber, wenn auch in Sorge, daß die Form, die er milder gewünscht hätte, deutsche Empfindlichkeiten verletzen werde. Es hieß in der Note Andrassys:

„Die österreichisch-ungarische Regierung erklärt sich, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, bereit, in Verhandlungen über einen Frieden zwischen Oesterreich-Ungarn und den gegnerischen Staaten und über einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten Oesterreich-Ungarns einzutreten" — —

Alle Bedingungen wollte die Note annehmen. Sie lief über Stockholm nach Washington. Sie mußte dort zugleich die Note des deutschen Staatssekretärs Solf antreffen, die dem Präsidenten die Unterordnung der deutschen militärischen Gewalten unter den Volkswillen anzeigte. Deutschland schien schwerwiegendste Verfassungsänderung, dem Kaiser von Oesterreich der Sonderfrieden vielleicht die letzte Rettung. Der Kaiser gab den Kriegsgefährten preis: indes „die Ordnung im Innern" der Monarchie, „der Bestand der Staaten", die er retten wollte, sich schon als Chaos zeigten.

Denn nach den Evangelien von Wilsons Weltbotschaft feierte die Mündigkeit der Völker jetzt den vollendeten Triumph. Seine Macht hatte der Präsident nicht nur in Deutschland so weit fortgeführt, daß er dem deutschen Volke die Verfassung änderte; daß er dem Kaiser dort den Kampf ansagte, daß er eine ihm genehme Staatsform

zu erzwingen im Begriffe war und so eigentlich die Mündigkeit des deutschen Volkes damit begann, daß er es entmündigte. Seine Macht hatte nicht nur die Männer des alten Systems in Deutschland alle gestürzt und unschädlich gemacht, eine Heerschar von Ratgebern und Ministern, darin auch Kanzler und Generalquartiermeister nicht fehlten. Seine Macht triumphierte auch in der Freiheit und Selbstbestimmung der Völker Oesterreich-Ungarns. Die freigewordenen Tschecho-Slowaken forderten die Herrschaft über dreieinhalb Millionen Deutsche, die geschlossen auf böhmischer Erde wohnten. Ueber Ruthenen, Magyaren, Polen zugleich sollte das neue, nationale tschechoslowakische Banner wehen. Frei sahen sich endlich auch die Südslawen. Sie begehrten das deutsche Banat, das italienische Fiume, das italienische Triest als natürlichen Inhalt neuer, nationaler Grenzen. Nur die Mündigkeit erfüllte jetzt die Völker der Monarchie. Noch ehe die Waffen sanken, schrie und überschrie sie sich grell. Vor einem vollständigen Siege schien Woodrow Wilson zu stehen. Der Kampf ging offenbar dem Ende zu. Der Bund der Mittelmächte war gesprengt. Oesterreich-Ungarn war von Deutschland abgefallen. Ungarn von Oesterreich. Kroatien von Ungarn. Alle Völker von Oesterreich. Die Mündigkeit wurde Hexensabbat. Im Rausch von Freiheit und Selbstbestimmung, der ein Rausch von nie geahnten Eroberungen war, hatten vor allem die Völker der zerschmetterten Monarchie an die Waffen überhaupt nicht mehr gedacht. Nur der Präsident der Vereinigten Staaten, der über die Einstellung der Feindseligkeiten in seiner Note nichts gesagt hatte, nur seine Verbündeten erinnerten auch an sie.

An der Südwestfront hatten am 24. Oktober Engländer, Franzosen, Italiener angegriffen. Bei Vittorio am Jahres-

tage des Durchbruchs von Tolmein. Dort schlug ein Heer ohne Heimat jetzt die letzte schwere, im Ausgang nicht mehr zweifelhafte Schlacht der österreichisch-ungarischen Armee.

Die Stunde des Zusammenbruchs war da. Die Auflösung begann.

ANHANG

I. Die „23 Punkte“ des Präsidenten Wilson.

II. Der Bericht der Londoner „Times“ über die Rede des General Smuts in Glasgow am 17. Juni 1918.

III. Die Rede des Staatssekretärs von Kühlmann im Deutschen Reichstag am 24. Juni 1918.

IV. Die Rede des Staatssekretärs von Kühlmann im Deutschen Reichstag am 25. Juni 1918.

V. Das Völkermanifest Kaiser Karls von Oesterreich.

VI. Das Manifest des „Tschechischen Nationalrats“.

VII. Das Manifest des „Südslawischen Nationalrats“.

I.

Die „23 Punkte“ des Präsidenten Wilson.

Aus der „Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918“:*)

„Das Programm des Weltfriedens ist daher unser Programm, und dieses, nach unserem Dafürhalten das einzig mögliche Programm, ist das folgende:

I. Oeffentliche und öffentlich zustande gekommene Friedensverträge, denen keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art folgen dürfen. Die Diplomatie soll immer offen und vor aller Welt getrieben werden.

II. Vollkommene Freiheit der Schiffahrt auf See außerhalb der Hoheitsgewässer im Frieden wie im Krieg, mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden.

III. Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken, soweit sie möglich ist, und Herstellung gleicher Handelsbedingungen unter allen Staaten, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

IV. Austausch angemessener Bürgschaften dafür, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden.

V. Freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche unter strenger Beobachtung des Grundsatzes, daß bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der be-

---

*) Wiedergegeben nach: Wilson, Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden. Herausgegeben von Legationssekretär Dr. Georg Ahrens und Privatdozent Dr. Carl Brinkmann. Verlag Dietrich Reimer (Ernst Vohsen) in Berlin 1919.

troffenen Bevölkerung gleiches Gewicht haben müssen wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll.

VI. Räumung des ganzen russischen Gebiets sowie Regelung aller Fragen, die Rußland betreffen, sodaß die beste und freieste Zusammenarbeit der anderen Weltvölker ihm zu einer unbeeinträchtigten und unbehinderten Gelegenheit verhilft, seine eigne politische Entwicklung und nationale Politik unabhängig zu bestimmen und ihm eine herzliche Aufnahme in die Gesellschaft freier Nationen unter selbstgewählten Staatseinrichtungen sicher ist; und nicht nur das, sondern auch Beistand jeder Art, den es brauchen und selber wünschen mag. Die Behandlung, die Rußland in den nächsten Monaten von seinen Brudervölkern zuteil werden wird, wird der Prüfstein ihrer guten Absichten, ihres Verständnisses für seine Bedürfnisse, auch wo sie von ihren Interessen abweichen, und ihres verständigen und selbstlosen Mitgefühls sein.

VII. Belgien muß, worin die ganze Welt übereinstimmen wird, geräumt und wieder hergestellt werden, ohne jeden Versuch zur Beschränkung seiner Souveränität, die es in gleicher Weise wie alle andern freien Nationen genießt. Keine andere einzelne Handlung wird wie diese dazu dienen, unter den Völkern das Vertrauen in die Rechte wiederherzustellen, die sie selbst sich zur Regelung ihrer Beziehungen untereinander gesetzt haben. Ohne diesen heilenden Eingriff sind Bau und Geltung des Völkerrechts für immer erschüttert.

VIII. Alles französische Gebiet sollte befreit und die besetzten Teile wiederhergestellt, das Unrecht aber, das Frankreich von Preußen im Jahre 1871 in Elsaß-Lothringen zugefügt wurde und fast ein halbes Jahrhundert den Weltfrieden gestört hat, sollte wiedergutgemacht werden, damit der Friede im Interesse aller wieder gesichert wird.

IX. Eine Berichtigung der Grenzen Italiens nach dem klar erkennbaren nationalen Besitzstand sollte durchgeführt werden.

X. Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den anderen Nationen wir gewährleistet und sichergestellt

zu sehen wünschen, müßte freiester Spielraum zu selbständiger Entwicklung gegeben werden.

XI. Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt und die besetzten Gebiete zurückerstattet werden; Serbien sollte einen freien und sicheren Zugang zur See erhalten, und die Beziehungen der Balkanstaaten zueinander sollten durch freundschaftliche Verständigung auf den geschichtlich feststehenden Linien der Zugehörigkeit und des Volkstums bestimmt werden; auch müßten völkerrechtliche Sicherungsverträge über die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Gebiets der Balkanstaaten gegeben werden.

XII. Den türkischen Teilen des gegenwärtigen Osmanischen Kaiserreichs sollte unbedingte Selbständigkeit gesichert werden. Aber den anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, sollte völlige Sicherheit des Lebens und ganz ungestörte Gelegenheit zu selbständiger Entwicklung gesichert werden; die Dardanellen sollten als freie Durchfahrt den Schiffen und dem Handel aller Nationen unter völkerrechtlichen Bürgschaften dauernd geöffnet werden.

XIII. Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, umfassen und einen freien sicheren Zugang zur See erhalten. Seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit seines Gebiets sollte durch völkerrechtlichen Vertrag gewährleistet werden.

XIV. Es muß eine allgemeine Vereinigung der Völker unter bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden, um großen wie kleinen Nationen gleichermaßen ihre politische Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit ihres Gebiets zu gewährleisten.

Aus der „Ansprache an die beiden in gemeinsamer Sitzung versammelten Häuser des Kongresses am 11. Februar 1918“:

„Die anzuwendenden Grundsätze sind die folgenden:

Erstens, daß jeder Teil der schließlichen Auseinanderstezung auf der dem betreffenden Falle innewohnenden Ge-

rechtigkeit und solchen Ausgleichungen aufgebaut sein muß, die mit größter Wahrscheinlichkeit einen Frieden von Dauer herbeiführen können.

Zweitens, daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatshoheit zur anderen verschachert werden dürfen, als ob sie bloße Sachen oder Steine in einem Spiele wären, sei es auch in dem nunmehr für immer verrufenen Spiele des Mächtegleichgewichts; sondern

Drittens, daß jede durch diesen Krieg aufgeworfene Gebietsfrage im Interesse und zugunsten der beteiligten Bevölkerungen gelöst werden muß, und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder eines Kompromisses zwischen Ansprüchen wetteifernder Staaten; und

Viertens, daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, in das Ergebnis aufzunehmen.

Aus der „Ansprache im Metropolitan Opera House in New-York für die 4. Freiheitsanleihe am 27. September 1918“:

„Es sind noch Einzelheiten notwendig, um zu erreichen, daß sie weniger wie eine These klingen und mehr wie ein praktisches Programm. Folgendes sind einzelne der besonderen Punkte, und ich gebe sie mit um so größerem Vertrauen kund, als ich sie mit Bestimmtheit für diejenigen erklären kann, die die Auffassung der Regierung von ihrer Pflicht beim Friedensschluß wiedergeben.

Erstens, die unparteiische Gerechtigkeit, die zugemessen wird, darf keine Unterscheidung zwischen denen mit sich bringen, denen gegenüber wir gerecht zu sein wünschen, und jenen, denen gegenüber wir nicht gerecht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigten kennt und keine Abstufungen, sondern nur gleiche Rechte für die beteiligten Völker.

Zweitens, kein besonderes, abgesondertes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder Gruppe von Nationen kann zur Grundlage irgendeines Teiles des Abkommens ge-

macht werden, wenn es sich nicht mit dem gemeinsamen aller verträgt.

Drittens, in der gemeinsamen Familie des Völkerbundes kann es keinen Verein, kein Bündnis und auch keine besonderen Verträge oder Vereinbarungen geben.

Viertens und mehr im Einzelnen: Es kann innerhalb des Bundes keine besonderen selbstischen wirtschaftlichen Kombinationen geben, keine Anwendung von wirtschaftlichem Boykott oder Ausschließung in irgendeiner Form, außer insoweit als die Vollmacht zu wirtschaftlicher Bestrafung durch Ausschluß von den Weltmärkten dem Völkerbunde selbst als Zucht- und Machtmittel übertragen wird.

Fünftens, alle internationalen Abmachungen und Verträge jeder Art müssen vollinhaltlich der übrigen Welt mitgeteilt werden. Die besonderen Bündnisse und wirtschaftlichen Rivalitäten und Feindschaften sind in der modernen Welt eine ergiebige Quelle von Plänen, die Kriege heraufbeschwören. Ein Friede, der dies nicht in bestimmten Ausdrücken ausschlösse, wäre unaufrichtig und ungewiß."

II.

Der Bericht der Londoner „Times“ über die Rede des Generals Smuts in Glasgow am 17. Juni 1918.

Times 18. 6. 18.

CRITICAL DAYS.

GEN. SMUTS ON THE PRIME MINISTER.

FIGHTING AND DIPLOMACY.

General Smuts arrived in Glasgow yesterday morning to discharge several public engagements, and was received with enthusiasm by a great gathering in St. Andrew's Hall, where he was presented with the freedom of the city, handed to him by the Lord Provost, Mr. J. W. Stewart.

After signing the Burgess Roll, GENERAL SMUTS addressed the assembly. He said we were living at a time which was of decisive importance for the future of the whole world. We were at the very climax of the whole accumulated effort of four years' warfare. The coming days would be most critical. The enemy was making his great effort. He thought his chance had come. The situation in Russia and Rumania had enabled him to concentrate on the Western front a preponderance of troops such as he had never had before in this war. Just now he was about to deliver the greatest blow of the war, and was determined to see it through to the end.

The enemy's plan in this great offensive was to cut off the British Army from the French Army, and to get hold

General Smuts über den englischen Ministerpräsidenten. Militärische Entscheidungen und Diplomatie.

Gestern Vormittag traf General Smuts in Glasgow ein und wurde mit großer Begeisterung von einer zahlreichen Versammlung in St. Andrews Hall begrüßt, wo der Lord-Provost, Mr. J. W. Stewart, ihm das Bürgerrecht der Stadt Glasgow verlieh.

Nachdem er seinen Namen in das Bürgerverzeichnis Glasgows eingetragen hatte, richtete der General einige Worte an die Versammlung. Der heutige Zeitpunkt, erklärte General Smuts, sei entscheidend für die Zukunft der ganzen Welt. Der Kräfteaufwand der letzten vier Kriegsjahre habe seinen Höhepunkt erreicht. Die kommenden Tage seien höchst kritisch. Der Feind hätte alle Kräfte zusammengerafft, um zu einem entscheidenden Schlage auszuholen, da er glaube, daß der Augenblick ihm günstig sei. Die Lage in Rußland und Rumänien hätte es ihm ermöglicht, ein Uebergewicht an Truppen an der Westfront zu konzentrieren, wie er es im Kriege noch nie besessen. Er stehe nun im Begriff, den entscheidenden Schlag zu tun, und sei fest entschlossen, dies bis zum Ende durchzuführen.

Der Plan des Feindes bei seiner großen Offensive wäre, das britische Heer von dem französischen abzuschneiden und sich der Häfen am Kanal zu bemächtigen. Warum beabsichtige er dieses? Weil er erkannt hätte, daß die britische Armee in diesem Kriege ausschlaggebend sei, und daß der Krieg beendet wäre, wenn es ihm gelänge, die britische Armee zu schlagen. Die Deutschen wüßten ge-

of the Channel ports. Why was he trying to do this? Because he recognized that the British Army was the decisive factor, and that if he could but beat the British Army the war would be over. The Germans knew that we were the real mainstay of the Alliance, and that if we were broken the remaining members of the Alliance would break up of themselves. The enemy also knew that we had been bearing in the field of battle an enormous burden, and that 1917 would remain for the British Army one of the most memorable campaigns they had ever been through. (Cheers.) We had got to prove to the enemy that neither as an army nor as a nation was the British Empire ever likely to get tired. The enemy's intention to cut this country off from the Channel ports had during the last few days received a incentive, because of our great attack on Zeebrugge and Ostend. Our Navy had sealed these places up, and the enemy, therefore, had all the more reason, as they had become useless to him, to get to Dunkirk and Calais, in order to possess submarine bases in the English Channel.

A DEBT TO PRIME MINISTER.

Already certain results had been secured from this offensive which were of the greatest advantage to us. We had suffered in men in the great battle which had been raging against the British Army, but the results compensated us for the losses. First of all, we had secured unity of command in our Allied Armies. The enemy was no stronger than we were in actual numbers, but he had the great advantage that he had unity of command. The enemy had always been able to secure that unity, which we never had, and that fact had led to the dissipation of our forces. Now that was over, and that the Allies had secured unity of command, he was sure it would prove a most valuable asset. The country was

nau, daß wir, die Engländer, die Hauptstütze der Allianz bildeten, und daß das Bündnis von selbst auseinanderbrechen müßte, wenn es ihm glückte, uns zu zerbrechen. Der Feind wisse überdies genau, daß die Engländer an der Front eine ungeheure Belastung auszuhalten hätten, und daß das Jahr 1917 eine der denkwürdigsten Kampagnen brachte, die das englische Heer je erlebt. (Hurrarufe.) Es gälte jetzt, dem Feind zu zeigen, daß weder das englische Volk, noch das englische Heer tot zu kriegen sei. Der Feind sei in seiner Absicht, England von den Kanalhäfen abzuschneiden, in den letzten Tagen durch den großen englischen Angriff auf Zeebrüge und Ostende noch bestärkt worden. Die englische Flotte habe diese Punkte eingeschlossen, und der Feind hätte, da sie für ihn nunmehr wertlos geworden seien, umsomehr Anlaß, nach Dünkirchen und Calais durchzubrechen, damit er sich am englischen Kanal eine Reihe von U-Bootstützpunkten einrichte.

Diese letzte Offensive hätte bereits einige für England höchst vorteilhafte Ergebnisse gezeitigt. Englands Verluste in dem großen Angriff gegen das britische Heer seien zwar an Menschenleben beträchtlich gewesen, dafür wären aber auch Erfolge errungen, die diesen Verlust wieder wett machten. Vorerst hätte man den einheitlichen Oberbefehl an der Front der Alliierten durchgesetzt. Ihnen sei der Feind an Zahl nicht überlegen, hätte jedoch bisher den Vorteil einer einheitlichen Heeresleitung genossen. Dem Feinde wäre es stets geglückt, die Einheitlichkeit, die den Verbündeten abging, durchzusetzen, und auf diese Tatsache wäre die Zersplitterung der alliierten Kräfte zurückzuführen gewesen. Nunmehr hätte es damit ein Ende, und die Schaffung eines einheitlichen Oberbefehls würde, seiner Ueberzeugung nach, sich als ein höchst wertvoller Vorteil erweisen. Das Land sei dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten für seine rastlosen Bemühungen in solcher Richtung im höchsten Grade verpflichtet.

„Der Ministerpräsident," fuhr General Smuts fort, „hat zwar seine Fehler," (Lachen) „aber sie sind die Fehler eines genialen Mannes. Das dürfen wir nicht vergessen. Wenn im Augenblick der höchsten Not plötzlich ein Mann

indebted to the present Prime Minister in the highest degree for his untiring labours to bring about unity of command in the Allied forces.

"The Prime Minister," continued General Smuts, " has his faults (laughter), but remember they are the faults of genius. When at a time of supreme crisis a man comes forward, a real man of genius, to guide the affairs of the nation, I pray you, do not look at little mistakes, but look at big work. (Cheers.) When I came to this country to attend the Imperial Conference the Prime Minister asked me to pay a visit to the front and to give the Government my impression of the situation there. I did visit the front, and I looked into things there to the best of my ability, and the report that I gave to the Government was this—that the most necessary thing for us in France was to have a big free army of manoeuvre, a general strategic reserve, which could be used for contingencies such as have now occurred and may occur again."

LUDENDORFF'S "EYE-OPENER".

After referring to General Foch as a leader in whom the British Army had complete confidence, General Smuts said that the British were an optimistic people. They had always been successful, unfortunately (laughter), and they believed they never could fail. Well, Ludendorff provided an eye-opener. His offensive had been like a blinding flash of lightning on a dark night, and in that way he had done us the greatest possible service. He had been astonished at the curious perspective of many people in this country, who said: "Oh, do not be too hard on the Boche. Do not try to secure an immoderate and impossible victory." Ludendorff's offensive showed where and what the real danger was. We should have to exert ourselves as we had never exerted ourselves before in our whole history. (Cheers.) There had been a great deal

an die Spitze tritt, ein wirklich genialer Mann, so bitte ich Sie, nicht auf die kleinen Fehler zu sehen, die er begeht, sondern auf seine wirklich großen Leistungen. (Hurrarufe.) Als ich nach England herüberkam, um der Reichskonferenz beizuwohnen, bat mich der Ministerpräsident, auch der Front einen Besuch abzustatten und der Regierung meinen Eindruck über die Lage dort zu schildern. Ich folgte seinem Wunsche. Ich überzeugte mich nach bestem Wissen und Gewissen von dem Stand der Dinge an der Front, und der Bericht, den ich der Regierung darüber erstattete, lief darauf hinaus, daß wir in Frankreich vor allen Dingen eine große Reservearmee zur freien Verfügung haben müßten, — eine strategische Reserve, um damit beliebig zu manövrieren und sie in Augenblicken der Not, wie sie soeben eingetreten sind und stets wieder eintreten können, einzusetzen."

Nachdem General Smuts Foch als eines Führers Erwähnung getan, zu dem auch die britische Armee volles Vertrauen haben könnte, erklärte er, die Engländer seien ein optimistisches Volk. Sie hätten sich ja überall durchgesetzt, leider (Lachen), und glaubten daher, es könne ihnen nichts schief gehen. Nun, Ludendorff hätte dafür gesorgt, daß ihnen die Augen geöffnet würden. Seine Offensive hätte die Wirkung eines blendend hellen Blitzes in einer dunklen Nacht besessen. In dieser Hinsicht hätte er ihnen den allergrößten Dienst geleistet. Er, General Smuts, habe sich mitunter über die Anschauung gewisser Leute hierzulande wundern müssen, die sonderbarerweise zu erklären pflegten, man möge den Boches gegenüber doch nicht gar zu hart sein und keinen unmöglichen „Sieg bis zum Aeußersten" zu erringen streben. Ludendorffs Offensive hätte gezeigt, wo die Gefahr in Wahrheit läge und worin sie bestände. Es gälte jetzt, sich zusammenzunehmen und Anstrengungen zu machen, wie noch nie zuvor in der Geschichte dieses Landes. (Hurrarufe.) Bisher hätte es viel zu viel unzuträglichen und ungesunden Pazifismus gegeben. Er stoße nicht selten auf pazifistische Freunde, die durch falsche Sentimentalität zu einer irrigen Anschauung der deutschen Ziele ge-

of unhealthy and unwholesome pacifism. He often met pacifist friends who had been misled by false sentiments, by a false judgement as to German aims. They misread the whole situation, and it only required some flash of lightning like Ludendorff's to make them realize the danger and to make them feel just as patriotically as the rest of us. The spirit of the British nation at this hour was to him the best pledge of the victory that was coming. The blow had laid bare the soul of the nation in all its heroic fibre, and so long as that was the case he had no doubt as to the result. (Cheers.)

Ludendorff had, indeed, proved one of our greatest benefactors. He had awakened not only Great Britain, but America too. (Cheers.) The entry of the United States had not only been an act of great courage and statesmanship on the part of President Wilson and his Government. It was really the turning point of the war. American troops were arriving in great numbers, and German submarines could do nothing against their transports. The position would, he admitted, be one of the gravest anxiety for some time to come, but he was persuaded that the war would end in a decisive result one way or the other, and not merely in a stalemate. Victory was a vague term, and there were people who meant by an Allied victory that we must completely smash Germany, cross the Rhine, and dictate terms of peace at Berlin. He was not of that opinion. We were not fighting to become the dominant military province of the world—that was Germany's idea of victory.

THE WEAPONS OF DIPLOMACY.

Having alluded to the disgraceful conditions imposed upon Russia and Rumania, and declared that these must come on the table of the Peace Conference, General Smuts referred to another matter which he considered of great

langt seien. Sie verkennten die ganze Lage, und es hätte nur eines Blitzstrahls, wie der Ludendorffs, bedurft, um sie die Gefahr entdecken, sie ebenso und patriotisch fühlen zu lassen, wie alle übrigen Engländer. Der Geist, der zur Stunde im englischen Volke herrsche, bürge ihm als die beste Gewähr für den kommenden Sieg. Der Schlag habe die heroische Seele der englischen Nation bis in ihre letzte Fieber hinein bloßgelegt. Solange dies der Fall sei, könne er an dem Endresultat nicht zweifeln. (Hurrarufe.)

Ludendorff habe sich in der Tat als einer der größten Wohltäter Englands erwiesen. Er habe nicht nur Großbritannien, sondern auch Amerika aus dem Schlaf gerüttelt. (Hurrarufe.) Der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg bedeute nicht bloß einen Beweis für den Mut und die staatsmännischen Talente Präsident Wilsons, sondern vielmehr den Wendepunkt des Krieges. Amerikanische Truppen seien in großen Mengen unterwegs, und die deutschen U-Boote vermöchten nichts gegen die Transporte auszurichten. Er gestünde offen, daß die Lage bis auf weiteres sehr ernst aussehe; dennoch sei er überzeugt, daß der Krieg nach der einen oder anderen Richtung zu einem entscheidenden Ergebnis führen und nicht als Partie Remise enden würde. Das Wort Sieg sei nur ein vager Begriff, und es gäbe Leute, die unter einem Sieg der Verbündeten die vollständige Zertrümmerung Deutschlands. die Ueberschreitung des Rheins und die Diktierung der Friedensbedingungen in Berlin verstünden. Er sei nicht dieser Meinung. England kämpfe nicht, um die größte Militärmacht der Welt zu werden, — das sei Deutschlands Auffassung von einem Siege.

Nachdem er der schmachvollen Bedingungen, die man Rußland und Rumänien auferlegt hatte, Erwähnung getan und erklärt hatte, daß man auch sie eines Tages auf den Tisch der Friedenskonferenz würde legen müssen, kam General Smuts noch auf eine andere Angelegenheit zu sprechen, die ihm gleichfalls sehr am Herzen zu liegen schien. „Die gemachten Enthüllungen," erklärte General Smuts, „bedaure ich tief, denn, soll dieser Krieg überhaupt zu einem Ende kommen, so wird es zum Schlusse

importance. "I deeply regret," he said, "the disclosures that have been made, because if this war is going to end ultimately it will be necessary from time to time for the combattants to try informally to get into touch with one another. When, many years ago, I was Attorney-General to President Kruger, I was a very young man, and inclined, of course, to be very aggressive. He told me that the way to deal with your opponent was to smack him hard on one cheek, and rub him gently on the other. (Laughter.) This war is much more than a military war, and we shall have to use our diplomacy and all the other forces at our disposal in order to bring it to a victorious end. Without private and informal comparison of notes how are you going to know what your enemy is prepared to concede? The highest objects of peace will be secured, not only by the gallantry of our Armies, but by the weapons of our diplomacy when the time is ripe for obtaining a satisfactory peace for the Allies. (Cheers.)

---

nötig sein, daß von Zeit zu Zeit die kämpfenden Parteien einen Versuch machen, vertraulich miteinander in Fühlung zu treten. Als ich vor vielen Jahren noch General-Staatsanwalt unter Präsident Krüger war, war ich selbstverständlich noch sehr jung und darum auch geneigt, aggressiv zu sein. Er sagte mir damals, die richtige Methode, mit einem Gegner auszukommen, sei, ihm mit der einen Hand einen kräftigen Backenstreich zu geben, indes man ihn mit der anderen Hand sanft streichle. (Lachen.) Dieser Krieg geht weit über einen bloßen Waffengang im Felde hinaus. Wir werden uns zu seiner siegreichen Beendigung sowohl unserer Diplomatie, wie aller unserer übrigen Kräfte bedienen müssen. Wie sollen wir ohne einen geheimen und vertraulichen Gedankenaustausch in Erfahrung bringen, zu welchen Zugeständnissen der Feind bereit ist? Unsere vornehmsten Friedensziele werden nicht nur durch die Tapferkeit unserer Truppen, sondern, wenn der Zeitpunkt für die Erlangung eines Friedens, wie er den Alliierten genügt, gekommen sein wird, auch durch die Waffen unserer Diplomatie erfochten werden.“ (Hurrarufe.)

III.

Die Rede des Staatssekretärs von Kühlmann im Deutschen Reichstag am 24. Juni 1918.

Nach dem amtlichen Reichstagsbericht über die „179. Sitzung“:

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts Dr. v. Kühlmann.

Dr. v. Kühlmann, Wirklicher Geheimer Rat, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Bevollmächtigter zum Bundesrat: Meine Herren, der feststehenden parlamentarischen Sitte folgend werde ich die Ehre haben, Ihnen über die Gesamtlage der Reichspolitik in großen Umrissen ein Bild zu entwerfen, dann auch in kurzen Worten einzugehen auf die militärische Lage und die Friedensfrage.

Wenn ich zunächst das Verhältnis zu unseren Bundesgenossen berühren darf, so ist in der benachbarten, verbündeten, befreundeten österreichisch-ungarischen Monarchie der glänzende, mutige und tatkräftige Minister des Aeußern Graf Czernin aus innerpolitischen Gründen aus seiner Stellung ausgeschieden. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, seiner stets bundesfreundlichen Tätigkeit am Ballplatz zu gedenken. Wenn uns etwas mit dem Scheiden dieses Ministers hat aussöhnen können, so war es die Person seines Nachfolgers, des Grafen Burian, eines bewährten Diplomaten, dessen treue Freundschaft, dessen Anhänglichkeit an das Bündnis von vornherein über allem Zweifel erhaben feststand. Die enge, persönliche, vertrauensvolle Zusammenarbeit, welche mit dem Grafen Czernin bestanden hatte, und welche bei der Lösung der Ostfragen so wesentlich zum Gesamterfolge und zur enge-

ren Knüpfung der diplomatischen Bande zwischen den beiden Zentralmächten beigetragen hatte, hat sich auch unter dem Grafen Burian sofort hergestellt.

Es ist mit das Verdienst des Grafen Burian, daß die Kaiserentrevue im Großen Hauptquartier stattgefunden hat, welche die Geschichte als bedeutungsvoll für die Gestaltung der deutsch-österreichisch-ungarischen Beziehungen buchen wird. Die beiden Kaiser haben sich in feierlicher Weise in Gegenwart ihrer leitenden Staatsmänner aufs neue versichert, daß sie nicht nur das bestehende Bündnis in Treue halten wollen, sondern auch gesonnen seien, dasselbe zu verstärken, zu erweitern und zu vertiefen nach der politischen, nach der militärischen und nach der wirtschaftlichen Seite hin.

(Bravo!)

Dieser Willensmeinung der beiden hohen Herren folgend, sind die verantwortlichen Staatsmänner sofort in entsprechende Verhandlungen eingetreten. Graf Burian hat bei seinem Besuche in Berlin in eingehenden Konferenzen mit dem Herrn Reichskanzler die Grundfragen erörtert. Der Gedankenaustausch wird schriftlich weitergeführt und dürfte demnächst auch bei einem Gegenbesuch des Herrn Reichskanzlers in Wien seine Fortsetzung finden.

Wenn ich von Oesterreich-Ungarn auf Bulgarien übergehen darf, so hat auch mit diesem Staate, der in schwerer Zeit an unsere Seite getreten ist, der Verlauf der bisherigen Ereignisse, insbesondere der Verlauf der Friedensverhandlungen, es erleichtert, die intimen persönlichen und politischen Bande immer enger zu knüpfen. Es ist für uns alle — und ich bin sicher, diese Empfindung wird in der deutschen Oeffentlichkeit geteilt — ein Gegenstand des Bedauerns gewesen, daß der hochverehrte Altmeister der bulgarischen Politik Radoslawow, der immer eine Säule unseres Bündnisses gewesen ist, aus innerpolitischen Gründen in den letzten Tagen das Ministerium in die Hände des Königs zurückgelegt hat. Die bündigen Versicherungen seines Nachfolgers, die permanenten Interessen des bulgarischen Volkes und die erhabene Persönlichkeit des großen Staatsmannes, der die bulgarische Krone

trägt, sind für uns die sicherste Gewähr, daß ein solcher Personenwechsel im Ministerium nicht im geringsten einen Wechsel der bisher befolgten Politik bedeutet.

(Beifall.)

Daß der rumänische Friedensvertrag in dem Kondominium der Norddobrudscha eine ungelöste Frage hinterlassen hat, ist bereits vor wenigen Tagen hier im Plenum Gegenstand eingehender Beratungen gewesen. Ich darf mich auf meine damals gemachten Ausführungen beziehen.

In der Türkei sind innere Veränderungen während der Zeit, auf welche sich meine Uebersicht erstreckt, nicht vor sich gegangen. Dort stehen die bewährten Staatsmänner, der Großwesir Talaat Pascha und der Vizegeneralissimus der Armee und Kriegsminister Enver Pascha, auf ihren Posten, die sie während dieses Krieges so wirksam und so ruhmreich ausgefüllt haben. Es ergeben sich selbstverständlich bei der Liquidation eines so gewaltigen Kampfes einzelne Fragen, welche die diplomatische Aufmerksamkeit der beiden Staaten in hohem Maße in Anspruch nehmen. Dazu gehört die Lösung der erwähnten Dobrudschafrage, die befriedigende Durchführung der Regelungen an der Maritzagrenze; dazu gehören auch Fragen, die auf einem Gebiet liegen, das ich mir später zu streifen erlauben werde, im Kaukasus. Nirgends, auch dort nicht, besteht irgendwie ein ernster Interessengegensatz zwischen uns und unseren treuen türkischen Verbündeten. Die gegenseitige herzliche Freundschaft sowohl der Völker als der leitenden Staatsmänner ist eine Bürgschaft dafür, daß alle diese Fragen eine für die Interessen beider Teile befriedigende Regelung finden werden. In den allernächsten Tagen schon, hoffe ich, wird in Konstantinopel eine Konferenz zusammentreten, in welcher zwischen den Verbündeten und den kaukasischen Völkern die durch den Krieg aufgeworfenen Fragen einer Lösung entgegengeführt werden.

Auf die rumänischen Angelegenheiten in meiner heutigen Uebersicht einzugehen, besteht, glaube ich, keine Veranlassung. Sie beschäftigen die Aufmerksamkeit dieses hohen Hauses in einer besonderen Beratung.

In allergrößtem Maße ist die Aufmerksamkeit unserer Diplomatie in der letzten Zeit durch die Vorgänge in Rußland gefesselt worden. Wie ich mir an anderer Stelle früher einmal auszuführen erlaubt habe, sind zuerst durch Gärungsstoffe nationaler Natur, dann durch Gärungsstoffe sozialer Natur, welche zu den ersteren hinzutraten, im Innern des russischen Kolosses revolutionäre Erscheinungen von einer Gewalt und einem Umfang aufgetreten, wie sie die Weltgeschichte vorher noch kaum gesehen hat. Es ist unmöglich, zu glauben, daß dieser gewaltige Gärungsprozeß, diese regellos in wildem Wirbel einander widerstreitenden Kräfte, welche das Verschwinden der Zarenmacht dort ausgelöst hat, jetzt schon zu einem dauernden Gleichgewicht gekommen sind. Alle Verhältnisse im ehemaligen Zarenreich müssen bis zu einem gewissen Grade heute noch als unsicher bezeichnet werden, und diesem Zustande gegenüber ist für unsere Politik der Leitstern: scharfe Beobachtung, äußerste Vorsicht und, soweit es sich um rein innere russische Vorgänge handelt, auch entsprechende weise Zurückhaltung. Die Wirkungen der nationalen Gärungsstoffe im russischen Staatskörper haben zu einer Absonderung und Ausscheidung einer ganzen Reihe von Gebilden geführt, welche teils schon zur vollendeten Staatlichkeit durchgedrungen sind, teils noch in der Entwicklung zu solcher sich befinden.

Wenn ich, die Uebersicht im Norden beginnend, von Finnland sprechen darf, so ist dort der Kampf zugunsten derjenigen Partei beendet worden, welche Finnlands Selbständigkeit erstrebt. Der finnländische Boden ist von den Roten Garden gereinigt, und alles deutet darauf hin, daß Finnland im Begriff steht, die hohe Kultur, welche ihm eigen ist, auch in Form eines selbständigen Staates weiter zu entwickeln. Deutsche Truppen haben, wie Ihnen bekannt ist, an den Kämpfen in Finnland auf Bitten der finnischen Regierung teilgenommen und haben, wenn sie auch an Zahl nicht stark waren, zweifellos ihr Teil dazu beigetragen, die Dinge dort zu gestalten, wie sie geworden sind. Wir haben mit der finnischen Regierung gewisse Verträge abgeschlossen, welche der Oeffentlichkeit zugäng-

lich gemacht worden sind, und hoffen und wünschen, daß der neue Staat der inneren Festigung und gedeihlichen Entwicklung entgegengeht.

(Bravo!)

Auf der anderen Seite der Ostsee liegen diejenigen Provinzen, in denen alte deutsche Kultur seit den Tagen der Ordensritter trotz aller Versuche der russischen Regierung, sie zurückzudrängen oder zu unterdrücken, eine führende Rolle gespielt hat. Durch den Friedensvertrag von Brest Litowsk sind Kurland und Litauen bereits aus dem Verband des russischen Reichs tatsächlich ausgeschieden gewesen. Es war von vornherein auch den Unterhändlern klar, daß die Zerreißung des Baltikums durch die im Friedensvertrag vorgesehene Linie eine außerordentlich schwierige Situation schaffen mußte. Für die lettische Bevölkerung war die Zerschneidung eine schwer zu ertragende Perspektive, und auch die inneren historischen Zusammenhänge des ganzen Baltikums ließen schon damals gegen die Möglichkeit einer dauernden Trennung zwischen Livland, Estland und Kurland Bedenken auftauchen. Aber gerade die Verhältnisse, die sich aus einer so schwierigen Lage ergaben, wie sie durch die vollkommene Auflösung des russischen Staates geschaffen war, wie sie andererseits für uns entstanden war durch den Wunsch und die Notwendigkeit, im Osten zu einem gewissen Abschluß zu gelangen, bedingten für uns die Notwendigkeit, den Frieden so zu schließen, wie er geschlossen worden und Ihnen, meine Herren, vorgelegt worden ist. In Uebereinstimmung mit, kann ich sagen, der gesamten deutschen öffentlichen Meinung haben wir uns entschlossen, den Hilferufen der Provinzen Estland und Livland zu folgen und das Schreckensregiment, das dort von den Roten geübt worden war, durch ein Regiment der Ordnung und der Ruhe zu ersetzen. Die Bewohner dieser Provinzen, eingedenk der Mißregierung und der entsetzlichen Leiden, welche sie hatten erdulden müssen, haben sich an die leitenden deutschen Stellen gewandt. Die Petition der Est- und Livländer und die von dem Reichskanzler darauf erteilte Antwort sind publici juris. Die Reichsregierung

hat sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, daß es im hohen Grade erwünscht ist, vor endgültiger diplomatischer Anerkennung staatlicher Gebilde, die sich vom Körper des ehemaligen russischen Reichs losgelöst haben, mit der russischen Regierung der Sowjets in Moskau in einen eingehenden Gedankenaustausch darüber einzutreten, ob und unter welchen Modalitäten die Anerkennung solcher staatlichen Neubildungen erfolgen könnte. Auch im vorliegenden Fall wird von dieser Richtlinie nicht abgewichen werden.

Abgesehen von dieser Frage haben die Verhältnisse und Vorgänge in Rußland für eine lange Reihe von anderen Fragen die Notwendigkeit ergeben, mit der Sowjet-Regierung in Moskau uns auseinanderzusetzen. Der Schriftwechsel ist teilweise in der Presse beider Länder publiziert worden, und wir stehen im Begriff, mit bevollmächtigten Vertretern der russischen Republik in einer unter meinem Vorsitz in Berlin abzuhaltenden Besprechung den Versuch zu machen, über alle noch schwebenden Punkte eine freundschaftliche Einigung herbeizuführen.

Zu den zu behandelnden Punkten gehört auch die Frage nach den Modalitäten der staatlichen Anerkennung von seiten Deutschlands für Estland und Livland, und ich kann der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Ergebnis dieser Besprechung den Bedürfnissen und Wünschen der dortigen Bevölkerung und den Interessen des Deutschen Reichs voll entsprechen wird.

(Lebhaftes Bravo.)

Auf die hauptsächlich auf dem Gebiete der inneren Organisation liegenden Fragen nach der zukünftigen Gestaltung Kurlands und Litauens will ich nicht näher eingehen. da diese Fragen in vieler Beziehung auch in den Bereich der inneren Ressorts hinübergreifen. Dies hat dadurch Ausdruck gefunden, daß beim Reichsamt des Innern ein besonderer Kaiserlicher Kommissar ernannt worden ist, dem die Behandlung der Ostfragen und insbesondere dieser organisatorischen Zukunftsfragen als spezielle Aufgabe zugewiesen worden ist.

Wende ich mich zu Polen, so hat die Gestaltung seines

zukünftigen Schicksals, seit ich die Ehre habe, dem Auswärtigen Amte vorzustehen, den Gegenstand ständiger eingehender Verhandlungen hauptsächlich mit Oesterreich-Ungarn gebildet, und auch bei unseren Besprechungen, sowohl im Großen Hauptquartier als in Berlin, ist die zukünftige Gestaltung der polnischen Frage, welche zugleich für die zukünftige Gestaltung des deutsch-österreichisch-ungarischen Verhältnisses von größter Wichtigkeit ist, Gegenstand eingehender gegenseitiger Aussprache gewesen. Nicht nur die der Frage selbst innewohnende große Schwierigkeit, sondern der fast unlösliche Zusammenhang, in dem diese Frage mit der Lösung der wirtschaftlichen Fragen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland steht, haben es bisher verhindert, zu einem endgültigen Ergebnis zu kommen. Ich glaube aber der sicheren Hoffnung Worte verleihen zu dürfen, daß es rechtzeitig, das heißt, noch bevor die allgemeinen Friedensverhandlungen in Europa beginnen, dem eifrigen Bemühen der beteiligten Staatsmänner gelingen wird, in dieser Frage eine allen Teilen annehmbare Lösung zu finden.

Im Süden Rußlands hat die Besetzung der Krim zu gewissen, die russische Flotte betreffenden Zwischenfällen Anlaß gegeben, welche zum Teil in der Presse ihr Echo gefunden haben, welche aber jetzt in befriedigender Weise beigelegt worden sind. Eine ganze Reihe von Problemen hat das Verschwinden der zarischen Regierung im Kaukasus entstehen lassen. Dort ist der bei weitem am meisten national konsolidierte Staat Georgien von Anfang an bestrebt gewesen, nach dem Verschwinden der russischen Oberherrschaft sein nationales Leben neu aufzubauen und selbständig fortzuführen. An Georgien schlossen sich verhältnismäßig neue und wesentlich weniger gefestigte Bildungen an, indem Armenien den Versuch staatlicher Selbständigkeit unternahm, und auch die Tataren, die im östlichen Kaukasusgebiete bis gegen Baku hinauf das vorwiegende Bevölkerungselement bilden, schlossen sich zu einem Staate Tatarien zusammen. Diese drei Staaten hinwiederum suchen sich in der Form einer transkaukasischen Republik zu vereinigen und dadurch ihre innere staat-

liche Festigung und ihre Widerstandskraft nach außen zu erhöhen.

Die Türkei, welche im Friedensvertrag von Brest Litowks die Kreise wieder zugesprochen erhalten hatte, welche sie im Jahre 1878 an die Russen verloren hatte, hat sich in allerneuester Zeit durch die Entwicklung der strategischen Verhältnisse im oberen Mesopotamien gezwungen gesehen, die Bahn Batum-Täbris-Dschulfa zu benutzen, um eine Etappenlinie quer durch das nördliche Aserbeidschan nach dem Tigristale zu legen. Bei dem Vormarsch aus den ihr nach dem Brest Litowsker Frieden zustehenden Gebieten hat die türkische Armee, wie uns die türkische Oberste Heeresleitung mitgeteilt hat, aus Sicherungsgründen den linken Flügel der vormarschierenden Truppen ziemlich weit in Gebiete hinein vorgeschoben, welche zweifellos nach dem Brest Litowsker Vertrag für eine dauernde Okkupation beziehungsweise Annexion für die Türkei nicht in Frage kommen konnten. Die beiden Obersten Heeresleitungen haben sich in diesen Fragen eingehend ausgesprochen. Der türkische Vormarsch nach Kaukasien hinein ist, wie uns mitgeteilt wird, eingestellt, und die Bedingungen der künftigen Regelung der kaukasischen Angelegenheiten werden, wie ich mir vorhin anzudeuten erlaubte, auf der Konferenz in Konstantinopel ihre Regelung finden.

Der Staat Georgien, mit dem wir in freundschaftliche Beziehungen getreten sind, den wir durch diplomatischen Notenwechsel als de facto bestehend anerkannt haben — für seine juristisch-diplomatische Anerkennung gelten dieselben Grundregeln, welche ich mir vorhin zu skizzieren erlaubte —, hat uns hierher nach Berlin seinen Minister des Auswärtigen entsandt, mit dem wir in freundschaftlichem Gedankenaustausch stehen. Wir unsererseits haben, um in die Verhältnisse Georgiens selbst und in die stark verworrenen Verhältnisse Kaukasiens überhaupt einen befriedigenden Einblick zu bekommen, den General von Kreß in diplomatischer Mission nach Tiflis entsandt. Wir wünschen dem georgischen Staate, seinem tapferen Volke, dem reichen Lande eine gedeihliche Zukunft

(lebhaftes Bravo)

und werden, was an uns liegt, um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Georgien und Deutschland auszubauen, gern und mit Freuden tun.

(Bravo!)

Die Lösung der Ostprobleme, die sich aus den drei aufeinanderfolgenden Friedensschlüssen ergaben, hat die Wichtigkeit der Ostsee, welche vor diesem Kriege häufig übersehen worden war, stark in den Vordergrund gestellt und eine der Ostseefragen, die schon früher eine internationale Regelung als notwendig erscheinen ließ, nämlich der Frage der Alandsinseln, erneut in den Vordergrund geschoben. Für diese Frage gilt, was für unser gesamtes Verhalten gegenüber Finnland, und Schweden, kurz, gegenüber den Anliegern der Ostsee überhaupt, daß wir in freundschaftlichem, engem Einvernehmen mit ihnen die Einzelfragen, die auftauchen können, behandeln wollen. Einstweilen hat eine diplomatische Einigung darüber stattgefunden, daß die vertragswidrig auf den Alandinseln errichteten Befestigungen beseitigt werden sollen. Ueber die Zukunft dieser Inseln ist Endgültiges noch nicht beschlossen; wir hoffen und wünschen aber, daß diese wichtige Frage so geregelt wird, daß das Maximum von Gewähr gegeben werden kann, daß ihre Nichtverwendung zu Militärzwecken für alle Zukunft gesichert bleibt, zum Wohle aller Anlieger der Ostsee.

Dänemark, Holland und die Schweiz — wenn ich zunächst von diesen drei uns direkt benachbarten neutralen Staaten reden darf — haben alle drei den festen Willen und die unbeirrbare Entschlossenheit bekundet, den beiden großen kriegführenden Gruppen gegenüber an ihrer Neutralität festzuhalten, und alle drei Staaten haben darüber hinaus in menschenfreundlicher und hochherziger Weise alle Bestrebungen unterstützt, die Leiden der Verwundeten und Kriegsgefangenen zu lindern und auch den Besprechungen zwischen den Kriegführenden, welche allenfalls stattfinden, ihre Länder gastfreundlich zur Verfügung zu stellen.

(Bravo! im Zentrum und links.)

So tagt nach dem Vorbilde der in der Schweiz zum

glücklichen Abschluß gelangten Gefangenenkonferenz zwischen Deutschland und Frankreich augenblicklich im Haag eine Konferenz zwischen Vertretern Deutschlands und Englands über einen weitgehenden Austausch von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten. Der Verlauf der bisherigen Besprechungen berechtigt zu der Hoffnung, daß dieses große Werk der Menschenliebe gelingen möge; ein Ergebnis hat es schon gehabt, das meiner Ansicht nach von ganz überwiegender Bedeutung ist. Es ist uns gelungen, den verabscheuungswürdigen Gedanken der Deportation der Chinadeutschen bereits aus der Welt zu schaffen.

(Allseitiger Beifall.)

Auch Spanien hat in der striktesten Weise an seiner Neutralität festgehalten; nicht nur die Königliche Regierung, sondern auch Seine Majestät der König haben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, in humanitären und allgemeinen Fragen die Stimme zu erheben. Irgend welche Befürchtungen, daß sich in der strengen Beobachtung der spanischen Neutralität etwas ändern könnte, scheinen zurzeit keineswegs berechtigt.

In Amerika sind einige kleine Staaten unter dem stets sich steigernden Druck der Union auf die Seite unserer Feinde getreten; aber irgendwelche wesentlichen Verschiebungen des Status sind nicht eingetreten, und ich möchte die Politik der Reichsleitung, wie ich dies bei Uebernahme meines Amtes getan habe, dahin charakterisieren, daß wir alles in unserer Macht Liegende zu tun beabsichtigen, um den Eintritt weiterer neutraler Staaten in den Verband unserer Feinde unmöglich zu machen.

Wenn ich nach dieser Uebersicht über die politische Lage auf seiten der Verbündeten und Neutralen mich nunmehr ganz kurz zur militärischen Lage wenden darf — zu unseren Gegnern sind die Beziehungen einstweilen rein militärischer Natur —, so ist ja der glänzende Verlauf der Operationen in Frankreich bekannt, bei welchen unser Heer unter der genialen Führung, welche Gott uns gegeben hat, von Sieg zu Sieg geschritten ist. Die Lage ist derartig, daß die Initiative vollkommen bei der deut-

schen Obersten Heeresleitung ruht, und daß wir hoffen können, der Sommer und der Herbst werden unseren Waffen neue große Erfolge bringen.

Auch die österreichisch-ungarische Armee hat in frischem Anlauf die italienischen Stellungen angegriffen, nennenswerte Erfolge errungen und große, wichtige Kräfte der verbündeten Feinde an ihrer Front gefesselt.

Der längste Tag des vierten Kriegsjahres ist vorüber, und gerade wenn man von weiter Warte aus die Ereignisse überblickt, muß man sich fragen: wird der Krieg nach menschlichem Ermessen noch über den Herbst und Winter über das nächste Jahr hinaus dauern?

(Bewegung.)

Vielfach herrscht in unserer Oeffentlichkeit die Meinung, daß die Länge des Krieges ein absolutes Novum bedeute, als habe man an maßgebender Stelle mit einem sehr langen Kriege in der Neuzeit überhaupt niemals gerechnet. Diese Meinung ist unrichtig. Ich habe dafür als Kronzeugen keinen Geringeren, als den Feldmarschall Grafen v. Moltke, der hier in diesem hohen Hause am 14. Mai 1890 ausgeführt hat:

> Meine Herren, wenn der Krieg, der jetzt schon mehr als 10 Jahre lang wie ein Damoklesschwert über unseren Häuptern schwebt, — wenn dieser Krieg zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und ist sein Ende nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegeneinander in den Kampf treten, keine derselben kann in einem oder in zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwunden erklärte, daß sie auf harte Bedingungen hin Frieden schließen müßte, daß sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern. Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden, und wehe dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte in das Pulverfaß schleudert!

Die Verhältnisse haben sich seit jener Zeit, in der der Altmeister deutscher Strategie diese Aeußerung machte,

nur in dem Sinne verschoben, daß die Mächte, die am Kriege beteiligt sind, ihre Rüstungen weiter ungeheuerlich gesteigert haben, und daß nicht nur, wie es damals wahrscheinlich erschien, die Mächte Europas, sondern daß auch große überseeische Mächte, wie Japan und Amerika, in den Kampf eingetreten sind. Mit Sicherheit irgendeinen Augenblick ins Auge zu fassen, zu welchem man sagen könnte: um diese Zeit muß dieser Krieg zu Ende gehen, ist mithin meines Erachtens unmöglich. Das Auge muß nach den politischen Motiven ausspähen, welche eventuell Friedensmöglichkeiten eröffnen könnten, und nach dieser Richtung hin muß ich sagen, daß trotz der glänzenden Erfolge unserer Waffen auf seiten unserer Gegner Friedenswilligkeit, an maßgeblichen Stellen Friedensbereitschaft noch nirgends klar erkennbar hervorgetreten sind. Die deutsche Regierung hat wiederholt in Kundgebungen, welche für die breiteste Oeffentlichkeit bestimmt waren, ihren Standpunkt festgelegt. Nichts haben unsere Gegner aufzuweisen, was sich einigermaßen mit dem deutschen Friedensangebot, mit der Resolution dieses Hauses oder mit der Beantwortung der Papstnote in eine Reihe stellen könnte,

(sehr richtig! im Zentrum und links)

und die Aeußerungen unserer Gegner, insbesondere der englischen Staatsmänner, welche jede Gelegenheit ergreifen, um in der Oeffentlichkeit für ihre Ideen und Anschauungen zu wirken, lassen noch keinen friedlichen Lichtschein in das Dunkel dieses kriegerischen Dramas fallen.

Mr. Balfour hat vor einigen Tagen eine auch in der deutschen Oeffentlichkeit beachtete Rede gehalten, auf die ich mit einigen Worten eingehen möchte, obwohl sie bisher nur in einem telegraphischen Auszug vorliegt. In dieser Rede ist die alte Legende erneuert, daß Deutschland diesen Krieg entfesselt habe, um die Weltherrschaft an sich zu reißen. Diese Legende wird dadurch, daß sie immer wiederholt wird, nicht wahrer. Ich glaube nicht, daß ein verständiger Mensch in Deutschland jemals vor diesem Kriege die Hoffnung oder den Wunsch gehabt hat, Deutschland möge die Weltherrschaft erringen, und

ich glaube nicht, daß irgendein verantwortlicher Mensch in Deutschland, geschweige denn Seine Majestät der Kaiser oder die Kaiserliche Regierung, auch nur einen Augenblick daran gedacht haben, sie könnten durch Entfesselung eines Krieges in Europa die Weltherrschaft gewinnen. Der Gedanke der Weltherrschaft in Europa ist — das hat das napoleonische Beispiel gelehrt — eine Utopie. Die Nation, welche dieselbe verwirklichen wollte, würde sich, wie es Frankreich an der Wende des Jahrhunderts ergangen ist, in einem nutzlosen Kampfe verbluten und in ihrer Entwicklung auf das schwerste geschädigt und zurückgeschraubt werden.

(Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Dieser Krieg — und man kann das eben zitierte Moltkesche Wort darauf anwenden: Wehe dem, der Europa in Brand steckt! — zeichnet sich deutlicher und deutlicher ab als das Werk Rußlands, der gewissenlosen russischen Politik, der Angst der russischen leitenden Kreise vor der Revolution, welche die unhaltbaren Verhältnisse im Lande näher und näher rückte. Ich glaube, das kann jeder sagen, ohne Angst, von dem Ergebnis weiterer Enthüllungen und Forschungen dementiert zu werden, daß je tiefer wir in die Vorgeschichte des Krieges eindringen, desto klarer sich ergeben wird, daß die Macht, die den Krieg geplant und gewollt hat, Rußland gewesen ist. Daß Frankreich als Kriegshetzer dabei aufs schlimmste mitgespielt hat, daß die englische Politik sehr dunkle Seiten in dieser Beziehung aufzuweisen hat, daß insbesondere die Haltung der englischen Regierung in den Tagen vor dem Kriegsausbruch den russischen Kriegswillen stärken und entfesseln mußte, dafür gibt es Beweise genug in den bereits publizierten Aktenstücken.

So viel über die Schuld am Kriege. Deutschland hat nicht einen Augenblick daran gedacht, diesen Krieg zu entfesseln, und hat vor allen Dingen nie einen Augenblick daran gedacht, dieser Krieg könne auch nur zu einer Herrschaft über Europa, geschweige denn zu einer Weltherrschaft führen: im Gegenteil, die deutsche Politik befand sich damals in der Lage, begründete Aussicht zu haben,

wesentliche Ziele, die Ordnung der Verhältnisse im Osten und die Ordnung der kolonialen Verhältnisse auf dem Wege friedlicher Verhandlungen in zufriedenstellender Weise verwirklichen zu können. Also wohl in keinem Augenblick unserer neueren Geschichte war weniger Veranlassung für uns, einen derartigen Brand zu entfesseln oder zur Entfesselung beizutragen, als zu dem Zeitpunkt, wo er eintrat.

Ich halte es aber für nützlich und notwendig, nicht nur auf der Negation zu verharren, nicht nur zu sagen, daß die Balfoursche Behauptung ein Hirngespinst, wenn nicht eine Verleumdung ist, sondern ich halte es für notwendig, ganz einfach und leicht für alle verständlich zu sagen, was wir positiv wollen: wir wollen auf der Welt für das deutsche Volk — und das gilt mutatis mutandis auch für unsere Verbündeten — innerhalb der Grenzen, die uns die Geschichte gezogen hat, sicher, frei, stark und unabhängig leben, wir wollen über See den Besitz haben, welcher unserer Größe, unserem Reichtum und unseren bewiesenen kolonialen Fähigkeiten entspricht, wir wollen die Möglichkeit und die Freiheit haben, auf freier See unseren Handel und unseren Verkehr in alle Weltteile zu tragen.

(Bravo! im Zentrum und links.)

Das sind mit wenigen kurzen, allgemein verständlichen Worten in ganz groben Umrissen die Ziele, deren Erringung eine unbedingte Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist.

(Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Ich habe die Ehre gehabt, bei einer früheren Besprechung in diesem hohen Hause darauf hinzuweisen, daß die unbedingte Unversehrtheit des Grundgebiets des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten eine notwendige Voraussetzung — ich sage ausdrücklich: Voraussetzung — für die Aufnahme irgendwelcher Friedensgespräche oder Friedensverhandlungen bildet. Ich habe damals mir auszusprechen erlaubt, daß darüber hinaus sämtliche Fragen Gegenstand der Beratung und Gegenstand der Einigung sein könnten, und, ich glaube, so steht die Sache auch noch heute. Es wird uns von englischer Seite immer

wieder der Vorwurf gemacht, daß wir in der belgischen Frage auf englische Anzapfung hin nicht bereit seien, in öffentlicher Erklärung Stellung zu nehmen. In diesem Punkte unterscheiden sich auch die grundsätzlichen Anschauungen der Kaiserlichen Regierung von denen, welche die englischen Staatsmänner uns zumuten. Wir betrachten Belgien als eine der Fragen im Gesamtkomplex der Fragen: wir müssen es aber ablehnen, in der belgischen Frage sozusagen als Vorleistung Erklärungen abzugeben, welche uns binden würden, ohne die Gegner auch nur im geringsten festzulegen.

(Sehr richtig!)

Uebrigens hat Mr. Balfour vorsichtigerweise schon hinzugefügt, wir sollten keineswegs glauben, daß die Einigung über die belgische Frage den Schatz der englischen bzw. ententistischen Wünsche schon erschöpft. Er hat sich wohlweislich gehütet, die Punkte zu bezeichnen, an denen er weitergehende Ansprüche oder Wünsche anzumelden vorhat. Nach den früheren Erfahrungen ist die Vermutung nicht unberechtigt, daß diese Worte einesteils an die Adresse Paris gesprochen waren, und daß andererseits begehrliche Absichten über das Mittelmeer hin nach den augenblicklich von englischen Truppen besetzten Teilen Palästinas und Mesopotamiens schweiften. Ich höre schon heute die Begründung, die seinerzeit für solche Wünsche gegeben werden wird: daß England doch unmöglich die großen Opfer an Gut und Blut gebracht haben könne, ohne auch für sich selbst einen bescheidenen Gewinn bewahren zu dürfen.

Was nun den wahrscheinlichen Gang der Ereignisse betrifft, so ist es früher vom Herrn Reichskanzler und auch von mir ausgesprochen worden, daß im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung weitreichende Fortschritte auf dem Wege zum Frieden von öffentlichen Erklärungen, die wir uns gegenseitig von Rednertribünen aus zurufen, kaum mehr zu erwarten sind.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir können auch unsererseits genau die Worte uns zu eigen machen, die Mr. Asquith am 16. Mai gesprochen

hat, wenn wir für „die britische Regierung“ „die Kaiserliche Regierung“ setzen:

> Die Kaiserliche Regierung hat die Türe nicht für Schritte in der Richtung eines ehrenvollen Friedens geschlossen, und wenn ein Antrag an uns gestellt wird, von welcher Seite er auch kommen möge, wenn er nicht im Ungewissen schwebt, sondern auf festen Grundlagen ruht, dann wird man — dessen bin ich sicher — mit einem solchen Vorschlage bei unserer Regierung nicht an das Ohr eines Tauben klopfen. Möge dies deutlich sein!

Wir können unserseits dieselbe Erklärung mit dem Bewußtsein abgeben, daß sie unsere Politik voll und ganz deckt. Wenn einmal der Moment gekommen sein sollte — wann er kommt, darüber möchte ich mir auch nicht einmal eine Prophezeiung erlauben —, daß die Nationen, die heute kämpfen, in einen Gedankenaustausch eintreten, so wird vor allem auch als Vorbedingung nötig sein, daß man ein gewisses Maß des Vertrauens in die gegenseitige Anständigkeit und Ritterlichkeit fasse. Solange jede Eröffnung von dem andern als Friedensoffensive, als Falle, als falsche Unterstellung, um zwischen den Verbündeten Zwietracht zu säen, aufgefaßt wird, solange jeder Annäherungsversuch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Ländern sofort aufs heftigste denunziert wird, so lange ist nicht abzusehen, wie irgendwie ein Gedankenaustausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führen soll. Ohne solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können.

(Sehr richtig! links. — Hört! hört!)

Unsere Stellung auf den Schlachtfeldern, die ungeheuren Reserven an militärischen Hilfsmitteln, die Lage und die Entschlossenheit im Innern gestatten es uns, eine solche Sprache zu führen. Wir hoffen, daß die Gegner einsehen werden, daß gegen die Mittel, die uns zur Ver-

fügung stehen, der Gedanke an einen Sieg der Entente Traum und Illusion ist. Sie werden, wie Mr. Asquith es von uns erwartet, seinerzeit den Weg finden, um mit Friedensangeboten an uns heranzutreten, welche der Lage entsprechen und welche den deutschen Lebensnotwendigkeiten genügen.

(Lebhaftes Bravo.)

IV.

Die Rede des Staatssekretärs von Kühlmann im Deutschen Reichstag am 25. Juni 1918.

Nach dem amtlichen Reichstagsbericht über die „180. Sitzung“:

„Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. v. Kühlmann.

Dr. v. Kühlmann, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Wirklicher Geheimer Rat, Bevollmächtigter zum Bundesrat: Meine Herren, ich werde Ihre Zeit nur wenige Minuten in Anspruch zu nehmen brauchen. Aus der Presse und dem Stenogramm habe ich gesehen, daß der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp zum Schlusse der gestrigen Verhandlungen, denen ich beizuwohnen leider durch dringende Amtsgeschäfte verhindert war, verschiedene Kommentare zu meinen Ausführungen gemacht hat, denen ich zum Teil beitreten kann, denen ich zum Teil aber sehr nachdrücklich entgegenzutreten gezwungen bin.

Ich möchte Ihre Geduld einen Augenblick in Anspruch nehmen, um zu verlesen, was ich hier tatsächlich gesagt habe:

> Wenn einmal der Moment gekommen sein sollte — wann er kommt, darüber möchte ich mir auch nicht einmal eine Prophezeihung erlauben —, daß die Nationen, die heute kämpfen, in einen Gedankenaustausch eintreten, so wird vor allem auch als Vorbedingung nötig sein, daß man ein gewisses Maß des Vertrauens in die gegenseitige Anständigkeit und Ritterlichkeit fasse. Solange jede Erörterung von dem andern als Friedensoffensive, als Falle, als

falsche Unterstellung, um zwischen den Verbündeten Zwietracht zu säen, aufgefaßt wird, solange jeder Annäherungsversuch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Ländern sofort aufs heftigste denunziert wird, so lange ist nicht abzusehen, wie irgendein Gedankenaustausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führt.

Ohne einen solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte *durch rein militärische Entscheidung* allein *ohne alle diplomatischen Verhandlungen* ein *absolutes Ende* kaum erwartet werden können.

(Zurufe rechts.)

— Ich habe Herrn Grafen Westarp anheimgestellt, das Stenogramm einzusehen. Wenn die Herren Wert darauf legen, können Sie das Stenogramm selbst einsehen; es ist nichts korrigiert, was dem Sinn im geringsten widerspricht.

(Zurufe rechts.)

— Ich weiß nicht, ob Herr Graf Westarp das Stenogramm hier zur Hand hat, es ist ihm zur Einsicht überlassen.

Unsere Stellung auf den Schlachtfeldern, die ungeheuren Reserven an militärischen Hilfsmitteln, die Lage und die Entschlossenheit im Innern gestatten es uns, eine solche Sprache zu führen. Wir hoffen, daß die Gegner einsehen werden, daß gegen die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, der Gedanke an den Sieg der Entente Traum und Illusion ist. Sie werden, wie Mr. Asquith von uns erwartet hat, seinerzeit den Weg finden, um mit Friedensangeboten an uns heranzutreten, welche der Lage entsprechen und welche den deutschen Lebensnotwendigkeiten genügen.

Ich möchte mir erlauben, hierzu die Ausführungen des Herrn Grafen Westarp, wie sie aus dem Stenogramm näher vorliegen, gleichfalls zur Verlesung zu bringen.

Aber auch der Weg, der zum Frieden führt, scheint mir von ihm nicht richtig gekennzeichnet worden

zu sein. Der Appell an den guten Willen Englands nützt gar nichts.

(Sehr richtig! rechts.)

Ein solcher Appell hat mir total fern gelegen. Dieser Appell richtete sich an niemand im besonderen. Aus dem Kontext der Rede geht klar hervor, was die Absicht war. Es war die Absicht, zu sagen: Verhandlung von Parlament zu Parlament, von Rednerbühne zu Rednerbühne werden uns — und darüber herrscht, glaube ich, ziemlich allgemein Uebereinstimmung — auf dem Wege zu einer Lösung kaum mehr wesentlich fördern können.

(Sehr richtig!)

Also bleibt nichts übrig als der Weg der vertraulichen oder diplomatischen Fühlungnahme. Dieser Weg ist gleichfalls hoffnungslos verbaut, wenn von seiten der Gegner, wie ich dies hier gegeißelt habe, jede derartige Annäherung von vornherein als aus mala fides hervorgehend bezeichnet wird. Meine Absicht war dabei, zu zeigen, wie die Gegner eben jeden Weg, der zu einer Verständigung führen kann, vollkommen verrammeln.

Ich fahre in der Verlesung fort:

> Die Aufforderung, sich gegenseitig den guten Glauben nicht abzusprechen, ist bei den Engländern an die falsche Adresse gerichtet.

Ich darf mich auf das eben Gesagte beziehen, daran muß ich unbedingt festhalten. Solange wie kein Gegner irgendeine Eröffnung des anderen für die geeignete Grundlage hält, um weiter zu diskutieren, wie soll da jemals eine Diskussion zustande kommen?

Im übrigen ist es ja

— fährt der Herr Graf fort —

> — der Herr Staatssekretär wolle es mir nicht übel nehmen, wenn ich das sage — selbstverständlich und eine Binsenwahrheit, daß zu einem Friedensschlusse Verhandlungen gehören.

Graf Westarp ist also mit meinen Darlegungen in diesem Punkte vollkommen einverstanden.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Das ist natürlich: verhandelt muß werden, die Waffen allein bringen nicht den Frieden, sondern nach den Tagen der Waffen muß verhandelt werden.

— Ich stimme jedem Worte absolut bei. —

Aber die Voraussetzung, daß es zu Verhandlungen kommt, ist doch die, daß auch unsere Feinde verhandeln wollen, und wir haben es doch wirklich gelernt, daß aus gutem Willen die Feinde in diese Verhandlungen nicht eintreten wollen, daß sie dazu gezwungen werden müssen.

(Sehr richtig! rechts.)

Auch hier stimme ich zu. Aber meine Herren, wo ist denn der Appell an den guten Willen? Haben wir nicht in den letzten Monaten Siege errungen, so groß, wie sie die Geschichte kaum verzeichnet? Erwarten nicht unsere Feinde heute, wie Sie aus ihrer Presse jede Minute lesen können, neue große Schläge? Sind das nicht Momente, die bei ihnen die Ueberzeugung oder Nachdenklichkeit auslösen können: wäre es nicht verständiger, jetzt den Weg der Verhandlungen zu beschreiten?

Graf Westarp fährt fort:

Deshalb ist und bleibt die Voraussetzung zu solchen Verhandlungen, die uns zum Erfolge führen und einen Frieden bringen können, der für Deutschland erträglich ist, der Sieg unserer Waffen!

(Sehr richtig! rechts.)

Dem stimme ich vollkommen bei, meine Herren.

(Lachen und Zurufe rechts.)

Keiner wird das im geringsten leugnen können: Der Sieg ist auf unserer Seite, und wir hoffen auch für die Zukunft auf Siege, so lange, bis die Gegner eben zu den auch von mir verlangten Eröffnungen bereit sind, welche der Lage entsprechen und den deutschen Lebensnotwendigkeiten Genüge tun.

Graf Westarp fährt fort:

Ich stehe durchaus auch auf dem Standpunkte, wie ihn der Herr Kollege Gröber ausgesprochen hat: Wie uns unser gutes Schwert den Frieden im Osten

> gebracht hat, so wird unser Schwert uns auch den Frieden im Westen bringen müssen.

Im Osten ist der Verlauf der gewesen, daß die Gegner, als sie einsahen, weiterer Widerstand ist hoffnungslos, die Russen auf dem Wege des Funkspruchs, die Ukraine auf dem Wege der Deputation nach Brest Litowsk, die Rumänen auf dem Wege der diplomatischen Verhandlungen uns ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, in die Diskussion einzutreten.

Graf Westarp fährt fort:

> Ich kann deshalb nicht verschweigen, daß der Herr Staatssekretär seiner Erklärung eine Fassung gegeben hat, die es vielleicht zweifelhaft erscheinen lassen konnte, ob er auch dieser Meinung gewesen ist, die ich eben ausgesprochen habe.

Ich lege den größten Wert darauf, zu betonen, daß ich absolut dieser Meinung gewesen bin.

Er fährt fort — und das möchte ich den Herren zu bedenken geben, die eben behaupteten, ich hätte das Stenogramm in sinnentstellender Weise retuschiert —:

> Ich kann es mir nicht denken, daß der Herr Staatssekretär das Gegenteil hat sagen wollen.

Wenn er nach unmittelbarer Anhörung der Rede, ohne die schriftliche Fixierung vor sich zu haben, sich das nicht denken kann, so geht für mich daraus ganz klar hervor, daß er es auch nicht gedacht hat.

Graf Westarp fährt dann fort:

> Ich kann es mir nicht denken, daß der Herr Staatssekretär hat zum Ausdruck bringen wollen, nur Verhandlungen, nicht militärische Entscheidungen allein würden uns zum Siege führen.

Gegen diesen Punkt der Rede muß ich auf das allerentschiedenste protestieren. Graf Westarp sagt, er könne sich nicht denken, daß ich dies hätte zum Ausdruck bringen wollen. Er konnte es sich auch tatsächlich nicht denken. Der Text meiner Rede war absolut klar. In dem *Einschieben des „Nur“* liegt eine *direkte Umkehrung* dessen, was ich gesagt habe: durch rein militärische Entscheidungen allein, ohne alle diplomatischen Verhandlungen! Da ist der

Schwerpunkt auf die militärischen Entscheidungen gelegt und die diplomatischen Verhandlungen als das Sekundäre und Nachfolgende klar gekennzeichnet. Hätte ich das gesagt, was hier Graf Westarp behauptet, er könne sich nicht denken, daß ich es zum Ausdruck hätte bringen wollen, dann, meine Herren, wären Ihre Angriffe in vollem Maße gerechtfertigt. Der Verlauf wird immer der sein, wie er hier von mir kurz gekennzeichnet worden ist: Der militärische Erfolg ist die Voraussetzung und die Grundlage der diplomatischen Verhandlungen. Bei meiner Aufgabe gestern als Diplomat, der hier von hoher Warte, wie ich gesagt habe, zusammenfassend die Ereignisse überblickt, mußte auch akademisch und theoretisch die Möglichkeit erörtert werden, wie aus dem militärischen Erfolg seinerzeit auf dem Wege der Verhandlungen der Gewinn ausgemünzt und gesichert werden konnte.

Dies, meine Herren, ist alles, was ich zu diesem Paragraphen zu sagen habe, der durch die Einfügung des „Nur", wenn sie berechtigt wäre, in der Tat den Sinn dessen, was ich gesagt habe, genau in das Gegenteil verkehren würde.

Graf Westarp fährt fort:

> Ich kann es mir nicht denken, daß das der Sinn seiner Ausführungen hat gewesen sein sollen! Es würde das ja, meine Herren, auf unsere Truppen draußen im Felde eine Wirkung ausüben, die ich nicht näher ausmalen will, und es würde sich auch in scharfen Gegensatz setzen zu Kundgebungen anderer Art, die wir in letzter Zeit oft genug gehört haben, zu Kundgebungen, die mit vollem Recht darauf hingewiesen haben, daß nur der Sieg unserer deutschen Waffen es sein wird, der uns zum Ziele führen kann.
>
> (Zustimmung rechts.)

Nachdem Graf Westarp mehrfach sagt, er kann sich nicht denken, und nachdem ich ihn aufs bestimmteste versichern kann, daß es mir nicht eingefallen ist, zu sagen, was hier durch das „Nur" supponiert ist, muß ich auch die Folgerungen aufs allerentschiedenste zurückweisen.

Kein Wort von dem, was ich gesagt habe, kann den Siegeswillen unserer Truppen auch nur um ein Atom beeinträchtigen. Wir vertrauen auf die Siege der Vergangenheit und wir hoffen auf die Siege der Zukunft, und an die Siege wird sich die diplomatische Arbeit anschließen müssen.

(Lebhafter Beifall links und im Zentrum. —
Zischen rechts.)

V.

Das Völkermanifest Kaiser Karls von Oesterreich.

Text der Sonderausgabe der amtlichen „Wiener Zeitung“ vom 17. Oktober 1918 abends:

„An Meine getreuen österreichischen Völker!

Seitdem Ich den Thron bestiegen habe, ist es Mein unentwegtes Bestreben, allen Meinen Völkern den ersehnten Frieden zu erringen, sowie den Völkern Oesterreichs die Bahnen zu weisen, auf denen sie die Kraft ihres Volkstums, unbehindert durch Hemmnisse und Reibungen, zur segensreichen Entfaltung bringen und für ihre geistige und wirtschaftliche Wohlfahrt erfolgreich verwerten können.

Das furchtbare Ringen des Weltkrieges hat das Friedenswerk bisher gehemmt. Heldenmut und Treue, opferwilliges Ertragen von Not und Entbehrungen haben in dieser schweren Zeit das Vaterland ruhmvoll verteidigt. Die harten Opfer des Krieges mußten uns den ehrenvollen Frieden sichern, an dessen Schwelle wir heute mit Gottes Hilfe stehen.

Nunmehr muß ohne Säumnis der Neuaufbau des Vaterlandes auf seinen natürlichen und daher zuverlässigsten Grundlagen in Angriff genommen werden. Die Wünsche der österreichischen Völker sind hiebei sorgfältig miteinander in Einklang zu bringen und der Erfüllung zuzuführen.

Ich bin entschlossen, dieses Werk unter freier Mitwirkung meiner Völker im Geiste jener Grundsätze durchzuführen, die sich die verbündeten Monarchen in ihrem Friedensangebote zu eigen gemacht haben. Oesterreich

soll dem Willen seiner Völker gemäß zu einem Bundesstaate werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Oesterreichs mit dem unabhängigen polnischen Staate wird hiedurch in keiner Weise vorgegriffen. Die Stadt Triest samt ihrem Gebiete erhält den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend eine Sonderstellung.

Diese Neugestaltung, durch die die Integrität der Länder der heiligen ungarischen Krone in keiner Weise berührt wird, soll jedem nationalen Einzelstaate seine Selbständigkeit gewährleisten. Sie wird aber auch gemeinsame Interessen wirksam schützen und überall dort zur Geltung bringen, wo die Gemeinsamkeit ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen ist. Insbesondere wird die Vereinigung aller Kräfte geboten sein, um die großen Aufgaben, die sich aus den Rückwirkungen des Krieges ergeben, nach Recht und Billigkeit erfolgreich zu lösen.

Bis diese Umgestaltung auf gesetzlichem Wege vollendet ist, bleiben die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrecht. Meine Regierung ist beauftragt, zum Neuaufbau Oesterreichs ohne Verzug alle Arbeiten vorzubereiten.

An die Völker, auf deren Selbstbestimmung das neue Reich sich gründen wird, ergeht Mein Ruf, an dem großen Werke durch Nationalräte mitzuwirken, die — gebildet aus den Reichsratsabgeordneten jeder Nation — die Interessen der Völker zueinander sowie im Verkehr mit Meiner Regierung zur Geltung bringen sollen.

So möge unser Vaterland, gefestigt durch die Eintracht der Nationen, die es umfaßt, als Bund freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen. Der Segen des Allmächtigen sei über unserer Arbeit, damit das große Friedenswerk, das wir errichten, das Glück aller Meiner Völker bedeute.

Wien, am 16. Oktober 1918.

Karl m. p.

Hussarek m. p.

VI.

Das Manifest des „Tschechischen Nationalrats".

Communiqué des „Národni Vybor" vom 19. Oktober:

„Prag, 19. Oktober 1918.

Der „Národni Vybor" billigt die Entscheidung des Präsidenten des Ceski Svaz, mit welchem er alle Verhandlungen für die Neueinrichtung der inneren österreichischen Verhältnisse ablehnt. Der Národni Vybor protestiert mit der größten Entschiedenheit gegen den neuesten Versuch, die Einheit des tschecho-slowakischen Volkes zu zerreißen und die Einheit und Unteilbarkeit der böhmischen Länder zu bedrohen. Der Národni Vybor und mit ihm das gesamte tschechische Volk ohne Ausnahme beharren unverbrüchlich auf dem Standpunkt, daß es mit Wien für das tschechische Volk keine Verhandlungen über seine Zukunft gibt. Die böhmische Frage hat aufgehört, eine Frage der inneren Regelung Oesterreich-Ungarns zu sein. Sie ist zu einer internationalen Frage geworden und sie wird mit allen Weltfragen gemeinsam gelöst werden. Sie kann auch nicht ohne Zustimmung und Einverständnis jenes international anerkannten Teiles der Nation gelöst werden, welcher sich außerhalb der böhmischen Grenzen befindet. Der Národni Vybor hält es für seine Pflicht, im Namen des gesamten tschechischen Volkes loyal zu erklären, daß es für uns keine andere Lösung der böhmischen Frage gibt, als die absolute staatliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit des tschecho-slowakischen Vaterlandes.

Der Národni Vybor protestiert deshalb angesichts der ganzen Weltöffentlichkeit entschieden dagegen, daß von magyarischer Seite der Welt eingeredet wird, daß unsere

slowakischen Brüder nicht mehr mit der Nation, deren untrennbarer Zweig sie sind, ein nationales, ein staatliches Ganzes bilden wollen. Die Slowaken werden gequält und durch die magyarische Gewalttätigkeit gehindert, öffentlich frei zu erklären, was ihr Wunsch sei, wollen sie nicht über die magyarische Freiheit und Demokratie im Kerker nachdenken. Ueber militärischen Druck erzwungene Kundgebungen können in einer Welt, welche aufgebaut werden soll auf dem Grundsatz einer ehrlichen Demokratie und absoluten Freiheit aller, nicht als unverfälschter Wille eines Volkes gelten, selbst wenn ihnen ein Mäntelchen umgehängt wird. Die slowakischen Brüder wissen am besten, was die ihnen von den Magyaren versprochenen Freiheiten bedeuten, weil sie selbst am eigenen Körper erfahren haben, wie das magyarische Nationalitätengesetz in der magyarischen staatlichen Praxis aussieht. Sie wissen auch, daß das tschechische Volk die slowakische Sprache ebenso wie seine Muttersprache liebt und daß jetzt die größte Freude des tschechischen Volkes sein wird, wenn es den slowakischen Brüdern alle ihre Eigenart und alles, was sie zur Entwicklung bedürfen, sichern wird, da sie überzeugt sind, daß eine solche brüderliche Vereinigung in einem gemeinsamen Staat, die gegenseitige Liebe aller seiner Zweige die beste Gewähr der neuen großen sprachlich-wirtschaftlichen und kulturellen Zukunft unseres gesamten tschecho-slowakischen Volkes ist. Das tschecho-slowakische Volk wollte überhaupt nie und wird nie national und kulturell eine zweite Nationalität im tschecho-slowakischen Staate bedrücken. Alle seine Traditionen, seine eigenen Leiden und die demokratischen Prinzipien seines Staates sind die sicherste Gewähr dafür.

Der Národni Vybor wendet sich an die ganze tschecho-slowakische Nation mit der eindringlichen Bitte, fest darauf zu vertrauen, daß der Národni Vybor, der heute der einzige legale Repräsentant des Willens des ganzen tschecho-slowakischen Volkes und aller seiner Parteien ist, alles tun wird, was notwendig ist, damit es sein höchstes Ziel erreiche: eine glückliche Zukunft des freien tschecho-slowakischen Volkes."

VII.

Das Manifest des „Südslawischen Nationalrats“.

Kundgebung des Nationalrats an die Blätter:

„Zagreb (Agram), 19. Oktober 1918.

Der südslawische Nationalrat hat in seiner heutigen Sitzung ein Manifest an alle südslawischen Völker beschlossen.

Der südslawische Nationalrat fordert, in Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes, einen einheitlichen, selbständigen südslawischen Nationalstaat auf allen Territorien, wo Slowenen, Kroaten und Serben wohnen, ohne Rücksicht auf staatliche oder provinziale Grenzen und lediglich unter Berücksichtigung der ethnischen Zugehörigkeit.

Der südslawische Nationalrat erklärt die im kaiserlichen Manifest niedergelegten Grundzüge als nichtbefriedigend, nimmt die in diesem Manifest zugebilligte Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes nicht zur Kenntnis und lehnt auch alle zukünftigen, wie immer gearteten von ungarischer Seite kommenden Vorschläge von vornherein ab.“

DOKUMENTE

Der k. u. k. Minister des Aeußern Graf Ottokar Czernin an Kaiserin Zita von Oesterreich.

„Minister des Aeußern.

17. 2. 1917.

Allergnädigste Herrin!

Se. k. u. k. Apostolische Majestät haben befohlen, daß ich Eurer Majestät täglich einen Bericht über die äußere Lage vorlegen darf, einen Befehl, dem ich von morgen an nachkommen werde.

Bei genauer Ueberlegung der Argumente Euerer Majestät in meiner heutigen Audienz würde ich den größten Wert darauf legen, wenn der Prinz Sixtus selbst zu Eurer Majestät käme.

Wenn Eure Majestät Selbst mit ihm sprechen könnten, würde unsere Sache bedeutend weiter kommen.

Ich erfahre aus sehr guter Quelle, daß das Ministerium Caillaux am Horizont erscheint. Das wäre ein „Friedensministerium"; vielleicht hängen die beiden Aktionen zusammen.

Eurer Majestät

küßt die Hände

Ihr ergebenster Diener

Czernin m. p."

Mémoire des k. u. k. Ministers des Aeußern Grafen Ottokar Czernin an Kaiser Karl von Oesterreich.

Ueberreicht im Sommer 1917, ein Halbjahr vor den Verhandlungen von Brest Litowsk, zwischen dem russischen Angriff bei Kaluscz und dem Gegenangriff der Verbündeten bei Zborow.

„Streng geheim.

Kriegsziele und die polnische Frage.

Es ist eine selbstverständliche Binsenwahrheit, daß es unser erster Wunsch sein muß, die Monarchie mindestens intakt und ohne Einbuße aus diesem Kriege herauszubekommen. Im Osten sind dank der Kriegskarte politische Kombinationen möglich, welche dieses Ziel erreichen lassen können. Es ist denkbar, daß wir die Rußland abgenommenen und besetzten Gebiete vorerst als Kompensationsobjekt gebrauchen können, um Ostgalizien und die Bukowina zurückzuerhalten. Anders steht leider die Sache im Süden. Falls es uns nicht gelingt, die Italiener noch vor Friedensschluß von unserem Territorium zu vertreiben, so sehe ich — so traurig das klingt — absolut keine Möglichkeit, das verlorene Territorium zurückzugewinnen.

Es wird mir gesagt, eine territoriale Konzession an Italien sei ein Ding der Unmöglichkeit und man müsse es erreichen, daß eine militärische Operation eingeleitet werde, welche unser Territorium säubert. Die militärische Situation ist die, daß im Westen 100 neue Divisionen den Deutschen gegenüberstehen, daß die Deutschen weite Territorien räumen, um nur die Möglichkeit zu bekommen, den erwarteten Ansturm auszuhalten, daß sie also gar

nicht imstande sind, Truppen vom Westen für uns abzugeben; daß zweitens wir im Osten auf der ganzen Linie einer großen Uebermacht gegenüberstehen, so daß im besten Falle ein gelungener Defensivkrieg erwartet werden kann und daß wir schließlich in Italien selbst einer vierfachen Uebermacht gegenüberstehen, eine Offensive also mit den dort befindlichen Kräften ganz ausgeschlossen ist. Bei dieser militärischen Situation ist es sehr leicht gesagt, die Politiker müßten eine militärische Offensive gegen Italien erzwingen, es steht diesem Postulat ein kategorisches „unmöglich" gegenüber und es würden Bitten und Démarchen beim deutschen Generalstabe nichts anderes erreichen als eine direkte Ablehnung und die Demütigung, umsonst gebeten zu haben. Ich halte also eine ernste, sachliche Diskussion, welche sich ausschließlich auf dieses eben angeführte Argument stützt, für unmöglich.

Natürlich ist es möglich, daß die militärische Situation sich plötzlich zu unseren Gunsten verändert. Die Vorgänge in Rußland, gewisse Anzeichen höchster Kriegsmüdigkeit in Italien schließen die Möglichkeit einer veränderten militärischen Lage nicht aus und in diesem Falle wäre es ja ganz selbstverständlich unsere erste Pflicht, vor allem das an Italien verlorene Territorium zurückzugewinnen. Solange dieser Fall aber nicht eingetreten ist, muß die Politik mit einer ungünstigen Grenzverschiebung im Süden rechnen und es muß dieses Faktum bei Besprechung der Kriegsziele als ein ebenso bedauerlicher wie möglicher Faktor in Kombination gezogen werden. Mit anderen Worten: Wir müssen die Eventualität ins Auge fassen, den Verlust, den wir im Süden erleiden, auf anderem Gebiete kompensieren zu können.

Und zu diesem eben angeführten Grunde, welcher eine territoriale Vergrößerung kategorisch verlangt, kommt noch ein zweiter, mindestens ebenso wichtiger. Wenn Deutschland aus diesem Kriege ungefähr mit dem status quo ante hervorgehen würde, dann könnte ich zugeben, daß auch die Monarchie mit ungefähr ihren alten Grenzen herauskommen dürfte. Wenn aber, wie ich trotz alledem für wahrscheinlich halte, Deutschland mit Gebietserweite-

rungen im Osten den Krieg abschließt, wenn ferner, wie ich ebenfalls glaube, Bulgarien mit bedeutenden Vergrößerungen aus diesem Kriege hervorgeht, dann ist es meiner Ansicht nach vollständig unmöglich, die Monarchie mit dem status quo oder sogar verkleinert aus diesem Kriege austreten zu lassen. Das Bild wäre dann, daß die Monarchie Hunderttausende von Toten und Milliarden von Schulden als Bilanz aufzuweisen hat, daß sie in Not und Elend geraten ist ausschließlich und nur mit dem einzigen Effekt, Deutschland und Bulgarien zu Vorteilen verholfen zu haben. Eine solche Politik würde nirgends, weder in Oesterreich noch in Ungarn, verstanden werden und mit Recht nicht. Sie könnte nicht verstanden werden, vor allem bei nichtdeutschen Völkern Zisleithaniens, weil die übermenschlichen Leistungen, die in der Geschichte beispiellos dastehenden Anstrengungen, die heldenmütigen Opfer — alles dies nur ad majorem gloriam Germaniae — eine Stimmung auslösen müßte, welche an den Lebensnerv der Monarchie und an die Wurzeln der Dynastie greifen müßten.

Akzeptiert man diesen Gedankengang, gibt man zu, daß eine Vergrößerung Deutschlands auch eine Vergrößerung der Monarchie unbedingt involviert, dann muß man der Frage näher treten, wo denn eine solche überhaupt möglich wäre, und da gibt es zwei große Gebiete, die in Frage kommen: den Osten und den Süden. Beginnen wir mit dem Osten. Im Osten ist der polnische Staat durch ein bindendes Wort der beiden Monarchen in den Sattel gesetzt, und wir müssen — ob es uns nun heute gefällt oder nicht (mir allerdings gefällt es nicht) — mit der Existenz dieses zukünftigen Staates rechnen. Dieser polnische Staat kann eine vierfache Orientierung erhalten: Es kann

1. die „austro-polnische" Lösung im Prinzipe als möglich gedacht werden,
2. eine „germano-polnische",
3. eine „russo-polnische" Lösung envisagiert werden, und es kann schließlich
4. ein wirklich selbständiger polnischer Staat, der unabhängig von allen seinen Nachbarn aufgestellt wird, gedacht werden.

Ich füge sofort hinzu, daß ich die erste und vierte Lösung für rein theoretisch halte. Wir werden weder die austropolnische Lösung gegen den offenen und energischesten Widerstand Deutschlands durchzusetzen imstande sein, noch ist es denkbar, daß ein wirklich selbständiges und unabhängiges Polen praktisch denkbar sei, wenn nicht aus anderen Gründen, so aus dem, daß eben wieder Deutschland diese Lösung um keinen Preis zugeben würde, und weil wir nicht die militärische Kraft haben, Dinge durchzusetzen, die in letzter Instanz von Berlin aus mit Aufbietung allen denkbaren Druckes entschieden werden würden. Bleiben also die beiden anderen Lösungen, welche für uns ungefähr gleich ungünstig sind, und welche sich dahin zusammenfassen lassen, daß Polen sich gegen Deutschland oder Rußland orientiert und in beiden Fällen für uns nicht mehr in Betracht kommt. Auf diesem Wege also, scheint es mir, kommen wir nicht weiter. Wir müssen eine ganz andere Richtung einschlagen, wollen wir den Versuch unternehmen, wenigstens halbwegs auf unsere Kosten zu kommen. Bevor ich hierauf eingehe, möchte ich noch kurz die galizische Frage mit ihrem engen Zusammenhange mit der polnischen streifen. Es ist ganz richtig, daß das selbständige Königreich Polen die polnische Irredenta in Galizien steigern und vergrößern dürfte. Das würde aber unter allen Umständen, mit Ausnahme der austro-polnischen Lösung, eintreten und mit diesem Faktum haben wir rechnen müssen in dem Augenblicke, als dieser polnische Staat erklärt wurde. Ich unterschätze keineswegs die Schwierigkeiten, welche die kommenden Zeiten durch diese vergrößerte polnische Irredenta bringen werden, aber ich überschätze sie auch nicht. Ich halte es für ein gedankenloses Geschwätz, wenn man das Schlagwort der Irredenta mit dem des Verlustes Galiziens in einen Topf wirft. Das ist ein Schlagwort, das von einigen geprägt und von Tausenden nachgesprochen wird, bei näherer Prüfung aber nicht standhält. Wir haben in der Monarchie zahllose Formen der Irredenta: wir haben eine Irredenta im Trento, eine in Siebenbürgen, wir haben sie also bei einer milderen und bei einer strengeren Behandlung der fremden Nation, wir haben eine Irredenta in Böhmen, welche sich gerade jetzt

als sehr lebensfähig erwiesen hat, wir haben eine südslawische Irredenta usw. Und die Irredenta ist gar keine Spezialität der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Russen haben eine Irredenta im weiteren Sinne in Finnland, die Engländer in Irland und die Deutschen eine im Elsaß wie in Posen, kurzum ein jeder Staat, der in sich fremde Nationen einschließt, hat mehr oder weniger mit zentrifugalen Bestrebungen zu rechnen. Daß Oesterreich-Ungarn bei seiner aus Nationen zusammengewürfelten Konstellation eine besonders farbenprächtige Irredenta hat, ist dabei doch ganz selbstverständlich. Wenn wir über Ottakring *) hinausgehen, so stoßen wir auf eine Irredenta. Unsere Irredenten aber, so lästig sie sein mögen, zum Verluste der Provinzen führen sie nicht. Wenn wir den Trento verlieren, so geschieht sie nicht wegen der dort herrschenden Irredenta, sondern deshalb, weil wir zu schwach sind, die Reichsitaliener hinauszuwerfen; und wenn wir die Rumänen nicht aus Siebenbürgen verjagt hätten, so hätten wir wahrscheinlich Siebenbürgen verloren, ob es nun dort eine Irredenta gegeben hätte oder nicht. Unsere militärische Stärke also, die Kraft unseres Staates wird in Zukunft darüber entscheiden, ob wir Provinzen verlieren oder nicht, nicht aber die Irredenta, die ein Attribut des österreichisch-ungarischen Staates bleiben wird, solange er besteht. Und um nun auf Polen zurückzukommen und auf die dort zu erwartende stärkere Irredenta: Wenn nicht ein neuer Krieg, wenn nicht eine Revolution Galizien losreißt, so werden wir diese Provinz nicht verlieren, mögen nun die Polen etwas mehr oder minder intensiv über die Grenze schielen. Es heißt aber wirklich unsere Zeit nicht mehr verstehen, wenn man glaubt, daß die kommenden Zeiten im Zeichen neuer Kriege oder nationaler Revolutionen stehen werden. Ich wenigstens, ich bin fest überzeugt, daß dieses fürchterliche Morden auf undenkliche Zeiten hinaus der letzte Krieg gewesen sein dürfte. Das, was die Völker jetzt ertragen haben, das werden sie sich kein zweites Mal gefallen lassen, und die Monarchen und die Regierun-

*) Ein Wiener Vorstadtviertel.

gen werden sehr klug, sehr vorsichtig und sehr entgegenkommend gegenüber den Strömungen der breiten Massen sein müssen, wenn sie es verhindern wollen, daß die ganz unvermeidlichen europäischen Veränderungen nicht über ihren Kopf hinaus gemacht werden; die Zukunft dürfte im Zeichen sozialer Veränderungen stehen, wie ich glaube, ohne es allerdings vorerst beweisen zu können. Schließlich aber gibt es in Ostgalizien noch die Ruthenen, durch welche man einen Riegel zwischen unsere und die fremden Polen schieben kann.

Ich sehe gar keine Möglichkeit, im Osten irgendwie auf unsere Kosten zu kommen. Alles aber weist uns kategorisch auf den Balkan hin. Dank der geographischen Lage ist es auch in Berlin bis zu einem gewissen Grade verständlich, daß wir ein Vorrecht auf den Balkan haben, und hier liegt das große Gebiet, auf welchem wir Ersatz für die furchtbaren gebrachten Opfer suchen und finden können. Von Montenegro müssen wir aus militärischen Gründen den Lovcen haben, das verkleinerte Serbien soll in unsere Zoll- und Handelsgemeinschaft aufgenommen werden und soll gezwungen werden, sein zukünftiges Heil und seinen Wohlstand in immer engerem Anschluß an die Monarchie zu finden. Und schließlich Rumänien. Rumänien müssen wir erhalten; wir müssen die Walachei bekommen und die ganze Moldau bis zum Sereth. Den östlichen Teil der Moldau wollen wir Rußland antragen — und hier sehe ich eine wesentliche Erleichterung des Friedensschlusses —, die alte Dobrudsche soll an Bulgarien fallen, und der kleine erübrigende Rest mag das neue kleine Rumänien bleiben und dergestalt den doppelten Zweck erfüllen, als Keil zwischen Bulgarien und Rußland zu dienen und die Donaumündungen zu besitzen, welche selbst zu erhalten, wohl große Schwierigkeiten bereiten dürfte.

Anerkennt man, daß diese Lösung eine für uns nicht unvorteilhafte sei, so muß man sich fragen, wie man denn zu dieser Lösung gelangen kann. Wenn wir auf dem rein negativen und, wie ich behaupte, vollständig impotenten Standpunkt beharren, daß wir Deutschland zu hindern trachten, den „germano-polnischen“ Staat zu gründen, ohne

gleichzeitig den Preis zu nennen, um welchen wir diesen „germano-polnischen“ Staat zu gestatten bereit sind, dann werden wir gar nichts anderes erreichen, als das Verhältnis zu Deutschland immer mehr zu trüben und zu vergiften, wir werden schließlich doch nachgeben müssen, weil dieses Kondominium auf die Dauer unhaltbar ist, und wir werden auf dem Balkan nichts erhalten haben, weil wir die kostbare Zeit mit negativen und impotenten, ziel- und zwecklosen Manövern verloren haben werden. Dann werden wir zwischen zwei Stühlen auf dem Boden sitzen und weder Rumänien noch Polen haben. Wenn wir hingegen den Deutschen erklären, daß wir die von uns besetzten Gebiete Polens nicht herausgeben werden, bevor sie uns nicht Rumänien angegliedert haben, so werden wir darin ein Mittel finden, unsere Zwecke zu realisieren, und wir werden damit eine Taktik einschlagen, die auch in Berlin verstanden werden muß und die sich doch sehr wesentlich von jener unterscheidet, die ohne erreichbaren Zweck und ohne greifbares Ziel darin besteht, die Deutschen zu hindern, ohne uns zu nützen.

Man sagt mir, es sei ein kardinaler Fehler, auch nur im Prinzipe zuzugeben, daß wir eventuell auf die austropolnische Lösung verzichten und unter Umständen aus Polen herausgehen; Rumänien würden wir so wie so niemals bekommen, und dieser eventuelle Verzicht auf Polen werde uns auch von dort vertreiben. Diese Logik verstehe ich nicht. Gutwillig und freiwillig gehen wir nicht aus unserem Polen heraus, bis es uns abgekauft wird — und hinausgeworfen werden mit Waffengewalt können wir doch auch dann, wenn wir niemals an Rumänien gedacht hätten.

Rumänien ist ein Milliardenobjekt. Dies auszuführen, hieße Eulen nach Athen tragen. Die Erwerbung eines Milliardenobjektes hat Sinn und hat Zweck, und wenn auch in der ersten Zeit Wiener Bierhauspolitiker und ungarische Desparados dagegen Stellung nehmen werden, so können solche Momente doch wohl nicht ausschlaggebend sein. Es gibt in der Praxis keine Lösung, welche mit ungeteiltem Beifalle der ganzen Monarchie aufgenommen werden könnte.

Die Frage steht so, ob die Erwerbung Rumäniens nicht im Laufe der Jahre als ein Erfolg bezeichnet werden wird. Natürlich, der österreichische Standpunkt, der betonen wird, Oesterreich habe gegen Italien Provinzen verloren, dafür habe Ungarn reiches Gebiet gewonnen — der Nachteil sei also ein österreichischer, der Vorteil ein ungarischer —, dieser Standpunkt hätte etwas für sich. Aber doch nur etwas, denn erstens gleichen Oesterreich und Ungarn den siamesischen Zwillingen, und die Milliarden, die in den ungarischen Blutumlauf kommen, werden nicht in Pest stecken bleiben, sondern auch Oesterreich stärken, und zweitens müßte wohl allerdings das interne Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn einer solchen neuen Konstellation bis zu einem gewissen Grade Rechnung tragen und sich beispielsweise in der Quote und anderen Details äußern.

Ich sehe aber gar nicht ein, warum Rumänien unbedingt an Ungarn fallen müßte. Vorerst müßte es überhaupt als Reichsland der Monarchie als solcher angegliedert und autokratisch regiert werden — und mit der Zeit wird man sehen. Die Ungarn, welche Rumänien wegen ihrer Rumänenpolitik sehr ungern inkorporieren wollen, können ja zustimmen, daß das Land an Oesterreich falle, — es würde ja damit die Bukowina mit Zisleithanien zusammenhängen.

Man weist darauf hin, daß der Besitz der östlichen Moldau durch Rußland uns der Gefahr russischer Umklammerung aussetze. Dies würde stimmen, wenn wir einen guten Nachbarn für Rußland austauschen würden; aber ist Rumänien wirklich ein besserer und sichererer Nachbar? Kämpfen wir nicht in diesem Augenblick in der Moldau gegen rumänische Truppen? Und haben wir eine andere Wahl, als dort den russischen oder den rumänischen Nachbar zu haben?

Und zum Schlusse noch ein Argument, welches vielleicht an der Spitze der ganzen Auseinandersetzung hätte stehen sollen: Ich bin überzeugt, der Schlüssel der Situation liegt im Westen. Wenn Deutschland Frankreich und Belgien herausgibt und n o c h e t w a s d a z u, dann ist der Friede

da. Der Reichskanzler hat mir dieses Opfer streng geheim zugesagt. Die diesbezügliche Pression aber kann ich nicht mit Erfolg ausüben, wenn ich ihm gleichzeitig erkläre, daß wir ihm dafür im Osten (Polen) alle denkbaren Schwierigkeiten bereiten werden, damit er sich auch dort nicht kompensieren könne, und daß wir Polen für uns beanspruchen. Nur dadurch, daß wir auf den Balkan gehen und Deutschland Polen verkaufen, kann der Gedanke an eine partielle Abtretung von Elsaß-Lothringen Gestalt annehmen.

Czernin. m. p."

Kaiser Karl von Oesterreich an den deutschen Kronprinzen.

„Reichenau, 20. August 1917.

Lieber Wilhelm!

Mein Flügeladjutant Oberstleutnant Graf Ledochowski überbringt Dir meine große Verdienstmedaille, und ich bitte Dich, dieselbe annehmen zu wollen für alles, was Du in diesem gemeinsamen Verteidigungskriege für unsere Sache geleistet hast.

Mein Minister des Aeußern hat mir die interessante Unterredung gemeldet, die er mit Dir zu haben die Ehre hatte, und alle Deine Aussprüche haben mich von Herzen gefreut, weil sich darin meine Auffassung der Lage genau widerspiegelt. Trotz aller übermenschlichen Leistungen unserer Truppen erfordert die Lage im Hinterlande unbedingt ein Ende des Krieges noch vor dem Winter, dies gilt für Deutschland genau so gut wie für uns. Die Türkei wird nur mehr sehr kurz mitmachen, und mit ihr verlieren wir auch Bulgarien, dann sind wir zwei allein, und das kommende Frühjahr wird „Amerika“ bringen und eine noch verstärkte Entente.

Ich habe anderseits bestimmte Anzeichen, daß wir Frankreich für uns gewinnen könnten, wenn Deutschland sich zu gewissen territorialen Opfern in Elsaß-Lothringen entschließen könnte. Haben wir Frankreich gewonnen, so sind wir Sieger und Deutschland kann sich anderweitig und ausgiebig entschädigen. Aber ich will nicht, daß Deutschland das Opfer allein tragen sollte, ich will selbst den Löwenanteil dieses Opfers tragen und habe

Seiner Majestät, Deinem Vater erklärt, daß ich unter den vorerwähnten Bedingungen bereit bin, nicht nur auf ganz Polen zu verzichten, sondern auch Galizien an Polen abzutreten und dieses Reich an Deutschland angliedern helfen. Deutschland würde im Osten ein Reich gewinnen, während es im Westen einen Teil seines Landes hergeben würde.

Im Jahre 1915 haben wir, ohne irgend eine namhafte Kompensation zu fordern, im Interesse unseres Bundes auf Bitte Deutschlands den Italienern Trento angeboten, um den Krieg mit Italien zu vermeiden. Heute ist Deutschland in einer ähnlichen Lage und Du als Erbe der deutschen Kaiserkrone bist berechtigt, Dein wichtiges Wort mit in die Wagschale zu werfen und ich weiß, daß Seine Majestät, Dein Vater diesen Standpunkt bezüglich Deiner Mitarbeit voll und ganz teilt. Darum bitte ich Dich, in dieser für Deutschland wie für Oesterreich-Ungarn entscheidenden Stunde, die Gesamtsituation zu bedenken und Deine Bemühungen mit den meinen zu vereinigen, um den Krieg rasch und in ehrenvoller Weise zu beenden. Wenn Deutschland auf seinem ablehnenden Standpunkt verharrt und einen möglichen Frieden zerstört, so ist die Situation in Oesterreich-Ungarn äußerst kritisch. Ganz besonders würde es mich freuen, wenn ich baldigst eine Aussprache mit Dir haben könnte, und Dein mir durch Grafen Czernin mitgeteiltes Versprechen, uns bald zu besuchen, freut mich ausnehmend.

Zita grüßt Dich herzlichst mit mir.

Karl."

Kaiser Karl an den Präsidenten Wilson.

17. Februar 1918.

„In seiner Rede vom 12. Feber hat der Herr Präsident der Vereinigten Staaten vier Grundprinzipien als Vorbedingung einer zu erhoffenden Einigung aufgestellt. Meine Stellungnahme zu diesen vier Grundsätzen kann ich folgendermaßen kennzeichnen:

Im Punkt I verlangt der Herr Präsident nach der hier vorliegenden deutschen Uebersetzung: „daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Falle und auf einem solchen Ausgleiche aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird." — Diesen Leitsatz nehme ich an. Ein jeder auf ethischer Höhe stehender Mensch muß eine Lösung wünschen, welche einen dauernden Frieden verbürgt und nur ein gerechter, die entgegengesetzten Interessen ausgleichender Friede kann eine solche Lösung darstellen.

Punkt 2 und 3 gehören zusammen und besagen, „daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände und Steine in einem Spiele handelte, wenn auch in dem großen Spiele des Gleichgewichtes der Kraft, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist, daß jedoch jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen worden ist, im Interesse und zu Gunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Stellen getroffen werden müsse".

Die Gebietsfrage wird sich, wie ich glaube, sehr einfach lösen lassen. Was an Grenzveränderungen vielleicht gerade im Interesse und zu Gunsten der betreffenden Bevölkerungen durchzuführen wäre, kann einvernehmlich in freundschaftlicher Weise zwischen Staat und Staat geschehen, denn es würde ja, und das scheint auch die Meinung des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten zu sein, einen dauernden Frieden kaum fördern, wenn man in dem Wunsche, eine Herumschiebung von Völkern und Provinzen aus einer Staatsoberhoheit in die andere zu vermeiden, verhindern wollte, daß in jenen Teilen Europas, in welchen es bisher noch zu keiner durchgreifenden Konsolidierung der territorialen Verhältnisse gekommen ist, eine entsprechende Regelung der Gebietsfrage vorgenommen werde.

Punkt IV lautet, „daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue Elemente oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Hader, die den Frieden Europas und somit den Frieden der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen."

Auch dieser Satz ist so, wie ihn der Herr Präsident klar und treffend gefaßt hat, als Grundlage akzeptierbar. — Ich lege selbstverständlich ebenfalls das allergrößte Gewicht darauf, daß eine Neuregelung der Verhältnisse in Europa die Gefahr künftiger Konflikte nicht vergrößert, sondern verringert. Die loyalen Worte, welche der Herr Präsident der Vereinigten Staaten gesprochen hat, als er sagte: „daß die Vereinigten Staaten es gerne hinnehmen werden, wenn man ihnen verständlich macht, daß Lösungen, die sie vorgeschlagen haben, nicht die besten und dauerhaftesten sind," erweckt in mir die volle Hoffnung darauf, daß wir uns auch in diesen Fragen einigen können werden.

Ich würde also meinerseits den größten Wert darauf legen, wenn einer meiner Vertreter mit dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten jede Modalität erörtern würde, welche die Möglichkeit neuer Konflagrationen zu verhindern vermag.

In dem früher ausgesprochenen Prinzipe des vollkommenen Verzichtes auf Annexionen erscheint die geforderte vollständige Freigabe Belgiens mitinbegriffen. Alle anderen Einzelfragen, wie die des Zuganges Serbiens zum Meere, die Gewährung der nötigen wirtschaftlichen Expansionsmöglichkeit für Serbien und andere Staaten und viele andere Fragen lassen sich in einer vorbereitenden Diskussion gewiß klären und für den Friedenskongreß vorbereiten.

Das zweite Hauptprinzip, welches der Herr Präsident aufstellt, besteht in der unbedingten Vermeidung eines künftigen Wirtschaftskrieges. Ich stimme dem voll und ganz bei.

Bezüglich des dritten Hauptprinzipes, das der Herr Präsident aufgestellt hat und welches in dem Vorschlage der allgemeinen Abrüstung zur Vermeidung eines künftigen Weltkrieges gipfelt, besteht zwischen dem Herrn Präsidenten und mir ebenfalls keinerlei Meinungsverschiedenheit.

Ich glaube nach all dem, daß zwischen den vom Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten aufgestellten Grundsätzen einerseits und meinen Anschauungen andererseits jener Grad von Uebereinstimmung vorhanden ist, der nötig ist, um von einer direkten Aussprache ein Resultat erhoffen zu können, und daß eine solche Aussprache die Welt dem von allen Völkern heiß ersehnten Frieden wesentlich näher bringen könnte."

Präsident Wilson an Kaiser Karl.

5. März 1918.

„Es gereicht mir zur Befriedigung, daß meinen jüngsten Erklärungen über die Grundsätze, die bei Aufstellung der Friedensbedingungen beobachtet werden sollen, von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich in solchem Umfange zugestimmt wurde und daß Se. Majestät die Gesichtspunkte der beiden Regierungen in eingehender Weise verglichen zu wissen wünscht und ich würde es sehr begrüßen, wenn Se. Majestät zu größerer Ausführlichkeit bezüglich der 4 Grundsätze bereit wäre, die ich in meiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten am 11. Februar skizzierte. — In meiner Botschaft vom 11. Februar trachtete ich bloß — vielleicht mit größerer Klarheit als vorher — die Grundsätze zu spezifizieren, die ich in meiner Botschaft an den Kongreß am 8. Jänner l. J. in definitiver Weise aufzustellen versucht hatte. In dieser früheren Botschaft legte ich eingehender die Art und Weise dar, wie die erwähnten Grundsätze meiner Meinung nach praktisch zur Anwendung gebracht werden sollten. Ich setze voraus, daß der Kaiser von Oesterreich im Besitze meiner Botschaft vom 8. Jänner ist und von den Einzelheiten des Programmes unterrichtet ist, welche meines Erachtens die Grundlage für einen allgemeinen Frieden bilden sollen, Einzelheiten, die ich in so klaren und prägnanten Worten ausgedrückt habe, wie sie ein von mir entsendeter persönlicher Vertreter nicht klarer wiedergeben könnte. — Es würde mir wesentlich erleichtert werden, festzustellen, ob ein intimerer und persönlicherer Vergleich der Gesichtspunkte der Mühe wert sein könnte, wenn ich in ein ebenso ausführliches Programm des Kaisers von Oesterreich Einblick gewinnen könnte.

Seine Majestät glaubt, den überzeugenden Beweis dafür zu besitzen, daß gewisse, hinsichtlich der verwickelten Situation auf der Balkanhalbinsel vorgeschlagene Arrangements für die interressierten Völker minder annehmbar, vielmehr geeignet sein würden, neue Gegensätze zwischen den Völkern ins Leben zu rufen, als jener Ausgleich, den der Kaiser von Oesterreich vorschlagen werde, und daß gewisse. von Italien gewünschte Arrangements für die direkt interessierten Bevölkerungen unannehmbar sein würden; aber er gewährt mir nicht das, was ich Punkt für Punkt zu erfahren wünschte: die Gunst seiner positiven Vorschläge. Ich kann Seine Majestät versichern, daß meinerseits vollkommene Bereitwilligkeit besteht, jedwede Lösung in Betracht zu ziehen, welche ihm vorschwebt. — Speziell wäre es mir erwünscht, zu wissen, welche Vorschläge Seine Majestät für die Beseitigung der Balkanwirren und die Befriedigung der nationalen Aspirationen jener slavischen Völkerschaften machen würde, welche so nahe seinem eigenen Lande angesiedelt sind und mit großen Massen seiner Untertanen in so enger Beziehung stehen; welche Dispositionen er hinsichtlich der adriatischen Küste anregen würde; welche ganz bestimmten Konzessionen an Italien er als gerecht betrachten würde; wie nach seiner Ansicht am besten die Rivalitäten und Antagonismen der Balkanstaaten, die während des Krieges sich noch vergrößert haben, beseitigt werden könnten, und unter welchen Schutz nach seiner Ansicht die nicht türkischen Nationalitäten, welche von dem ottomanischen Reiche abhängen, gestellt werden sollen. Soweit ich verstehe, hat er bezüglich Belgiens und Polens dieselben Absichten wie ich. Angesichts solcher detaillierter Daten wäre es mir möglich, mir über viele Punkte der „Aktion“ und über die Frage eines Friedens in seiner Gesamtheit ein Urteil zu bilden, viel besser, als ich es jetzt beurteilen kann. Ich muß versichern (wenn solche Versicherungen notwendig sind), daß ich keinerlei strategische Vorteile suche, noch Vorteile irgendwelcher Art, sondern ein gerechtes Arrangement, welches der Welt einen gerechten und somit auch dauerden Frieden gibt.“

Der Zusammenbruch der mazedonischen Front im Herbst 1918

